

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Angela Borgstedt

Norbert Schneider

Fritz Gehbauer

Bernd Scholl

Rolf-Jürgen Gleitsmann-Topp

Olaf Schwencke

Götz Großklaus

Helmut F. Spinner

Hans Lenk

Günther Uhlig

Rudolf Lill

George Turner

Bernhard Schäfers

Klaus v. Trotha

ISBN: 3-9805595-7-2

Doppelheft
2/2000
Jahrgang 4

50 Jahre
Bundesrepublik Deutschland
Aus Sicht der Wissenschaftsdisziplinen

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Doppelheft 2/2000 Jahrgang 4

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland.
Aus Sicht der Wissenschaftsdisziplinen

Herausgeberin der Reihe: Caroline Y. Robertson
Herausgeber Doppelheft 2 2000, Jg. 4: Olaf Schwencke, Caroline Y. Robertson
Redaktion: Christine Mielke
ISBN: 3-9805595-7-2
© Interfakultatives Institut für
Angewandte Kulturwissenschaft
Universität Karlsruhe (TH)
76128 Karlsruhe
Bezug: über obige Adresse

Inhalt

Vorwort	S. 5
Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft aus der Sicht des Soziologen	S. 7
<i>Bernhard Schäfers</i>	
Die frühe BRD (1949-58) und ihr Umgang mit dem Dritten Reich	S. 27
<i>Rudolf Lill</i>	
Kriegsverbrecherprozesse – Entnazifizierung	S. 33
<i>Angela Borgstedt</i>	
Zur Frühgeschichte der Bundesrepublik. Eine literarische Spurensuche (1945-1960)	S. 37
<i>Götz Großklaus</i>	
Hans Sedlmayrs „Verlust der Mitte“ als bundesrepublikanisches Politikum	S. 61
<i>Norbert Schneider</i>	
Philosophie als Wissenschaftstheorie auf Informationskurs – Eine abgebrochene Rebellion gegen die Tradition	S. 75
<i>Helmut F. Spinner</i>	
Eigenhandeln und Eigenleisten im Werte- und Strukturwandel des Arbeitens	S. 103
<i>Hans Lenk</i>	

Technikakzeptanz und Kernenergie	S. 129
<i>Rolf-Jürgen Gleitsmann</i>	
Zur Technikgeschichte: Die Entwicklung der Bauverfahren	S. 137
<i>Fritz Gehbauer</i>	
Raumplanung im Wandel	S. 145
<i>Bernd Scholl</i>	
Urbanismus heute – Häuslebau und Lindenstraße	S. 153
<i>Günther Uhlig</i>	
Hochschulpolitisches Forum	
Statements von	
<i>George Turner</i> (Berlin)	S. 179
<i>Klaus von Trotha</i> (Stuttgart)	S. 181
Europapolitischer Ausblick	
Der Euro als Kulturfaktor	S. 187
<i>Olaf Schwencke</i>	
Die Autorinnen und Autoren	S. 205

Vorwort

Zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland hat das Institut für Angewandte Kulturwissenschaft (IAK) der Universität Karlsruhe (TH) einen singulären Beitrag geleistet: Mitglieder des Instituts aus allen Fakultäten der Universität haben in einer zweisemestrigen Vortragsreihe „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Blick zurück nach vorn – aus der Sicht der Wissenschaftsdisziplinen“ ihre jeweilige Position zu einzelnen Ereignissen, dem Gesamtverlauf oder ausgewählter Perioden dargelegt.

Das breite Spektrum der Vorlesungen reichte disziplinär von der Soziologie bis zur Technikgeschichte, von der Philosophie bis zur Raumordnung, von der Kunstgeschichte bis zum Verfassungsrecht und von der Literaturwissenschaft hin zur Architekturgeschichte.

Der mittwochabendliche Vortragszyklus war diskursiv konzipiert; dreiteilig: Einführung, Referat und Diskussion. Zunächst habe ich mit der Vorstellung des jeweiligen Referenten auch die Schwerpunkte seiner Forschungsarbeiten verbunden, eine vorsichtige vorausblickende Einordnung seines angekündigten Beitrags vorgenommen und dann weitere kontroverse Aspekte aus der Entstehungsgeschichte jener Wissenschaftsdisziplin aus anderer politischer und kulturwissenschaftlicher Sicht benannt. Damit sollte dem Rechnung getragen werden, daß es bei dieser Vorlesung um die Gesamtschau der 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland aus der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin ging.

Ich danke allen Referierenden für ihre bereitwillige Mitwirkung an dieser öffentlichen Vorlesungsreihe des IAK im Sommersemester 1999 und Wintersemester 1999/2000 – insbesondere auch dafür, daß die meisten von ihnen ihre Referate für diese Publikation überarbeitet zum Abdruck zur Verfügung stellten: ich bin sicher, daß die Nachwirkungen auch für die Leser von hohem Belang sein werden, die an den denkwürdigen Karlsruher Mittwochabenden nicht dabei waren.

Zum Abschluß dieser Publikation erfolgt ein europapolitischer kulturwissenschaftlicher Ausblick „Der Euro als Kulturfaktor“ – ein während dieser Veranstaltung nicht gehaltener Vortrag, den ich als Antrittsvorlesung anläßlich der L-Bank Stiftungsgastprofessur im Januar 1999 gehalten habe.

Der Veranstalter hat nicht nur allen Referenten, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Institut für Angewandte Kulturwissenschaft herzlich für ihre engagierte Arbeit



und Mitwirkung zu danken – namentlich Christine Mielke, die die organisatorische Arbeit der Vorlesungen und die Betreuung dieser Publikation geleistet hat. Caroline Y. Robertson hat als Mitverantwortliche für diese Veranstaltungsreihe mit Rat und Tat sehr zum Zustandekommen und Gelingen beigetragen: Ihre Kollegialität werde ich über meine Karlsruher Vorlesungs- und Vortragssemester hinaus in dankbarer Erinnerung behalten.

Olaf Schwencke

Karlsruhe/Berlin, im Sommer 2000

Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft aus Sicht des Soziologen

Bernhard Schäfers

I. Grundannahmen. Durchlaufende Trends

Zu den grundlegenden Annahmen der Integration und Entwicklung von Gesellschaften zählen:

- daß Gesellschaften über ein relativ einheitliches, konsensfähiges Normen- und Wertesystem integriert werden;
- daß im Verlauf der gesellschaftlichen Evolution sowohl das Teilsystem „Persönlichkeit“ (das handlungsfähige Individuum) wie auch die sozialen und kulturellen Systeme durch Prozesse der Ausdifferenzierung und Autonomiegewinnung ebenso charakterisiert werden können wie durch die Zunahme wechselseitiger Integration und Interdependenz;
- daß bei dieser Form gesellschaftlicher Evolution eine Reihe von *evolutionären* und *sozialen* Universalien eine herausragende Rolle spielen.¹ Die *evolutionären Universalien* sind in einfachen Gesellschaften die in Religionen eingebundenen Werte und „cultural patterns“, die Verständigung durch Symbole und Zeichensysteme, vor allem die Sprache, die Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen als Grundformen der sozialen Organisation sowie die materiellen Artefakte und Technologien als Basis der Daseinsbewältigung und -erleichterung.

Unbestreitbar lassen sich diese „evolutionären Universalien“ einfacher Gesellschaften in der Vor- und Frühgeschichte der westdeutschen Gesellschaft als Elemente sozialstruktureller Regression sehr deutlich nachweisen: Religion und religiöse Orientierung hatten in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen überragenden Stellenwert. Und was die Verwandtschaftssysteme anbelangt, ermittelte Helmut Schelsky u. a., daß der Familie „durch den Zusammenbruch der staatlichen und anderen Großorganisationen der gesellschaftlichen Führung und Massendaseinsfürsorge“² Aufgaben der personalen Integration zufielen, die konträr waren zum Entwicklungsprozeß seit der Industrialisierung, Verstädterung und Bürokratisierung, den

¹ Parsons, T.: Das System moderner Gesellschaften, München 1972.

Ders.: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Zapf, W.(Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, 4. Aufl., Köln 1979, S. 55-75.

² Schelsky, H.: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, 4. Aufl., Stuttgart 1960, S. 350.

dominanten Prozessen des sozialen und kulturellen Wandels seit der industriellen und politischen „Doppelrevolution“ (Hobsbawm)³.

Neben diesen ursprünglichen *evolutionären Universalien* der Strukturierung und Differenzierung von Gesellschaften sind für die Entwicklung seit der „Doppelrevolution“ zu nennen: „Ein deutlich erkennbares System sozialer Schichtung, ausdrückliche kulturelle Legitimation der Gesellschaft im Sinne eines Identitätsbewußtseins, Formen bürokratischer (Verwaltungs-) Organisation, eine Geld- und Machtorganisation, ein allgemeingültiges universalistisches Rechtssystem und demokratische Formen der Führungsbestimmung und Entscheidung. Sie alle fördern die soziale Differenzierung und die relative Verselbständigung von Subsystemen einer Gesellschaft und zugleich die Universalisierung (Verallgemeinerung) ihrer normativen Strukturen. Damit tragen sie insgesamt zur Erhöhung der Anpassungs- und Selbststeuerungskapazität oder der Eigenkomplexität (Niklas Luhmann) eines Sozialsystems, d.h. zu seinem sozialen Wandel im Sinne einer Modernisierung der Gesellschaft“, bei.⁴

Eine Auswertung der für die Vor- und Frühphase der Bundesrepublik vorliegenden soziologischen und sozialgeschichtlichen Untersuchungen würde zeigen, wie die zuletzt genannten sechs Entwicklungsformen moderner und sich modernisierender Gesellschaften gegenüber den zuvor genannten Universalien (wieder) dominant wurden und die Gesellschaft ihre differenzierte Strukturierung in allen Teilbereichen zurückgewann.

Die Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaftsstruktur war seit den entscheidenden Weichenstellungen der Jahre 1948/49 - Anbindung an die westeuropäische Verfassungsentwicklung; soziale Marktwirtschaft⁵ - wieder völlig offen für Trends, die mit der „Doppelrevolution“ (Hobsbawm) ihre gesellschafts- und weltverändernde Dynamik entfaltet haben. Sie können - zur Illustration der genannten Universalien und generalisierten Entwicklungsfaktoren - wie folgt zusammengefaßt werden⁶:

- der Trend zur Rationalisierung und Verwissenschaftlichung der Daseinsbedingungen;

³Hobsbawm, E.: Europäische Revolutionen 1789-1848, Zürich 1952, S. 1.

⁴ Gukenbiehl, H.: „Universalien, soziale“, in: Schäfers 2000, S. 401 f.

⁵ Vgl. hierzu neben vielen anderen Analysen Becker, J. (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979.

⁶ Schäfers, B.: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Mit einem Anhang: Deutschland im Vergleich europäischer Sozialstrukturen, 7., neu bearb. Aufl., Stuttgart 1998, S. 11 f.

- der Trend zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, einschließlich der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten und der Emanzipierung von überkommenen Autoritäten (und Bindungen);
- der Trend zur Steigerung demokratischer und partizipativer Teilhabe an der Gestaltung sozialer Strukturen;
- der Trend zur sozialen Absicherung der Daseinsbedingungen und Lebensrisiken;
- der Trend zur fortschreitenden Entgegensetzung von Arbeitswelt und Freizeit, „System und Lebenswelt“ (Jürgen Habermas);
- der Trend zur Säkularisierung und zivilisatorischen Verbesserung und Erleichterung der Daseinsbedingungen;
- der Trend zur Individualisierung der Sozialbeziehungen, indem „zugeschriebene Rollen“ in „erworbene“, selbstbestimmte, verwandelt werden.⁷

Diese Trends stimmen inhaltlich mit dem überein, was unter dem Prozeß und Begriff der Modernisierung⁸ verstanden wird. Dieser Prozeß wird im Hinblick auf die deutsche Geschichte (und in Anlehnung an Helmuth Plessners „verspätete Nation“) häufig als „nachgeholte“ bzw. „verspätete Modernisierung“ bezeichnet. Auch Ralf Dahrendorfs unübertroffene Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik („Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“⁹) ging von dieser „verspäteten Modernisierung“ aus und stellte alle sozialen und politischen, kulturellen und strukturspezifischen Ausprägungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft in die „langen Wellen“ der Entwicklung westeuropäischer Verfassungsstaaten und liberaler Marktgesellschaften.

II. Die Ausgangsbedingungen

1. Gesellschaftliche Ausgangslage

Nach den Ergebnissen der ersten Volkszählung vom 29.10.1946 wurden in den drei Westzonen 5,9 Mio. Vertriebene und Flüchtlinge gezählt (bis zum 1.10.1949 kamen nochmals 1,7

⁷ Dieser Trend wurde seit den 70er Jahren immer dominanter; vgl. Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

⁸ Vgl. Zapf, W.: Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften, in: Korte, H./Schäfers, B. (Hrsg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, 5., neu bearb. Aufl., Opladen 2000.

⁹ Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965 (u.ö.).

Mio. hinzu). In allen vier Besatzungszonen betrug bis zum 1.4.1947 die Zahl der Vertriebenen, Flüchtlinge und Zwangsaussiedler 10,1 Mio. Die Rückkehr der Bevölkerung, die vor allem aus den Großstädten und Industrieregionen in als sicher geltende Landesteile evakuiert worden war, zog sich über viele Jahre hin. Ende 1944 sollen es ca. 9 Mio. Evakuierte gewesen sein; noch am 1.4.1947 gab es unter den 65,9 Mio. Menschen der vier Besatzungszonen 3,1 Mio. Evakuierte. Ein Evakuierungsproblem besonderer Art stellten die sog. Displaced Persons (DPs) dar; bei Kriegsende waren es ca. 8-10 Mio., der Großteil von ihnen ins Reich verschleppte Zwangsarbeiter aus Ländern, die von deutschen Truppen besetzt waren. Nach der Volkszählung vom 29.10.1946 gab es in den drei westlichen Besatzungszonen, dem Territorium der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, für 13,7 Mio. Haushalte nur 8,2 Mio. Wohnungen (erst 1978 kam es zum rechnerischen Ausgleich, d.h. daß pro Haushalt eine Wohnung zur Verfügung stand).

2. Gründung der Bundesrepublik - Gesellschaftliche Voraussetzungen

In der rückschauenden Betrachtung erweisen sich die zunächst katastrophal anmutenden demographischen und sonstigen Faktoren nach 1945 für die Herausbildung einer relativ konsensualen deutschen Gesellschaft als günstig. Hierzu zählen:

- Die Ausgliederung spezifischer Regionalstrukturen: „der protestantisch ostdeutschen Landwirtschaft, des katholischen schlesischen Industriegebietes, der sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbegebiete, der altpreußisch-mecklenburgischen Agrarregionen, Berlins in der Funktion der Reichshauptstadt“¹⁰.
- Die für Deutschland einst so bedeutsame Konfessionsspaltung verlor durch Krieg und Kriegsfolgen, vielleicht schon durch die Bedrängung der Kirchen im Dritten Reich, an Bedeutung. Der Anteil der Katholiken betrug im Deutschen Reich 1939 genau ein Drittel an der Gesamtbevölkerung (Protestanten 60,8%); auf dem Territorium der Bundesrepublik war dieser Anteil bis 1950 auf 44,3% gestiegen. Es bildete sich nunmehr eine quasi paritätische Konstellation heraus.

¹⁰ Lepsius, M. R.: Die Bundesrepublik in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen, in: Conze, W./Lepsius, M. R. (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.

- Die für die neuere deutsche Geschichte so schicksalsvolle Rolle sowohl der Großgrundbesitzerklasse wie des preußischen Staates und des preußischen Militarismus war ausgespielt und für die Neugründung der Bundesrepublik nicht mehr strukturbestimmend.
- Die traditionale deutsche Dreigliederung des Gewerkschaftssystems wurde nach 1945 nicht restauriert. Die bereits vor 1933 aktiven Bemühungen um die Einheitsgewerkschaft konnten nach dem Krieg verwirklicht werden. Einheitsgewerkschaft ist in einem doppelten Sinn zu verstehen: zum einen als Gegensatz zu den weltanschaulichen Richtungsgewerkschaften, zum anderen als Einheitlichkeit in der Vertretung von Industriezweigen und nicht von Berufssparten.
- Proletariat und Arbeiterkultur hatten im „Schmelztiegel“ der Kriegs- und Nachkriegszeit und weiterer Entwicklungsfaktoren weder die integrative Kraft einer selbständigen, klassenspezifischen Teilkultur wie noch in der

Weimarer Republik, noch lag es in der Intention von Kurt Schumacher, sie in diesem Sinne zu restaurieren.

- *Erstmals in der deutschen Geschichte erschien die Demokratie als einzig mögliche Regierungs- und Staatsform. Auch in den besitzenden Oberschichten, bei Richtern und Beamten, bei den Kirchen und anderen Sozialgruppen war sie nun – im Gegensatz zur Weimarer Republik – akzeptiert.*

3. Das Grundgesetz als neuer Gesellschaftsvertrag

Eine Reihe von Gründen, nicht zuletzt das Wirken von Ludwig Erhard (1897-1977) als Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit des Wirtschaftsrates“ und seit dem 2. 3. 1948 als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, führten dazu, daß neo-liberale Vorstellungen an Boden gewannen und schließlich am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt und breite Bereiche der Zwangsbewirtschaftung abgeschafft wurden. Wichtig waren neben Vorbehalten der USA gegenüber Sozialismus, Planwirtschaft und Verstaatlichung klare wirtschaftspolitische Konzepte der Neo-Liberalen und Ordo-Theoretiker über die künftige Gestaltung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ (der Begriff geht zurück auf eine Kapitelüberschrift in dem Buch von Alfred Müller-Armack aus dem Jahre 1947: „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“). Für die Entwicklung der (späteren) Bundesrepublik war zum Teil vorteilhaft, zum Teil aber auch problematisch, daß die Grundzüge der Wirt-

schaftspolitik entwickelt waren und Eingang in die Praxis gefunden hatten, bevor die Bundesrepublik als Staatswesen existierte.

Am 20. 3. 1948 zerbrach der Alliierte Kontrollrat und damit die gemeinsame Basis der vier Besatzungsmächte im Hinblick auf die Neuordnung Deutschlands. Die drei westlichen Alliierten drängten daher die Länder, zumal nach Beginn der Berliner Blockade am 24. Juni 1948, die Voraussetzungen für einen eigenen westdeutschen Staat zu schaffen. Ein Parlamentarischer Rat, bestehend aus den Delegierten der Länderparlamente und mit Konrad Adenauer als Präsident, arbeitete eine Verfassung aus, die wegen des provisorischen Staatsgebildes „Grundgesetz“ genannt wurde.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat in Bonn verabschiedet; mit seiner Verkündung am 24. Mai war die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Einspruchs- und Sonderrechte der Alliierten auf den Gebieten der Sicherheits- und Außenpolitik, im Besatzungsstatut niedergelegt, galten eingeschränkt weiter. Am 14. August 1949 fanden die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt; die Wahlbeteiligung betrug 78,5%. Insgesamt zogen zehn Parteien in den Bundestag, von denen sechs weniger als fünf Prozent der Stimmen erhalten hatten (die Fünf-Prozent-Sperrklausel wurde erst 1953 eingeführt).

4. Anbindung an Europa

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der politische Wille stark, Europa unter demokratischen Vorzeichen zu einigen und Deutschland europäisch einzubinden. Bereits 1950 wurde im Bundestag der Beitritt Deutschlands zum Europarat beschlossen. Als Achsen des Einigungsprozesses wurde die Aussöhnung der „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich angesehen, die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle 1963 besiegeln konnten.

Der Beginn der heutigen Europäischen Union mit ihren 15 Mitgliedstaaten liegt in der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) – auch Montanunion genannt –, die auf Betreiben von Robert Schuman, dem damaligen französischen Außenminister, und Jean Monnet (erster Präsident der EGKS, 1952-1955) vor allem deshalb gegründet wurde, um durch die Vergemeinschaftung der damals noch als kriegswichtig angesehenen Ressourcen Kohle und Stahl die Kriegsgefahr in Europa zu bannen.

Neben den drei Benelux-Staaten gehörten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien zur EGKS. Diese sechs Länder unterzeichneten am 25. 3. 1957 in Rom die Gründungsurkunde der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EAG; Euratom) – diese „Römischen Verträge“ traten zum 1. 1. 1958 in Kraft. Die Eingliederung der DDR bzw. der fünf neuen Bundesländer erfolgte „automatisch“ am Tag der Vereinigung, dem 3. Oktober 1990; es bedurfte keiner Änderung der Römischen Verträge.

III. Grundzüge der gesellschaftlichen Entwicklung 1950-1990

1. Produktionssektoren und Erwerbsquote

Auffälligste Merkmale der Entwicklung der Produktionsstruktur der Bundesrepublik in den vier Jahrzehnten bis zur Wiedervereinigung sind der absolute und relative Rückgang der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, der absolute und relative Anstieg der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und der absolute und relative Rückgang der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen bei gleichzeitigem Anstieg der unselbständig Beschäftigten auf etwa neun Zehntel aller Erwerbstätigen. Während die Entwicklung der Erwerbsquote (Anteil der Beschäftigten in Relation zur Gesamtbevölkerung) zwischen 46,2% (1950) und dem Maximum von 48,18% (1957) schwankte, zeigte diese Quote bei Männern und Frauen größere Differenzen: die der Frauen ging bis 1971 (30%) kontinuierlich zurück, um erst danach anzusteigen. Im Vergleich zur DDR war die allgemeine, insbesondere aber die weibliche Erwerbsquote deutlich niedriger.

Tabelle 1: Anteile der Produktionssektoren an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1950-1990 in %

	1950	1960	1970	1990	1998
Primärer Sektor:					
Land- u. Forstwirtschaft; Tierhaltung; Fischerei	23,2	13,7	8,5	3,6	2,9
Sekundärer Sektor:					
produzierendes Gewerbe	42,3	48,0	48,9	40,6	33,8
Tertiärer Sektor:					
Handel u. Verkehr; Dienstleistungen	32,3	38,3	42,6	55,8	63,3
nicht klassifizierbar	2,2	–	–	–	–
insgesamt in 1000	22.074	26.063	26.560	29.334	35.860

Quelle: Schäfers 1998, S. 177; Statistisches Jahrbuch 1999, S. 21.

In den ersten 20 Jahren der bundesrepublikanischen Wirtschaftsgeschichte veränderten sich die Anteile der Produktionssektoren (Wirtschaftsbereiche) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) erheblich. 1950 betrug der Anteil von Land- und Forstwirtschaft wie Fischerei noch 10,2%, 1970 nur 3,1%. Auf das warenproduzierende Gewerbe entfielen 1950 50%, 1970 waren es 55%. (Stat. Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, S. 264). In allen Produktionssektoren waren die quantitativen Veränderungen auch mit umfänglichen qualitativen Veränderungen und Differenzierungen verbunden, zumal seit Beginn der „Digitalen Revolution“ um 1970.

2. Familie und Jugend

Die Familie der Nachkriegszeit bzw. der frühen 50er Jahre war ein Spiegel der desolaten Situation, aber auch ein Beispiel für die Rückgewinnung von Stabilität in den gesellschaftlichen Basisinstitutionen. Dies zeigte Helmut Schelskys Analyse der „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“ (1953). Doch auch in der Familie zeigte sich, wie im Rückblick

erkennbar wird, langfristiger sozial-kultureller Wandel, greifbar z. B. im Erziehungsstil, der Autoritäres und Patriarchalisches zurücktreten ließ. Viele Indikatoren weisen zwar auch auf die Restauration traditioneller Familienleitbilder in den 50er Jahren hin, doch gibt es gleichzeitig den Trend der „säkularen Nachwuchsbeschränkung“ (Hans Linde)¹¹ und der Verselbständigung (Individualisierung) familiärer Positionen (Familie).

Erfolglos waren auch Versuche der Restaurierung einer bündischen Jugendkultur oder staatsreuen Jugend (wie in der DDR). Helmut Schelsky brachte den breit rezipierten und zum Selbstverständnis der jungen Bundesrepublik gehörenden Begriff von der „Skeptischen Generation“¹² in die Diskussion. Die neue Richtung war sehr bald eindeutig: weg von den durch Ältere („Führer“) dominierten jugendbewegten Gruppen und hin zu dem neuen Gruppentypus der peers, den selbstbestimmten Gleichaltrigengruppen. Zu diesem Umbruch gehört auch die Jugendmusikkultur mit ihren schnell wechselnden Stilen und Gruppen sowie ihrer an hohen technischen Standards orientierten Reproduktion. Hier liegen Gründe für die Anpassung der Jugend an Technik ganz allgemein, wie an die steigenden Konsumstandards. Friedrich H. Tenbruck stellte in „Jugend und Gesellschaft“ (1962) die Diagnose, die Jugend habe eine eigene Teilkultur ausgebildet; in den peer-groups schaffe sie sich einen selbstbestimmten Raum der Identifikation, der „Sozialisation in eigener Regie“, und verstärkte damit den Trend nach einer Verlängerung der Adoleszenz (Jugend).

3. Kirchen und Sozialmilieus

Deutschland war, nicht zuletzt durch die Dominanz Preußens (als Land definitiv 1947 aufgelöst) und die Herkunft seiner Eliten, in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein vom Protestantismus geprägtes Land. Das Bildungsdefizit der Katholiken und damit verbundene Benachteiligungen in der Statuspyramide wurden auch in den 50er Jahren kaum verringert. So konnten z.B. in der klassischen Domäne des protestantischen Bildungsbürgertums, der Universität, Katholiken erst mit der Bildungs- und Hochschulexpansion seit 1965 nennenswerte Anteile erringen.

Die Zahl der „Kirchenkatholiken“ war in den 50er Jahren hoch und die Bindung von – vor allem katholischer – Konfession und CDU/CSU-Wählerschaft eng. Wurden sonst (z. B. in der Arbeiterschaft) typische Sozialmilieus modernistisch aufgebrochen, erfuhr das katholische

¹¹ Linde, H.: Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800-2000, Frankfurt/New York 1984.

¹² Schelsky, H.: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, 2. Aufl. Düsseldorf/Köln 1963.

Sozialmilieu bis in die späten 50er Jahre eine Stabilisierung. Der radikale Umbruch erfolgte erst Mitte der 60er Jahre.¹³ Für das „protestantische Milieu“ zieht Christoph Kleßmann ein vergleichbares Fazit: der Säkularisierungstrend scheint gebrochen, aber hinter der Fassade einer „vordergründigen Religiosität“ seien auch in den 50er Jahren bereits Elemente ihrer Auflösung sichtbar gewesen. Kleßmann umschreibt dies als „Verflechtung von Restauration und Modernisierung“.¹⁴

4. Neue Rolle des Militärs

Als wichtige, die Integration und Konsensfähigkeit der westdeutschen Gesellschaft in ihrer Anfangsphase wesentlich begünstigende Diskontinuität wurde das (unfreiwillige) Abdanken des deutschen Militärs bezeichnet. Mit der totalen Kapitulation waren „der gesellschaftliche Statuswert und der politische Rang der Armee dahin“.¹⁵ Die eindeutige Unterordnung des Militärs – nach Gründung der Bundeswehr 1955 und Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1956 – als „Bürger in Uniform“ unter demokratisch gewählte Institutionen und in eine fast normale Rolle als „Dienstleister“ war Voraussetzung für die Akzeptanz der durch den Kalten Krieg provozierten Rückkehr des Militärs in das öffentliche Leben. Durch den 1957 eingeführten „Wehrbeauftragten“ (Art. 45b GG) sollten verbesserte Möglichkeiten der Beschwerde seitens der Soldaten und öffentliche Kontrolle dieser traditionell zur Autonomie neigenden Institution geschaffen werden.

5. Modernisierung und Westbindung als dominante Trends

Die westdeutsche Gesellschaft ist in ihrer Formierungsphase nur begrenzt als „restaurativ“ zu bezeichnen. Viele Strukturelemente (Parteien, Militär, Konfession, Arbeitermilieu usw.) wurden entweder gar nicht oder unter veränderten Bedingungen „restauriert“. Ralf Dahrendorf nannte in „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ vier Elemente der liberalen Demokratie, die sich erst nach 1948/49 frei entwickeln konnten: die Durchsetzung bürgerlicher Freiheits- und Gleichheitsrechte; die rationale Regelung von Konflikten in politischen und weiteren Institutionen; die Anerkennung der Vielfalt von Interessen; die Ausbildung einer

¹³ Gabriel, K.: Die Katholiken in den 50er Jahren, in: Schildt, A./Sywottek, A. (Hrsg.): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Auflage, Bonn 1998, S. 418-430.

¹⁴ Kleßmann, C.: Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu, in: Schildt, A./Sywottek, A., (Hrsg.): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Auflage, Bonn 1998, S. 403-417.

¹⁵ Bald, D.: „Bürger in Uniform“. Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Schildt, A./Sywottek, A., (Hrsg.): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Aufl., Bonn 1998, S. 392-402.

öffentlichen Sphäre der Kritik und der bürgerlichen Tugenden.¹⁶ Diese Entwicklungen waren verbunden mit einer eindeutigen Westorientierung und Prozessen der Modernisierung des Lebensstils.¹⁷ Zwar gab es bereits in den 20er Jahren eine erste Welle der „Amerikanisierung“ des Lebensstils, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Westdeutschland Entwicklungsphasen der amerikanischen Gesellschaft zu freiwillig oder unfreiwillig adaptierten „patterns“ einer weitreichenden Kulturdiffusion.

6. Auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft

Seit Ende der 50er Jahre zeichnete sich ab, was dann in den 60er Jahren als „Dienstleistungs-“ bzw. „Angestelltengesellschaft“ bezeichnet wurde. Im öffentlichen wie im industriellen Bereich nahm der Anteil der Angestellten sprunghaft zu, bei gleichzeitiger Heterogenisierung ihrer Berufspositionen und einer deutlichen „Feminisierung“ der Angestellten; der Frauenanteil stieg von 1950 bis 1960 von 40 auf 50%. Zu den einflussreich hervorgehobenen Diskontinuitäten der Gesellschaftsentwicklung nach 1945/48, die sich jedoch integrierend auf das Gesamtsystem auswirkten, gehört auch der Schwund des Klassenbewußtseins der Arbeiter. In einer der wichtigsten industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der 50er Jahre hatten Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrtdt u. a. 1957 herausgefunden,¹⁸ daß das Arbeiterbewußtsein nicht mehr „proletarisch“ verankert war, sondern nur noch strategisch in Lohnauseinandersetzungen aktualisiert wurde. Die Verbreitung der Angestelltenschaft und die „Entproletarisierung“ der Arbeiterschichten in den 50er Jahren waren die Basis für die Entschärfung des Klassenkonflikts und letztlich für das sozialdemokratische „Godesberger Programm“ von 1959.

IV. Von der Klassenspannung zur sozialen Schichtung

Im Jahre 1949 veröffentlichte der Soziologe Theodor Geiger (1891-1952) eine Schrift mit dem Titel „Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel“.¹⁹ Wie schon in seiner empirischen Untersuchung „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“ (1932) verband Geiger Elemente einer „aufgeklärten“ Klassentheorie mit Befunden über soziale Lage und sozialem Be-

¹⁶ Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 40 f.

¹⁷ Schildt, A./Sywottek, A. (Hrsg.): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Aufl., Bonn 1998.

¹⁸ Popitz, H./Bahrtdt, H. P.u.a.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, 3. Aufl., Tübingen 1967.

¹⁹ Geiger, T.: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln 1949.

wußtsein, Mentalität und Lebenschancen zu einer weiterführenden Analyse der vertikalen Struktur und Ungleichheitsdimension entwickelter Industriegesellschaften. Noch größere Resonanz hatte die von Helmut Schelsky (1912-1984) entwickelte These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, die er zuerst 1953 als Ergebnis seiner Untersuchungen über die „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“ vortrug. Zentrale Aussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen²⁰: In der deutschen Gesellschaft seien seit Ende des Ersten Weltkrieges umfangreiche soziale Aufstiegs- und Abstiegsprozesse vor sich gegangen. Die „breite Aufstiegsmentalität der industriellen Gesellschaft“ werde im wesentlichen gebildet durch den „kollektiven Aufstieg der Industriearbeiterschaft“ und den „mehr graduell, im ganzen aber ebenfalls schichtbildend vor sich gehenden Aufstieg der technischen und Verwaltungs-Angestellten in den neuen Mittelstand“. Diese Aufstiegsprozesse würden gekreuzt von „breiten sozialen Abstiegs- und Deklassierungsprozessen“, die ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg beginnen (Inflation 1932) und sich nach 1945 verstärkten. Der Nivellierung „des realen wirtschaftlichen und politischen Status“ folge eine Vereinheitlichung der sozialen und kulturellen Verhaltensformen in einem „kleinbürgerlich-mittelständischen Lebenszuschnitt“.

Mit den zu Schlagworten verdichteten Thesen von Geiger und Schelsky war ein Thema vorgegeben, das gesellschaftspolitisch und soziologiegeschichtlich in den 50er und 60er Jahren kontrovers diskutiert wurde. Die von Karl Martin Bolte, Erwin K. Scheuch und anderen seit Ende der 50er Jahre entwickelten Schichtungsindizes und Prestigeskalen ermittelten jedoch kein klassenspezifisches Bild von der vertikalen Struktur der westdeutschen Gesellschaft. Beruf und Ausbildung, Einkommen und Vermögen wurden dominant und verdrängten politisch wie mental Klassenstruktur- und -spannung (wie auch die Selbsteinstufungen der Bevölkerung zeigten). Auch mit dem bereits erwähnten Godesberger Programm der SPD von 1959 waren die gesellschafts- und parteipolitischen Diskussionen um die Klassenstruktur der westdeutschen Gesellschaften weitgehend beendet; sie erhielten durch weltpolitische Entwicklungen – Entkolonialisierung, Vietnam-Krieg, Vordringen des Sozialismus in Entwicklungsländern und schließlich durch die Studentenproteste – im wissenschaftlichen Raum seit Beginn der 60er Jahre neuen Auftrieb.

²⁰ Schelsky, H.: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft; Die Bedeutung des Klassenbegriffs für die Analyse unserer Gesellschaft, in: Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf, Köln 1965, S. 332 ff.

V. Neue Wertorientierungen als Grundlage des sozialstrukturellen Wandels und neuer sozialer Bewegungen

Seit den 80er Jahren läßt sich die vertikale Struktur der westdeutschen Gesellschaft auch in einer Schichtungspyramide nur noch mühsam unterbringen. In „Jenseits von Klasse und Schicht?“²¹ oder in Stefan Hradils Analysen über die neu entstandenen „Lagen und Milieus“ (1987) wird gezeigt, daß die Prozesse der Pluralisierung und Individualisierung zu neuen Lebenslagen und Lebensstilen geführt haben. Neue Berufsfelder und Arbeitsverhältnisse, neue Siedlungs- und Wohnstrukturen, neue Haushalts- und Familienformen, die Veränderung der Altersstruktur und der Generationenverhältnisse haben zur „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) ebenso beigetragen wie die weiter fortschreitende Entkoppelung von Arbeitswelt, „Kulturindustrie“ (Theodor W. Adorno) und Freizeit.

Die erfolgten Änderungen im Hinblick auf die Pluralisierung der Wertorientierungen und die Formen des Zusammenlebens, der Einstellungen zum Thema Sexualität, zur Autorität, zur Stellung und Emanzipation der Frau waren und sind von großer Tragweite. Fragt man nach Ursachen, müssen neben den Veränderungen im ökonomisch-technischen Bereich vor allem neue Dominanzen in der Wertorientierung genannt werden. Ronald Inglehart prägte 1971 das entscheidende Schlagwort: Nicht in der „lauten Revolution“ der Studentenproteste der späten 60er und frühen 70er Jahre liegen die eigentlichen Ursachen, sondern in der „Silent Revolution“ der neuen Werte. Inglehart sah bei seinem interkulturellen Vergleich der nordamerikanischen und westeuropäischen Gesellschaften Gemeinsamkeiten im Hinblick auf abnehmende Dominanz der materiellen, der „Akzeptanz- und der Pflichtwerte“ (Helmut Klages),²² und eine Hinwendung zu den mehr immateriellen Werten der Selbstverwirklichung und der neuen (Gruppen-) Solidaritäten, der Partizipation und des Individualismus.

Für die westdeutsche Gesellschaft schuf auch die Bildungsexpansion seit Beginn der 60er Jahre, von der Mädchen und junge Frauen überproportional profitierten, neue Voraussetzungen. Hierdurch änderte sich das Verhältnis der Geschlechter und erhöhte sich die Kritikfähigkeit gegenüber Institutionen und Politik. Soziale Bewegungen, Alternativkultur und eine Expansion sozialer Gruppen in immer mehr Lebensbereichen veränderten Sozialstruktur, Schichtungen, Lagen, Milieus und Lebensstile. Vor allem die Frauenbewegung und die Öko-

²¹ Beck, U.: Jenseits von Klasse und Schicht? in: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 35-74.

²² Helmut Klages bestätigte in seinen zahlreichen Untersuchungen die Kernthesen Ingleharts. Vgl. seine Zusammenfassung „Werte und Wertwandel“, in: Schäfers, B./ Zapf, W. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S.698-710.

logiebewegung führten zu Bewußtseinsveränderungen, neuen Wertorientierungen und schließlich zu Institutionalisierungen und Strukturveränderungen.

Beim Vergleich der Entwicklung in beiden deutschen Staaten hebt Heiner Meulemann hervor²³: In der alten Bundesrepublik gab es eine deutliche Zunahme an Mitbestimmung und Selbstbestimmung sowie an Akzeptanz des politischen Systems und der politischen Interessen; Kirchenbindung und Kirchengang nahmen ab. Die DDR habe diesen „postmateriellen Wertewandel“ (B.S.) nicht erlebt, und statt der freiwilligen Säkularisierung habe es eine von der Politik erzwungene gegeben.

VI. Vereinigung von Bundesrepublik Deutschland und DDR

„Die doppelte Staatsgründung“²⁴ gehörte seit der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel (1969f) zum politischen und kulturellen Selbstverständnis. Die Wiedervereinigung blieb zwar Staatsziel, schien aber trotz der Entwicklungen in Osteuropa seit 1985, dem Beginn der „Ära Gorbatschow“, in eine immer fernere Zukunft gerückt. Allenfalls wurde an Reformen im „real existierenden Sozialismus“ (Rudolf Bahro), nicht aber an die völlige Aufgabe der staatlichen Souveränität der DDR gedacht.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erfolgte nach den Vorgaben des Gesellschafts- und Staatssystems der Bundesrepublik: Die offiziell bis zum 3. Oktober 1990 existierende DDR wurde Teil der Bundesrepublik Deutschland. Es entstand also kein neuer Staat auf neuer Verfassungsgrundlage, sondern die bisherige Bundesrepublik erweiterte sich um das Territorium der DDR bzw. um fünf „neue Bundesländer“ und Ost-Berlin, das mit West-Berlin zum dritten Stadtstaat der neuen Bundesrepublik zusammengefaßt wurde.

Gegensätzlicher als in den beiden deutschen Staaten konnten die politischen und sozialen, kulturellen und ökonomischen Strukturen in Industriegesellschaften nicht sein: hier eine parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft – dort eine parteizentrierte Gesellschaft und Zentralverwaltungswirtschaft. Die Bundesrepublik war aber nicht nur mit ihrer Verfassung und ihrer Rechtsordnung, ihrem Föderalismus und ihren politischen Institutionen das in allen Einzelheiten zu kopierende Vorbild, sondern auch mit ihrer Form der Organisation des Wirt-

²³ Meulemann, H.: Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim/München 1996.

²⁴ Kleßmann, C.: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982.

schaftslebens, ihrem für die Deutschen so wichtigen Vereinsleben das „Muster“, an dem sich der gesellschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern orientierte.

VII. Konturen der Informations- und Kommunikationsgesellschaft

Nach 1970 beginnen sich Konturen einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft abzuzeichnen, deren Auswirkungen auf alle Bereiche der Sozialstruktur immer offenkundiger werden. Nicht die von Daniel Bell²⁵ diagnostizierte „nachindustrielle Gesellschaft“ mit ihren wissenschaftsbasierten Grundlagen wurde zum entscheidend neuen Paradigma der neuen Gesellschaftsstruktur, sondern die in keiner Entwicklungslogik zuvor prognostizierte Informations- und Kommunikationsgesellschaft.²⁶ Ihre wissenschaftlich-technologische Basis ist nicht zu übersehen: Seit 1971 gibt es Nachrichten-Satelliten, seit 1978 Video und Kabelfernsehen; seit 1980 den Bildschirmtext; seit 1981 den PC usw. Durch die neuen Informationstechnologien und die Elektronische Datenverarbeitung (EDV) veränderten sich die Produktionsstrukturen, die Arbeitsprozesse und Freizeitgewohnheiten ebenso wie die Geräte und Gebrauchsgüter, die Verkehrssysteme und die Kommunikationsformen.

Kein Bereich blieb vom Einsatz der Mikroprozessoren, der digitalisierten Steuerung und der immer stärkeren Vernetzung der audio-visuellen Medien unberührt. Die neuen Technologien und neuen Medien sind die Basis der Informationsgesellschaft, in der nicht nur die Individuen über ihren PC am dienstlichen und häuslichen Arbeitsplatz „online“ mit allen möglichen Diensten und Informationsquellen sind, sondern eine Vielzahl von Arbeitsplätzen räumlich und zeitlich beliebig verlagert werden können. Der „Cybercommuter“ wird möglich. Ebenso umfassend sind die Auswirkungen auf Lernprozesse, auf Bildungs- und Ausbildungsinhalte, auf die Formen der Wahrnehmung (mit Übergewicht des Visuellen), auf Raum- und Zeitbewußtsein. Für den Alltagssprachgebrauch und eine zeitgerechte Allgemeinbildung war ein völlig neues Vokabular einzuüben: Bit und Byte, CD-Rom und Cyberspace, Decoder und E-Mail, Hacker und Internet, ISDN und Scanner seien als Beispiele genannt.

VIII. Globalisierung als Trend und Ursache von Strukturveränderungen

Der Begriff Globalisierung ist nur dann aussagekräftig, wenn er die Spezifika einer neuen Form weltweiter Vernetzung und Abhängigkeit deutlich machen kann. Denn weltweite Han-

²⁵ Bell, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/New York 1975 (orig. amerik. 1973).

²⁶ Spinner, H. F.: Die Architektur der Informationsgesellschaft. Entwurf eines wissensorientierten Gesamtkonzepts, Bodenheim 1998.

delsbeziehungen sind wahrlich nicht neu; Immanuel Wallerstein (1984) macht sie ausdrücklich zum vorwärtstreibenden Motor der Entwicklung des „Weltsystems“.

Das Besondere der gegenwärtigen, erst nach Beginn der „digitalen Revolution“ ermöglichten Stufe der Globalisierung kann in folgenden Punkten gesehen werden:²⁷

- Die Zunahme transnationaler Unternehmen, Investitionsströme und Finanzaktivitäten;
- der über die Neuen Medien möglich gewordene Austausch von Informationen und Daten zu jeder Zeit und an jedem Ort; damit ist – um ein Beispiel zu geben – die Möglichkeit verknüpft, Datensätze aus einem deutschen Industrieunternehmen in einem indischen Haushalt, der „online“ ist, verarbeiten zu lassen;
- die Auswirkungen dieser Prozesse reichen bis zur lokalen Ebene²⁸ von den Global Cities²⁹ als den „Orten der Kontrolle“ weltumspannender Aktivitäten bis in die Provinz;
- Globalisierungsprozesse beeinflussen die nationalen Politiken in erheblichem Umfang; die Wirtschaftsakteure werden von nationalen Politiken (Gesetzgebung; Steuersystem usw.) immer unabhängiger.

Im Maße der zunehmenden Verflechtung der „Ebenen Weltgesellschaft, Europa und Deutschland“³⁰ steigt das Problem der Beeinflußbarkeit der Trends und der ungewollten Folgen des sozialen und kulturellen Wandels.

Hatte die europäische Aufklärung des 18. Jhs. mit den sozialistischen Theorien des 19. und 20 Jhs. noch den Optimismus gemeinsam, daß sich „diese von Menschen gemachte Welt“ (Giambattista Vico, 1668-1744) nach Vernunftsprinzipien bzw. durch die „Erkenntnis des ökonomischen Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft“ (Karl Marx; Vorwort zur Erstauflage „Das Kapital“) einrichten und planen lasse, so wird gegenwärtig immer schwieriger entscheidbar, was noch vorausschauende politische Steuerung und was lediglich „Schadensbegrenzung“ kaum beeinflubarer Trends und neuer ökonomischer Machtzentren ist. Die Einbeziehung der global players in bestimmte politische Grundstrukturen und dem Gemeinwohl

²⁷ Vgl hierzu: Beck, U.: Was ist Globalisierung? Frankfurt/M. 1997. Und: Brock, D.: Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung, in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 8.8.1997, S. 12-20.

²⁸ Dangschat, J.: Lokale Probleme globaler Herausforderungen in deutschen Städten, in: Schäfers, B./Wewer, G. (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland, Opladen 1996, S. 31- 60.

²⁹ Sassen, S.: Cities in a World Economy, Thousand Oaks u.a., 1994.

³⁰ Hamm, B.: Struktur moderner Gesellschaften. Ökologische Soziologie Bd.I, Opladen 1996.

verpflichtete Ethiken ist eines der vielen Probleme, vor denen nicht nur die bundesrepublikanische Gesellschaft an der vieldiskutierten Millenniumsschwelle steht.

Literatur

Bald, D.: „Bürger in Uniform“. Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: *Schildt, A./Sywottek, A.* (Hrsg.): *Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Auflage*, Bonn 1998, S. 392-402.

Beck, U.: *Jenseits von Klasse und Schicht?* in: *Kreckel, R.* (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 35-74.

Ders.: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986.

Ders.: *Was ist Globalisierung?* Frankfurt/M. 1997.

Becker, J. (Hrsg.): *Vorgeschichte der Bundesrepublik. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz*, München 1979.

Bell, D.: *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/New York 1975 (orig. amerik. 1973)

Brock, D.: *Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung*, in: *Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, 8.8.1997, S. 12-20.

Dahrendorf, R.: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965 (u.ö.)

Dangschat, J.: *Lokale Probleme globaler Herausforderungen in deutschen Städten*, in: *Schäfers, B./Wewer, G.* (Hrsg.): *Die Stadt in Deutschland*, Opladen 1996, S. 31- 60.

Gabriel, K.: *Die Katholiken in den 50er Jahren*, in: *Schildt, A./Sywottek, A.* (Hrsg.): *Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Aufl.*, Bonn 1998, S. 418-430.

Geiger, T.: *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*, Köln 1949.

Geißler, R.: *Sozialstruktur*. In: *Schäfers, B./Zapf, W.* (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen 1998, S. 642-652.

Hamm, B.: *Struktur moderner Gesellschaften. Ökologische Soziologie Bd.I*, Opladen 1996.

Ders./Neumann, I.: *Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Ökologische Soziologie Bd. II*, Opladen 1996.

Hartwich, H.-H.: Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftssystems. Fundamente – Realitäten – Perspektiven, Opladen 1998.

Hauchler, I. u. a. (Hrsg.): Globale Trends 1998. Analysen Prognosen, Frankfurt/M. 1997.

Heitmeyer, W. (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. I: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bd. II: Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt/M. 1997.

Hobsbawm, E.: Europäische Revolutionen 1789-1848, Zürich 1952.

Hradil, S.: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987.

Inglehart, R.: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational change in Post-Industrial Societies, in: *American Political Science Rev.*, Vol. LXV, 1971, S. 991-1017.

Klages, H.: Werte und Wertwandel, in: *Schäfers, B./Zapf, W.* (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S. 698-710.

Kleßmann, C.: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982.

Ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1988.

Ders.: Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu, in: *Schildt, A./Sywottek, A.* (Hrsg.): Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Aufl., Bonn 1998, S. 403-417.

Lehmbruch, G.: Institutionentransfer. Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland, in: *Seibel, W. u.a.* (Hrsg.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung, Baden-Baden 1993, S. 42-66.

Lepsius, M. R.: Die Bundesrepublik in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen, in: *Conze, W./Lepsius, M. R.* (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.

Linde, H.: Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800-2000, Frankfurt/New York 1984.

Meulemann, H.: Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim/München 1996.

Parsons, T.: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: *Zapf, W.* (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, (zuerst amerik. in: *American Sociological Review* 1964), 2. Aufl., 1970.

Ders.: Das System moderner Gesellschaften, München 1972.

Ders.: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Zapf, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, 4. Aufl., Köln 1979, S. 55-75.

Popiz, H./Bahrdt, H. P. u.a.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, 3.Aufl., Tübingen 1967.

Rostow, W. W.: Stadien des wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960.

Sassen, S.: Cities in a World Economy, Thousand Oaks u.a. 1994.

Schäfers, B.: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Mit einem Anhang: Deutschland im Vergleich europäischer Sozialstrukturen, 7., neu bearb. Aufl., Stuttgart 1998.

Ders.: Anomie und Rückkehr zur „Normalität“? (Besprechungssessay zum o.g. Werk von Heitmeyer), in: Soziologische Revue 1998, Jg. 21, S. 3-13.

Ders.: Politischer Atlas Deutschland. Gesellschaft Wirtschaft Staat, 2. Aufl., Bonn 1998.

Schelsky, H.: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, 4. Aufl., Stuttgart 1960.

Ders.: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, 2. Aufl., Düsseldorf/Köln 1963.

Ders.: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, in: *Ders.:* Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln 1965 (zuerst 1954), S. 331-337.

Ders.: Die Soziologen und das Recht. Abhandlungen und Vorträge zur Soziologie von Recht, Institution und Planung, Opladen 1980.

Schildt, A./Sywottek, A. (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 2., verb. Aufl., Bonn 1998.

Smith, A.: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursache, München 1974 (orig. engl. 1776).

Spinner, H. F.: Die Architektur der Informationsgesellschaft. Entwurf eines wissensorientierten Gesamtkonzepts, Bodenheim 1998.

Weber, M.: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: *Ders.:* Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 3. Aufl., Tübingen 1968 (zuerst 1904), S. 146-214.

Wehler, H. U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, München 1987/88 (insgesamt 4 Bände).

Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989.

Wildt, M.: Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren, in: *Schildt, A./Sywottek, A.* (Hrsg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, 2., verb. Aufl., Bonn 1998, S.275-289.

Zapf, W.: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Weidenfeld, W./Zimmermann, H.* (Hrsg.): *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, Bonn 1989, S. 99-124.

Ders.: *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987-1994*, Berlin 1994.

Ders.: *Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften*, in: *Korte, H./Schäfers, B.* (Hrsg.): *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*, 5., neu bearb. Aufl., Opladen 2000.

Vom Umgang der frühen Bundesrepublik mit dem Dritten Reich

Rudolf Lill

Im letzten Jahrzehnt ist in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck verfestigt worden, daß eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich bei uns erst in den 1960er Jahren begonnen hätte.¹ Die Überzeugung, daß es zu lange keine angemessene strafrechtliche und personelle Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben habe, ist am polemischsten verbreitet worden im Buch von Ralph Giordano *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein* (1987). Am ausführlichsten widersprochen hat Manfred Kittel *Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer* (Berlin, Frankfurt/Main 1993); und Peter Steinbach und Hans-Peter Schwarz hatten schon 1981 resp. 1983 geurteilt, es habe noch in keinem anderen Land eine intensivere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stattgefunden als bei uns. Zwar haben Autoren wie Giordano oder schon viel früher Alexander und Margarete Mitscherlich (*Die Unfähigkeit zu trauern*, München 1967), bezüglich vieler Deutscher und besonders bezüglich der ersten „Normalisierungsphase“ der deutschen Gesellschaft in den 1950er Jahren richtig gesehen. Aber sie haben von der folgenreicheren Tatsache abgelenkt, daß die „Gründungsväter“ (und die im engeren Sinne nur wenigen „Gründungsmütter“) der Bundesrepublik überzeugte Gegner des Nationalsozialismus waren, welche das Dritte Reich mehr oder minder durchlitten hatten und welche sich aufgrund von dessen Erfahrung einig waren in dem Grundpostulat, eine freiheitlich-demokratisch-föderale Neuordnung zu errichten. Dieses Postulat und damit der Wille zur dauerhaften Überwindung des Nationalsozialismus haben die Verfassungsgebungen der frühen Nachkriegszeit bestimmt: zunächst seit 1946 auf der Ebene der Länder und dann 1948/49 auf der der entstehenden Bundesrepublik. Das Grundgesetz ist als die für Staatsverständnis und Politik umfassendste und gründlichste Absage an den Totalitarismus des Nationalsozialismus zu verstehen, vor allem dessen erster Abschnitt über die Grundrechte (Art. 1 - 19). Bis 1945 hatte es geheißt: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“; nun postulierte Artikel 1 GG, daß die Würde des einzelnen Menschen unantastbar sei und daß die gesamte staatliche Gewalt an die Grundrechte zu binden sei; und überhaupt wurde das Recht über die Macht gestellt. Konkrete Konsequenzen aus dem Unrecht des Dritten Reiches waren u. a. auch die Anerkennung des Asylrechts (Art. 16) und die Abschaffung der Todesstrafe (Art. 102).

¹ Vgl. zur Einführung: Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996.

Konrad Adenauer, damals Präsident des Parlamentarischen Rates, sagte denn auch in seiner Rede nach der Schlußabstimmung über das Grundgesetz am 8. Mai 1949: „Es ist wohl in Wahrheit [...] der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933. Wir wollen von da an rechnen und nicht erst von dem Zusammenbruch an. [...] Die Jahre von 1933 bis 1945, die uns in einer *fürchterlichen Knechtschaft* sahen, dürfen nicht aus unserem Gedächtnis gewischt werden“; und ganz ähnlich sagte Theodor Heuss nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 12. September 1949: „Wir müssen das im Spürgefühl behalten, was uns dorthin geführt hat, wo wir heute sind. Das soll kein Wort der Rachegefühle, des Hasses sein. [...] Wir dürfen es uns nicht so leicht machen, nun das vergessen zu haben, was die Hitler-Zeit uns gebracht hat.“

Aber gerade Männer wie Adenauer und Heuss - und ebenso Kurt Schumacher - traten auch mit dem Selbstbewußtsein derer auf, die Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren, und sind als solche durchaus anerkannt worden: von den Vertretern der Siegermächte ebenso wie von denen der Juden. Sie haben keine Bekenntnisse kollektiver Schuld abgelegt, sich wohl aber klar und oft zur Haftung der Bundesrepublik für die Taten des Dritten Reiches bekannt und entsprechend gehandelt. Doch im Vordergrund ihrer Politik stand und mußte stehen einerseits die zukunftsorientierte Immunisierung der deutschen Gesellschaft vor rechtem und nunmehr (in Anbetracht der kommunistischen Bedrohung) gefährlicher erscheinendem linken Totalitarismus, andererseits die Abtragung der ungeheuren Hypotheken, welche das Dritte Reich hinterlassen hatte, und das bedeutete durchaus nicht nur Wiedergutmachung, sondern, auch als deren Voraussetzung, finanzielle und wirtschaftliche Sanierung, Wohnungsbau und Eingliederung von Millionen von Flüchtlingen, Rückführung der Kriegsgefangenen, Einstellung der Demontagen, dazu das Bemühen um außenpolitische Bewegungsfreiheit, um Wiedereingliederung in das europäische Staaten- und Bündnissystem: um ein verwestlichtes und europäisiertes Deutschland (gerade auch dies in eindeutiger Absetzung von der Verabsolutierung von Volk und Nation, die das Dritte Reich durchzogen hatte!). In diesen Zusammenhang gehört zum Beispiel auch die Einleitung der Verständigung mit Frankreich, welche ohne eine immer offener werdende Diskussion der Vergangenheit nicht möglich gewesen wäre.

Im Sinne der dringend notwendigen Stabilisierung der BRD war man mit der Ahndung von NS-Verbrechen im ersten Jahrzehnt nach 1949 eher zurückhaltend; auch weil man der Überzeugung war, daß die schlimmsten dieser Verbrechen bereits von alliierten Gerichten (insgesamt in den drei Westzonen 4113 Verurteilte) bestraft, daß dabei auch rechtlich unhaltbare Urteile ergangen waren und daß die generelle Entnazifizierung zu schematisch, daher nicht

immer gerecht vorgegangen war und darum insgesamt von der Bevölkerung keineswegs nur positiv aufgenommen worden war. Außerdem glaubte man, in die Zukunft schauen zu müssen. So hieß es in Adenauers erster Regierungserklärung vom 20. September 1949: „[...] Wenn die Bundesregierung so entschlossen ist, dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, daß viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben, so ist sie andererseits doch unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gegenüber allen denjenigen zu ziehen, die an der Existenz unseres Staates rütteln.“ Wo dann Prozesse geführt worden sind, geschah das in rechtsstaatlicher Weise, mit der Konsequenz, daß sie wegen der oft außerordentlich schwierigen Beweislage nicht selten „im Zweifel für den Angeklagten“ endeten.

Auf Initiative Bayerns, Hessens und des Bundes entstand ebenfalls schon 1949 das „Institut für Zeitgeschichte“, welches Geschichte und Vorgeschichte des Dritten Reiches dokumentieren und diskutieren sollte. Seit 1953 erscheinen die von diesem Institut herausgegebenen Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

In den Jahren 1946 bis 1949 war eine vielseitige publizistische Auseinandersetzung über die Ursachen der deutschen Katastrophe geführt worden; unter denen, die sich daran beteiligten, seien nur genannt: Hannah Arendt, Romano Guardini, Hermann Heimpel, Karl Jaspers, Eugen Kogon, Gerd Tellenbach u.v.m., auch Franz Schnabel. Vgl. zuletzt Birgit Pape, in: FAZ, 11. Dezember 1999, besonders über die Zeitschrift „Die Wandlung“; man könnte ebenso an die „Frankfurter Hefte“ denken oder an die bescheidenen Blätter der wiederentstehenden Universitäten, an die Anfänge der „christlich-jüdischen Gesellschaften“; auch an die Tagespresse mit ihren ausführlichen Berichten über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher (November 1945 bis Oktober 1946), welche freilich zwiespältig wirkten.

Eugen Kogon hatte schon 1946 sein aufrüttelndes Buch *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager* veröffentlicht, welches bereits 1947 in zweiter Auflage erschien und bis 1974 eine Auflage von 350.000 Exemplaren erreicht hat. Zuletzt hat Horst Möller an die Frühgeschichte dieser „Vergangenheitsbewältigung“ erinnert (FAZ 3. Januar 2000, in Auseinandersetzung mit dem Konzept der Wehrmachtausstellung). Die zuerst 1957 und dann in zahlreichen Neuauflagen erschienene gut kommentierte Dokumentation von Walter Hofer *Der Nationalsozialismus*, war bereits eine an breite Kreise gerichtete Synthese der bis dahin erfolgten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus! - Von ihr sollte nicht absehen, wer zu Recht beklagt, daß dann die eingangs erwähnte politische und gesellschaftliche „Nor-

malisierung“ und das „Wirtschaftswunder“ seit den 1950er Jahren die schlimme Vergangenheit in den Hintergrund gerückt haben. In dieselbe Richtung mußte übrigens die gleichzeitige Bündnispolitik der USA wirken, welche ja darauf aus war, die Bundesrepublik möglichst fest in dieses Bündnis einzubeziehen. Der Korea-Krieg hatte die Wende eingeleitet, die Wiederbewaffnung der BRD hat sie stabilisiert.

Ähnlich wie die Entnazifizierung waren auch die Initiativen zur Rückerstattung von Vermögen und zur Entschädigung von Personenschäden zunächst von den westlichen Besatzungsmächten ausgegangen. Die Länder, so gerade auch Württemberg-Baden, haben diese Entschädigung entschlossen fortgesetzt, so zum Beispiel durch die schnelle Wiedereinstellung von Beamten und Angestellten, welche seit 1933 aus rassistischen und politischen Gründen entlassen worden waren. Auf der gesamtstaatlichen Ebene erging im September 1953 das in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone bereits vorhandenen Gesetze zusammenfassende und erweiternde Bundesentschädigungsgesetz (betr. persönliche Schäden), welches dann bis 1965 mehrmals novelliert worden ist; 1957 folgte das Bundesrückerstattungsgesetz. Andererseits hatte es die Führungsschicht der Bundesrepublik für unerläßlich gehalten, aufgrund des schon 1951 verabschiedeten Gesetzes zu Artikel 131 GG alle Beamten, die infolge des Kriegsendes ihre Stellen verloren hatten, auch ehemalige Parteigenossen, sofern sie minderbelastet erschienen, wieder zum Staatsdienst zuzulassen. Alle Parteien stimmten im Bundestag für das Gesetz, welches primär zugunsten der Beamten unter den Flüchtlingen aus dem Osten erging. Bei unterschiedlicher Akzentuierung ging es dem Bundestag darum, der Verelendung von Millionen entgegenzuwirken und die noch schwache Bundesrepublik nicht mit einem unberechenbaren Protest- und Konfliktpotential zu belasten.

Die größte Entschädigungsleistung der Bundesrepublik, welche nicht nur materiellen, sondern ostentativ moralischen Charakter trug, war die an Israel, welche seit 1951 vorbereitet wurde; sie war zugleich pragmatisch motiviert und sollte den Wiedereintritt in die internationale Politik erleichtern. Unter denen, welche sie besonders nachträglich förderten, sind Theodor Heuss und Carlo Schmid hervorzuheben. Adenauer war grundsätzlich ihrer Meinung, aber er glaubte, die Warnungen seines Finanzministers Fritz Schäffer vor unzumutbaren Belastungen sehr ernst nehmen zu müssen, und bestand daher auf der Koordinierung der im Frühjahr 1952 in Wassenaar bei Den Haag beginnenden Verhandlungen mit Israel (Leitung Prof. Franz Böhm) mit den fast gleichzeitigen Verhandlungen in London, welche die deutschen Vorkriegsschulden regeln sollten. Unter denen, die ihn in dieser Hinsicht berieten, war der Bankier Hermann

Josef Abs. Das Abkommen mit Israel, welches am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichnet wurde (für die Bundesrepublik von Konrad Adenauer persönlich!), sah deutsche Leistungen in der unter damaligen Verhältnissen außergewöhnlichen Höhe von ca. vier Milliarden DM vor. Am 4. März 1953 leitete wiederum Adenauer persönlich die Ratifizierungsdebatte im Bundestag ein. Er sprach von „dem wichtigsten [...] Teilabschnitt des Gebietes der Wiedergutmachung“ und führte u.a. aus: „Eine solche Tat ist schon aus moralischen Gründen eine Notwendigkeit. Sicher: bei weitem nicht alle Deutschen waren Nationalsozialisten und es hat auch manche Nationalsozialisten gegeben, die mit den begangenen Greueln nicht einverstanden waren. Trotzdem ist dieser Akt der Wiedergutmachung durch das deutsche Volk notwendig. Denn unter Mißbrauch des Namens des deutschen Volkes sind die Untaten begangen worden.“ Mit derselben Eindeutigkeit sprachen die Redner der am 18. März stattfindenden Debatte, darunter Karl Graf von Spreiti (CSU), Eugen Gerstenmaier (CDU) und Carlo Schmid (SPD). Und insgesamt dokumentiert diese Debatte den Willen zur Wiedergutmachung; das Zustimmungsgesetz wurde denn auch mit 238 gegen 34 Stimmen der KPD und einiger Vertreter der Rechten bei 86 Enthaltungen angenommen. Noch im Sommer 1953 begannen die Leistungen aufgrund des Vertrages, welcher bis zum Ende des Jahres 1965 vollständig erfüllt worden ist. Zu bemerken ist vielleicht noch, daß weder die USA noch Großbritannien die Bundesrepublik zu derart hohen Leistungen an Israel gedrängt hatten.

Im August 1952 waren die Gesetze über den Lastenausgleich und über den Währungsausgleich (zur Entschädigung für Verluste an Sparguthaben von Vertriebenen) ergangen, und im folgenden Jahrzehnt sind globale Wiedergutmachungsabkommen mit insgesamt elf westlichen Staaten gefolgt, 1961 sogar mit Österreich! Insofern hat der Deutsche Bundestag in seinen beiden ersten Legislaturperioden alles in seinen Kräften stehende getan, um die Abtragung der inneren und äußeren Hypotheken des Dritten Reiches soweit auf den Weg zu bringen, wie das innerhalb der Kompetenzen des Bundes damals möglich war. Es war auch eine Nebenfolge dieser Wiedergutmachungsleistungen, daß viele Deutsche zu glauben begannen, das Dritte Reich sei nur noch Vergangenheit.

Bereits angesprochen wurde das besondere Engagement des ersten Bundespräsidenten für eine Verständigung mit den Juden. Direkt nach seiner Wahl hatte Theodor Heuss sich an die deutschen Juden gewandt, aus Anlaß des jüdischen Neujahrsfest am 24. September 1949, und solche Glückwünsche hat er dann jährlich wiederholt und zu grundsätzlichen Ausführungen über das Verhältnis von Deutschen und Juden benutzt. Heuss hat auch mit hervorragenden

Vertretern des Judentums, so mit Leo Baeck, gesprochen und um Verständigung geworben. Symbol dieser Verständigung sollte auch der Wiederaufbau bedeutender Synagogen werden, so der in Worms, für den Heuss sich besonders eingesetzt hat. Er ist 1959 begonnen worden. Im September desselben Jahres wurde die große Kölner Synagoge bereits wieder eingerichtet; und Bundeskanzler Adenauer, der als Oberbürgermeister von Köln stets ein sehr gutes Verhältnis zur jüdischen Gemeinde gehabt hatte, nahm, mit allen Ehren empfangen, an dieser Wiedereinweihung teil. Im Bericht der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden (25. September 1959) hieß es dazu: „Als Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer das Wort ergriff, empfanden alle [...], daß er von schmerzlicher Erinnerung und Trauer erfüllt war. Er gedachte der vielen jüdischen Freunde, denen er [...] verbunden gewesen war, und bat darum, in das Totengebet auch die einzuschließen, die in den furchtbaren Jahren der jüngsten Vergangenheit als Christen hingemordet wurden. Juden und Christen teilten miteinander die leidvolle Erinnerung, die nie vergessen werden dürfte, sie sollten aber auch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft miteinander teilen.

Der Bundeskanzler versicherte, daß er vertrauensvoll in die Zukunft blicke. Die Bundesrepublik Deutschland wolle Hort der Ordnung, Schutz des Rechts und Schild der Gerechtigkeit für alle sein. Dies sichtbar zum Ausdruck zu bringen, sei ihm ein besonderes Anliegen.“

Kriegsverbrecherprozesse - Entnazifizierung. Der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik

Angela Borgstedt

Die *Denazifizierung*, die „Bereinigung“ der deutschen Gesellschaft von Nationalsozialismus und Nationalsozialisten war von den alliierten Siegermächten neben der Demokratisierung, Demilitarisierung und Dekartellisierung zu einem der vier Grundelemente ihrer Besatzungspolitik erhoben worden. Diese Bereinigung vollzog sich auf verschiedenen Ebenen. Vor dem *internationalen* Militärgerichtshof in Nürnberg hatten sich von November 1945 bis Oktober 1946 im eigentlichen *Hauptkriegsverbrecherprozeß* führende Repräsentanten des NS-Regimes zu verantworten, in den zwölf Nachfolgeprozessen bis 1949 vor nunmehr rein *amerikanischen* Richtern und Staatsanwälten kompromittierte Angehörige der Ärzteschaft, Justiz, Wirtschaft, der Ministerien oder auch der NS-Tötungsmaschinerie. Auf zentraler Ebene verhandelten Militärtribunale in Rastatt, Hamburg respektive Lüneburg oder in Dachau primär gegen *Kriegsverbrecher* im Sinne der Haager Landkriegsordnung: Personen, die Kriegsgefangene nicht interniert, sondern getötet hatten. In den ehemals besetzten Ländern Europas schließlich standen etliche Angehörige des Besatzungs- und Unterdrückungsapparates vor Militärtribunalen oder Volksgerichten, so vor allem in Polen, aber auch in Frankreich, wo etwa im Mai 1946 der Straßburger Prozeß gegen den einstigen Gauleiter von Baden und Reichsstatthalter im Elsaß, Robert Wagner, stattfand. Schließlich verhandelte die von Herbst 1945 an wiedereröffnete deutsche Justiz gegen Rechtsverstöße, die von Deutschen an Deutschen begangen worden waren. 1947 etwa standen die für Tötungsdelikte verantwortlichen Ministerialbeamten, Ärzte und Pfleger der Heilanstalt Grafeneck vor dem Tübinger Landgericht. Das Karlsruher Landgericht verurteilte 1946 einen Protagonisten der Pogromnacht von 1938 wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe.

Die *Denazifizierung* mittels Kriegs- oder Strafrecht ist ein Aspekt alliierter Säuberungspolitik, wenn auch nicht der, mit dem die „Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ allgemein assoziiert wird. Die *Entnazifizierung* der Parteimitglieder: der alten Kämpfer, Aktivist, Märzgefallenen oder nominellen Parteigenossen hatte zumindest in der amerikanischen Besatzungszone jeden erwachsenen Bewohner tangiert. Allein in Nordwürttemberg-Nordbaden mußten gut 2½ Millionen einen Meldebogen ausfüllen, den spezielle Auswerter

und Ermittler auf Belastungsmomente wie Falschangaben überprüften. Allerdings hatte nur ein Bruchteil, etwa 10 bis 15 Prozent tatsächlich ein Entnazifizierungsverfahren vor einer der etwa 160 Spruchkammern des Landes zu durchlaufen. Das Gros galt als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen oder kam in den Genuß der Jugend-, Weihnachts- oder Heimkehreramnestie. Als zumeist „Zeugen des Angeklagten“, als Aussteller der berühmt-berüchtigten „Persilscheine“ blieben freilich auch sie in das Säuberungssystem involviert.

Das Renommee der Entnazifizierung war und ist bei Zeitgenossen wie Historikern gleichermaßen negativ. Während vor allem die anfänglich durchaus harten Urteile gegen vergleichsweise „kleine Fische“, demgegenüber die spätere Milde in Fällen von Schwer- und Schwerstbelasteten in kollektiver Erinnerung geblieben sind, so lasten nicht wenige Historiker die Rückkehr „entlauster Mitläufer“ - vorzugsweise in den Staatsdienst - einer „gescheiterten“ Entnazifizierung an. Stand und steht bereits die Entnazifizierungspraxis in keinem allzu guten Ruf, so erst recht das zuständige Personal: Spruchkammervorsitzende, öffentliche Kläger und Beisitzer, ganz zu schweigen von den bereits erwähnten Ermittlern. Ressentimentbeladen und daher subjektiv, politisch linkslastig und überhaupt gesellschaftliche Außenseiter, so lautete zumeist die Kritik. Einer genaueren Prüfung halten beide Pauschalurteile allerdings nicht stand. Mochte anderswo die Entnazifizierung tatsächlich vorwiegend von linksorientiertem Personal durchgeführt worden sein, so jedenfalls nicht in Nordbaden. Hier waren die vier Parteien SPD, CDU, DVP und KPD in etwa ihrem in der ersten Lokalwahl erzielten Proporz entsprechend vertreten. Auch präsidierten in den Spruchkammern keineswegs gesellschaftliche Außenseiter, sondern vielmehr lokale Honoratioren: vorwiegend Rechtsanwälte, Notare, Richter, später auch Lehrer und Unternehmer, künftige Landtagsabgeordnete, Gerichtspräsidenten und Diplomaten. Da jedes Spruchkammermitglied selbst ein peinlichst gründliches Prüfverfahren zu durchlaufen hatte, zeigt diese Auflistung zugleich, daß eben doch nicht jeder Richter ein, so Ingo Müllers Diktum, „fruchtbarer Jurist“ gewesen sein kann, nicht jeder Lehrer ein „Multiplikator des NS-Ideologie“. Die Mitwirkung von Juristen in Entnazifizierungsverfahren war vorgesehen, jedoch allein für die Berufungsinstanz zwingend vorgeschrieben. In Nordbaden waren freilich bereits die Spruchkammern des ersten Instanzenzuges zu 90 %, von der zweiten Jahreshälfte 1947 immerhin noch zu 80 % mit juristischem Fachpersonal besetzt. Entsprechend hatten auch sie die eigentlichen Schwerstbelastetenfälle zu beurteilen, im Stadtkreis Karlsruhe etwa 400, über deren Einstufung als Hauptschuldige sie befanden. Als hauptschuldig galten Parteimitglieder vor 1927, SA-, SS- oder Gestapoangehörige in Führungsposition, KZ-Personal, Denunzianten aber auch leitende Beamte der Ministerialbürokrati-

tie, Justiz oder Wissenschaft: selbstverständlich auch der einstige Rektor der Universität Karlsruhe Fridericiana, Rudolf Weigel. Diese Klientel wurde fast ausschließlich von einem kleinen Kreis jener juristischen Fachkräfte beurteilt, noch dazu in enger zeitlicher Folge, so daß zumindest hier die Vergleichbarkeit groß und Ungerechtigkeiten geringer waren. Dennoch fielen einige Spruchkammerentscheidungen unbefriedigend aus. Oft fehlte gerichtsverwertbares Belastungsmaterial, zogen Zeugen ihre Aussagen zurück oder verweigerten das Auftreten vor der Kammer; hingegen warteten die Belasteten oder ihre Anwälte mit ganzen Stapeln von „Persilscheinen“ auf, deren prominente Verfasser schon beeindruckend mochten: Landesbischof Kühlewein, Erzbischof Gröber, Theodor Heuss, Carl-Friedrich von Weizsäcker oder Martin Niemöller. Fanden sich keine Belastungszeugen, blieben Belastungsmomente unentdeckt, so hatte die Kammer aufgrund des vorliegenden Materials „in dubio pro reo“ zu entscheiden. Doch nicht immer mußte der Entscheid einer Spruchkammer *moralisch* unbefriedigend ausfallen. Hierzu ein abschließendes Beispiel: Am 30. Juni 1947 zeigte die Ehefrau eines soeben als Mitläufer entnazifizierten Elektromonteurs als Angehörigen eines sogenannten Einsatzkommandos an. Als Beweis präsentierte sie eine goldene Uhr, Goldzähne und Goldbrücken. Ihre beiden Schwägerinnen, so gab sie zu Protokoll, hätten sich trotz ihrer ganz im Sinne der NS-Rassedoktrin geäußerten Bedenken aus weiterem Zahngold Kronen fertigen lassen. Der Beschuldigte gab zu, einem Teiltrupp des im Raum Minsk, Orscha, Mogilev und Gomel operierenden Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B¹ unter Hauptsturmführer Wilhelm Schulz² angehört zu haben, eine Beteiligung an Erschießungen bestritt er. Diese konnten ihm jedoch die ermittelnden Kriminalbeamten zweifelsfrei nachweisen. Am 10. Juli 1948 wurde der Betroffene nicht zuletzt aufgrund der Aussage zur Höchststrafe der Einreihung in die Gruppe der Hauptschuldigen und damit verbundenen zehnjährigen Arbeitslagerhaft verurteilt, die er jedoch längst nicht zur Gänze verbüßen mußte. Ein einziges Mal wurde der fortan als Hilfsarbeiter Tätige noch einmal mit „den Schatten der Vergangenheit“ konfrontiert, als er

¹ Zu den Einsatzgruppen vgl. Krausnick, Helmut: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938 - 1942. Frankfurt am Main 1985, hier insbesondere S. 156-162; Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt am Main 1990, S. 304 Anm. 31 Hinweis auf den Betroffenen; zuletzt Ogorreck, Ralf: Die Einsatzgruppen und die "Genesis der Endlösung". Berlin 1996. [=Reihe Dokumente, Texte, Materialien. Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin; Bd. 12]

² Nicht nur der Karlsruher Spruchkammer blieb die Identität jenes Wilhelm Schulz verborgen, vermochte sich jener doch nach seiner Flucht aus dem Internierungslager Darmstadt zunächst unter dem Falschnamen Wilhelm Schröder, von 1949 an ganz offen unter dem kaum weniger anonymisierenden richtigen Namen in der entstehenden Bundesrepublik als Hilfsarbeiter, Kaufmannsgehilfe und zuletzt Handelsvertreter eine Existenz aufzubauen. 1959 wurde Schulz verhaftet und zwei Jahre später gemeinsam mit dem Chef des Einsatzkommandos 8, Otto Bradfisch, und anderen vor dem Münchener Landgericht angeklagt und zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Vgl. Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945 - 1966. Bd. XVII. Amsterdam 1977. S. 657-708.

im Juli 1961 im Einsatzgruppenprozeß gegen *Dr. Otto Bradfisch und andere* vor dem Landgericht München als Zeuge gegen eben jenen Wilhelm Schulz aussagte. Die Akten der Karlsruher Spruchkammer waren vom Münchener Landgericht eigens angefordert worden. Zu diesem Zeitpunkt erlebte die strafrechtliche Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen gerade ihre zweite Phase, die mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß 1958 begonnen hatte und deren „Meilenstein“ 1960 der Frankfurter Auschwitzprozeß war.

Zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Eine literarische Spurensuche

Götz Großklaus

Vergeblich bleiben alle Versuche, die düstere, traumatische Vorgeschichte der Bundesrepublik von ihrer glänzenden Aufstiegsgeschichte seit 1949 zu trennen. Die Erinnerung an die Katastrophe von 1945: an den totalen moralischen und mentalen Zusammenbruch, an die psychischen und physischen Verwüstungen begleitet als dunkler unterirdischer Strom die Oberflächengeschichte der wiedererlangten zivilisatorischen Normalität. Von Mal zu Mal aber treten die Erinnerungen aus dem kollektiven Unbewußten wieder an die Oberfläche des Bewußten. Die Traumata des Verlustes kollektiver Identität, der Einbuße aller vertrauten kulturellen Sicherheiten und geschichtlich-sozialer Orientierung – die Traumata von Erniedrigung und Demütigung, von Schuld und Schande haben sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt und haben den gesellschaftlichen Körper gezeichnet. Die traumatische Erfahrung einer Existenz außerhalb des vertrauten sozialen und kulturellen Schutzraums – eines Überlebens auf jenem „riesigen Schutzplatz jenseits der Ränder der bekannten Welt“ – so wie Jünger schon die Schlachtfelder des ersten Weltkrieges beschrieb – konnte nicht vergessen werden, lediglich konnte sie zeitweilig verdrängt, verschoben oder tabuiert werden. Verbunden waren diese millionenfach gemachten traumatischen Erfahrungen mit den Gefühlen absoluter Entfremdung. Die bewohnte Welt hatte alle vertrauten Konturen verloren. Die Ruinenfelder der bombardierten Städte und Leichenfelder hinter den jetzt geöffneten Toren und Zäunen der Konzentrationslager tragen die Signaturen einer „bösen Naturlandschaft“ (Ernst Jünger), deren Fremdheit sich in der totalen Auslöschung des kulturellen Raums und der Tilgung der zivilisatorischen Struktur erweist. Das Trauma absoluter Fremdheit wird später, seit 1949, zum Antrieb einer angestregten Suche nach neuer wiederzugewinnender Vertrautheit im Raum – nach Formen wiederzugewinnender Nähe und Trauer um die Toten. Die Erfahrung aber eines radikalen Fremdwerdens der Lebenswelt fällt zusammen mit dem Zusammenbruch aller symbolischen Systeme, die Wiedererkennen und Identität ermöglichen.

Die Katastrophe des Herausfallens aus der Ordnung aller kulturellen Übereinkünfte und aller Grundannahmen bezüglich eines „kontinuierlichen Fortbestandes der gewohnten Welt“ (Sofsky) hatte sich zunächst für Millionen von Opfern in den exterritorialen Zonen der Lager ereignet. Im Untergang ihrer Schreckensherrschaft geraten die Täter mit der Masse aller Mit-

läufer und Unschuldigen selbst in den Sog der von ihnen initiierten Aufkündigung aller human-zivilisatorischen Übereinkünfte. Deutschland als Ganzes versinkt 1945 nicht nur in Chaos und Anarchie, es sinkt herab auf einen quasi vorzivilisatorischen Zustand. Die totale Verwüstung seiner Stadt-Landschaften zeigt das Antlitz des Unmenschlichen – so wie es die Sieger sahen. Das US-Army-Signal-Corps dokumentiert in einer Fülle von Photographien und Filmen diese Sicht: „Die Vergeltung, so zeigen diese Photographien, ist streng und gerecht und in Wahrheit schön. Städte repräsentieren die Kultur eines Landes. Ihre vollkommene Verwüstung – ihr zerstörtes Gesicht – ist aus der Nähe schwierig anzusehen, da der Eindruck alles Menschlichen zerstört ist. Deutschland ist unmenschlich, weil seine Städte zerstört sind und seine Städte sind zerstört, weil es sich gezeigt hat, daß die deutsche Kultur unmenschlich ist. Keine Zerstörung ist umfassend und endgültig genug angesichts dieser Unmenschlichkeit, die nur aus der großen Distanz des Siegers wirklich d. h. richtig gesehen werden kann.“¹

Eine differenziertere Beobachtungsposition war von den Alliierten in ihrer Gewißheit des absoluten Sieges des Guten und der absoluten Niederlage des Bösen nicht zu erwarten.² Der britische Kriegsreporter Leonard O. Mosley beschreibt Hannover im April 1945: „Eine bedrücktere und desolater Stadt hatte ich nie zuvor gesehen. Sogar aus der Entfernung von 5 Meilen war die Verwüstung grauenhaft. Hannover sah einer Wunde in der Erde ähnlicher als einer Stadt. Als wir näher kamen, suchte ich nach den vertrauten Wegzeichen, aber die Verwandlung durch die Bomben schien komplett. Nichts konnte ich wiedererkennen; ganze Straßenzüge waren verschwunden, und die Plätze und Gärten und Bäche mit ihnen, alles überschüttet von Ziegeln und Steinen und Schutt.“³

Und ein 1945 nach Berlin zurückkehrender Emigrant notiert seinen Eindruck von Berlin nach zwölfjähriger Abwesenheit: „Der erste überwältigende Eindruck von Berlin, der das Herz schneller schlagen läßt, ist die Transformation alles Menschlichen in diesen unbeschreiblichen Ruinen. Nichts Menschliches ist geblieben. Das Wasser ist verseucht, es stinkt nach Leichen, man sieht die fantastischsten Formen von Ruinen, Ruinen und nochmals Ruinen: Häuser, Straßen, ganze Viertel in Trümmer. Die Zivilisten in diesen Bergen von Ruinen scheinen den Alptraum nur noch zu intensivieren. Wenn man sie sieht, dann hofft man fast,

¹ Barnouw, Dagmar: Ansichten von Deutschland (1945). Krieg und Gewalt in der zeitgenössischen Photographie. Basel/Frankfurt am Main 1997, S. 11.

² Ebd., S. 10.

³ Mosley, Leonard O.: Report from Germany, London 1945, zitiert nach: Dagmar Barnouw, 1997, S. 84.

daß sie nicht menschlich seien.“⁴ Die Überlebenden, die hier in den Trümmerwüsten vegetieren, ähneln den Schreckensgestalten, die den Befreiern aus den Konzentrationslagern entgegentaumeln. Semprun beschreibt die Szene seiner Befreiung in Buchenwald 1945 und den Blick, der auf ihn fällt – es ist dieser Blick, der sich des Menschlichen in diesem Gesicht, an diesem Körper nicht mehr zu vergewissern imstande ist – für diese Minuten des Schocks: „Sie stehen vor mir, mit aufgerissenen Augen, und ich sehe mich plötzlich in diesem schreckensstarrten Blick, ihrem Entsetzen. – Sie sehen mich an, mit verstörten Augen voller Grauen.“⁵

Wenn die Rede von „den beispiellos verdüsterten Jahren nach 1945“ gerechtfertigt ist, dann durch die Tatsache, daß sich Menschen – angekommen an einem absoluten Nullpunkt ihrer Existenz – erst jetzt ihres Sturzes aus dem Gefüge der Zivilisation bewußt wurden: Schlagartig und schockhaft offenbarte sich ihnen die Bodenlosigkeit ihres Zustandes. In der Leere und Ödnis der Trümmerflächen bringt sich im konkreten Wortsinn das Nichts zur Anschauung. Im zerstörten Gesicht der Städte erinnert nichts mehr an den Menschen. Dieses Sichtbarwerden des Unmenschlichen, die unmittelbare Anschaulichkeit einer toten und stummen Welt, diese Erscheinung einer „bösen Naturlandschaft“ dieser Einbruch der Fremde in den vormals bekannten, vertrauten, mit Sinn ausgestatteten europäischen Kulturraum erscheint als das eigentlich Beispiellose dieser Nachkriegsjahre.

Hans Erich Nossack ist einer der frühesten Verzeichner dieser existentiellen Zäsur. Schon im November 1943 berichtet er in seinem Text: ‚Der Untergang‘ über die mehrtägige Vernichtungsaktion, die Hamburg im Juli 1943 trifft. Der Text bezeugt den qualitativen Fortschritt in der Auslöschung kultureller Areale, in der Maximierung der Tötung pro Sprengstoffeinheit.

„Oder man war verwüstet und vor Erschöpfung teilnahmslos. Nicht etwa vor Kummer und Schrecken wie es früher war, wenn wir unter zehn Häusern eines zerstört sahen. Dieses eine, aus der Mitte der Lebenden gerissen, konnten wir betrauern und zugleich um das Leben der anderen zittern. Aber nun, wo nichts mehr da war? Nicht die Leiche der Stadt, nicht ein totes Bekanntes, das zu uns sprach: Ach, gestern als ich noch lebte, war ich deine Heimat – nein, zu trauern brauchte man nicht. Was uns umgab, erinnerte in keiner Weise an das Verlorene. Es

⁴ Speier, Hans: *From the Ashes of Disgrace. A Journal from Germany 1945-1955*, Amherst 1981, zitiert nach Dagmar Barnouw, 1997, S. 276.

⁵ Semprun, Jorge: *Schreiben oder Leben*, Frankfurt am Main 1995, S.11.

hatte nichts damit zu tun. Es war etwas anderes, es war das Fremde, es war das eigentlich Nicht-Mögliche.“⁶

Nossacks Notat von 1943 bezeugt jenen Einbruch der radikalen Fremde, die sich im vollkommenen Verschwinden aller Spuren des Menschlichen zu erkennen gibt – und zunächst auch aller Spuren des Natürlichen. Erst später werden Ratten und Fliegen die Stadt beherrschen. Über der Trümmerstätte lastet eine auffällige Stille: „Doch alles ganz schweigsam, ohne Bewegung und Veränderung; des Zeitlichen entkleidet und ewig geworden.“⁷ Als dergestalt tote Brache fällt der vormals sinn- und zeit-besetzte Raum der Heimat, einer Lebenswelt, zurück in den vorzivilisatorischen Status der leeren und bedeutungslosen Wüstenei. Der Raum scheint zurückgekehrt zu vorzeitlichem Schweigen, zu vorzeitlicher Gleichgültigkeit; seine „sinnabweisende Stummheit“ erregt Gefühle des Unheimlichen, des Grauens vor dem Nichts. Dem augenblicklichen Schrecken, sich plötzlich in der Leere eines bedeutungslosen, fremden Raums zu befinden, folgt Apathie und Erinnerungsblockade. Der Außenzertrümmerung des Raums entspricht die Innenzertrümmerung des geschichtlichen Sinns. Der kulturell gestaltete und angeeignete Raum aber muß – nach Maurice Halbwachs – als jenes Symbolsystem verstanden werden, in dem eine Gruppe ihre kollektiven Erinnerungen dauerhaft niedergelegt hat.⁸ Der gestaltete Raum von Städten, Siedlungen, Häusern und Wohnungen als „objektivierter Ausdruck“ von kollektiver oder individueller Lebenswelt⁹ verhilft Gruppen und Individuen dazu, sich in ihm wiederzuerkennen. Im massenhaft katastrophischen Untergang von Städten in Deutschland bis in die letzten Kriegstage hinein erleiden die Menschen massenhaft die Löschung ihres kollektiven Gedächtnisses, „das sich innerhalb eines räumlichen Rahmens bewegt.“¹⁰ Mit der Vernichtung dieses räumlichen Rahmens verlieren sie die Möglichkeit des Sich Wiedererkennens, der Identifikation. Als schwere kollektive Identitätsdiffusionen und -verluste treten diese Löschungen in unterschiedlicher Form erst sehr viel später in Erscheinung; ihre Herkunft aber ist in Deutschland weitgehend tabuiert.

Außer Nossack, dessen Text – 1943 entstanden – 1948 publiziert wird, haben sich wenige Literaten der Katastrophe des Bombenkrieges angenommen – so etwa Alexander Kluge, Gerd Ledig, Arno Schmidt oder neuerdings Walther Kempowski oder Dieter Forte – alle aber mit

⁶ Nossack, Hans Erich: Der Untergang, Frankfurt am Main 1963, S. 44-45.

⁷ Ebd., S. 47.

⁸ Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt am Main 1985, S. 142 und Greverus, Ina-Maria: Kultur und Alltagswelt, München 1978, S. 273-274.

⁹ Greverus, Ina-Maria, 1978, S. 273.

¹⁰ Halbwachs, Maurice, 1985, S. 142.

Abständen von 9 - 54 Jahren zur Katastrophe. Was in kollektiver Erinnerung – besonders in den 50er Jahren – verschüttet, verdrängt und blockiert wurde, ist offenbar über lange Latenzzeiten im individuellen Gedächtnis der Überlebenden präsent geblieben. 1995 erinnert sich Wolf Biermann in einer kurzen Notiz: „Im Stadtteil Hammerbrook lag ich im Sommer 1943 im Zentrum des Fegefeuers unter dem Bombenteppich, den die Alliierten über die Hansestadt gelegt hatten. Fünfzehntausend Menschen verbrannten allein in diesen beiden erleuchteten Nächten. Kein Gesicht, keine Farbe, kein Geruch, keine Situation habe ich je aus dem Gedächtnis verloren. Die Erinnerung an dieses Inferno ist mir eingebrannt wie nichts sonst. Alles vorher, alles nachher habe ich vergessen, aber über diesen Brand könnte ich Ihnen einen Roman schreiben, wenn ich Romane schreiben könnte.“¹¹ Gegenüber der grauenhaften Wirklichkeit der Katastrophe scheint die vorausgehende und nachfolgende Geschichte jede Bedeutung eingebüßt zu haben. Die Wirklichkeit der Katastrophe behauptet sich als die einzige, jede andere Wirklichkeit in der Vor- oder Nachgeschichte der Katastrophe gewinnt mehr und mehr Züge des Unwirklichen: eine irritierende Erfahrung im übrigen, die auch Häftlinge der Konzentrationslager nach ihrer Befreiung machen. Nossack schreibt über die Menschen, die die Katastrophe Hamburgs überlebt haben: „Die Menschen bemühen sich so zu tun, als lebten sie wie vorher [...]. Aber: Sie wissen, daß es nur Schein ist. Sie glauben nicht daran. Die Kulisse fehlt, die Illusion der Wirklichkeit.“¹²

Vergleichbar beschreibt Semprun einen Augenblick jähem Erwachens aus einem Alptraum kurz nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager: „Ich richtete mich im Bett auf, schweißgebadet, ich hörte den regelmäßigen Atem meiner Freundin [...] eine schauerhafte Angst umklammerte mich, trotz der zerreißenen Gewißheit ihrer Schönheit. Dieses ganze Leben war nur ein Traum, war nur eine Illusion. Alles war ein Traum, seit ich den Buchenwald auf dem Ettersberg verlassen hatte: die letzte Wirklichkeit.“¹³

Menschen mit diesen Erfahrungen und Verletzungen begegneten sich in dem verwüsteten Deutschland der Nachkriegsjahre: Überlebende der Konzentrationslager und des Bombenkrieges, heimkehrende Frontsoldaten, Massen von ‚Displaced Persons‘, zu denen man auch die Millionen von Vertriebenen aus den alten deutschen Ostgebieten zählen kann: es ist die Vielzahl der konkurrierenden, gegensätzlichen, gleichartigen, sich ergänzenden und überlappenden Einzelerinnerungen, die so etwas wie das kollektive Tiefengedächtnis einer Zeitstelle

¹¹ Biermann, Wolf: Alle Gedichte – Kleines Nachwort, Köln 1995, S. 180.

¹² Nossack, Hans Erich, 1963, S. 142.

¹³ Semprun, Jorge, 1995, S. 186.

oder einer Epoche bilden.¹⁴ Die Literatur ist an der Ausbildung eines kollektiven Gedächtnisses, dem sie einprägsame und sinnfällige Bilder zu übergeben in der Lage ist, stets beteiligt. Jedoch: in unmittelbarer Nähe zu den Katastrophen kann ihr das nicht gelingen. Die Übersetzung der traumatischen Erinnerungsbilder in repräsentative literarische Bilder bleibt in manchen Fällen jahrzehntelang blockiert.

Erst 1994 veröffentlicht Jorge Semprun seinen literarischen Bericht über das Jahr seiner Haft im Konzentrationslager Buchenwald nach einer langen „bewußten Kur der Aphasie“: „Das Gedächtnis von Buchenwald war zu dicht, zu erbarmungslos, als daß es mir hätte gelingen können, auf Anhieb zu einer geläuterten, abstrakten literarischen Form zu finden. Wenn ich um zwei Uhr morgens aufwachte, die Stimme des SS-Offiziers im Ohr, die orangerot blendende Flamme des Krematoriums vor Augen, dann zerbrach die subtile und ausgeklügelte Harmonie meines Plans in schrille Dissonanzen. Nur ein Schrei aus der Tief der Eingeweide, nur eine Totenstille hätte das Leiden auszudrücken vermocht.“¹⁵

Die Archivierung der großen Traumata der Epoche, ihre Einschreibung ins kollektive Gedächtnis erfolgte zögernd, fragmentarisch, von dem ständigen Skrupel begleitet, der erbarmungslosen Dichte des Geschehens nicht gerecht werden zu können. Oder alles ging im Schweigen unter. Wolfgang Koeppen schildert in seinem kurz nach der Währungsreform von 1948 geschriebenen Roman ‚Tauben im Gras‘ einen Schriftsteller, den der Krieg zerstört hat: „[...] er war auf der Walstatt geblieben, auf der sich die schändliche Politik und der gemeinste Krieg, Wahnsinn und Verbrechen ausgetobt hatten. Philipp war wie gelähmt und seine Stimme war wie erstickt [...]“¹⁶ Koeppen entwirft eine fiktive Figur, die doch exemplarisch Züge dieser entwurzelten ‚lost generation‘ trägt, der die Kraft genommen ist sich zu erinnern, zu sprechen, Zeugnis abzulegen. Auch der autobiographische Antiheld in dem Nachkriegsroman von Hermann Lenz (Tagebuch vom Überleben und Leben) – ein Kriegsheimkehrer und Schriftsteller wie Koeppens Figur – kann über die unmittelbar Vergangenheit nichts schreiben: „Er wollte aufschreiben, was er sich ausdachte und was nie gewesen war, weil ihn alles, was ihm als Soldat und Kriegsgefangener begegnet war, immer noch erschreckend anschrte.“¹⁷

¹⁴ Friese, Heidrun: Bilder der Geschichte, in: Klaus E. Müller/Jörn Rüsen (Hrsg.): Historische Sinnbildung, Hamburg 1997, S. 348.

¹⁵ Semprun, Jorge, 1995, S. 192.

¹⁶ Koeppen, Wolfgang: Tauben im Gras, Frankfurt am Main 1980, S. 96.

¹⁷ Lenz, Hermann: Tagebuch vom Überleben und Leben, Frankfurt am Main 1981, S. 85.

Der Roman von Hermann Lenz erschien in großem Abstand erst 1978 und läßt vermuten, daß Lenz hier seine eigenen Schrecken erinnert, zu denen er erst 33 Jahre später die nötige schriftstellerische Distanz gewann. Aber gerade die Verzögerung in der Archivierung der epochalen Schrecken und Traumata offenbart den nicht nachlassenden Druck der Nötigung zur Rückkehr an die verschiedenen Orte und Zeitstellen der Verletzung: und genau dies: die Nötigung zur Rückkehr an den traumatischen Punkt der Katastrophe gehört zu einer die Oberflächen-Geschichte der Bundesrepublik begleitenden Tiefen-Geschichte – bis in unser Tage. Die Rückkehr – literarisch, publizistisch oder wissenschaftlich – ereignet sich in Schüben und sie bezieht sich regelmäßig auf drei Felder unserer traumatischen Hypothek, die mit den geläufigen historischen Ereignis-Chiffren bezeichnet sind:

- Auschwitz für den Genozid
- Stalingrad für den Vernichtungskrieg
- Hamburg und Dresden für Massaker und Löschung kultureller Identität
- wobei bekanntlich die systematische Vernichtung deutscher Städte mit einer halben Millionen Ziviltoter und das Trauma vollkommener Entfremdung im Totalverlust des Herkunftsraums lange Zeit tabuisiert war.

Die Deutschen „durften sich selbst niemals als Opfer“ des von ihnen heraufbeschworenen totalen Krieges und „des Zusammenbruchs ihrer Kultur sehen“.¹⁸ In der Konkurrenz der Erinnerungen wurden die Erinnerungen an den totalen Bombenkrieg im offiziellen geschichtlichen Diskurs nicht zugelassen.

Am 6. und 9. August 1945 fallen die ersten Atombomben – nicht mehr wie geplant auf deutsche, sondern auf zwei japanische Städte. Der Abwurf setzt ein weltgeschichtliches Datum. Die Menschheit sieht sich mit der Möglichkeit ihrer Selbstausslöschung konfrontiert. Hamburg und Dresden erscheinen als Präludium der atomaren Apokalypse im fernen Japan. Hiroshima und Nagasaki werden zur globalen Chiffre des Untergangs. Spätestens seit Beginn des sog. Kalten Krieges mit der Berlin-Blockade im Juni 1948 beherrscht die Menschen – besonders in Europa, wo sich die Großmächte auf deutschem Boden gegenüberstehen – die Angst vor einem atomaren Krieg.

¹⁸ Barnouw, Dagmar, 1997, S. 58.

Als Teil der Romantrilogie ‚Nobodaddy’s Kinder‘ erscheint 1951 Arno Schmidts Text ‚Schwarze Spiegel‘ – die erste literarische Vision einer nach dem ABC-Schlag untergegangenen Welt. Schmidt läßt seinen Anti-Robinson auf dem Fahrrad durch die menschenleere Atomwüste Mitteleuropas nomadisieren. Irgendwo in der norddeutschen Tiefebene baut er sich aus Zivilisationstrümmern seine Hütte. Er siedelt in der schlechtesten aller Welten. Die Geschichte der menschlichen Rasse auf Erden hat ihr Ziel der totalen Annihilation erreicht. In (realistisch)-zynischer Perspektive: ein Glücksfall. „Und wenn ich erst weg bin, wird der letzte Schandfleck verschwunden sein: das Experiment Mensch, das stinkige, hat aufgehört.“¹⁹

Die negative Utopie erfüllt sich im wahrhaft vollständigen Verschwinden des Menschen und seiner Spur. Die literarische Vision totalisiert damit das, was sich bis 1945 überall in Europa schon partiell ereignet hat.

Erst 1955 erscheint in deutscher Übersetzung das bald vergriffene Hiroshima-Tagebuch des japanischen Arztes Dr. Michihiko Hachiya – 1958 von Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen – und bald darauf – 1959 – beginnt Günther Anders seinen Briefwechsel mit dem in Amerika psychiatrisierten Hiroshima-Piloten Claude Eatherly. Die literarische, philosophisch-ethische und autobiographische Thematisierung atomarer Annihilation verbindet sich Ende der 50er Jahre mit dem politischen Protest gegen den Plan der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr. Das Göttinger Professoren-Manifest gegen die atomare Bewaffnung von 1957 gehört natürlich in diesen Kontext.

Aus unmittelbarer Nähe zum Geschehen beschreibt Hans Erich Nossack in seinem poetisch dokumentarischen Bericht den realen und lokalen Untergang Hamburgs 1943, den die Betroffenen aber selbst schon paradigmatisch als ein translokales Ereignis erfahren und für das sie die uralten Bilder des ‚Jüngsten Gerichtes‘, der ‚Sintflut‘: des apokalyptischen Endes allein für angemessen halten.

Arno Schmidt entwirft in den ‚Schwarzen Spiegeln‘ von 1951 ein zukünftiges, globales Szenario, in das natürlich über Hamburg und Dresden hinaus der Schock des Atombombenabwurfs vom August 1945 eingeht. Die Annihilation ist diesmal perfekt und total. So stehen ‚Sinnbilder‘ wie etwa: ‚Jüngstes Gericht‘ oder ‚Sintflut‘ nicht mehr zur Verfügung: es ist das Ende der Angemessenheit irgendeines Begriffs oder Sinns. Im Verschwinden des Menschen

¹⁹ Schmidt, Arno: Schwarze Spiegel, in: Nobodaddy’s Kinder, Hamburg 1953, S. 193.

und seiner kulturellen Spur ist die aufklärerische Idee eines vernunftgeleiteten Fortschreitens der Menschheit getilgt und ad absurdum geführt.

Die Texte Nossacks und Schmidts gehören zu einem kleinen Kanon von radikalen Texten die zwischen 1945 und 1950 entstehen und die unmittelbar Zeugnis ablegen von einem fundamentalen Erschrecken: Auschwitz-Stalingrad-Hamburg-Dresden-Hiroshima-Nagasaki sind die epochalen Chiffren dieses Erschreckens. Zu diesen primären Zeugnis-Texten der ersten Nachkriegsjahre zähle ich:

1. Paul Celans berühmte, schon 1945 entstandene ‚Todesfuge‘. Das Gedicht erscheint 1947 in einem ersten Band mit dem Titel ‚Der Sand aus den Urnen‘ – später, 1952 in der Sammlung: ‚Mohn und Gedächtnis‘. ‚Der Tod ist ein Meister aus Deutschland, er ruft – streicht dunkler die Geigen – dann steigt ihr als Rauch in die Luft / dann habt ihr ein Grab in den Wolken da liegt man nicht eng.‘
2. Wolfgang Borcherts Stück: ‚Draußen vor der Tür‘ – geschrieben im Herbst 1946, als Hörspiel erstmals im NWDR am 13. 2. 1947 gesendet, uraufgeführt am 21. 11. 1947 – einen Tag nach dem Tode des Dichters.
3. Arno Schmidts: ‚Leviathan oder die Beste der Welten‘ von 1949 – und ‚Schwarze Spiegel‘ von 1951.
4. Hans Erich Nossack: ‚Der Untergang‘ von 1943/1948 – und ‚Nekyia. Bericht eines Überlebenden‘ von 1947.
5. Theodor Plievier: ‚Stalingrad‘ – verfaßt im Moskauer Exil des Autors – erschienen 1945 in Moskau - erst 1958 in Deutschland.
6. Primo Levi: ‚Ist das ein Mensch?‘ – 1947 erschienen in Italien: ‚Se questo è un uomo?‘, 1961 in deutscher Übersetzung.
7. Günther Weisenborns Theaterstück ‚Die Illegalen‘ von 1946.

Dies ist der Kanon der ersten Stunde. Das Kollektive Gedächtnis – heißt es bei Paul Ricoeur – läßt sich „als eine Spurensammlung der für den historischen Verlauf einer bestimmten Gruppe markanter Ereignisse bezeichnen.“²⁰

²⁰ Ricoeur, Paul: Gedächtnis – Vergessen – Geschichte, in: Klaus E. Müller/Jörn Rüsen (Hrsg.), 1997, S. 439.

Der Kanon läßt sich als eine derartige authentische Spurensammlung verstehen: er konstituiert das ‚Kollektive Gedächtnis‘, das traumatische Ereignisse dieser Epochen-Zeitstelle bewahrt. Alle Texte dieses ‚Kanons‘ bewegen sich an der Grenze des Sagbaren – die Autoren – als Zeugen – suchen nach einer Sprache, die die Erfahrung des Äußersten an Verlassenheit (H. Arendt) und den Schrecken eines Überlebens ‚jenseits der Ränder der bekannten Welt‘ (Jünger) – wenn auch nur in Annäherung zu übersetzen in der Lage ist. Um die Wirklichkeit des Un-Wirklichen anzudeuten oder zu bezeichnen, sind die Texte auf ‚Bilder‘ angewiesen: Bilder des Herausgefallen-Seins aus menschlichem Raum – aus menschlicher Zeit.

- Borcherts Kriegsheimkehrer Beckmann kommt von ‚draußen‘: aus Stalingrad – aus Sibirien
- mit der Gasmaskenbrille, mit dem Soldatenmantel, der Bürstenfrisur und dem Hummelknie; eine Schreckgestalt aus einer anderen Welt, der nach Hause will: von draußen nach drinnen, aber ein Zuhause gibt es nicht mehr; die Eltern – alte Nazis – haben sich umgebracht; für Beckmann gibt es nur noch das Draußen. Das zerstörte Hamburg, in das er zurückkehrt, ist nur noch ‚fremder Raum‘.
- Primo Levi beschreibt die ersten Stunden im Lager Auschwitz: „Da merkten wir zum erstenmal, daß unsere Sprache keine Worte hat, diese Schmach zu äußern, dieses Vernichten eines Menschen. In einem einzigen Augenblick und fast mit prophetischer Schau enthüllt sich uns die Wahrheit: Wir sind in der Tiefe angekommen. Noch tiefer geht es nicht, ein noch erbärmlicheres Menschendasein gibt es nicht, es ist nicht mehr denkbar.“²¹

In einem derartigen Augenblick hat der Mensch seine ‚Heimat‘ verloren: er betritt unmenschlichen Boden – jenseits der kulturellen Ordnungen von Raum und Zeit. Die vertrauten Scheidungen von ‚innen‘ und ‚außen‘ – von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden hinfällig; in der Tiefe angekommen – erinnerungslos – hoffnungslos.

- Arno Schmidt findet in seiner Erzählung ‚Leviathan‘ ein apokalyptisches Schlußbild: die Fluchtfahrt einer Gruppe von Flüchtlingen aus dem 1945 umkämpften Schlesien – in einigen Eisenbahnwaggons mit Lokomotive – kommt im Morgengrauen des 15. Februar 1945 auf einem einstürzenden Viadukt – unter Artilleriebeschuß – jäh zum Stillstand: die Lok hängt schräg über dem Abgrund – aber auch hinten hat der Einsturz die

²¹ Levi, Primo: Ist das ein Mensch?, München 1991, S. 24.

letzten Waggonen in die Tiefe gerissen: in der Mitte ein verbleibendes Waggonwrack mit zwei Überlebenden. Im Wrack: ein Sterbender. Die ganze Szene: in dichten Nebel gehüllt. Die vorläufig Überlebenden: ohne Aussicht auf Rettung, am Abgrund, der sich als undurchdringliches Nichts vor ihnen und hinter ihnen auftut – zurückgeworfen auf sich selbst – angesichts des ungeheuren Gesamtwillens des Leviathan, der über das phobische und katastrophische Potential der Welt verfügt, bleibt die heroische Behauptung eines Individualwillens vorerst erfolglos. Der Sturz – der Abgrund – das Nichts: sind die Signaturen unserer Existenz.

- In Nossacks ‚Der Untergang‘ heißt es: „Ich gebrauche das Wort Abgrund so oft, und vielleicht wird jemand es für übertrieben halten. Aber dann kann er sich auch nicht vorstellen, in welcher Gefahr wir waren. Sie war hundertmal größer als die des Feuers und der Bomben; denn es gab keine Flucht davor. Und wir wußten das. Der Abgrund war ganz nah neben uns, ja vielleicht unter uns, und wir schweben nur durch irgendeine Gnade darüberhin.“²²

Diese Gnade des Darüber-Hin-Schwebens bestimmte auch die folgenden Jahre. Hinter diese Erfahrungen des Abgründigen, der Bodenlosigkeit der Existenz konnte man auch in den Jahren des Wirtschaftswunders nicht zurückgehen. Sie blieben die dunkle Folie des Aufstiegs. Die Radikalität aber dieser frühen Texte, die alle gezeichnet sind durch die Berührung mit dem absoluten Nichts, erreichen die späteren Texte, die sich erneut in den 60er Jahren den traumatischen Feldern von Genozid, Bombenkrieg und nuklearer Selbstauslöschung zuwenden, nicht.

Auch bedeutende Werke berühmter Emigranten, die zeitgleich mit den radikalen Texten der unmittelbaren Zeugen, Opfer und Beobachter zwischen 1946 und 1948 in Deutschland erscheinen, lassen notwendig jene Momente ‚existentieller Nähe und Dichte‘ vermissen, die die frühen Zeugen-Texte prägen mußten. Im Vergleich sind die im Exil verfaßten literarischen Auseinandersetzungen mit der deutschen Katastrophe – sei es nun ‚Doktor Faustus‘ von Thomas Mann – oder ‚Das Glasperlenspiel‘ von Hermann Hesse – aber auch ‚Furcht und Elend des Dritten Reiches‘ von Bertolt Brecht - (noch) getragen und bestimmt durch einen humanistisch-aufklärerischen Duktus, der – wie aus großer Ferne – in Anspruch nimmt, mit den großen alten Ideen einer ‚Verbesserung des Planeten‘ und des Menschengeschlechtes die fun-

²² Nossack, Hans Erich, 1963, S. 34.

damentale Erfahrung der Epoche, in der Tiefe angekommen zu sein – zurücknehmen zu können.

- Den größten Erfolg allerdings hatte das schon 1942 im amerikanischen Exil entstandene Theaterstück: ‚Des Teufels General‘ von Carl Zuckmayer: es war das meistgespielte Stück auf den deutschsprachigen Bühnen der ersten Nachkriegsjahre.²³ Der Erfolg beruhte auf dem dramaturgischen, aber auch interpretatorischen Anachronismus, in der Gestalt des Fliegergenerals Harras, einen klassischen tragischen Helden auf die Bühne zu stellen, „der notwendig entweder schuldig [wird] oder untergehen muß.“²⁴ Unangemessen ist die Helden-Stereotype auf mehrfache Weise: im Gesamtzusammenhang eines totalitären Systems bleibt dem Einzelnen kaum die Freiheit und Würde in der Wahl eines ‚heldenhaften‘ Untergangs; in der Regel ist der Untergang schmähtlich und entwürdigend.

Im Einzelzusammenhang des konkreten Stückes geht der General Harras der Entscheidung für den Widerstand, den sein Freund Oderbruch leistet, aus dem Weg, indem er mit einem defekten Flugzeug – nicht in den Heldentod – sondern lediglich in den Selbstmord fliegt und flieht und somit schuldig untergeht.

Der ethische Antagonist des Stückes – der Widerständler Oderbruch – bleibt gegenüber einem dem System dienenden Protagonisten ohne Kontur. Das Ende aber in der Flucht widerlegt das Helden-Klischee schon im Stück selbst. Der fragwürdige Publikumserfolg erklärt sich aus der Möglichkeit der Identifikation mit dem ‚sympathischen‘ Draufgänger, dem man die NS- und Hitler-Gefolgschaft im mythologischen Bild des Teufels-Bündlers nachsieht – und dessen ‚Gradlinigkeit‘, am Teufels-Schwur festzuhalten, man verklärt und bewundert – ganz im Gegensatz zum ‚Verrat‘ des Widerständlers. „Wer auf Erden des Teufels General wurde und ihm die Bahn gebombt hat,“ – läßt Zuckmayer Harras am Ende sagen – „der muß ihm auch Quartier in der Hölle machen.“²⁵

Mit dem Erfolg dieses unwahrhaftigen Stückes kündeten sich die 50er Jahre an. Vollkommen erfolglos dagegen blieb ein Theaterstück, das den realen Anti-Helden des deutschen Widerstandes gewidmet war: ‚Die Illegalen‘ von 1946 von Günther Weisenborn. „Erfolge und Kon-

²³ Schnell, Ralf: Geschichte der deutschsprachigen Literatur seit 1945, Stuttgart 1993, S. 108.

²⁴ Ebd., S. 108

²⁵ Zuckmayer, Carl: Des Teufels General, in: Gesammelte Werke/Dramen, Frankfurt am Main 1960, S. 617.

flikte, Opfer und Aktivitäten der deutschen Widerstandsbewegung“²⁶ werden in ihren kollektiven Zusammenhängen dargestellt – nicht etwa aus der individuellen Perspektive eines nicht-möglichen ‚Helden‘. „Wir Illegalen sind eine leise Gemeinde im Land. Wird sind gekleidet wie alle, wir haben die Gebräuche aller, aber wir leben zwischen Verrat und Grab [...]. Die Welt liebt Opfer, aber die Welt vergißt sie.“²⁷

Zu Beginn der 50er Jahre lassen sich jene drei Richtungen oder Strömungen der deutschen Nachkriegsliteratur unterscheiden, die das mentalitätsgeschichtliche Profil der Bundesrepublik maßgeblich zu prägen imstande waren:

1. zum einen die Linie, die von dem schmalen Kanon authentischer Zeugnis-Texte der ‚ersten Stunde‘ vorgegeben wurde – und auf der sich dann die kritische Literatur der Gruppe 47 – und wichtiger Außenseiter wie Koeppen oder Jahn – weiterbewegen sollte;
2. zum anderen die Linie literarischer Tradition – repräsentiert von Emigranten-Autoren, die schon in der Weimarer Zeit berühmt waren – und jetzt aus dem Exil nach Europa zurückkehrten – Autoren wie etwa Thomas Mann, Bertolt Brecht, Alfred Döblin, Anna Seghers, Theodor Plievier;
3. und schließlich das uneinheitliche Feld von Autoren der sog. ‚Inneren Emigration‘, vertreten durch Schriftsteller wie Hans Carossa, F. Thies, Werner Bergengruen, Josef Weinheber Gertrud von Le Fort, Rudolf Alexander Schröder, aber auch Hermann Kasack, Ernst Kreuder u. a.

Eine Sonderstellung nehmen Ernst Jünger und Gottfried Benn ein.

In diesen drei Richtungen artikulieren sich unterschiedliche und „konkurrierende Gedächtnisse“²⁸, die auf unterschiedliche Weise den Anspruch auf Übernahme ihrer ‚Inhalte‘ in die Archive des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ erheben. Es muß darum gehen, welchen Stellenwert das traumatische Ereignis eines totalen zivilisatorischen Zusammenbruchs, wie er 1945 in den Ruinen- und Todeslandschaften der Städte und Lager erst vollkommen zur Anschauung kam, im ‚kollektiven Gedächtnis‘ bekommen sollte. Sollte man (1) in intensiver und kritischer Erinnerung und Vergegenwärtigungsarbeit das ‚traumatische Ereignis‘ davor bewahren, in die Tiefen des ‚kollektiven Unterbewußten‘ abzusinken, um es als Korrektiv des Zukünftigen

²⁶ Schnell, Ralf, 1993, S. 109.

²⁷ Weisenborn, Günther: Die Illegalen, in: Theater, Bd. 2, München 1964, S. 40.

²⁸ Cavalli, Alessandro: Gedächtnis und Identität. Wie das Gedächtnis nach katastrophalen Ereignissen rekonstruiert wird, in: Klaus E. Müller/Jörn Rüsen (Hrsg.), 1997, S. 462.

jederzeit zugänglich zu halten – oder sollte man (2) das entscheidende Katastrophen-Ereignis einer Einbuße moralischer und kultureller Identität möglichst rasch dem Vergessen überantworten, um das Leben fortsetzen zu können, „als wäre nichts geschehen“²⁹, als müsse man nur an einen Punkt vor der Katastrophe zurückkehren, um den lediglich ‚unterbrochenen Weg‘ wieder begehen zu können – als könne man ungestraft – im Glauben an geschichtliche Kontinuität – an die Zeit vor der traumatischen Erfahrung anknüpfen.

Oder: sollte man sich (3) schließlich ganz im Gegenteil der „dem entscheidenden Ereignis vorausgegangenen Vergangenheit“ – gewissermaßen als Vorgeschichte der Katastrophe vollkommen entledigen, da sie den Weg in die Zukunft als Neubeginn vom ‚Nullpunkt‘ aus versperrt und behindert.³⁰

Der italienische Soziologe Alessandro Cavalli beschreibt idealtypisch diese Muster einer Rekonstruktion des ‚Kollektiven Gedächtnisses‘ nach katastrophalen Ereignissen:

1. Erinnerungsarbeit auf der Suche nach einem Ausgleich zwischen (abgebrochener) Tradition – und (zukünftiger) Modernität;
2. Verdrängen des (traumatischen) Ereignisses und (philologische) Rekonstruktion der Vergangenheit;
3. Verdrängen der (vorausgegangenen) Vergangenheit und Annahme des Katastrophen-Ereignisses als Nullpunkt-Chance eines vollkommenen Neubeginns.

Cavalli entwirft mit diesem Gedächtnis-Muster den Rahmen konkreter Felduntersuchungen, die sich Kommunen in Italien zuwenden, die von schweren Naturkatastrophen (Erdbeben) heimgesucht wurden. Im konkreten Fall kann dann der Prozeß der Gedächtnis-Bildung dem einen oder dem anderen Muster – oder einer Kombination – folgen.³¹ In einem Exkurs bezieht Cavalli seinen Ansatz auch auf das Phänomen verdrängter Erinnerung an den Faschismus in Italien.

Für die deutsche Nachkriegsgeschichte gilt, daß alle drei Muster einer Rekonstruktion des ‚Kollektiven Gedächtnisses‘ in Überlappungen, Kombinationen und Oppositionen bis in die 60er Jahre von unterschiedlichen Gruppen parallel aktualisiert werden – in besonderer Pointierung im literarischen Raum. „Wenn komplexe Gesellschaften mit den Problemen des histo-

²⁹ Ebd., S. 459.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd., S. 462.

rischen Gedächtnisses konfrontiert sind“ – heißt es bei Cavalli – „tritt jedes dieser Muster in Erscheinung und wird von denn jeweiligen konkurrierenden Gruppen in Anspruch genommen.“³²

So hält die Zeugen-Generation der ‚ersten Stunde‘ die Erinnerung an die Katastrophe wach; die Texte Celans, Borcherts, Nossacks oder Schmidts registrieren den Schock des Absturzes – und bekunden einen Null-Zustand der Geschichte; „Die Apokalypse“ – schreibt der Begründer der Gruppe 47, Hans Werner Richter – „hat die Lebenden verändert.“ – „Was vor dieser Zeit war, ist nicht mehr faßbar, erscheint wie ein Märchen, das versunken und verklungen ist. Ein anderer Ton bestimmt das Leben, ein Ton, der aus der Welt der Trümmer geboren wurde. Er ist näher der Wirklichkeit und näher dem Leben denn je [...]“.“³³

Gegenüber dieser Form des Gedächtnisses, in dessen Szenario das ‚entscheidende Ereignis‘ der erlebten Apokalypse „die symbolische Funktion erfüllt, mit der Vergangenheit abzuschließen und eine neue Ära zu begründen,“³⁴ sehen ‚konkurrierende Gedächtnisse‘ ihre Aufgabe gerade darin, die Erinnerungsspuren der traumatischen Ereignisse zu löschen. Nach diesem Gedächtnis-Konzept geht es darum, möglichst rasch wieder an die Vergangenheit anzuknüpfen – und die Kontinuität des geschichtlichen Prozesses praktisch wiederherzustellen, indem man nach einer „obskuren Episode der nationalen Geschichte“³⁵ wieder zu einem wie immer gedachten humanistisch-aufklärerischen Ausgangspunkt vor 1933 zurückkehren wollte. Das war die Position gerade vieler Emigranten, die mit großen Hoffnungen nach Europa, nach Deutschland zurückkamen – mit großen Büchern im Gepäck, aber – wie ich glaube – ohne das ganze Ausmaß der Innenzerstörung moralischer und kultureller Identität zu erfassen, wie sie sich anfänglich in Apathie und später in manischer Aufbauaktivität und -mobilität niederschlug. Thomas Mann konnte angesichts eines ‚innen‘ wie ‚außen‘ verwüsteten Landes sagen: „Es ist trotz allem eine große Stunde, die Rückkehr Deutschlands zur Menschlichkeit. Sie ist hart und traurig, weil Deutschland sie nicht aus eigener Kraft herbeiführen konnte.“³⁶

Im Widerstreit der ‚konkurrierenden Gedächtnisse‘ aber setzte sich in der Rekonstruktion des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ – zumindest für die 50er Jahre – weder das Gedächtnis der Zeugen-Generation noch das ‚Gedächtnis‘ der großen Emigranten durch – sondern ein ‚Gedächtnis‘, in dem die Verdrängungs- und Verschiebungsarbeit überwog: prototypisch für

³² Ebd.

³³ Richter, Hans Werner, zitiert nach Ralf Schnell, 1993, S. 88.

³⁴ Cavalli, Alessandro, 1997, S. 458.

³⁵ Ebd., S. 461.

³⁶ Thomas Mann, zitiert nach Ralf Schnell, 1993, S. 68.

diese Form der ‚Verarbeitung‘ ist ein schon 1939 erschienener Roman, der es dann in der 50er Jahren zu einer exemplarischen Erfolgsgeschichte brachte: ‚Das einfache Leben‘ vor Ernst Wiechert.³⁷ Wiechert, ein entschiedener Gegner des NS-Regimes, der sein mutiges Eintreten für den verfolgten Pastor Niemöller und seine Rundbriefe gegen „Machtwahn und Antisemitismus“ der Nazis 1938 mit Verhaftung und Konzentrationslager bezahlen mußte, schreibt den Roman kurz nach seiner Entlassung aus dem Lager. Auch wenn wir die notwendigen Verschlüsselungen in Rechnung stellen, bleibt erstaunlich, daß Wiechert nach seiner Lager-Erfahrung überhaupt noch die Möglichkeit eines wahren Lebens in der vollkommenen ländlichen Idylle: auf einer Insel mitten in einem abgelegenen See der Masuren denken und schildern kann.

Der Held seines Romans – ein Offizier des Ersten Weltkrieges – überwindet das Trauma des verlorenen Krieges in der Abgeschlossenheit der unberührten Natur – als Fischer an den Masurischen Seen: eine nach-rousseauistische Utopie zu einem Augenblick, indem ein beispielloser Vernichtungskrieg losbricht, in dessen Verlauf die Refugien ‚reiner Innerlichkeit‘ und ‚heiliger Natur‘ einer restlosen Liquidierung anheimfallen. Andererseits ist dieses Rückzugsbild zu verstehen als Metapher für Positionen der ‚Inneren Emigration‘ schlechthin. Zur Ironie oder zum Zynismus des ‚Realen‘ gehört es, wenn sich in der Natur-Idylle der ostpreußischen Masuren später das sog. Führer-Hauptquartier niederlassen sollte. Aber den Lesern der 50er Jahre bot die Geschichte vom ‚Einfachen Leben‘ nach dem Zusammenbruch die Illusion eines Rückzuges – eines Fluchtweges jedoch in verlorenes Terrain. Und das in realer und übertragener Bedeutung: eine Regression, die nur möglich wurde aufgrund einer doppelten Verschiebung: zum einem verlegte der Autor selbst das traumatische Erlebnis seiner KZ-Haft zurück in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, indem er es seiner Figur – einem Weltkriegsoffizier – zuschreibt, der den Zusammenbruch von 1918 als existentielle Krise und absolute Zäsur erfährt. Zum anderen verliert auch der Leser 1950 den Bezugspunkt der realen Katastrophe von 1945 aus den Augen, indem er auch für sich die Verschiebung auf 1918 akzeptiert und in der idyllischen Lösung Trost findet.

Ein anderes Muster der Verschiebung des Real-Katastrophischen (diesmal) ins ‚Mythische‘ und ins ‚Surreale‘ findet sich in einem weiteren Erfolgsroman der ersten Nachkriegsjahre: in Hermann Kasacks ‚Die Stadt hinter dem Strom‘,³⁸ erschienen 1947, entstanden zwischen 1942 und 1946. Anders als Wiechert entwirft Kasack keine rettende Gegenwelt. Im Gegensatz

³⁷ Wiechert, Ernst: Das einfache Leben, München 1939.

³⁸ Kasack, Hermann: Die Stadt hinter dem Strom, Berlin 1947.

aber zu der realistischen Vision des Infernos in Arno Schmidts ‚Schwarze Spiegel‘ – und zu der eindeutigen Lokalisierung in der empirischen Welt – verlegt Kasack den Schauplatz des Schreckens in den mythischen Raum einer Totenstadt. Anders aber auch als für Wiecherts Protagonisten bietet sich für Kasacks Hauptfigur, den Orientalisten Dr. Lindhoff, keine Fluchtmöglichkeit: seine Reise in die fremde Stadt führt ihn nicht in eine bessere und schönere Welt, sondern in eine trostlose Zone des Abbruchs und des Verfalls, der Ruinen und Höhlen, deren schattenhafte Bewohner ‚geschichtslos‘ und erinnerungslos, gefangen in absurd-zirkulären Verrichtungen, dahin vegetieren. Nach der Rückkehr aus der fremder Stadt muß Lindhoff erkennen, daß die eigenen (deutschen) Städte in Schutt und Asche liegen – und der Totenstadt im Schwund aller raum-zeitlichen Strukturen ähnlich geworden sind. Wie in der Totenstadt verlieren die Bewohner der zerstörten Städte im gestaltlosen Raum ihre lebensweltliche Orientierung.

Obwohl Kasacks Roman die ‚reale Katastrophe‘ thematisiert, bleibt die poetische Darstellung dem mythischen Muster der ‚zwei Welten‘ verhaftet: das ‚Inferno‘ der diesseitigen Welt scheint begründet im ‚Inferno‘ der jenseitigen Welt. Eine kathartische Läuterung scheint nur in einer transzendentalen Bewegung möglich, im Durchgang durch ein doppeltes ‚Inferno‘ das ‚Purgatorium‘ zu erreichen und des ‚Paradieses‘ ansichtig zu werden. Die 50er Jahre waren für eine derart metaphysische Lesart der Katastrophe empfänglich; strikt antimetaphysische Positionen – wie etwa die von Arno Schmidt – wurden entschieden abgelehnt.

Die Romane von Wiechert und Kasack stehen exemplarisch für jene Form der Erinnerungsarbeit, in der das traumatische Ereignis so umformuliert wird, daß ein Umgang mit der erlittenen ‚Verletzung‘ – zumindest für das Ich des Autors – möglich wird.

Mit Gründung der Bundesrepublik 1949 und der Währungsreform 1948 jedoch verlagert sich schlagartig die Energie, die auf Erinnerungsarbeit, Umformulierung und Verschiebung des traumatischen Ereignisses gerichtet war, gänzlich auf Tilgung und Auslöschung: das Erlebnis katastrophischen Geschehens soll aus dem individuellen und ‚kollektiven Gedächtnis‘ verdrängt werden. Der Wille und Wunsch der Gesellschaft zu vergessen, wird übermächtig.³⁹ Statt Erinnerungsarbeit leistet die westdeutsche Gesellschaft die Arbeit des Vergessens.

³⁹ Cavalli, Alessandro, 1997, S. 460.

Aber: was gewaltsam dem Vergessen überantwortet, d. h. verdrängt wird, wird nicht gelöscht. „Verdrängte Erfahrungen“ – so Cavalli – „werden in einer Gedächtnisschicht aufbewahrt, zu der wir uns selbst keinen Zugang gestatten.“⁴⁰

Diese Zugangssperre aber gewährt eine befristete ‚Entlastung‘. Es ist diese Frist, die mit der Zeit eines manisch beschleunigten, Spuren tilgenden Wiederaufbaus bis in die frühen 60er Jahre zusammenfällt.

Erst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges – während des Vietnamkrieges (1964/65-1975) – und zur Zeit der Cuba-Krise (1962), als die Welt vor dem Abgrund eines atomaren Krieges stand – erst jetzt treten die verdrängten traumatischen Erfahrungen des letzten Weltkrieges in einer überraschenden Fülle von Texten wieder ans Tageslicht. Hochhut, Kipphardt Dürrenmatt, Anders, Weiß, Kluge u. a. publizieren zwischen 1962 und 1965 Dramen und Prosa, die die katastrophischen Chiffren von Auschwitz-Hiroshima-Stalingrad-Dresden im veränderten Kontext, aus größerer Distanz und auf anderem Niveau der Reflexion wieder thematisieren.

Die Jahre aber zwischen 1948 (Währungsreform) und 1961 (Mauerbau) sind geprägt durch ein komplexes Nebeneinander unterschiedlicher ‚Gedächtnisse‘, unterschiedlicher Bearbeitungen und unterschiedlicher Formen des Vergessens. Der in diesen Jahren dominant werdende Prozeß des Verdrängens zielt auf den unterschiedlichen Ebenen des kollektiv-kulturellen Lebens zum einen auf das traumatische Ereignis der totalen materiellen und moralischen Niederlage – zum anderen gleichzeitig auf „beträchtliche Segmente“ der fernen oder nahen Vergangenheit,⁴¹ die auf die Katastrophe hingeführt hat.

Zunächst erzeugt dieses kollektive Vergessen einen Zustand ‚geschichtsloser‘ Schwebel. Koeppen findet in seinem Roman dieser Jahre ‚Tauben im Gras‘ von 1951, dafür einprägsame Bilder: „[...] aber Furcht und Trauer schienen ihm hier [im zerstörten München] in die Keller verbannt zu sein, in die Keller, über die Häuser gestürzt waren, und dort ließ man sie nun eine Weile. Der Geruch dieser zugeschütteten Keller lag über der Stadt. Niemand schien es zu merken. Vielleicht vergaß man die Gräfte ganz [...]“⁴²

Diese Keller verweisen auf ‚Innenverhältnisse‘ unseres Bewußtseins: die Schrecken der Katastrophe und die Trauer um ihre Toten sind in die Tiefen des ‚kollektiven Unterbewußten‘ abgesunken und werden dort unzugänglich bewahrt; das Vergessen löscht Spuren und Zei-

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² Koeppen, Wolfgang: Tauben im Gras, Frankfurt am Main 1980, S. 102.

chen; Spuren schrecken. Der zertrümmerte Stadtraum aber ist der Ort, an dem alles Erinnern und alles Vergessen an sich zunichte geworden sind: ein Ort, an dem das ‚kollektive Gedächtnis‘ selbst ausgelöscht ist: ein Ort, der seine geschichtliche Verankerung verloren hat.

Koeppen: „[...] die Stadt war mit Feuer gestraft worden und mit der Zerschmetterung ihrer Mauern, heimgesucht war sie, hatte das Chaos gestreift, den Sturz in die Ungeschichte, jetzt hing sie wieder am Hang der Historie, hing schräg und blühte, war es eine Scheinblüte, was hielt sie am Hang? [...] E. sah in dieser Stadt ein Schauspiel und ein Beispiel, sie hing, hing am Abgrund, war in der Schweben, hielt sich in gefährlich mühsamer Balance, sie konnte ins Alte und immerhin Bewährte, sie konnte ins Neue und Unbekannte schwanken, konnte der überlieferten Kultur treu bleiben, doch auch in vielleicht vorübergehender Kulturlosigkeit absinken, vielleicht als Stadt überhaupt verschwinden, vielleicht ein Massenzuchthaus werden, in Stahl, Beton und Überteknik die Vision des phantastischen Gefängnisses von Piranesi erfüllen [...]“⁴³

Mit den Stichworten des Vergessens – der Schweben – des Rückfalls in die Tradition – des Fortschritts in die Moderne eines „Massenzuchthauses in Stahl, Beton und Überteknik“ erfaßt Koeppen genau die Pole, zwischen denen sich die Aufstiegsgeschichte der Bundesrepublik widersprüchlich vollzog: für die Jahre von 1948 bis 1961 bilden die Pole von Amnesie und Transformation von Restauration und Modernisierung einen festen Bezugsrahmen.

„Die libidinösen Energien‘ – um eine Formulierung aus Alexander und Margarete Mitscherlichs berühmten Buch ‚Die Unfähigkeit zu trauern‘ von 1967 aufzunehmen – sammeln sich am Pol der Transformation und Modernisierung. Mitscherlichs schreiben: „Statt einer politischen Durcharbeitung der Vergangenheit [...] vollzog sich die explosive Entwicklung der deutschen Industrie. Werkätigkeit und Erfolg verdeckten bald die offenen Wunden, die aus der Vergangenheit geblieben waren.“⁴⁴

Amnesie und Restauration erweisen sich im Rückblick als die geradezu notwendigen Begleiter jener beschleunigten und allseitigen Modernisierungsbewegung, von der die westdeutsche Teilrepublik erfaßt wurde.

An den Polen von Amnesie und Restauration schlug sich die sog. Literatur der ‚inneren Emigration‘ nieder: in den Romanen und Gedichten von Autoren wie Rudolf Alexander Schröder,

⁴³ Ebd., S. 100f.

⁴⁴ Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1964, S. 23.

Hans Carossa, Albrecht Goes, Gertud von Le Fort, Josef Weinheber, Werner Bergengruen u.a. schien die Zeit angehalten und stillgestellt, das Geschehen eingebettet in die von Katastrophe und Moderne unberührte Ordnung christlich-abendländischer Wert-Vorstellungen. Wir erkennen in dieser Form des Umgangs mit den traumatischen Erfahrungen des Zusammenbruchs das unbedingte Bestreben, geschichtliche Kontinuität wiederherzustellen – und weit vor der Katastrophe an eine vermeintlich nur kurzfristig unterbrochene Linie wieder anzuknüpfen. Die Dialektik aber von Katastrophe und Modernisierung kommt hier gar nicht in den Blick – so daß dieser Beitrag zur Neuformulierung ‚kollektiver Identität‘ eigentümlich ‚museale‘ Züge erhält. Die Texte aber der genannten Autoren haben in den 50er Jahren großen Einfluß, gehörten teilweise zum Literaturkanon der Gymnasien und übertrafen in Auflagehöhe z. B. die frühen Texte der Gruppe 47 bei weitem.

Dennoch zeigt sich in der relativ breiten Zustimmung zu dieser eher ‚musealisierenden‘ Literatur das Bedürfnis, getröstet zu werden in der schockhaften Erfahrung eines quasi doppelten Verlustes: die vertraute Lebenswelt der Vorkriegszeit, die in der Katastrophe eines totalen Zusammenbruchs untergegangen ist, geht noch einmal verloren, indem sich mit der ebenso totalen Modernisierung die zunächst fremde ‚Siegerkultur‘ durchzusetzen beginnt.

Auch Koeppen als kritischer Chronist dieser Jahre sieht die Heraufkunft der ‚schönen neuen Welt‘ zunächst schockhaft im Bilde des ‚Massenzuchthauses in Stahl, Beton und Übertechnik‘. Aber es sind seine beiden Porträt-Romane der 50er Jahre, (‚Tauben im Gras‘ von 1961 und ‚Treibhaus‘ von 1953), die den dialektischen Zusammenhang von Amnesie und Transformation, von Restauration und Modernisierung präzise beschreiben. Koeppens Figur Clara aus ‚Tauben im Gras‘ steht exemplarisch für ein nach-katastrophisches Leben im Spannungsfeld dieser Pole. Es ist ein Leben in der Schweben: abgelöst von ihrem ‚alten Leben‘ als Ehefrau des in Stalingrad verschollenen Mannes (an den nur ein Foto erinnert) – in Ungewißheit über ein zukünftiges Leben mit einem schwarzen US-Soldaten in Amerika – in der Schweben zwischen Vergessen und Erinnern – zwischen Angstträumen und Sehnsüchten. Für die Mutter ist sie die ‚verlorene Tochter‘. Nach den traditionellen Wert-Maßstäben der Vorkriegszeit, die für die Mutter über die Katastrophen-Zäsur hinweg ihre Gültigkeit bewahrt haben, ist ihre ‚alte‘ Familie ‚in Schande und Verkommenheit‘⁴⁵ gesunken. Die ‚verlorene Tochter‘ aber träumt den Traum eines neuen Lebens in der ‚neuen Welt‘: ‚[...] und im Nichtstun gewöhnte sie sich an die Bilderwelt unzähliger Magazine, die ihr das Damenleben in Amerika zeigten,

⁴⁵ Koeppen, Wolfgang, 1980, S. 132.

die automatischen Küchen, die Waschwunder und Spülmaschinen, die alles reinigten, während man im Liegestuhl der Television folgte. Bing Crosby erschien in jedem Heim, die Wiener Sängerknaben jubelten vorm elektrischen Herd, im schwellenden Polster des Pullmanwagens fuhr man von Ost nach West, im Stromlinienauto genoß man am Abend die Lichter- und Palmenpracht am Golf von San Franzisko [...].⁴⁶

Das ist der Traum der Moderne überhaupt: die Kalifornische Vision des leichten Lebens – die Utopie absoluter Freiheit im Rausch einer jederzeit möglichen Bewegung durch die Welt des Raumes. Die düsteren Bilder, die sich in Carlas Vorstellung mit Stalingrad verbinden, werden endgültig verdrängt durch die strahlenden und verheißungsvollen Bilder San Franziskos. Die ‚horizontblaue Limousine‘ ihres neuen amerikanischen Freundes versinnbildlicht für sie den Aufbruch, der sie in rasender Geschwindigkeit von der Bürde ihrer Erinnerung und von der Last des Vergangenen trennen und befreien wird.

Das Leitmotiv der ‚horizontblauen Limousine‘ bekommt in Koeppens Roman die Bedeutung eines Aufbruch-Symbols schlechthin. Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft der 50er Jahre wird sich exakt in der Richtung des ‚kalifornischen Traums‘ – der modernen Freiheits-Verheißung – der technologischen Abkopplung von den Traditions-Räumen der Vorkriegszeit in Bewegung setzen. Diese rigorose und beschleunigte Bewegung in die Zukunft der Moderne aber vollzieht sich auf Kosten der Erinnerungsarbeit an der Vergangenheit. Die Suspension der Erinnerungsarbeit wiederum geht zu Lasten einer Rekonstruktion des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ nach der Katastrophe – und damit auch: einer Neubestimmung ‚kollektiver Identität‘. Die mit der Energie des Nach-Vorne-Flüchtenden betriebene Modernisierung der 50er Jahre hinterläßt ein eigentümliches geschichtliches Vakuum, das sich wie ein gefährlicher Hohlraum irgendwo unter den Fundamenten ausdehnt. Von ‚Hohlräumen‘ und ‚Gedächtnislücken‘ unbeeindruckt rast inzwischen der Bundesbürger – wenn auch noch nicht in ‚horizontblauen Limousinen‘ – so doch in Goggomobil, Isetta, Heinkel-Kabinenroller – und schließlich im Volkswagen-Käfer an die Küsten Italiens: der beispiellose Aufbruch in die Moderne als Form der Flucht vor dem Alptraum der Vergangenheit – vor dem Trauma der Katastrophe. Daß der Volkswagen – der KdF-Wagen Hitlers von 1938 – zum populären Siegeszeichen des westdeutschen Wirtschaftswunders avanciert, zeugt von Erinnerungslosigkeit und verdeckter Kontinuität der technischen Fortschrittsgeschichte in Deutschland gleichermaßen.

⁴⁶ Ebd., S.46.

Dagegen bleiben die restaurativen Anstrengungen einer literarisch und publizistischen Kontinuitäts-Stiftung aus ‚abendländisch-christlichem‘ Geist im Rückblick eher marginal und kompensatorisch. Im politisch-öffentlichen Feld erscheinen Ereignisse wie der Skandal um den Film ‚Die Sünderin‘ von 1950, in dem Hildegard Knef sekundenlang hüllenlos zu sehen war – oder des Erlasses des Schund- und Schmutzgesetzes von 1952 – oder auch in andere Richtung: des Brecht-Boykotts von 1953 u. a. – wiederum im Rückblick, als ‚biedermeierlich‘-regressiv. Die ‚totale Mobilmachung‘ der westdeutschen Gesellschaft – in mentaler wie materieller Hinsicht – war durch derartige Abwehrgesten nicht mehr rückgängig zu machen. Je totaler, explosiver und schneller der Modernisierungsschub über die Gesellschaft hereinbricht, desto schmerzlicher tritt der Verlust und das Verschwinden von ‚Herkunftswelten‘ ins Bewußtsein. Restauratives Denken möchte – in einem idealtypischen Sinne – die eingetretenen Verluste wieder rückgängig machen: „die Folgen der Katastrophe sollen beseitigt werden. Das Neue soll eine getreue Kopie des Alten sein.“⁴⁷ Wie schon gesagt – war der Verlust von ‚Herkunftswelt‘ im Deutschland nach 1945 gewissermaßen zweimal zu beklagen: einmal als Folge der Kriegs-Katastrophe – und schließlich als Folge einer rigorosen Tabula rasa Modernisierung seit ca. 1950, die zunächst keinen Raum ließ z. B. für eine später einsetzende, kompensatorische Restauration zerstörter Gebäudesubstanz in den Städten. Die kollektive Erfahrung des Verlustes von ‚Herkunftswelt‘ und ‚Heimat‘ machte die deutsche Nachkriegsgesellschaft ortlos; nirgends ‚heimisch‘ verfiel sie einer ans Zwanghafte grenzenden (Auto-) Mobilität. „Der Verzicht auf Heimat,“ sagt Günter Grass in einem Interview, „hat mich mobil gemacht“. Grass spricht von ‚Verzicht‘ – nicht von ‚Verlust‘: diese anti-restaurative Einstellung wird ihn befähigen, dem ‚Kollektiven Gedächtnis‘ gegenüber eine kritische Haltung einzunehmen. Er kehrt in der literarischen Imagination an den Ort der verlorenen Heimat – nach Danzig – zurück. Aber Danzig ist eben nicht nur die Stadt seiner Kindheit, sondern militärisch: Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges, der einsetzenden Katastrophe. 1959 erscheint die ‚Blechtrommel‘ als erster Roman der ‚Danziger Trilogie‘ (im übrigen wie die harmlose ‚Sünderin‘ sehr bald als pornographisches Machwerk diffamiert). Diese Rückkehr an den verlorenen Ort der Kindheit erfolgt eben nicht in kompensatorisch-nostalgischer Absicht – sondern im Sinne der Wiedergewinnung der ‚konkreten‘ Dichte des Geschehens am verlorenen Ort und in einer verlorenen Zeit – im Sinne einer kritischen Spurensicherung, die sich der Verdrängung oder Verschiebung der traumatischen Verlust-Erfahrung ebenso versagt wie den Wunschvorstellungen, die Verluste rückgängig zu machen.

⁴⁷ Cavalli, Alessandro, 1997, S. 467.

Grass widersetzt sich mit der ‚Danziger Trilogie‘ einer bestimmten Form der ‚kollektiven Gedächtnisbildung‘ – wie sie in den 50er Jahren Gestalt anzunehmen begann.

Gerade diese unmittelbaren Nachkriegsjahre waren ja bestimmt durch eine ‚Vielzahl konkurrierender Gedächtnisse‘; gleichzeitig aber versuchten die gesellschaftlich herrschenden Gruppen, „der übrigen Gesellschaft ihr Gedächtnis, oder besser gesagt, ihre eigene Version/Interpretation des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ aufzudrängen.“⁴⁸

Gegen diese, im wesentlichen auf Verdrängung und Tabuisierung beruhende ‚Interpretation‘ opponierten Literaten wie Grass, Johnson oder Siegfried Lenz, denen es in ihren frühen Romanen immer auch um einen kritischen Umgang mit der traumatischen Erfahrung des Verlustes von ‚Herkunftswelt‘ – von ‚Heimat‘ ging.

Es gehört zur Ambivalenz dieser Jahre, daß sich neben dieser seriösen literarischen Spurensuche die trivial-kompensatorische ‚Industrie‘ des ‚Heimatfilms‘ etablierte. Filme wie ‚Schwarzwaldmädel‘ oder ‚Grün ist die Heide‘ von 1950 und 1951 etwa beschwören das geschichtslose Trugbild einer ‚natürlichen Heimat‘ jenseits aller Katastrophen und suggerieren die jederzeit mögliche Heim-Kehr. Der Erfolg dieser Illusionierungen spiegelt indessen nur das Ausmaß kollektiv-existentieller Verunsicherung und Ortlosigkeit. Der reale Untergang von ‚Heimaten‘ durch Katastrophe und Modernisierung war für viele nur in Form der Realitäts-Verleugnung zu ertragen.

Nachbemerkung mit Blick auf das 21. Jahrhundert: ‚kollektive Identität‘ und ‚kollektives Gedächtnis‘ werden in global-mobilen Gesellschaften des neuen Jahrhunderts weit weniger mit der spezifischen Territorialität von ‚Herkunftswelten‘ oder ‚Heimaten‘ verbunden sein – als das noch für die nationalen Gesellschaften am Anfang des 20. Jahrhunderts galt. Die in Katastrophen und Modernisierungen beschleunigten Ablösungen von einem privilegierten Raum begünstigen eine Identitäts- und Gedächtnisbildung, die flexibler, offener, punktueller, kombinatorischer sein wird: im ganzen eher ‚inklusiv‘ als ‚exklusiv‘: mehr ‚einschließend‘ als ‚ausschließend‘: ‚schwache‘ Identitäten - im Sinne Gianni Vattimos.

⁴⁸ Ebd., S. 462.

Hans Sedlmayrs „Verlust der Mitte“ als bundesrepublikanisches Politikum

Norbert Schneider

Hans Sedlmayrs Buch „Verlust der Mitte“¹ sorgte in der Nachkriegszeit bis in die späten 50er Jahre für Furore, für eine äußerst kontroverse Diskussion, und zwar weit über die Fachgrenzen hinaus. Daß ein Kunsthistoriker eine solch zentrale ideologische Position – als identifikationsbildende Werte definierender „opinion leader“ – in der Öffentlichkeit einnehmen konnte, ist an sich schon bemerkenswert; es ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß Sedlmayr von seiner politischen Biographie her nicht gerade eine Idealfigur für das abgab, was das Demokratisierungsprogramm in der Rekonstruktionsphase nach 1945 eigentlich an geistigem Neubeginn forderte und auch zu verheißen schien. Sedlmayr, ein Vertreter der jüngeren Generation der sog. Wiener Schule der Kunstgeschichte, die einen stark formorientierten Interpretationsansatz vertrat, war wegen seiner aktiven Involvierung ins NS-System 1945 zwangsemeritiert worden.

Zu seiner Biographie sei hier nur soviel mitgeteilt: Er wurde 1896 in Hornstein im Burgenland an der österreichisch-ungarischen Grenze geboren, als Sohn eines in Slawonien tätigen österreichischen Gutsverwalters, der später in Wien einen Lehrstuhl für Agrarökonomie erhielt. Von 1918-20 studierte er zunächst Architektur an der TH Wien, anschließend Kunstgeschichte bei Max Dvorak (der für seinen an Troeltsch orientierten geistesgeschichtlichen Ansatz berühmt war) und dessen Nachfolger Julius von Schlosser. Bei diesem promovierte er 1923 über den österreichischen Barockbaumeister Johann Bernhard Fischer von Erlach. Er war dann längere Zeit als freier Autor tätig. In dieser Zeit befaßte er sich außer mit Fragen der Barockarchitektur auch mit methodischen Problemen der Kunstgeschichte, ein Thema, zu dem er zeitlebens Stellung genommen hat.

Nach seiner Habilitation 1933 in Wien wurde er im folgenden Jahr auf den Wiener Lehrstuhl – als Nachfolger Julius von Schlossers – berufen. Den sogenannten Anschluß begrüßte er 1938 mit überschwenglichen Worten; deutlich wird dies in seinem Beitrag zur Festschrift für Wilhelm Pinder zu dessen 60. Geburtstag im selben Jahre, den er „mit dem Namen Adolf Hitlers“ feierte. Sedlmayr vertrat schon vor 1933 großdeutsche Positionen und hatte eine enge geistige Affinität zu faschistischem Gedankengut, freilich nicht primär zu dem der NSDAP (der er sich dann jedoch opportunistisch anschloß) als zu dem des in Österreich weit verbreit-

¹ Sedlmayr, H.: Verlust der Mitte, Frankfurt/Berlin 1965 (Org.: Salzburg 1948).

teten Klerikalfaschismus (Schuschnigg), wie ihn der Ständestaattheoretiker Othmar Spann (1878-1950) propagierte.²

War dessen Lehre für Sedlmayr bereits in seinen wissenschaftlichen Anfängen latent von prägendem Einfluß, so gewann sie gerade in der Nachkriegszeit für ihn an Bedeutung, da sie wegen ihrer christlich-religiösen Fundierung entlastend wirkte und unverdächtig erscheinen mußte. Es ist daher zum Verständnis mancher Gedankengänge beim späten Sedlmayr nicht unangebracht, Spanns Position hier in groben Zügen zu umreißen.

Spanns soziologisches Konzept aus der Zeit nach 1900 nahm zunächst, wie dies auch bei vielen anderen zeitgenössischen Soziologen der Fall war (es sei an Simmel, Sombart, Max Weber erinnert), angesichts der „sozialen Frage“ die theoretische Herausforderung marxistischer Modelle der Interpretation gesellschaftlicher Strukturen auf. Er sah in diesen aber eine Gefahr, die, praktisch angewandt, zu einer Desorganisation der Gesellschaft führen müsse. Und zweifellos hat die Oktoberrevolution von 1917 für einen so traditionalistisch geprägten Denker wie Spann derart schockierend und traumatisierend gewirkt, daß er sein und der Menschheit Heil in einem antimaterialistischen Universalismus suchte, in einer Gesellschaftslehre, die vom Phänomen der Ganzheit ausgeht.

In seiner „Kategorienlehre“ von 1924³ argumentiert Spann, das Ganze habe an sich kein Dasein, es konstituiere sich indessen in seinen Gliedern, es werde in ihnen gleichsam „geboren“, sei aber idealiter „vor ihnen“ da. Das Ganze wird als ein sinnvoll funktionierendes Gebilde aufgefaßt, dem das Merkmal der Vollkommenheit zukommt. Wie sehr Spann in seiner Theorie dem wunschbildhaften Postulat eines hierarchisch gestuften Staats als der Organisationsform der Gesellschaft (oder besser: Gemeinschaft) faktisch seinen Tribut zollt, wird daraus ersichtlich, daß er den Gedanken der Teilganzen und der Abstufung dieser Teilganzen nach Rängen einführt. Damit kommt er zur Idee des Ständestaates als der nach seiner Auffassung idealen Staatsform.

² Vgl. N. Schneider: Hans Sedlmayr (1896-1984), in: H. Dilly (Hrsg.): Altmeister moderner Kunstgeschichte, Berlin 1990, S. 267-281 (dort auch weitere Literatur) und H. Dilly: Revolutionskritik und Kritik der Moderne bei Hans Sedlmayr, in: *L'art et les révolutions, Section 5: Révolution et évolution de l'Histoire de l'Art de Warburg à nos jours (XXVIIe congrès international d'histoire de l'Art, Strasbourg 1-7 septembre 1989, Actes)*, Straßburg 1992, S. 85-91.

³ Spann, O.: *Kategorienlehre*, Leipzig 1924, bes. S. 90, 218 u. a. Siehe auch ders.: *Der wahre Staat. Vorlesung über Abbruch und Neubau der Gesellschaft*. Jena 1931. Vgl. zu Spann u. a. R. Aron: *Deutsche Soziologie der Gegenwart. Systematische Einführung in das soziologische Denken*. Übersetzt und bearbeitet von I. Fetscher, Stuttgart 1969, S. 36 ff.

Begründet wird dieses Staatsmodell theologisch, durch Rückgriff auf die restaurative romantische Doktrin Franz von Baaders (1765-1841), die gleichfalls auf eine Revolution, nämlich die Französische, reagiert und für die Metternich-Zeit nach dem Wiener Kongreß als Ideologie der Heiligen Allianz fungierte. Baader bekämpft aufs schärfste Kants Idee der sittlichen Autonomie. Schon Descartes' „cogito ergo sum“ mit seiner radikalen Absolutsetzung des Ego sei ein verhängnisvoller, an Frevel grenzender Fehler gewesen: richtig müsse es in passivischer Umformulierung heißen „cogitor ergo sum“, denn die Subjekte seien letztlich nichts anderes als von Gott, dem höchsten Wesen, „gedachte“ und damit abhängige Kreaturen, die seiner über die Instanz des Gewissens unmittelbar bewußt werden. Ohne die Rückbindung an Gott vermöge die Menschheit nicht zu existieren und aktiv zu werden. Baader versucht das mit dem Gleichheitsgrundsatz der Französischen Revolution in Frage gestellte und zu seiner Zeit auch teilweise faktisch aufgehobene Prinzip der aus dem Feudalismus überkommenen Ständeordnung zu restaurieren, indem er auf scholastische Lehrer wie Anselm von Canterbury zurückgreift, mit diesem Gott als evident gegeben zu beweisen sucht und auf dieser Prämisse eine theonome Staats- und Gesellschaftsverfassung begründet. Ist alle menschliche Tätigkeit in Gott fundiert, so Baader, dann muß auch stets von ihm ausgegangen werden; handle ich gegen diese von Gott gesetzten Gegebenheiten, verhalte ich mich revolutionär: jede Revolution hat aber als Sündenfall die Teilhabe an dem von Christus verheißenen Heil verwirkt. Wer derart von Gott abfällt, ist nach Baader der läuternden Strafe des Höllenpfehls überantwortet, die eine endgültige ist: eine Befreiung aus ihr kann nicht mehr stattfinden.⁴

Es ist auffällig, wie oft Sedlmayr in seinen Schriften diese beiden Autoren zitiert, für die er sich auch schon deswegen erwärmen konnte, als das Ganzheitspostulat sich trefflich mit seiner kunstwissenschaftlichen Methode verbinden ließ, die schon seit seinen Anfängen gestalttheoretisch ausgerichtet war. „Gestaltetes Sehen“ hieß ein früher Aufsatz Sedlmayrs von 1925.⁵ Gerade in Wien war die Gestalttheorie, deren Urheber Christian von Ehrenfels war („Über Gestaltqualitäten“⁶), in den Geisteswissenschaften weit verbreitet: die Vorstellung, daß das Ganze vor seinen Teilen da sei, daß es mehr als die Summe seiner Teile sei (Übersummativität). Es verlohnte sich, die politisch-ideologischen Grundlagen dieser scheinbar in

⁴ Baader, F. v.: *Fermenta cognitionis*, Bd. 1-5, Berlin 1922-24, Bd. 6 (= Proben religiöser Philosopheme älterer Zeit), Leipzig 1825. Vgl. auch F. v. Baader: *Schriften zur Gesellschaftsphilosophie*. Herausgegeben und eingeleitet von J. Sauter, Jena 1925 (*Die Herdflamme*, Bd. 14, herausgegeben von O. Spann). Vgl. J. Sauter: *Der Symbolismus bei Baader*, Jena 1928 und J. Stiegel: *Franz von Baader*, München 1957 sowie H. Reiss: *Politisches Denken in der deutschen Romantik*, Bern/München 1966, S. 60-65.

⁵ Sedlmayr, H.: *Gestaltetes Sehen*, in: *Belvedere* 8, 1925, H. 10, S. 65-73.

⁶ Ehrenfels, Ch. Frhr. v.: *Über Gestaltqualitäten*, in: *Vierteljahresschriften für wissenschaftliche Philosophie* 14, 1890, S. 249-292.

reiner Ideation sich anbietenden Gestalttheorie einmal wissenschaftsgeschichtlich zu rekonstruieren, zeigt sich doch in ihrer Terminologie nicht selten eine der politischen Sphäre entlehnte Metaphorik (z. B. bei Theodor Lipps: „monarchische Unterordnung“⁷). Überdeutlich ist der Nexus, der sich zwischen der vorwiegend in der Psychologie entwickelten und angewandten Gestalt- und Ganzheitslehre (von Wertheimer, Koffka, Lewin u. v. a.) einerseits und der Gesellschaftstheorie andererseits herstellen läßt, bei Othmar Spann.

Mit dem Aufgreifen der Gestalttheorie als angeblich letzte intuitive Gewißheit verleihendem methodischen Fundament der Kunstwissenschaft war bei Sedlmayr ein Gestus der Apodiktik verbunden, der in nahezu allen seinen Schriften sich zeigt und der der Prononcierung seiner Thesen eine didaktisch einhämmernde Schlagkraft verlieh. Sedlmayr glaubte stets schon aus der Betrachtung einzelner Elemente mit absoluter Gewißheit das Ganze bestimmen zu können: diskursive, über induktive Schritte vermittelte Ausführungen schienen ihm entbehrlich zu sein. Diese Methode, aufgrund der Prämisse einer angeblichen Manifestation des Ganzen in seinen Teilen sich auf deren selektive Beobachtung bescheiden zu können, um dann die dort gemachten Feststellungen generalisierend auf das Ganze hochzurechnen, konnte Sedlmayr zusätzlich mit dem Anspruch divinatorischer Auslegung verbinden, der in der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik seit Dilthey weit verbreitet war und als Beweis für geniehafte Auserwähltheit galt.⁸ Bei der Generation der vor der Jahrhundertwende Geborenen ist diese Attitüde im akademischen Raum sehr häufig anzutreffen. Zur Selbststilisierung gehörte es, durch einfache einprägsame Thesen von der Öffentlichkeit leicht aufgreifbare Orientierungsmuster anzubieten, die ihrem Urheber zeitweilig eine Definitionsmacht im politischen Willensprozeß sicherten.

Eben dieses war auch die Intention, die Sedlmayrs „Verlust der Mitte“ zugrundeliegt. Das Buch kam 1948 heraus, in dem Jahr, das von kritischen Geschichtswissenschaftlern als das Jahr der Vorentscheidung bezeichnet wurde, denn zu dieser Zeit begann der Kalte Krieg, eingeleitet durch den Militärpakt, zu dem sich im März 1948 Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande zusammenschlossen, eine Vorstufe des Nordatlantischen Pakts, auf dessen Abschluß die USA drängten. Im Sommer 1948 trat der Marshallplan in das Stadium seiner unmittelbaren Realisierung, der, wie ein Brief Nelson A. Rockefellers an den Präsidenten der USA, Dwight D. Eisenhower, belegt, eng mit dem Projekt des Militärpakts koordiniert werden sollte. Wie aus Adenauers „Erinnerungen“ ersichtlich, wurde in den

⁷ Vgl. N. Schneider: Geschichte der Ästhetik von der Aufklärung bis zur Postmoderne, Stuttgart 1996, S. 134 ff.

⁸ Vgl. N. Schneider: Erkenntnistheorie im 20. Jahrhundert. Klassische Positionen, Stuttgart 1998, S. 98f.

drei Westzonen damals alles unternommen, einen Separatstaat, die Bundesrepublik, zu schaffen. In den „Londoner Empfehlungen“, dem Ergebnis einer von Februar bis Juni 1948 dauernden Sechsmächtekonferenz unter der Hegemonie der USA, wurde festgelegt, daß eine internationale Ruhrkontrolle unter Ausschluß der Sowjetunion geschaffen, ferner die französische Besatzungszone an die Bizone angeschlossen, schließlich Westdeutschland in den Marshallplan eingezogen werden solle. Dies war die eigentliche Geburtsurkunde der Bundesrepublik Deutschland, deren verfassungsmäßiges Vorstadium die Direktiven waren, die die drei Militärgouverneure den elf westdeutschen Ministerpräsidenten mit dem Ziel der Ausarbeitung einer Separatverfassung gaben. Auf der Rüdeshheimer Konferenz vom 21./22. Juli 1948 wurde von diesen dann auch die Entschlossenheit bekräftigt, „die volle Verantwortung für eine Neuordnung der deutschen Verhältnisse...zu übernehmen.“ Hintergrund dieser „Neuordnung“ war das Bestreben und die Strategie, den Vormarsch des Sozialismus aufzuhalten bzw. zu verhindern. Hatte das Potsdamer Abkommen noch als Grundforderung vorgesehen, den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten und zu gewährleisten, daß Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der Welt bedrohe, so wurde in den drei Westzonen die Entnazifizierung sehr bald auf ein extrem niedriges Niveau reduziert: Zwar wurden bis 1949 über 6 Millionen Personen überprüft, faktisch aber nur ca. 1600 Personen als Hauptschuldige und ca. 23000 als Belastete eingestuft. So konnten sich ehemalige Nationalsozialisten wieder hervorwagen, viele wurden nach einer Wartezeit rehabilitiert und durften wieder öffentliche Ämter übernehmen.⁹

Sedlmayr mußte sich zwar noch bis 1951 gedulden; dann wurde ihm aber das renommierte Münchner Ordinariat übertragen. Diese sechsjährige Wartezeit bezeugt immerhin, für wie gravierend man angesichts der milden Entnazifizierungspolitik seine Involvierung ins NS-System ansah. Dies hinderte ihn jedoch keineswegs, sich in anmaßender Weise in der Öffentlichkeit zu Wort zu melden, anfangs noch unter einem Pseudonym (Hans Schwarz), dann unter seinem wirklichen Namen. Offenbar konnte sich Sedlmayr einer großen Zustimmung sicher sein, die sich nach der auf Mitarbeit auch der ehemaligen NS-Aktivisten am Aufbau des neuen Separatstaates zielenden Anerkennungspolitik der drei Westmächte keinen Irritationen mehr ausgesetzt sah.

⁹ Vgl. Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976, A. Grosser: Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1978, W. Loth, in: W. Benz/H. Graml (Hrsg.): Europa nach dem zweiten Weltkrieg 1945-1982 (= Fischer Weltgeschichte, Bd. 35: Das Zwanzigste Jahrhundert II), Frankfurt am Main 1983, S. 23 ff., G. Benser u. a., in: Deutsche Geschichte, Bd. 3, herausgegeben von H.-J. Bartmuss u. a., Berlin 1968, S. 389 ff., bes. S. 468 ff.

Der „Verlust der Mitte“, aber auch das auf seinem Erfolg aufbauende Buch „Die Revolution der modernen Kunst“, das bezeichnenderweise als Band 1 von Rowohlts deutscher Enzyklopädie 1955 herauskam,¹⁰ hatte faktisch die Funktion, der Rehabilitierung der im NS-System, vor allem in der Ausstellung „Entartete Kunst“ von 1937, geächteten und verfeimten avantgardistischen Kunst energisch entgegenzutreten und dagegen das „gesunde Volksempfinden“ zu mobilisieren. Sedlmayr schloß damit ungebrochen an die Verdikte der NS-Ideologen an, kaschierte diese Kontinuitätslinie aber dadurch, daß er nun im Sinne der komplementär zum Aufbau des Weststaates sich etablierenden Abendlandsideologie mit einer religiösen, katholisierenden Topik argumentierte, also auf der eben beschriebenen theoretischen Grundlage von Baader und Spann. Obwohl sich doch der NS-Staat, dem Sedlmayr fanatische Loyalität erwiesen hatte, wahrlich nicht durch Humanität ausgezeichnet hatte, entblödet sich Sedlmayr nicht, im Anschluß an einen heute nicht mehr bekannten Autor namens Otto Mauer (Kunst und Christentum, Wien 1946), Künstler wie George Grosz, die hatten emigrieren müssen, als „unmenschlich“ und „innerlichst entartet“ zu diffamieren.¹¹

Dieses Lamento über die moderne Kunst durchzieht als basso continuo das ganze Buch, aber auch spätere Publikationen Sedlmayrs wie: „Der Tod des Lichts“¹² und diverse Aufsätze zum Surrealismus.¹³ All diesen neueren Kunstrichtungen wird ein pathologischer Dekadenzzustand vorgeworfen, ein Abfall von Gott, den Sedlmayr im Sinne Plotins mit dem Licht gleichsetzt, und damit ein Abfall von dem theonom gesetzten Ordo. Wie sehr Sedlmayr die neuere Kunstentwicklung in Kategorien der Pathologie sah, wird deutlich aus seiner „Methode der kritischen Formen“ und seinem Anspruch, wie ein Arzt oder Psychiater eine Diagnose der Gegenwart stellen zu können. Der von ihm eingeführte Begriff „Kritische Form“¹⁴ rekurriert bewußt auf den medizinischen Krisenbegriff, hat also nichts mit „Kritik“ im Sinne Kants zu tun. Sedlmayr adaptiert hier, ohne den geistigen Urheber zu nennen, Ernst Cassirers Begriff der „symbolischen Form“, der auch bei Erwin Panofsky eine zentrale Rolle spielte.¹⁵

Sedlmayr sieht richtig, daß Kunstwerke, genauer gesagt: die an ihnen ablesbare Veränderung ihrer Formcharaktere, zur Analyse von kollektiven Mentalitätsstrukturen herangezogen werden können, daß sich an ihnen eine kulturelle Signifikanz ablesen läßt. Daß er letztlich auch

¹⁰ Sedlmayr, H.: Die Revolution der modernen Kunst, Hamburg 1955.

¹¹ Sedlmayr, H., 1948/1965, S. 163.

¹² Sedlmayr, H.: Der Tod des Lichts. Übergangene Perspektiven zur modernen Kunst, Salzburg 1964.

¹³ Zu Sedlmayrs Auseinandersetzung mit dem Surrealismus vgl. Schneider, N., 1990, S. 274f.

¹⁴ Zur „Kritischen Form“ vgl. Sedlmayr, H., 1948/1965, S. 9ff.

¹⁵ Zu Cassirer vgl. Schneider, N., 1998, S.87-94.

die in Wien entstandene und dort als Interpretationsmuster damals schon weit verbreitete Psychoanalyse aufgreift, macht sein Anspruch deutlich, mit seiner Methode zu einer „Zone des Unbewußten“ vordringen zu können. Ihm geht es darum, ein „Wertrelief der Epoche“ herzustellen.¹⁶

Sedlmayrs – übrigens sehr ambivalenter, weil zwischen Entrüstung und geheimer Faszination oszillierender – Affekt gegen alle Tendenzen der Moderne, in denen er etwas Umstürzlerisches erblickt, hatte freilich in einem Maße sein Sensorium geschärft, wie es bei der Masse der weitgehend nur auf Stilkritik fixierten und theorieabstinenten Kunsthistoriker, die nach 1945 im risikolosen Positivismus ihr ideologiefreies Auskommen zu finden vermeinten, nirgends zu entdecken war. Sedlmayr war – wie noch ansatzweise zu zeigen wird – seinen Gegnern im Fach intellektuell eindeutig überlegen. Er setzte mit seinen Thesen Herausforderungen, an denen sich seine Schüler teilweise noch heute abarbeiten. Denn was er im ersten und zweiten Teil seines Buches unter den Titeln „Symptome“ und „Diagnose und Verlauf“ zur Physiognomie der mit der Französischen Revolution einsetzenden Moderne an ästhetischen Tendenzen in der Kunst und Architektur konstatiert, ist später regelrecht in Forschungsprogramme (auch seiner linken Gegner) übersetzt und ausgemünzt worden (man denke etwa an die von der Thyssen-Stiftung geförderten Projekte zur Kunst des 19. Jahrhunderts). Dazu gehören z. B. seine Beobachtungen zu den neuen führenden Aufgaben in der Kunst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, wie dem Landschaftsgarten, dem architektonischen Denkmal, dem Museum, dem Theater, dem Ausstellungswesen, der Fabrik usw. Sedlmayrs Interesse gilt in besonderem Maße der Architektur, da sich, wie er meint, zumindest in der frühen Moderne alle gestaltende Phantasie auf sie gerichtet habe. Von ihr sei eine stilbildende Kraft ausgegangen, und all die neuen profanen Bauaufgaben (eben: Theater, Museum, Fabrik u.a.) indizieren ihm zufolge eine Surrogatfunktion für die untergegangene alte Sakralarchitektur, die er mit großer Emphase betrachtet, da sie noch ein Gesamtkunstwerk repräsentiert habe. Für die Kirche, die noch weiterexistierte, aber nur als Randerscheinung, konnte im 19. Jahrhundert kein neuer Typus mehr entwickelt werden. Hier gab es nur noch Stiladaptionen, Mischungen, Verkleidungen. Und selbst der – aus Sedlmayrs Sicht – Hoffnungsschimmer der Heiligen Allianz von 1815, die restaurativ eine „Neue Kirche“ (so in einer Flugschrift) postulierte, führte nicht zu einer Erneuerung. Alle Modernisierungsversuche im sakralen Bereich mußten, so Sedlmayr, steril ausfallen.

¹⁶ Sedlmayr, H., 1948/1965, S. 10.

Es kann hier nicht darum gehen, die einzelnen Beobachtungen Sedlmayrs zum „Welken“¹⁷ der alten Gesamtaufgaben in extenso zu referieren. Wer sich in diese Sachgebiete einarbeitet, dem wird nicht entgehen, wie sehr hier Sedlmayr, dem es gelingt, seine Thesen didaktisch klar zu präsentieren, auf Vorarbeiten anderer Forscher aufbaut. Und das gilt besonders für sein Lieblingsthema, die französische Revolutionsarchitektur, über die er bereits in den späten 30er Jahren eine kleinere Abhandlung verfaßt hatte („Die Kugel als Gebäude“ oder „Das Bodenlose“, 1939/40). An den Projekten einer *Architecture parlante* von Ledoux oder Boullée („Kenotaph Newtons“), Zeugnissen eines mit dem Radikalismus der Französischen Revolution einsetzenden Purismus, mißbilligt er die Autonomisierung der Baukunst, die nur noch sich selbst darstelle und von der der Architektur gestellten Aufgabe absehe. Der von Zweck und Gegenstand losgelöste Bau sei hier schon als absolut reine Form konzipiert, es vollziehe sich hier erstmals etwas, was dann in der gegenstandslosen, der abstrakten Malerei später programmatisch werde. Manche Bauten wie Ledoux' aus einer Kugel gebildetes Haus der Flurwächter in Maupertuis (um 1775/80) hätten gar keinen Grund mehr, sie seien in einem beängstigenden Sinne „bodenlos“.¹⁸

In der Sachforschung zur Revolutionsarchitektur, die er für seine „diagnostischen“ Schlußfolgerungen umbiegt, folgt er weitgehend Emil Kaufmann, der aus rassistischen Gründen vor den Nazis hatte emigrieren müssen.¹⁹ Überhaupt bedient sich Sedlmayr nicht ungeschickt bei Autoren, die von den Nazis verfolgt worden waren, deren Schriften nach dem 2. Weltkrieg kaum zugänglich waren (auf Cassirer und Panofsky hatte ich schon hingewiesen). Neben Emil Kaufmann, dessen Verdienste um die Erforschung der französischen Revolutionsarchitektur erst nach 1968 gewürdigt werden konnten, wäre auch Siegfried Kracauer zu nennen, dessen Analysen zum Ornament der Masse stillschweigend mit verwertet werden. All die Studien zum 19. Jahrhundert münden in eine „Diagnose“ der Gegenwart: „Es ist nützlich, den Verlauf seit 1770 einmal nicht unter historischen, sondern unter anthropologischen und psychologischen Kategorien zu sehen, gleichsam wie die Krankheit eines einzigen Menschen.“²⁰ Und diese Krankheit kommt Sedlmayr zufolge zum vollen Ausbruch nach 1920: hier seien „Extremzustände ohne Analogie erreicht worden“, „jenseits welcher man sich kaum etwas anderes vorzustellen vermöchte als die totale Katastrophe – oder den Beginn der Regeneration. Das scheint nicht eine der vielen Krisen zu sein, deren quälendes Bewußtsein selbst noch zu

¹⁷ Ebd., S. 15.

¹⁸ Zur französischen Revolutionsarchitektur vgl. ebd.

¹⁹ Vgl. E. Kaufmann: Von Ledoux bis Le Corbusier, Wien 1932.

²⁰ Sedlmayr, H., 1948/1965, S. 149f.

den typischen Zeichen der Zeit gehört, sondern die Krise des Menschseins schlechthin. Sie dauert ohne klare Entscheidung bis heute.“²¹

Für Sedlmayr ist dieser an der Kunst ablesbare aktuelle „Gesamtzustand“²² alles andere als normal. Er könne normal nur für einen Menschen sein, der an den „autonomen“ Menschen glaubt und Gott leugnet. „Daß die Abschaffung Gottes auch die Abschaffung der Architektur und vielleicht ‚sogar‘ die Abschaffung der Kunst nach sich zieht, wird von den konsequenten und aufrichtigen Materialisten zugegeben. Geleugnet wird nur, daß diese Schritte notwendig auch die Abschaffung des Menschen im Vollsinn nach sich ziehen: die Verwandlung des Menschen in das Untermenschliche...“²³ Dieses Untermenschliche entdeckt Sedlmayr in der Neigung der modernen Kunst, das Morbide verlockend vor Augen zu führen; damit gehe jede Beziehung auf das Menschliche verloren (wie er an Kokoschkas „Enthäutetem Hammel“ zu erweisen sucht).

Sedlmayr ist scharfsinnig genug, in dem von ihm perhorreszierten Häßlichen als dem Grundzug der modernen Kunst noch eine ästhetische Dialektik zu erkennen, wie er denn auch die vom kunsthistorischen Kanon akzeptierten Regelverstöße von Michelangelo oder Bosch bis Goya nicht in Frage stellt; denn sie sind seiner Meinung nach noch nicht dem nihilistischen und amoralistischen Drang zur Deshumanisation²⁴ verfallen, der die avantgardistische Kunst des 20. Jahrhunderts kennzeichne. In seinem Buch „Die Revolution der modernen Kunst“ hebt er als Frevel und Delikt der Moderne die Allmachtsansprüche des sich aus allen Bindungen, vor allem denen an Gott, lösenden Künstlers hervor, der zur Autonomie strebe und sich selbst vergöttliche. Besonders attackiert er das bereits in der Frühromantik proklamierte Spiel mit der alles in Frage stellenden Ironie, die ein selbstzerstörerisches Prinzip sei, da sie alle Werte außerkünstlerischer Art ignoriere und zum Schluß sogar noch die Werte der Kunst auflöse.²⁵ Dieser Ästhetizismus müsse zur Verzweiflung führen, zur hoffnungslosen Vereinsamung, ohne jegliche eschatologische Perspektive.

Im „Verlust der Mitte“ setzt er gegen die Gleichmacherei, den Pluralismus, den er auf dem Felde der Kunst gewahrt, als Remedium einen neuen „Hierarchismus“, wie er es nennt, der zwar die Pluralität der Stile weitgehend akzeptiert, sie aber wertmäßig ordnet und in eine

²¹ Ebd., S. 153.

²² Ebd., S. 156.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., S. 176ff. Sedlmayr greift hier einen Begriff von José Ortega y Gasset auf („La deshumanización del arte“, 1925).

²⁵ Sedlmayr, H., 1955, S. 98.

Rangfolge bringt. An oberster Stelle dieses „Hierarchismus der Aufgaben“ muß Platz geschaffen werden „für die neue Gestalt des Kirchengebäudes“.²⁶ Diese Idee einer Renovation des mittelalterlichen Sakralbaus sollte Sedlmayr wenig später, 1950, in seinem Buch „Die Entstehung der Kathedrale“²⁷ mit Emphase vertreten, ein Werk, das in der Kunstwissenschaft den Grundbaß für die Abendlandideologie der Adenauer-Ära abgeben sollte, die in den 50er und 60er Jahren in Ausstellungen wie „Werdendes Abendland“ oder „Karl der Große“ regierungsaffirmativ kultiviert wurde.

Zum Schluß von „Verlust der Mitte“ setzt Sedlmayr alternativ zur Vision des erneuerten Kirchenbaus dann aber noch ein anderes Bild, das letztlich christologisch gedacht ist: es müsse, sagt er, „wenigstens das Bewußtsein davon lebendig bleiben, daß in der verlorenen Mitte der leergelassene Thron für den vollkommenen Menschen, den Gottmenschen, steht.“ Und in prophetischer Verkündigung schließt er: „Diejenigen, denen dieses Bewußtsein gegeben ist und die es bewahren, werden die ‚Neue Zeit‘ sehen, auch wenn sie sie noch nicht betreten werden.“²⁸

Sedlmayr griff mit seinen Thesen in eine Diskussion ein, die nach dem 2. Weltkrieg zögernd wieder in Gang gekommen war. Nach langen Jahren des Vergessens und Verschweigens befaßten sich jüngere Kunsthistoriker wieder mit der avantgardistischen Kunst nach 1900, etwa mit den Anfängen der kubistischen Malerei oder den Fauves oder der Geschichte des Blauen Reiters. Der ästhetische Status der nonfigurativen Malerei wurde heiß debattiert: das Spektrum reichte von Verspottung und Karikierung des Gegenstandslosen als sinnlosem, unkünstlerischem Geschmiere bis hin zu seiner vehementen Verteidigung als Visualisierung des Geistigen, Übersinnlichen.²⁹ Zu den Apologeten gehörten u. a. Franz Roh und Werner Haftmann. Letzter warf auf dem Kunsthistorikerkongreß von 1949 der deutschen Kunstwissenschaft vor, zur Erforschung der modernen Kunst fast nichts geleistet zu haben, im Gegensatz zur amerikanischen, englischen und französischen. Er monierte, daß sie auch die Denksysteme, „die der modernen Kunst zugrundeliegen, nicht für die eigene Methode zunutze gemacht“ habe.³⁰ In diesem Zusammenhang griff er Sedlmayr an, dessen Buch „Verlust der Mitte“ bisher der ein-

²⁶ Sedlmayr, H., 1948/1965, S. 184.

²⁷ Sedlmayr, H.: Die Entstehung der Kathedrale, Zürich 1950.

²⁸ Sedlmayr, H., 1948/1965, S. 191.

²⁹ Vgl. J. Held: Kunst und Kunstpolitik 1945-49 in Deutschland, Berlin 1981, besonders S. 8-100. Ders.: Adorno und die kunsthistorische Diskussion der Avantgarde von 1968, in: A. Berndt u. a. (Hrsg.): Frankfurter Schule und Kunstgeschichte, Berlin 1992, S. 41-58 (u. a. zur Kontroverse zwischen Willi Baumeister und Sedlmayr auf dem Ersten Darmstädter Gespräch, S. 42ff.).

³⁰ W. Haftmann, in: Kunstchronik 2, 1949, S. 227 („Aussprache zur modernen Kunst“ auf dem 2. Deutschen Kunsthistorischen Kongreß).

zige Beitrag eines deutschen Gelehrten war, der im Ausland freilich leicht als repräsentative deutsche Einstellung zur modernen Kunst fehlgedeutet werden könne. Haftmann kritisiert an Sedlmayr die einseitige Auswahl der Erfahrungsgegenstände: er behandle nur neue Formen, die bis zum Unsinnigen absonderlich seien, übergehe aber alles andere, den breiten Strom der Entwicklung vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart: „Die größten Meister unserer Epoche werden kaum erwähnt. Cézanne gerät aufgrund solch veränderter Betrachtungsweise in Verbindung mit Worten wie ‘chaotischer Raum’, ‘außermenschlich’, ‘pathologisch’. Sedlmayr verrückt also auch die ästhetischen Bewertungsfaktoren. Der Strukturbegriff unserer Epoche ist jedoch nicht ‚Bindungslosigkeit‘ oder der ‚Verlust der Mitte‘; es ist vielmehr der positive Lebenstrieb, zu dem diese beiden Begriffe nur negative Spiegelungen sind – es ist Freiheit...“³¹

Unübersehbar ist hier Haftmanns Parallelisierung, ja Ineinssetzung von moderner Kunst und dem amerikanischen Re-Edukationsprogramm von „freedom and democracy“. Die moderne Kunst wird u.a. auch dadurch gerechtfertigt, daß sie gänzlich mit den Methoden der modernen Naturwissenschaft kongruiere, die am obersten und untersten Ende der Schöpfung das Chaos entdeckt habe, eine Ebene jenseits der Kausalität, „das Wunder der Genesis“: „Während sich so die moderne Naturwissenschaft anschickt, den menschlichen Herrschaftsbereich in der Natur in einem unvorstellbaren Maße zu erweitern, fasziniert sich die moderne Kulturkritik am Worte Chaos, weil sie es mit alten Gleichnissen identifiziert und mit Höllenvisionen befrachtet.“³²

Letztlich gelang es Sedlmayrs Kritikern nicht, den von ihm gesetzten Bewertungsparameter für Kunst, ihren geforderten religiösen Gehalt, zu unterlaufen. Sowohl Haftmann als auch Leopold Zahn, der 1949 in der Zeitschrift „Das Kunstwerk“, die sich für die Durchsetzung der modernen Kunst engagierte, eine Rezension des „Verlusts der Mitte“ schrieb,³³ versuchen die modernen Künstler vor dem Vorwurf des Antitheismus bzw. Atheismus in Schutz zu nehmen. Haftmann führt als Gottsucher Marc und Kandinsky an, Zahn schreibt: „In der geistigen Elite des Westens akzentuiert sich immer deutlicher eine Hinwendung zu Gott. Tief religiöse Künstler sind Barlach, Nolde, Rouault. Und der achtzigjährige Matisse, der jetzt in Vence an der französischen Riviera für Dominikaner eine Kapelle ausmalt, erklärt: ‘...ich hatte größte Mühe, Ronsard zu illustrieren. Mein Geist ist christlich, und es war mir nicht möglich, den

³¹ Ebd., S. 228.

³² Ebd., S. 229. Vgl. auch W. Haftmann: Bild des modernen Künstlers, in: Die Zeit, 28. 8. 1947, S. 4.

³³ Zahn, L., in: Das Kunstwerk 3, 1949.

heidnischen Geist Ronsards wiederzufinden.’ Mit dieser Erklärung steht er an der Seite großer Physiker wie Plank (sic), steht er an der Seite moderner Dichter, die, wie Claudel, Bernanos, Mauriac, Eliot, Graham Greene, le Fort, Langgässer im Glauben leben oder wie Ernst Jünger, den Sedlmayr oft zitiert, um den christlichen Gott ringen.“³⁴

An solchen Äußerungen wird deutlich, daß das Paradigma der Spiritualisierung, das Sedlmayr mit größtem Applomb in die öffentliche Diskussion brachte, von der Gegenseite nicht nur akzeptiert, sondern in gleicher Weise zur alleinigen theoretischen Grundlage gemacht wurde. Die ideologische Plattform sowohl für die Apologeten der „geistigen Elite des Westens“ (Leopold Zahn) bzw. des mit der modernen Kunst gleichgesetzten „Lebensgefühl(s) unserer Epoche“³⁵ als auch für die konservativen Kulturkritiker war jetzt die christliche Religion, deren Werte als grundlegend für die politische Konstitution der westlichen Staaten, besonders der in statu nascendi befindlichen Bundesrepublik, angesehen wurden.

Einer der wenigen Kritiker, denen es gelang, diesen Verblendungszusammenhang zu durchstoßen, war Werner Hofmann, der, damals noch ein 23-jähriger Wiener Kunstgeschichtsstudent, in der Zeitschrift für Kunstgeschichte 1951³⁶ Sedlmayrs Methode bzw. Theorie der Kunstgeschichte einer glänzenden Analyse unterzog. Das geschieht bei ihm zunächst durch das Aufdecken der vielfältigen Widersprüche, in die sich Sedlmayr immer wieder verstrickt (z. B. wird zum einen der Kunst das Recht abgesprochen, Ideen in gleicher Weise wie die Religion zu verkörpern, dann aber, in die Obhut der Religion gebracht, kann sie es doch).

Es geschieht des weiteren auch durch eine konsequente Untersuchung der „spiritualistischen Fassade“³⁷ und der Tendenz Sedlmayrs, Kunstgeschichte in Theologie aufgehen zu lassen.

Vermutlich im Denkhorizont des Wiener Positivismus sich bewegend, kritisiert Hofmann Sedlmayrs „Prätensionen“ als geistreichelnde „subjektive Gewißheiten, die aus persönlicher Schau gewonnen sind, denen es darum auch nicht um den objektiven Gehalt, sondern um die ‘interessante’ Interpretation geht, d.h. um jene Interpretation, die für die Geschichtskonstruktion des Autors interessant ist.“³⁸ Damit kehrt Hofmann einen Vorwurf, den Sedlmayr der

³⁴ Ebd., S. 56..

³⁵ Ebd. Vgl. auch die frühen Äußerungen von L. Zahn: Abkehr von der „Natur“, in: Das Kunstwerk 1, 1946/47, H. 8/9, S. 3ff. Siehe dazu J. Held, 1981, S. 21.

³⁶ Hofmann, W.: Zu einer Theorie der Kunstgeschichte, in: Zeitschrift für Kunstgeschichte 14, 1951, S. 118-122.

³⁷ Ebd., S. 122, rechte Spalte.

³⁸ Ebd., S. 123, rechte Spalte.

Moderne (seit der Frühromantik, etwa Friedrich Schlegel) gemacht hatte,³⁹ daß sie nämlich um jeden Preis „interessant“ sein wolle, gegen ihn selbst.

Sedlmayrs „Verlust der Mitte“ bildete den Auftakt zu einem in den 50er Jahren erbittert geführten „Streit um die moderne Kunst“, wie ein noch 1962 im Paul List Verlag erschienenes Buch hieß, das den bezeichnenden Untertitel „Auseinandersetzung mit Gegnern der neuen Malerei“ trug.⁴⁰ Genannt werden hier u.a. Meier-Graefe, Karl Scheffler, Hans Sedlmayr, Walter Winkler, Wilhelm Hausenstein, Hans Weigert, Georgi Schischkoff, Oskar Kokoschka, Karl Hofer, Rudolf Schlichter, Niels von Holst, Hans Münch, Emil Preetorius, Richard Hiepe, Richard W. Eichler. Fast unterschiedslos werden hier Autoren, die aus dem rechten, ja ehemals faschistischem Spektrum stammten, mit solchen gemischt, die genau deren politische Gegner waren – Emigranten und Antifaschisten –, was erhellt, daß Roh mit seiner Option einen vermeintlich dritten Weg beschreiten wollte, von dem aus im Sinne der Totalitarismustheorie umstandslos links mit rechts gleichgesetzt werden konnte. All diesen Verästelungen der von Sedlmayr angestoßenen Debatte verlohnte es sich näher nachzugehen. Doch diese Weiterungen, die bis in die frühen 60er Jahre hineinreichen, sind schon nicht mehr das Thema meines Vortrags.

³⁹ Vgl. H. Sedlmayr: Kierkegaard über Picasso, in: Wort und Wahrheit 5, Mai 1950, S. 356-370.

⁴⁰ Roh, F.: Streit um die moderne Kunst. Auseinandersetzung mit Gegnern der neuen Malerei, München 1962, S. 45ff.

Philosophie als Wissenschaftstheorie auf Informationskurs – Eine abgebrochene Rebellion gegen die Tradition

Helmut F. Spinner

Chronologie der Nachkriegszeit (zur zeitgeschichtlichen Einordnung der folgenden Ausführungen)

1945ff. Nachkriegszeit (von Helmut Schelsky als „Skeptische Generation“ beschrieben)

1950ff. Kalter Krieg

1965ff. Neugründungswelle von Hochschulen in der BRD

1967ff. Studentenrebellion

1980ff. Wertewandel und Postmoderne (von *Ronald Inghart* als „stille Revolution“ und von *Odo Marquard* als „Abschied vom Prinzipiellen“ beschrieben; dazu *Paul Feyerabend*s Slogan „Anything goes“)

1989 Wiedervereinigung (Anschluß der „neuen Bundesländer“)

1990ff. Informationsgesellschaft

2000ff. Zukunftsfähigkeit in der „Wissensgesellschaft“

Bundeskanzler:

1949-63 *Adenauer*, CDU („Keine Experimente“)

1963-66 *Erhard*, CDU (Intellektuellenbeschimpfung als „Pinscher“)

1966-69 *Kiesinger*, CDU (Frau *Beate Klarsfelds* Ohrfeigen für den Altnazi-Kanzler)

1969-74 *Brandt*, SPD („Mehr Demokratie wagen!“)

1974-82 *Schmidt*, SPD („Reform oder Revolution?“: theorieskeptischer „Macher“; Berufung auf *Poppers* Sozialtechnologie der „kleinen Schritte“ anstelle marxistischer Revolutionsparolen)

1982-98 *Kohl*, CDU (auf seine Person zugeschnittenes „System Kohl“ des Machterwerbs und Machterhalts; dazu im Nachklang die Parteispendenaffäre 2000).

1998ff. *Schröder*, CDU („Medienkanzler“; Abkehr von der „alten“ Sozialdemokratie der wertkonservativen Programmartei; statt dessen Bipolarität von Politik und Wirtschaft in einer Konsensdemokratie)

Wichtige Einzeltermine (siehe DER SPIEGEL, Nr. 13 vom 29. 3. 99, S. 171ff.: Serie „Das Jahrhundert der Befreiung“, Teil 5: 1968, *das Jahr der Rebellion*)

08. 12. 64 Studenten im kalifornischen Berkeley erkämpfen sich das Recht der Redefreiheit auf dem Campus

17. 04. 65 Marsch auf Washington: erste große Studentendemonstration gegen den Vietnam-Krieg

22. 06. 66 erstes deutsches Sit-in von 3000 Studenten an der FU Berlin

30. 10. 66 Kampagne gegen Verabschiedung der Notstandsgesetze (verabschiedet am 30.5.68)

01. 12. 66 Bildung der Großen Koalition CDU/SPD

09. 11. 67 Protest gegen die sog. Ordinariuniversität bei der Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg: „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“

01. 02. 68 „Enteignet Springer“-Kampagne

11. 04. 69 Attentat auf *Rudi Dutschke*

15.-17. 08. 69 Rockfestival in Woodstock als Höhepunkt der Hippie-Bewegung

19. 12. 69 Erstaufführung des Kultfilms der 68er Generation „Easy Rider“

Einführung

„50 Jahre Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht der Universitätsdisziplinen“ sind aufzuarbeiten. Von mir erwartet man einen „Blick zurück nach vorn“ aus der Sicht der Philosophie – da muß ich Sie gleich mehrfach enttäuschen. Denn im Unterschied zur bundesrepublikanischen Gesellschaft, die von Anfang an im vollen – wenn auch nicht immer ungetrübten – Blick der Soziologie war, ist die Bundesrepublik nur selten zum Betrachtungsgegenstand philosophischen Denkens oder wissenschaftstheoretischer Analyse geworden.

Die Bundesrepublik ist kein primärer Gegenstand der Philosophie, noch weniger der Wissenschaftstheorie. Diese hat nichts vorgelegt, was den Arbeiten von *Karl Jaspers*¹ zur Vor- und Nachkriegszeit sowie von *Jürgen Habermas* vergleichbar wäre. In der von *Habermas* herausgegebenen zweibändigen Jubiläums-Nachlese mit *Stichworte(n) zur „Geistigen Situation der Zeit“* ist die *Popper*-Richtung weder unter den Autoren noch als philosophisches Stichwort oder zeitgeschichtliches Thema vertreten, obwohl zwei Bundeskanzler sich dazu bekannten. Es geht also darum, aus philosophischer bzw. wissenschaftstheoretischer Sicht in Verbindung zu bringen, was nicht unmittelbar zusammen gehört und was bislang so nicht dargestellt worden ist. Ich werde das hier unter folgenden Vorbehalten versuchen:

Erstens kann ich für die Philosophie *nur eine Disziplin unter vielen* vertreten. Zwar geht mein Interessen- und Arbeitsgebiet in vielem darüber hinaus und einiges davon werde ich im folgenden zum Tragen bringen, aber auch so ist es nur ein schmaler Ausschnitt des disziplinären Spektrums der Geisteswissenschaften.

Zweitens könnte ich vielleicht mit etwas mehr Kompetenz über die „*Philosophy of Science*“ sprechen, aber dann hätte ich mit dieser trotz deutschsprachiger Wurzeln (im „Wiener Kreis“, auf den ich zurückkommen werde) eher amerikanischen Disziplin die Schwierigkeit, sie mit dem Deutschland der zweiten Jahrhunderthälfte in engere Verbindung zu bringen.

¹ Vgl. *Jaspers* 1931/ Situation und *Jaspers* 1949/ Bundesrepublik.

Drittens müßte ich aus Gründen der Repräsentativität auch *andere deutsche „Schulen“ der Wissenschaftstheorie* erwähnen. Von der „Erlanger Schule“ soll aber gar nicht, von der „Frankfurter Schule“ nur am Rande die Rede sein.

Das erste kann ich nicht, das zweite will ich nicht, das dritte muß ich nicht. Die gestellte Aufgabe wäre meines Erachtens am schlechtesten erfüllt, wenn ich Ihnen jetzt eine Schul- und Wirkungsgeschichte der deutschen Wissenschaftstheorie für die Nachkriegszeit vorlegen würde. Was ich statt dessen hier vorlege, ist ein persönlicher Bericht mit erheblichen thematischen Einschränkungen und freimütigen subjektiven Einfärbungen. Die meisten Kritischen Rationalisten werden keine Freude daran haben. Aber da bin ich Kummer gewohnt.

Ich muß also auf andere Weise zur *Themenvielfalt meines Vortrags* kommen, der im einzelnen diskutieren soll:

- Philosophie als Wissenschaftstheorie, allerdings mit weit darüber hinausgehenden Wurzeln und Ambitionen, wie sich zeigen wird;
- eingegrenzt auf die Beiträge und Versäumnisse einer bestimmten Schule, nämlich des Kritischen Rationalismus;
- eingefärbt und teilweise sicherlich auch getrübt durch die subjektive Brille eines teilnehmenden Beobachters;
- erweitert durch großzügig gezogene Verbindungslinien zur Geistes- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik und Österreichs, in inner- und außerwissenschaftlichen Lebensbereichen;
- dramatisiert durch die Behauptung einer stattgefundenen Rebellion, welche aber von mir in zwei Punkten anders gesehen wird, nämlich
- wider den damaligen Trend bei den anderen Schulen um mehrere politische Grade heruntergespielt: vom revolutionären zum bloß rebellischen; vom institutionellen zum akademischen; vom politischen zum unpolitischen oder wenigstens entpolitisierten Geschehen;
- wider die heutige Sicht (und Selbstinterpretation der Wissenschaftstheorie) unter eine andere, sozusagen disziplinübergreifende *Leitlinie* gestellt, welche meines Erachtens das ganze Jahrhundert durchzieht und auf Philosophie, Wissenschaft, Wissenschaftstheorie übergreift.

Dies soll der rote Faden des Vortrags sein.

Als Beurteilungsmaßstäbe und Gütekriterien für den Kritischen Rationalismus im Verhältnis zur Bundesrepublik werden explizit oder implizit angelegt:

Erstens der *Positivmaßstab des Problembewußtseins*: Waren damals und sind heute noch die Problemstellungen, Lösungsvorschläge, Diskussionsbeiträge des Kritischen Rationalismus aktuell, d. h. auf der Höhe der Zeit und des Denkens in Wissenschaft und Öffentlichkeit? Zum Beispiel mit Bezug auf Themen wie Vergangenheitsbewältigung, Universitätsreform, gesellschaftlicher Reformstau, demokratischer Aufbau, Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Ist der Kritische Rationalismus diesen und weiteren Herausforderungen gerecht geworden?

Zweitens der *Negativmaßstab der Anpassung an den Zeitgeist*: Ist der Kritische Rationalismus im Hauptstrom („mainstream“) einfach mitgeschwommen? Ist er den Trends gefolgt, hat er opportunistische Konzessionen gemacht an den Kalten Krieg, die „Keine-Experimente“-Politik, die konservative Rückwende der 70er Jahre, die Postmoderne, heute die Globalisierung und das ökonomische Regime des deregulierten Marktes etc.?

Drittens das *philosophische Inhaltskriterium*: die noch zu erläuternde Informationslinie (hier immer im Sinne der semantischen Informationstheorie verstanden). Das ist ein Beurteilungsmaßstab, den man bei richtigem Verständnis der *Popperschen* Philosophie entnehmen kann und meines Erachtens weiterentwickeln sollte. Daran läßt sich am besten ermesen, ob der Kritische Rationalismus sich selbst treu geblieben ist.

A) Der Kritische Rationalismus im geistesgeschichtlichen Zusammenhang der Vorkriegszeit

I. Zur Entstehungsgeschichte des Kritischen Rationalismus

1. Der Wiener Kreis als Ausgangspunkt

1930 bekundete *Moritz Schlick* für den Wiener Kreis des logischen Empirismus oder Neopositivismus im vollen „Bewußtsein von der Tragweite und Inhaltsschwere“ die tiefe Überzeugung, „daß wir in einer durchaus endgültigen Wendung der Philosophie mitten darin stehen und daß wir sachlich berechtigt sind, den unfruchtbaren Streit der Systeme als beendet anzusehen.“² Diese Wende sollte das Ende der traditionellen Philosophie und ihrer „Anarchie der philosophischen Meinungen“ bringen, deren Inhalts- und Fruchtlosigkeit mit Hilfe diverser Sinnkriterien erwiesen werden sollte. *Rudolf Carnap* konkretisierte dieses Forschungspro-

² In seinem Aufsatz „Die Wende der Philosophie“ (1930); abgedruckt in *Schlick 1938/ Aufsätze*, S. 33.

gramm zur „Überwindung der Metaphysik durch logische Analyse der Sprache“ (so der Titel eines berühmten Aufsatzes von ihm).

Das war die militante Fortsetzung des positivistischen Feldzugs gegen das leere Gerede der metaphysischen „Wortmusik“ mit anderen Mitteln, nämlich mit dem mächtigen Instrumentarium der zum Jahrhundertbeginn aufgekommenen neuen formalen oder mathematischen Logik und der ebenfalls in Anspruch genommenen Schützenhilfe der Erfahrungs-, insbesondere der Naturwissenschaften.

Karl Popper hält sich zugute, daß er kein formelles Mitglied des Wiener Kreises war und von Anfang an das Sinnkriterium gegen die Metaphysik abgelehnt hat. Er geht so weit, sich im nachhinein zum Hauptgegner des Wiener Kreises und zum antipositivistischen Ideenkiller zu stilisieren³. Damit verleugnet er seine Anlehnungen und verkennt das maßgebliche Motiv seiner Philosophie.

Richtig daran ist, daß sich das positivistische Sinnkriterium der Verifizierbarkeit aller „sinnvollen Aussagen“ schnell selbst als ziemlich unsinnig erwiesen hat. Es war kein Killerkriterium für die Metaphysik, sondern für die Theorien der Erfahrungswissenschaften. Mit seiner Absage an Sinnkriterien gegen die Philosophie zugunsten eines Abgrenzungskriteriums der Erfahrungswissenschaften lag *Popper* also völlig richtig. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Wiener Kreis für die im folgenden geschilderte Entwicklung auf andere, meines Erachtens viel wichtigere Weise zum Ausgangspunkt geworden ist.

2. Das Dritte Reich als Abstoßungspunkt

War der Wiener Kreis der Ausgangspunkt, so war das Dritte Reich – in *Poppers* Sicht verbunden mit *Hegel* und anderen Feinden der Offenen Gesellschaft⁴ – der Abstoßungspunkt. Die beiden sozialphilosophischen Hauptschriften über „Das Elend des Historismus“ und „Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ sollten nichts weniger sein als intellektuelle Kriegsbeiträge zur Verteidigung der Freiheit „gegen totalitäre und autoritäre Ideen.“⁵

Darin liegt, wenn auch zunächst nur indirekt, ein erster Brückenschlag zum Thema Bundesrepublik. Hier geht es mir jedoch um eine ganz andere Perspektive für den Blick *zurück nach*

³ Vgl. *Popper* 1979/ Ausgangspunkte, S. 120ff.

⁴ Vgl. die *Hegel*-Kritik in *Popper* 1957-58/ Gesellschaft, insbesondere das als Abrechnung gedachte Kapitel „Hegel und der neue Mythos von der Horde“ (Band II, S. 36ff.). Zu der von *Popper* kaum beachteten politischen Wirkungsgeschichte speziell des Rechtshegelianismus in der Weimarer Republik und im Dritten Reich vgl. *Kiesewetter* 1974/ *Hegel*.

⁵ *Popper* 1979/ Ausgangspunkte, S. 163.

vorn: Zurück bis zum Jahrhundertbeginn, nach vorn zur Jahrtausendwende, über den Teller-
rand der wie auch immer verstandenen Philosophie hinaus.

3. Auf der Informationslinie zur Rebellion gegen die Tradition

Von hier und heute her gesehen, liegen die Wurzeln des Projekts „Philosophie als Wissen-
schaftstheorie mit kulturellem und politischem Mehrwert“ im intellektuellen Erbe aus der
Vorkriegszeit, die bis zum Jahrhundertbeginn zurückreicht. Wegweisend waren vor allem
österreichische Neuansätze, die von ganz verschiedenen Ausgangspunkten in dieselbe Rich-
tung weisen und in der Informationslinie zusammen laufen. Das ist die neue Generalperspek-
tive, in die auch der Kritische Rationalismus eingeordnet werden kann.

Eine wichtige Rolle spielte der Re-Import der Ideen des Wiener Kreises aus dem anglosächsi-
chen Bereich, wohin sie durch Emigranten gebracht worden sind. Zu nennen sind hier u. a.
Rudolf Carnap und *Herbert Feigl* sowie weitere deutschstämmige Philosophen aus assoziierten
Denkzirkeln, z. B. *Carl G. Hempel*, *Paul Oppenheim*, *Hans Reichenbach*; nicht zuletzt
auch *Karl R. Popper*. Dazu kommen weitere, nichtphilosophische österreichische Denkschu-
len, von der Architektur über die Ökonomie bis zur Zeitungskultur.

Die diversen Denklinien, unter deren Generalperspektive ich meine Sicht stellen möchte, lau-
fen in einem Fluchtpunkt zusammen. Das ist der *Kampf gegen die Leere* – nicht gegen den
leeren Raum, sondern gegen das leere Gerede. (Man könnte bei diesem Motto fast an *Heideg-
ger* denken, wenn der Existentialismus nicht selbst einer der Hauptangriffspunkte gewesen
wäre.) Auf dieser Linie liegen folgende Bestrebungen, in chronologischer Reihenfolge:

(1) *Adolf Loos' Verdammung des Ornaments*

Den Auftakt macht 1908 *Adolf Loos* mit seiner vehementen Kritik der zeitgenössischen Ar-
chitektur und Kunst – insbesondere des Jugendstils – unter dem provozierenden Titel „Orna-
ment und Verbrechen“. Er sieht im überquellenden Ornament eine Degeneration der funktio-
nellen (Bau-)Kunst. Nach seiner Auffassung ist das Ornament „entweder eine Rückständig-
keit oder eine Degenerationserscheinung.“⁶ Er sieht in der Ornamentlosigkeit der modernen
Architektur ein Zeichen wahren kulturellen Fortschritts. Für *Loos* ist die Evolution der Kultur
gleichbedeutend mit dem „Entfernen“ des Ornaments aus dem Gebrauchsgegenstand.

⁶ *Loos* 1962/ Ornament, S. 278.

(2) Karl Kraus' Kampf gegen die Verphrasung der Sprache

Durch das, was *Karl Kraus* die „Verphrasung“ nannte, verkommt die intellektuelle Kultur zum leeren Gerede – und schlägt um in Demagogie! Dagegen setzte er sein Kampfprojekt der „Trockenlegung des Phrasensumpfes.“⁷ Daß die Verphrasung der Sprache auch heute noch, wenn auch weniger aus dem Ungeist der Demagogie als aus dem Kommerz der kriterienfreien Unterhaltung, eine akute Gefahr ist, geht aus dem in diesem Punkt wohl am wenigsten überzeichneten Schlüsselroman⁸ über ein deutsches Wochenmagazin hervor. Was darin in ebenso amüsanter wie entlarvender Weise beschrieben wird, sind die zu einer bestimmten Diktion geronnenen Sprachfloskeln, die leerformelhaft verwendet werden, bis sie durch „Ukas“ des Chefredakteurs „verbrannt“ werden und anderen weichen müssen.

Wer denkt dabei nicht an Politiker-Reden in der Öffentlichkeit, die tägliche Talk-Show-Unkultur im Fernsehen oder manche *Chat-Rooms* im Internet?

(3) Kritik des Wiener Kreises an der „Wortmusik“ der traditionellen Philosophie und ihrer Beschäftigung mit „Scheinproblemen“

Dem Wiener Kreis ging es um die Überwindung der „sinnlosen“, d. h. informationsfreien Metaphysik – deren unwissenschaftliche Methoden lediglich „Scheinprobleme“ (*Rudolf Carnap*) generierte, mit *Heideggers* „nichtendem Nichts“ als Musterbeispiel – durch logische Analyse der Sprache und ein daraus gewonnenes Sinnkriterium.⁹ Wider Willen richtete sich dieses allerdings, worauf *Karl Popper* schon früh hingewiesen hat, gegen die als Vorbild hingestellte moderne Erfahrungswissenschaft und ihre ebenso unverifizierbaren Theorien. Ein später Nachklang findet dieser Sprachvergleich der phrasenhaften Metaphysik mit dem Dreschen von leerem Stroh in *Adornos* Kritik am *Heideggerschen* „Jargon der Eigentlichkeit“.

(4) Hayeks Opposition gegen den leeren Formalismus der ökonomischen Gleichgewichtstheorie

Während der Wiener Kreis mit seinem Vernichtungsfeldzug gegen die traditionelle Metaphysik kläglich scheiterte¹⁰ – unbeschadet seiner Verdienste für die „neue“ mathematische Logik und die erfahrungswissenschaftliche Methodologie –, war eine andere österreichische Opposi-

⁷ Vgl. *Schick* 1965/ *Kraus*, S. 39.

⁸ Vgl. *Karasek* 1998/ *Magazin*, S. 240ff.

⁹ Vgl. den Bericht eines Protagonisten in *Carnap* 1993/ *Mein Weg*.

¹⁰ Sozusagen zum letzten Gefecht mobilisierte *Topitsch* 1958/ Ursprung die neopositivistische Opposition gegen die traditionelle Philosophie.

tionsbewegung gegen vorherrschende Denkmuster höchst erfolgreich und steht noch heute in der Diskussion. Ungefähr zeitgleich mit *Popper* und damals noch ohne Querverbindung, setzte *F. A. v. Hayek* in Auseinandersetzung mit dem politischen Programm einer sozialistischen Planwirtschaft seine revolutionäre Informationsauffassung des wirtschaftlichen Wettbewerbs als Grundfunktion des freien Marktes an die Stelle der statischen Gleichgewichtsdoktrinen.¹¹ Daran schließt sich die ebenfalls informationsorientierte Findigkeitstheorie des unternehmerischen Verhaltens von *Israel M. Kirzner* an.¹²

Mit diesen keineswegs immer erfolgreichen, aber beispielhaften Entwicklungen ist für unser Thema anstelle einer dogmatischen „Wahrheitslinie“ eine anspruchsvolle *Inhalts- bzw. Informationslinie* vorgegeben, in die sich der Kritische Rationalismus *de facto* einklinkt, auch wenn er sich in den Äußerungen seiner bundesrepublikanischen Hauptvertreter oft ganz anders versteht. Darin lag meines Erachtens ein großes Mißverständnis, welches zu korrigieren ist.

Hart am Wind der Informationslinie liegt *Poppers Demarkationismus*. Das ist der mit dem Klassiker der Wissenschaftstheorie, der „Logik der Forschung“ von 1935, unternommene Versuch, mit Hilfe des falsifikationistischen Abgrenzungskriteriums wenigstens für die Erfahrungswissenschaften einen Damm gegen das inhaltslose Gerede aufzuschütten. Dem entspricht die Ökonomiekritik am leeren „Modellplatonismus“ und sein Programm zur „Entmythologisierung der Sozialwissenschaften“ in *Hans Alberts* Frühwerk.¹³

Das gilt sogar, obgleich nicht ohne Einschränkungen und Korrekturen, für *Ernst Topitschs Kritik der philosophischen und ideologischen „Leerformeln“*,¹⁴ auch wenn er hier in parteilicher Voreingenommenheit nur den Splitter im Auge der Anderen sieht und die dicken Balken auf der eigenen Seite nicht zur Kenntnis nimmt.

Poppers Grundgedanke war: Wahrheit allein genügt nicht, denn sie kann buchstäblich nichtsagend sein, wenn sie durch Leerheit erkaufte ist. Unwiderlegbare Theorien, Tautologien, Generalklauseln verkörpern solche leeren Truismen ohne Informationsgehalt und Erklärungskraft. Was nach Auffassung des Kritischen Rationalismus allein zählt, sind interessante, aufschlußreiche Wahrheiten, also Aussagen mit „Inhalt“, zu dessen Erfassung *Carnap* und *Pop-*

¹¹ Zur gesellschaftlichen Bedeutung und Beurteilung aus heutiger Sicht vgl. *Spinner 2001/ Problemlösungsprozesse*

¹² Vgl. *Kirzner 1978/ Wettbewerb*.

¹³ Vgl. *Albert 1956/ Entmythologisierung* sowie die gesammelten Aufsätze zur Ökonomiekritik in *Albert 1967/ Marktsoziologie*.

¹⁴ Vgl. *Topitsch 1960/ Leerformeln*.

per in den dreißiger Jahren die Theorie des semantischen Informationsgehalts entwickelt haben.¹⁵ *Das war eine Rebellion gegen leere Traditionen. Feyerabend* hat, wie immer, eins draufgesetzt, und sie im Geist der avantgardistischen Kunst zur „Rebellion gegen die Regel“, also gegen die *Idées Générales* des abendländischen Rationalismus, verschärft.¹⁶

Auf einen Nenner gebracht – nicht den kleinsten, sondern den anspruchsvollsten – ist das eine *durchlaufende Informationslinie*, welche einen Weg weist zum Informationszeitalter und zu den aktuellen Wissensproblemen unserer Zeit. Dazu gehört die Sorge um die Information angesichts des breiten Stroms der Desinformation im öffentlichen Wissensraum der Massenmedien und Unterhaltungsindustrie.¹⁷ Das ist der Anknüpfungspunkt für die folgenden Gedanken. Es ist zugleich die Trennungslinie zu manchen Degenerationen des Kritischen Rationalismus in der „offiziellen“ Kultur der Bundesrepublik.

II. Zum Aufstieg der Wissenschaftstheorie in der Nachkriegszeit

1. Kritischer Rationalismus als aufgeklärter Neopositivismus mit positivistischer Restproblematik

Der Kritische Rationalismus der Nachkriegszeit ist ein Re-Import aus Österreich über England. Als Begleiterscheinung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur kulturellen Restauration der *Adenauer-Ära* entfaltete er sich trotz schmaler personeller Basis mit erstaunlicher Breitenwirkung in drei Stroßrichtungen:

Erstens gegen die auszugrenzende Metaphysik, der in polemischer Undifferenziertheit fast die gesamte „traditionelle Philosophie“ zugeschlagen worden ist. Das war die Fortsetzung der positivistisch-szientifistischen Tradition mit anderen Mitteln, die zwar nicht unbedingt wirksamer waren als das unselige Sinnkriterium des Wiener Kreises, aber unanfechtbarer.

Zweitens gegen bestimmte für „irrational“ erklärte Strömungen der Geistes- und Sozialwissenschaften im Umkreis der Frankfurter Schule. *Poppers* Irrationalitätsverdacht richtete sich

¹⁵ Zum Hintergrund und zum Vergleich mit den heute populäreren syntaktischen und pragmatischen Informationstheorien vgl. *Spinner 2000/ Information*, S. 390ff.

¹⁶ Vgl. *Spinner 1985/ Wissenschaft*; ausführlicher zum Thema „Rebellion gegen die Regelherrschaft des abendländischen Rationalismus“ in *Spinner 1994/ Rationalismus*, insbesondere zu den jeweiligen Protagonisten *Max Weber, Bert Brecht, Carl Schmitt*.

¹⁷ Zu den heutigen wissenschaftstheoretischen und wissensstrategischen Weichenstellungen zwischen Leit-, Des- und Gegeninformation vgl. die Auseinandersetzung mit *Wolfgang Frühwalds* Programm der Wissensgesellschaft in *Spinner 2000/ Information*.

vor allem gegen die Psychoanalyse, die Wissenssoziologie und den Marxismus in der Soziologie. (*Poppers* Seitenhiebe auf *Max Weber* fanden dagegen keine Resonanz.)

Drittens gegen die neoklassische Ökonomie der zunehmend mathematisierten Wirtschaftswissenschaften, deren formale Modelle und deduzierte Theoreme den methodischen Anforderungen für erfahrungswissenschaftliche Theorien nicht genügten. Dieser Kampf gegen den ökonomischen Modellplatonismus war größtenteils ein früher Alleingang *Hans Alberts*.

Dazu kommt viertens, aber ziemlich am Rande und nicht von Dauer, sozusagen ein deutscher Flankenstoß gegen konservative, restaurative Ideologien, die dem Zug der Kalten Kriegszeit folgend bald nur noch im linken Spektrum ausgemacht und attackiert wurden.

Unbeschadet der verbal immer unterlegten Informationslinie, waren diese Auseinandersetzungen selbst Stöße ins Leere.

2. Die Offene Gesellschaft als Ziel des westlichen Sonderwegs

In Anknüpfung an *Max Webers* Konzeption des abendländischen Rationalisierungsprozesses sowie an das soziologische Theorem zur Modernisierung hat die bundesrepublikanische Schule des Kritischen Rationalismus die *Popperschen* Vorstellungen von der Offenen Gesellschaft mit der Annahme eines abendländisch-europäisch-westlichen Sonderwegs in Verbindung gebracht. Hier folgte man gängigen Interpretationen der politischen, ökonomischen, mentalen Entwicklung – Staatsbildung, Rechtsentstehung, Gewaltenteilung, Säkularisierung etc. einschließlich einiger Umschläge und Rückfälle –, zu deren Kritik und Weiterentwicklung meines Erachtens nichts von Bedeutung beigetragen worden ist.

Das *Poppersche* Perspektivmodell der Offenen Gesellschaft war allerdings nur in seiner Oppositionsstellung zur totalitären Geschlossenheit des Dritten Reiches eindeutig und verbindlich. Die reale Offenheit einer nach der ursprünglichen Maßgabe theoriegeleiteten und kritikkontrollierten Gesellschaft ist schnell aus den Augen verloren worden.¹⁸ Dies ermöglichte in der deutschen Rezeption einen fliegenden Wechsel zur Frontstellung gegen den Ostblock im Kalten Krieg. Unter den von *Jürgen Habermas* an den Pranger gestellten „umgefallenen Liberalen“ waren erstaunlich viele Kritische Rationalisten, die sich als wenig ideologieresistent erwiesen.

¹⁸ Zur Rekonstruktion des Doppelmodells gesellschaftlicher Offenheit und Geschlossenheit sowie zur Vision der „realoffenen“ Offenen Gesellschaft vgl. *Spinner* 1978/ Popper.

3. Der deutsche Kritische Rationalismus als Methodologie der Sozialwissenschaften und als Staatsphilosophie der Bundesrepublik

Hans Albert hat den Kritischen Rationalismus im deutschen Sprachraum für die Sozialwissenschaften fruchtbar gemacht. Das war allerdings weniger eine philosophische Weiterentwicklung von *Poppers* wissenschaftstheoretischen Ideen als eine sozialwissenschaftliche Unterfütterung seiner vielfach nur angedachten Sozialphilosophie. Das führte zu vielfältigen Anwendungen, insbesondere zur Kritik der damaligen Lehrbuch-Ökonomie.

Nur in den Augen seiner Gegner war der Kritische Rationalismus eine Staatsphilosophie der Bundesrepublik. Den falschen Eindruck erweckten drei ziemlich oberflächliche Versuche zur parteipolitischen Indienstnahme: liberaldemokratisch durch die FDP, sozialdemokratisch durch die SPD (unter *Helmut Schmidt*),¹⁹ christdemokratisch durch die CDU. Dabei hat sich jede Partei ohne Rücksicht auf Richtigkeit und Stimmigkeit das herausgesucht, was sie brauchte: liberales Pathos, Reformismus der „kleinen Schritte“, Antimarxismus, abendländisches Erbe.

B) Der deutsche Kritische Rationalismus als Ideologie der Bundesrepublik

I. Angenommene und ausgeschlagene Herausforderungen der Bundesrepublik für den Kritischen Rationalismus

1. Die tagespolitische Herausforderung der Ära Adenauer: „Keine Experimente“

Die Ära *Adenauer* (1949-1963) war die erste große Herausforderung für eine sich politisch interessiert zeigende, aber unbedingt „rein“ bleiben wollende Wissenschaftstheorie. Wie die Masse der Intellektuellen jener Zeit haben auch die deutschen Popperianer diesen Zeitabschnitt als eine Restaurationsepoche angesehen – wenn nicht allgemeinpolitisch, so doch geistesgeschichtlich und wissenschaftspolitisch!

Allen voran *Ernst Topitsch* und *Hans Albert*. Der eine verfolgte einen strikt antiklerikalen Kurs, der andere einen betont antikonservativen – beide allerdings nur theoretisch, nicht institutionell. (In dem geheimen institutionellen Einvernehmen liegt meines Erachtens die Wurzel für ihren späteren „umgefallenen Liberalismus“). Mit seinem Antikonservatismus wollte *Al-*

¹⁹ In diesem Zusammenhang stehen die Publikationen zum Thema „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“ im Bonner Dietz-Verlag. Mein *Popper*-Buch (*Spinner* 1978/ Popper) gehört trotz desselben „Parteiverlags“ nicht dazu, sondern vertritt Gegenpositionen. Für mich war es nichts weiter als eine Honorarfrage, für den Verlag ein Verlustgeschäft.

bert in den fünfziger Jahren den Marxismus linksliberal überholen. Er ist aber, wie Juristen sagen würden, vom Versuch rechtzeitig zurückgetreten und will nicht mehr gern daran erinnert werden. Der politische Liberalismus ist über die ideologische Waschanlage des unverbindlichen Wertekonservatismus unter dem Eindruck der Studentenrebellion nahtlos in den professoralen Strukturkonservatismus der altneuen Ordinarienuiversität übergegangen. Man hatte keine Ideen und wollte keine Experimente.

2. Die wissenschaftspolitische Herausforderung der strukturkonservativen Ordinarienuiversität: „Unter den Talaren, der Muff von tausend Jahren“

Die fast hundertprozentige institutionelle und nicht viel geringere personelle Kontinuität der BRD in ihrer Gründungs- und Frühphase konnte vielleicht verschleiern, aber nicht völlig verhindern, daß die Gesellschaft bewußtseinsmäßig nur auf Kredit im „gebrochenen Mythos“ lebte, als wäre das Dritte Reich ein Betriebsunfall der deutschen Geschichte gewesen, mit dem die BRD nichts mehr zu tun hätte außer einigen linksradikalen Ausschlägen, konservativen Verunsicherungen und finanziellen Verpflichtungen. Die einen wurden pazifiziert, die anderen verdrängt, die letzteren beglichen. Zur Zeit wird die letzte Rate von der deutschen Wirtschaft vorgestreckt und vom deutschen Steuerzahler letztendlich beglichen.

Eine Institution lebte im „ungebrochenen Mythos“ weiter,²⁰ als wäre gar nichts geschehen, obwohl gerade in ihren Mauern ganz Schlimmes geschehen war.²¹ Das war die Universität, die allen Grund zur Selbstbesinnung und Aufarbeitung ihrer Vergangenheit gehabt hätte. Von *Jaspers* abgesehen, dessen Mahnrufe eher als peinlich empfunden worden sind, gab es nur wenige Ansätze dazu.²²

Eigentlich hätte die Ordinarienuiversität die zweite große, für eine Wissenschaftstheorie zur politischen oder wenigstens zur hochschulpolitischen Anwendung sogar die größte Herausforderung der Nachkriegszeit werden müssen. Wenn man an die unerhörte Radikalität der Rebellion des Kritischen Rationalismus gegen die Tradition auf der Ebene der Erkenntnisfassungen denkt, wird diese demonstrativ nicht angenommene Herausforderung umso unverständlicher – oder, genau bedacht, umso verständlicher.

²⁰ Für die Soziologie vgl. *Lepsius 1979/* Entwicklung. Daß es im verleugneten Verhältnis „Soziologie und Nationalsozialismus“ noch etwas zu klären gibt, wird nach über fünfzig Jahren endlich zur Diskussion gestellt, wenn auch immer noch völlig kontrovers: vgl. *Kaesler 1997/* Soziologie und *Klingemann 1997/* Oberförster.

²¹ Vgl. die Materialsammlung in *Heiber 1991-94/* Universität

²² Dazu könnte die Autobiographie meines soziologischen Lehrers *Eduard Baumgarten* mit dem auf ungenutzte Chancen hinweisenden Titel „Spielräume unter Hitlers Herrschaft“ zählen – wenn sie nur veröffentlicht wäre. Immerhin gibt es von ihm die auffallend kritische Universitätsschrift *Baumgarten 1963/* Zustand.

Die tradierte Erkenntnislehre wurde unisono (einige Vorsokratiker ausgenommen, in denen man Vorpopperianer gesehen hat) nicht nur als philosophisch unhaltbar und wissenschaftlich kontraproduktiv, sondern als wissenspolitisch höchst schädlich angesehen. Ihr lag nach Auffassung des Kritischen Rationalismus eine alles durchdringende und verderbende *autoritäre Struktur* zugrunde, welche in der Praxis – je nach Feindbild – zum religiösen Dogmatismus oder zum antidemokratischen Totalitarismus führte.²³ Heute würde man sagen: zum Fundamentalismus aller Schattierungen. Dagegen stellte man das Leitkonzept einer Erkenntnis ohne Fundament – positiv ausgedrückt: Fallibilismus statt Fundamentalismus.

Aber diese Radikalität hat vor den Institutionen Halt gemacht. Der Schritt von der Kritik der autoritären Denkstrukturen zu den autoritären Gesellschaftsstrukturen ist von den Hauptvertretern des Kritischen Rationalismus nie gemacht worden – nicht einmal im nächstliegenden Anwendungsfall der Universität. Nebenbei gesagt: Was *Sedlmayrs* damalige Kunstkritik mit dem „Verlust der Mitte“ einer „bodenlos“ gewordenen Kunst vermißte, war sozusagen spiegelverkehrt zur Fundamentalismuskritik des Kritischen Rationalismus. Das hat mich veranlaßt, *Hans Albert* vorzuwerfen, er habe mit seiner Kritik der traditionellen Positionen vor den Institutionen lediglich *antichambriert*. Er hat zu seiner Entlastung auf seine Theologiekritik verwiesen, die jedoch auch weit mehr gegen den Dogmatismus der Lehren als die Diktatur der Hierarchien gerichtet war.

Die Kritik wurde statt dessen auf den philosophischen Hauptkonkurrenten umgelenkt: die Kritische Theorie der Frankfurter Schule. Dieser sog. Positivismusstreit ist an anderer Stelle ausführlich dargestellt worden und soll mich hier nicht von der wichtigeren Argumentationslinie ablenken. Gegen die Kritische Theorie, die als neomarxistisch „inspiriert“ hingestellt wurde, vertrat der Kritische Rationalismus die fast wieder traditionskonforme Konzeption einer *politikfreien oder -fernen Wissenschaft*.

3. Die kulturpolitische Herausforderung der kulturellen Vielfalt: Feyerabends Pluralismus der Traditionen

Als philosophischer Zeitgenosse hat den Kritischen Rationalismus niemand mehr herausgefordert als *Paul Feyerabend*. Von Nadelstichen gegen die Beamtenmentalität, Rechthaberei, Schindluderei (mit den Maßstäben, die man predigt, aber nicht praktiziert) abgesehen, machte er zunächst Verbesserungs-, dann Fundamentalopposition mit seinem von Mal zu Mal gestei-

²³ Zur Rekonstruktion und Kritik vgl. *Spinner 1994/ Popper als Erzieher*.

gerten Pluralismusprogramm: ausgehend vom wissenschaftlichen *Theorienpluralismus* auf der Aussageebene über den wissenschaftstheoretischen *Methodenpluralismus* auf der Regel Ebene (der abendländischen Regelrationalität im Sinne *Max Webers*) bis zum gesellschaftlichen *Traditionenpluralismus* auf der Kultur-, Politik- und Religionsebene.²⁴

Das war jedoch ein Windmühlkampf ohne Gegner. Obgleich die deutschen Kritischen Rationalisten ansonsten keinem Meinungskampf aus dem Wege gingen und mit Vorliebe nach links (gegen *Habermas*, *Holzkamp*, *Apel* u. a.) aus allen Rohren schossen, stellten sie sich hier stumm und taub, als wären sie von *Feyerabend* nicht gemeint. Statt dessen versuchten sie das Pluralismusthema nach Art von Politikern, die es nicht dem Gegner überlassen wollen, nachträglich zu besetzen, ohne es inhaltlich zu integrieren. Mit viel interpretatorischer Phantasie kann man dem Kritischen Rationalismus einige pluralistische Züge abgewinnen. Diese gehen jedoch über einen Ideen- oder Theorienpluralismus auf der symbolischen Ebene der Wirklichkeitserklärung im engeren Wissenschaftsbereich nicht hinaus. Für *Popper* und *Albert* gab es nie etwas anderes als die eine, alleinseligmachende „wissenschaftliche Methode“, die sogar innerhalb des Wissenschaftsbereichs keine anderen Götter neben sich duldet (wie zum Beispiel die geisteswissenschaftliche Alternative des Verstehens).

Feyerabends erster Erweiterungsschritt vom Theorien- zum Methodenpluralismus hat man nicht wirklich mitgemacht, aber wenigstens terminologisch toleriert und im übrigen so weit wie möglich inhaltlich entschärft. Sein zweiter, systemsprengender Schritt zum Traditionenpluralismus der freien, nicht nur voll gleichberechtigten, sondern auch inhaltlich gleichermaßen gültigen „Traditionen“ war jedoch so nicht mehr pazifizierbar. Indem er die Gleichstellung aller – wirklich aller, einschließlich der übelsten ideellen, politischen und religiösen Doktrinen – Traditionen einforderte, machte *Feyerabend* für den Kritischen Rationalismus denselben Glaubwürdigkeitstext wie der Kritische Rationalismus für den „realexistierenden“ Sozialismus: wie „realoffen“²⁵ ist die Offene Gesellschaft des Westens?

Feyerabends Traditionenpluralismus ist von grenzenloser Radikalität. Die Gleichstellung der Traditionen hinsichtlich ihrer Entfaltungsmöglichkeiten ohne Rücksicht auf ihren Ursprung, ihre Eigenart, ihre moralischen und politischen Folgen soll die ganze Bandbreite der intellektuellen und gesellschaftlichen Repräsentation umfassen: von der philosophischen Beurteilung

²⁴ Zum Theorien- und Methodenpluralismus vgl. *Spinner* 1980/ Theorienpluralismus.

²⁵ Zum Prüfungsmaßstab der „Realoffenheit“ für Poppers Offenheitskonzeption vgl. *Spinner* 1978/ Popper. Das sicherlich schwer lesbare, aber informationsreiche Buch ist in der deutschen Szene, jedenfalls im engeren Kreis, verständlicherweise nicht zur Kenntnis genommen worden.

über die politische Tolerierung bis zur staatlichen Finanzierung und schulischen Lehre. Das ist im Ansatz nichts weniger als eine Wende vom kriteriengebundenen Demarkationismus des qualitativen Artenschutzes (gegen Pseudowissenschaft, politische Ideologie, parteiliche Intoleranz etc.) zum *kriterienfreien Indifferentismus*, für den er allenfalls noch ästhetische Maßstäbe gelten ließ. Präsentiert wurde er von ihm mal als avantgardistischer Dadaismus, der „gegen, ohne, für“²⁶ alles und nichts war; mal als – merkwürdig apolitischer, trotz politischer Parolen! – epistemologischer Anarchismus. Damit sprengte *Feyerabend Poppers* Zwei-Welten-Lehre der *Grand Dichotomy* (im Sinne von *Ernest Gellner*). Dieser nach allen Seiten, *auch nach unten und nach außen*, offene Indifferentismus wurde in der Bundesrepublik weder politisch praktiziert noch philosophisch akzeptiert oder wenigstens als philosophische Herausforderung kritisch reflektiert. Aber das Schlagwort „*Anything goes*“ ist bis heute in aller Munde und beschönigt das völlige Versagen des Kritischen Rationalismus auf dem kulturpolitischen Felde.

Dahinter verbirgt sich mehr als lediglich ein wie auch immer übergeneralisierter „theoretischer Pluralismus“ (wie *Feyerabend* seine Position ursprünglich nannte). Die wirkliche Herausforderung bestand nicht in der weit überzogenen (und deshalb leicht als unernst neutralisierbaren) Kritik am „Methodenzwang“ – den er im übrigen weniger der praktischen Wissenschaft als einer doktrinären Wissenschaftstheorie anlastete –, sondern im Tatbestand der kulturellen und ethnischen Vielfalt, der *Feyerabend* in Berkeley begegnete²⁷ und die ihn tief beeindruckte. Für ihn war das eine Herausforderung seines Denkens durch die internationale Situation und das multikulturelle Leben in einer weltoffenen amerikanischen Stadt, der man mit Philosophie und Wissenschaft allein nicht gerecht werden konnte. Seine theoretische Antwort darauf war das Konzept des Traditionenpluralismus; seine praktische Empfehlung waren Bürgerinitiativen.

Gemessen am „begrenzten Pluralismus“ (*Klaus von Beyme*) der Bundesrepublik waren alle drei Pluralismen ihrer Zeit voraus. Heute hat die Herausforderung fremder Menschen, Religionen, Traditionen uns erreicht. Der Kritische Rationalismus stellte sich dieser Herausforderung nicht und ist deshalb in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen nicht vertreten: von A wie politisches Asyl bis zu Z wie wirtschaftliche Zuwanderung. Wie schon bei der Universitätsreform, so ist der Kritische Rationalismus auch bei der Gestaltung der Wissensgesellschaft konzeptionslos und untätig.

²⁶ Zu *Feyerabends* Rezeption (und Mißbrauch) des Dadaismus unter diesem Motto vgl. *Spinner* 1980/ Gegen.

²⁷ Dazu seine Autobiographie *Feyerabend* 1995/ *Zeitverschwendung*, insbes. Kap. 10.

II. Wendepunkte der Wissenschaftstheorie: von nun an ging's bergab!

1. Überdehnungen des Grundkonzepts

Großphilosophien scheinen sich auf ähnliche Weise zugrunde zu richten wie Großreiche.²⁸ Sie übernehmen sich, weil sie nicht genug kriegen können und ihre Fronten so weit überdehnen, bis sie sie nicht mehr effektiv verteidigen können. Der Magen ist dehnbar, aber der Verdauungsapparat ist überfordert. Was für die Politik die Versuchung zur Überanstrengung der Ressourcen, das ist für die Philosophie die Übergeneralisierung der Ideen. Das macht die Staaten schwach und die Philosophie leer.

Genau so haben es die deutschen Philosophie-Schulen mit ihren unseligen Universalitätsansprüchen gemacht: die totale Dialektik, welche überall nur noch „Widersprüche“ sah; die universelle Hermeneutik, welche die Welt selbst zum „Text“ versprachlichte; der Kritische Rationalismus, der die Hypothesenauffassung der falliblen Aussagen auf die zwar auch, aber meist ohne Erkenntnisfortschritt und Lernerfolg, fallierbaren Institutionen übertrug.

Der Kritische Rationalismus glaubte, hier nicht zurückstehen und im Meinungskampf zurückstecken zu können. So wurde durch Übergeneralisierung die kritische Methode als Lebensform für jedermann, die gradualistische Sozialtechnologie der „kleinen Schritte“ zum allein fortschrittsbringenden Reformmodell der Offenen Gesellschaft, die wissenschaftliche Methode zur überall praktizierbaren Problemlösungsstrategie mit zumindest verfahrenmäßiger All-anwendbarkeit.²⁹

2. Verengungen im Abwehrkampf

Die gutgemeinte, aber vom eigenen Erfolg berauschte Übergeneralisierungsstrategie ist keine Einbahnstraße, sondern erzeugt ihren eigenen Gegenverkehr. Dieser besteht in den Verengungen des Abwehrkampfes, den der Kritische Rationalismus auf den besetzten, aber nicht wirklich beherrschten „erweiterten Problemfeldern“ der Gesellschaft führte. Hier hat sich vor allem *Hans Albert* verschlissen. Der Weg ins Abseits ging von der Philosophie zur Ökonomie,

²⁸ Nach *Kennedy* 1989/ Aufstieg.

²⁹ Zur Rekonstruktion und Kritik dieses Expansionskurses vgl. *Spinner* 1994/ Popper als Erzieher. Frühe Kritiken an der Übergeneralisierung des Kritischen Rationalismus, die *Alberts* verärgerten Unwillen erregten, finden sich in *Spinner* 1974/ Pluralismus (S. 225: „... koche, liebe, singe nach den methodischen Prinzipien des kritischen Rationalismus“) und *Spinner* 1977/ Wissenschaftstheorie.

von der Ökonomie zur Soziologie, von der Soziologie zur Theologie³⁰ – immer und überall mit derselben Botschaft, die immer leerer und langweiliger wurde.

Beispielhaft sind hier drei Tatbestände zu nennen:

Zum einen der mutwillig vom Zaun gebrochene Positivismusstreit,³¹ der die falschen Freunde (der empirischen Sozialforschung) verteidigte und den Gegner stärkte. Zum anderen *Alberts* Alleingang auf dem Nebenkriegsschauplatz der Theologiekritik, wo er der theologischen Orthodoxie mehr Respekt bezeugte als der kritischen Opposition (von *Bultmanns* „Entmythologisierung-Programm“ bis *Küings* „Fehlbarkeits-Anfrage“). Erstere hielt *Albert* für subjektiv ehrlich, letztere für heuchlerisch, weil sie sich zu ihrem Unglauben nicht bekannten und aus der Kirche austraten.

Überdies mit nicht so offenkundiger aber umso kontraproduktiverer Wirkung erfolgte die Schließung der „Offenen Gesellschaft“ gegen alles, was man im Geiste *Willy Brandts* „Mehr Pluralismus wagen!“ nennen könnte. Damit hat man sich nicht nur von marxistischer Seite dem Vorwurf des „Monopolpluralismus“ (*M. von Brentano*) bzw. der „repressiven Toleranz“ (*Herbert Marcuse*) ausgesetzt, sondern die eigene Weiterentwicklung blockiert.

3. Umfälle auf dem Rückzug

Hier verdienen meines Erachtens zwei Entwicklungen eine historische Aufarbeitung und kritische Bewertung:

Zum einen die Involvierung von Vertretern des kritischen Rationalismus in das, was *Habermas* als *umgefallenen Liberalismus* kritisierte, wobei es natürlich nicht um den heutigen ökonomischen (Neo-)Liberalismus geht, sondern um den politischen Liberalismus. Der Unfall ging bei *Ernst Topitsch* (u. a. mit seiner indiskutablen Renegatenschrift „Stalins Krieg“) und *Gerard Radnitzky* nahtlos über in konträre Positionen. Zum anderen, als Reaktion jüngerer Vertreter des „kritischen“ Kritischen Rationalismus (zu denen ich mich damals zählte), eine *nachholende Politisierung*. Diese betraf allerdings weniger die allgemeine oder „hohe“ Politik, sondern die Hochschulpolitik, zu der kritische Gegenpositionen bezogen wurden.

Habermas´ Unfallvorwurf halte ich bis heute für einen Volltreffer, von dem sich der Kritische Rationalismus nie erholte.

³⁰ Vgl. die Rückschau (ohne Reflexion und Reue) bei *Albert* 1996/ Umweg; zum voraussehbaren Ausgang vgl. *Spinner* 1982/ Ende.

³¹ Vgl. *Adorno et al.* 1969/ Positivismusstreit.

III. Gegenzüge

Der Aufstieg der Wissenschaftstheorie zur neuen, modernen, aus dem anglosächsischen Bereich re-importierten und somit politisch unbelasteten Philosophie der deutschen Nachkriegszeit – des Wissenschaftszeitalters, noch nicht des Informationszeitalters – drängte die attackierten Richtungen für Jahrzehnte in die Defensive, konnte sie aber natürlich nicht auf Dauer aus dem Felde schlagen. Die Gegenzüge ließen lange auf sich warten, kamen aber schließlich umso mächtiger. Drei davon sind erwähnenswert.

1. Die Wiederkehr der traditionellen Philosophie

Der Marsch des Kritischen Rationalismus durch die Institutionen der Hochschule hat nur außerhalb der Philosophie einigen Erfolg gehabt, vor allem in den Sozialwissenschaften. Innerhalb der Philosophie sind *Poppers* Ideen auf geringere Resonanz gestoßen. Soweit Philosophieprofessuren von Vertretern des Kritischen Rationalismus besetzt worden sind, handelt es sich durchweg nicht um „reine“ Philosophen, sondern um Wissenschaftstheoretiker mit sozialwissenschaftlicher Grundausbildung. Die philosophischen Lehrstühle der Bundesrepublik sind mehrheitlich von anderen Schulen besetzt worden. Dabei kam es auch zu Annäherungen zwischen traditioneller Philosophie und moderner Wissenschaftstheorie, vor allem unter der Flagge der Kritischen Theorie und des Konstruktivismus.

2. Der Widerstand der Fachwissenschaften

Auch der wissenschaftstheoretische Einbruch in die Einzelwissenschaften blieb nicht unerwidert. Der Vorwurf an die Fachwissenschaften, sich auf eine „eigenproduzierte Methodologie“, also eine naive Wissenschaftstheorie vornehmlich induktivistischer Prägung zu verlassen, wurde repliziert mit dem Gegenzug des mangelnden Domänenwissens von fachfremden Methodologen.

Wie bei der Philosophie, so hat auch das *Rollback* der Sozialwissenschaften zwei Hauptgründe: Erstens die Schwerkraft der realexistierenden Wissenschaft – des wissenschaftlichen Großbetriebs wie des Kleinbetriebs –, die von den Kritikern wohl unterschätzt wurde. Dabei verdiente *Alberts* damals tollkühne „Kampfansage gegen die [...] Ideologie des Ökonomis-

mus“³² im Zeitalter der Globalisierung eine Neuauflage, allerdings nur in Verbindung mit einer Runderneuerung unter Abstreifen der eigenen ideologischen Eierschalen.

Zweitens der verfestigte Universitätsbetrieb. Im eigenen Haus erwies sich der Kritische Rationalismus als liberaler Papiertiger. Heute, mit den zweiten oder dritten Zähnen, hat er immer noch keinen Biß. Dabei ist die Erneuerung der Universität wieder ein hochaktuelles Thema mit noch größerem Problemlösungsbedarf als damals. Mit der unveränderten inneren Reformimmunität der Universität als Institution werden wir heute von den Versäumnissen der Vergangenheit eingeholt, die nun von außen wider Willen und eigentlich besserem, aber über Jahrzehnte suspendiertem Wissen korrigiert werden.

3. Die Gegenauflärung der Postmoderne und die Wissenskulturen der Informationsgesellschaft

Anders als beim Neokonservativismus der siebziger Jahre blieb der Kritische Rationalismus gegenüber der Postmoderne der achtziger Jahre und den Unterhaltungstrends der Informationsgesellschaft standfest, wenn auch mehr aus verfestigter Unbeweglichkeit denn aus kritischem Widerstand. Angesichts des von der philosophischen Postmoderne verkündeten „Abschieds vom Prinzipiellen“ (*Odo Marquard*) womit sowohl der theoretische Erkenntnisstil der Wissenschaft wie die Regelherrschaft des abendländischen Rationalismus gemeint ist, hielt der Kritische Rationalismus an seiner Wissenschafts- und Vernunftauffassung fest.

Dasselbe gilt gegenüber dem Aufkommen von kriterienfreien „niederen“ U-Wissenskulturen in der heutigen Informationsgesellschaft und ihren deutlichen Rückwirkungen auf die nicht mehr so streng kriteriengebundenen „höheren“ E-Wissenskulturen. Auf beiden Feldern hielt der Kritische Rationalismus im großen und ganzen die aufgezeigte Informationslinie auf möglichst hohem Niveau durch.

IV. Zwischenbilanz am Ende des 20. Jahrhunderts

Der Kritische Rationalismus hat seine Wurzeln in den aufgezeigten österreichischen Erneuerungsbewegungen der dreißiger Jahre, entfaltete sich in den vierziger Jahren notgedrungen im anglosächsischen Ausland und wurde in der deutschsprachigen Nachkriegszeit zu dem, was er

³²Albert 1954/ Ideologie, S. 12.

hier im wesentlichen geblieben ist. Das 20. Jahrhundert ist vergangen, der Kritische Rationalismus hat sich festgefahren, existiert aber immer noch.

Ohne nennenswerte geistige Beteiligung des Kritischen Rationalismus ist die Vereinigung Deutschlands über die Bühne gegangen. Was ist vom Kritischen Rationalismus geblieben, jenseits der sentimentalischen Erinnerungen an die philosophische Kampfzeit, als man sich von *Alberts* Polemiken noch zum Gegenschlag provoziert fühlte? (*Karl-Otto Apel* war der erste, der dieses Schlagabtausch-Muster durchbrach, in dem er *Alberts* Pamphlet ignorierte). Geblieben sind die Bücherbestände in den einschlägigen Bibliotheken.

Wenn man an die Lebensqualität keine besonderen Anforderungen stellt, dann kann nach 50 Jahren vom Kritischen Rationalismus sagen: *Ja, er zappelt noch, die Lehre lebt!* Also ist es für eine Schlußbilanz zu früh. Aber eine Zwischenbilanz ist angebracht. Ich sehe beim jetzigen Stand der Dinge Ergebnisse auf der ganzen Linie, vom positiven bis negativen Pol.

1. Erfolge

Die sogenannte *fallibilistische Revolution* der Erkenntnis- und Wissenschaftslehre ist das Werk *Poppers*. Er hat, unbeschadet aller Irrungen und Wirrungen auf anderen Gebieten, wissenschaftsmäßig die *wegweisenden Richtungsentscheidungen* gemacht. Die wichtigste darunter ist das Plädoyer für eine durchgängige, uneingeschränkte Hypothesenauffassung des menschlichen Wissens. Der Verzicht auf die alte philosophische Illusion vom sicheren Wissen – das ist unser ausgeträumter erkenntnistheoretischer Traum, eine Absage an alle Platonischen, Cartesischen, *Dinglerschen* und sonstigen Gewißheitsillusionen.³³ Hier hat uns der Kritische Rationalismus noch etwas zu sagen; daraus können wir lernen.

Mit den unausbleiblichen Rückfällen in ein sozusagen vorpoppersches Übervertrauen befaßt sich unter dem Stichwort „*overconfidence*“ die Wissenspsychologie.³⁴ Der Kritische Rationalismus hat dafür gesorgt, daß es dafür keine wissenschaftstheoretische Grundlage mehr gibt. Das ist sein größter und bleibender Erfolg, der meines Erachtens alle Fehlentwicklungen und Mißerfolge aufwiegt, falls man sie nicht zu wichtig nimmt.

³³ Das ist eine Anspielung auf *Husserls* „ausgeträumten Traum“ von der Philosophie als strenger Wissenschaft, der sich allerdings vom älteren Gewißheitstraum nicht ganz lösen konnte. Vgl. *Husserl* 1962/ *Krisis*, S. 508 (Beilage XXVIII zu § 73, Sommer 1935).

³⁴ In der Tradition der „*Judgment under Uncertainty*“-Forschung von *Kahnemann & Tversky*; zum Stand der Forschung vgl. *Hell, Fiedler, Gigerenzer*, Hg, 1993/ *Täuschungen*.

2. Lücken

Der Kritische Rationalismus hinterläßt nicht nur Lücken – in seinem Wissensstand, seinem philosophischen Weltbild, in seiner Vergangenheitssicht und Zukunftsperspektive, die alle gar nicht vollständig sein können –, sondern hat in seinem ureigenen Arbeitsausschnitt und Anwendungsbereich gravierende *konzeptuelle Lücken*, die er sich als Versäumnisse anrechnen lassen muß. Daß er, abgesehen von der unausgegorenen Sozialtechnologie,³⁵ *keine Technikphilosophie* entwickelt hat, nicht einmal eine solche zur Wissenstechnologie, ist unbestritten. Das ist die größte Lücke, mit der er sich den Weg in die Informationsgesellschaft verbaut hat.

Auf den Widerspruch der Anhänger dürfte die zweite Lückenthese stoßen, mit der auch das Fehlen einer ausgearbeiteten *Gesellschaftstheorie* konstatiert wird. Aber außer Versatzstücken und Füllseln gibt es nichts, was diesen Namen verdient und aktuelles Problembewußtsein belegt. Es gab damals nicht und gibt heute kein positives Konzept für eine realoffene Gesellschaft, welche nicht nur auf unsere „Leitkulturen“ zugeschnitten ist. Der Kritische Rationalismus hat kein Konzept, nicht einmal ansatzweise, wie eine offene Wissensgesellschaft auf hypothetischer Wissensbasis, der freie Informationsfluß im dualen Mediensystem, die informationelle Grundversorgung mit dem notwendigen „Wissen für alle“, die Balance zwischen informationeller Selbstbestimmung zum Schutz der Privatheit und informationeller Fremdbestimmung nach unabhängigen Außenkriterien usf. aussehen könnten und sollten.

3. Versagen

Stärker als Versäumnisse wiegen jene Fälle, in denen ich nur rundweg von einem Versagen gegenüber Pflichtaufgaben sprechen kann. Dazu rechne ich einerseits das Fehlen eines Universitätskonzepts zur Reformierung des Hochschulwesens. Anstelle eines konstruktiven Beitrags leistete der Kritische Rationalismus im Einklang mit konservativen Haltungen lediglich seinen Beitrag zur Rundumabwehr der vorgeblichen Politisierung der Universität. Dem entspricht andererseits der bereits erwähnte liberale Umfall in Überreaktion auf die 68er Studentenrebellion.

4. Anwendungen auf die Bundesrepublik – im Rückblick von 50 Jahren

Machen wir nun noch die vom Veranstalter geforderte Verrenkung eines „Blicks zurück nach vorn“, dann brauchen wir die beiden Abschlußfragen nicht mehr zu beantworten:

³⁵ Zur Kritik vgl. *Spinner 1998/ Architektur*, S. 196ff.

(1) Ist die Universität eine Heimstätte kritischer Rationalität?

Könnte die deutsche Universität vom Kritischen Rationalismus etwas lernen?

Wenn ja, hat sie von ihm etwas gelernt?

Wenn nein, hat der Kritische Rationalismus eine beachtenswerte Lehre für die Universität je gehabt?

Wenn ja, welche Lehre?

Wenn nein, ist da noch etwas zu erwarten?

Die nicht gegebenen Antworten geben immerhin eine Richtung an, welche heute im Revierkampf der Wissensregime um die Gestaltung des Internets in der Diskussion ist, ohne daß der Kritische Rationalismus beteiligt wäre: der Verzicht auf kognitive Gewißheitsillusionen (leider auch epistemische Gütekriterien und methodische Überprüfungsverfahren), der Abbau von Hierarchiestufen, der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur der Kontrolle (leider nicht der Kritik).

(2) Ist die Bundesrepublik Deutschland eine realoffene Gesellschaft?

Wenn ja, für was und für wen? Wenn nein, was hat der Kritische Rationalismus dazu zu sagen? Wenig! Was hat er daran geändert? Nichts! Den „Forderungen des Tages“ (im Sinne *Max Webers*) wird er heute ebenso wenig gerecht wie in den ersten Nachkriegsjahren. Damit schließt sich der Kreis der nicht zu Ende geführten Rebellion gegen die Tradition durch eine Wissenschaftstheorie, die auch Gesellschaftstheorie sein wollte, es aber nicht ist. Heute weniger als je zuvor.

V. Was war, was bleibt, was fehlt?

Was bleibt im Lichte des aufgefächerten Maßstabskatalogs der Zeitgeistabhängigkeit, Problemaktualität, Zukunftsfähigkeit und vor allem der Maßstabstreue der „Informationslinie“? Am besten werden diese Gesichtspunkte in umgekehrter Reihenfolge angesetzt. Im höchsten Maße zeitgeistabhängig sind die wissenschaftspolitisch motivierten, oft tagespolitisch durchgeführten Streitsachen. Darüber ist die Entwicklung mit Recht hinweggegangen.

Weiterhin oder wieder aktuell ist das Bestreben, mit Hilfe geeigneter Kriterien Furchen in die Wissenslandschaft zu ziehen. Das kann im Informationszeitalter nicht mehr der ursprüngliche Demarkationismus zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft sein; aber etwas Ähnliches, als funktionales Äquivalent für die offene Netzwelt ohne vorgegebene Unterscheidungen zwi-

schen kriteriengebundenem E-Wissen und kriterienfreiem U-Wissen. Hier muß die Informationslinie neu gezogen werden, und zwar doppelt: einerseits zwischen Information und Nichtinformation, andererseits zwischen High Quality- und Low Quality-Information.³⁶

Zukunftsfähig ist die durchgängige Wissensorientierung einschließlich des *Popperschen* Fundamentaltheorems der informationellen Asymmetrie zwischen Bestätigung (besser: Bestätigungsfehler, wie die moderne Wissenspsychologie sagt) und Widerlegung. Das bringt unter den drei Wissensstrategien zur Leit- und Desinformation die *Gegeninformation* in Stellung, die im Kritischen Rationalismus noch einfach „Kritik“ heißt. Das ist die Informationslinie, die in der heutigen Wissenschaftslandschaft der technischen Protokolle³⁷ (statt methodischer Standards) und geballten Datenmassen (statt strukturierter Theorien) für die offenen Netzwerke neu gezogen werden muß.

Linientreu im besten Sinne des Wortes, nämlich auf der Informationslinie, ist das Kriterium der Informationshaltigkeit des hypothetischen Wissens und das Konzept der effizienten Kritik durch widerlegungskräftige Gegeninformation. Das ist problemkonservativ, nicht strukturskonservativ.

Nachtrag im November 2000: Als ich beim Vortrag (im Frühjahr 1999) und in der vorliegenden Ausarbeitung (im August 2000) von „Leitkulturen der Bundesrepublik“ sprach – wohl gemerkt: im Plural, also ohne verbrämten Hegemonieanspruch für etwas anderes als rechtstaatliche Gesetzestreue und wissenschaftliche Qualitätsmaßstäbe – war das noch kein tagespolitisches Thema nach Art der erst danach von der CDU aus wahltaktischen Gründen inszenierten Begriffsbesetzungsdiskussion zur Asylanten- und Zuwandererproblematik.

³⁶ Zu diesen und anderen Weichenstellungen auf dem Weg zur Wissensgesellschaft vgl. *Spinner 2000/ Information*.

³⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang *Lessig 2000/ Code*.

Literaturverzeichnis

Adorno u. a., 1969/ Positivismusstreit: *Theodor W. Adorno/Hans Albert/Ralf Dahrendorf/Jürgen Habermas/Harald Pilot*: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Neuwied und Berlin.

Albert 1954/ Ideologie: *Hans Albert*: Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen (2. Aufl., 1972).

Albert 1956/ Entmythologisierung: *Hans Albert*: Entmythologisierung der Sozialwissenschaften, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Bd. 8, S. 243-271.

Albert 1967/ Marktsoziologie: *Hans Albert*: Marktsoziologie und Entscheidungslogik – Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied und Berlin.

Albert 1996/ Umweg: *Hans Albert*: Mein Umweg in die Soziologie – Vom Kulturpessimismus zum kritischen Rationalismus, in: *Christian Fleck* (Hrsg.): *Wege zur Soziologie nach 1945*, Opladen, S. 17-37.

Baumgarten 1963/ Zustand: *Eduard Baumgarten*: Zustand und Zukunft der deutschen Universität, Tübingen.

Carnap 1932/ Überwindung: *Rudolf Carnap*: Die Überwindung der Metaphysik durch logische Analyse der Sprache, in: *Erkenntnis*, Bd. 2, S. 219-241.

Carnap 1993/ Mein Weg: *Rudolf Carnap*: Mein Weg in die Philosophie, Stuttgart.

Coleman 1986/ Gesellschaft: *James S. Coleman*: Die asymmetrische Gesellschaft, Weinheim und Basel.

Feyerabend 1995/ Zeitverschwendung: *Paul Feyerabend*: Zeitverschwendung, Frankfurt am Main.

Heiber 1991-94/ Universität: *Helmut Heiber*: Universität unterm Hakenkreuz, Teil I, 1991: Der Professor im Dritten Reich – Bilder aus der akademischen Provinz; Teil II, Band 1, 1992; Band 2, 1994: Die Kapitulation der Hohen Schulen – Das Jahr 1933 und seine Themen, München, London, New York, Paris.

Hirschman 1974/ Abwanderung: *Albert O. Hirschman*: Abwanderung und Widerspruch, Tübingen.

Husserl 1962/ Krisis: *Edmund Husserl*: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie, hrsg. von *Walter Biemel*, 2. Aufl., Haag (Husserliana, Bd. VI).

Jaspers 1931/ Situation: *Karl Jaspers*: Die geistige Situation der Zeit; 3., unveränderter Abdruck der im Sommer 1932 bearbeiteten 5. Aufl., Berlin 1953.

Jaspers 1966/ Bundesrepublik: *Karl Jaspers*: Wohin treibt die Bundesrepublik? – Tatsachen, Gefahren, Chancen, München.

Kaesler 1997/ Soziologie: Dirk Käbler: Soziologie und Nationalsozialismus, in: Soziologie – Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Heft 3, S. 20-32 (polemische Auseinandersetzung mit dem „infamen Nazijäger“ Carsten Klingemann).

Karasek 1998/ Magazin: Hellmuth Karasek: Das Magazin – Roman, Reinbek bei Hamburg.

Kennedy 1989/ Aufstieg: Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte – Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt am Main.

Kiesewetter 1974/ Hegel: Hubert Kiesewetter: Von Hegel zu Hitler – Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechtshegelianismus, Hamburg.

Kirzner 1978/ Wettbewerb: Israel M. Kirzner: Wettbewerb und Unternehmertum, Tübingen.

Klingemann 1997/ Oberförster: Carsten Klingemann: Der Oberförster jagt den Nazijäger – Rufmord als letztes Mittel der Vergangenheitsbewältigung, in: Soziologie – Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Heft 3, S. 33-51 (Erwiderung zu Kaeslers Polemik gegen den „infamen Nazijäger“).

Lepsius 1979/ Entwicklung: M. Rainer Lepsius: Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967; in: Günther Lüschen (Hrsg.): Deutsche Soziologie seit 1945 – Sonderheft 21 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 25-70.

Lessig 1999/Code: Lawrence Lessig: Code and other laws of cyberspace, New York 1999.

Loos 1962/ Ornament: Adolf Loos: Ornament und Verbrechen (1908); abgedruckt in: ders.: Trotzdem, Innsbruck, S. 79ff.; auch abgedruckt in: ders., Sämtliche Schriften, hrsg. von Franz Glück, Bd. 1, Wien 1962, S. 276-288.

Popper 1957-58/ Gesellschaft I, II: Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde, Bern.

Popper 1979/ Ausgangspunkte: Karl R. Popper: Ausgangspunkte – Meine intellektuelle Entwicklung, Hamburg.

Schick 1965/ Kraus: Paul Schick: Karl Kraus in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg.

Schlick 1938/ Aufsätze: Moritz Schlick: Gesammelte Aufsätze 1926-1936, Wien.

Spinner 1974 /Pluralismus: Helmut F. Spinner: Pluralismus als Erkenntnismodell, Frankfurt am Main.

Spinner 1977/ Relevanz: Helmut F. Spinner: Die Bedeutung der modernen Wissenschaftstheorie für die Wissenschaft und die Gesellschaft, das Individuum und den Staat; Thesen zum Thema „Reichweite und Relevanz der Wissenschaftstheorie für die Einzelwissenschaften – Analytische Philosophie versus Marxismus“, in: Klaus Holzkamp/Karl Heinz Braun (Hrsg.): Kritische Psychologie – Bericht

über den I. Internationalen Kongreß vom 13. - 15. Mai 1977 in Marburg, Bd. 2: Diskussion, Köln, S. 554-583 (überarbeitete Fassung als Anhang I in: *Spinner: Popper und die Politik*, Bd. I: Geschlossenheitsprobleme, Berlin und Bonn 1978, S. 541-562).

Spinner 1978/ Popper: Helmut F. Spinner: Popper und die Politik – Rekonstruktion und Kritik der Sozial-, Polit- und Geschichtsphilosophie des Kritischen Rationalismus, Bd. I: Geschlossenheitsprobleme, Berlin und Bonn 1978 (Band II zum Thema „Offenheitsprobleme“ nicht veröffentlicht).

Spinner 1980/ Gegen: Helmut F. Spinner: Gegen Ohne Für Vernunft, Wissenschaft, Demokratie, etc. – Ein Versuch, Feyerabends Philosophie aus dem Geist der modernen Kunst zu verstehen, in: *Hans Peter Duerr* (Hrsg.): *Versuchungen – Aufsätze zur Philosophie Paul Feyerabends*, Bd. I, Frankfurt am Main 1980, S. 35-109.

Spinner 1980/ Theorienpluralismus: Helmut F. Spinner: Theorienpluralismus in Wissenschaft und Praxis, in: *G. A. Neuhaus* (Hrsg.): *Pluralität in der Medizin*, Frankfurt am Main, S. 34-58.

Spinner 1982/ Kritischer Rationalismus am Ende: Helmut F. Spinner: Ist der Kritische Rationalismus am Ende? – Auf der Suche nach den verlorenen Maßstäben des Kritischen Rationalismus für eine offene Sozialphilosophie und kritische Sozialwissenschaft, mit Bezug auf Soziologie und Empirische Sozialforschung, Weinheim 1982.

Spinner 1985/ Wissenschaft: Helmut F. Spinner: Wissenschaft kommt nicht von Wissen, und Kunst kommt nicht von Können, aber Wissenschaft ist trotzdem keine Kunst – Über die Wissenschaftswissenschaft und die Kunstkunst, die Kriegskunst und die Zeit, als Feyerabend noch recht hatte, in: *Merkur*, Bd. 39, Heft 9/10, S. 859-878.

Spinner 1992/ Rebellion: Helmut F. Spinner: Die Rebellion gegen die Regelherrschaft des abendländischen Rationalismus und die wechselnden Orientierungsrahmen der Nachkriegsgenerationen, in: *Christian Matthiesen* (Hrsg.): *Was macht das Denken nach der großen Theorie?* Wien 1992, S. 59-86 sowie Beiträge zur Diskussion S. 93ff.

Spinner 1994/ Popper als Erzieher?: Helmut F. Spinner: Popper als Erzieher? – Fortschritte und Fehlentwicklungen des Kritischen Rationalismus: Von der Wissenschaftstheorie zur Politik und Pädagogik, in: *Guido Pollak/Helmut Heid* (Hrsg.): *Von der Erziehungswissenschaft zur Pädagogik?* Weinheim, S. 155-406.

Spinner 1994/ Rationalismus: Helmut F. Spinner: Der ganze Rationalismus einer Welt von Gegensätzen, Frankfurt am Main 1994.

Spinner 1998/ Architektur: Helmut F. Spinner: Die Architektur der Informationsgesellschaft, Berlin (2., erweiterte Aufl. im Druck).

Spinner 2000/ Information: Helmut F. Spinner: Information oder Wissen – eine Alternative für die Geisteswissenschaften? in: Martin Huber/Gerhard Lauer (Hrsg.): Nach der Sozialgeschichte – Festschrift für Wolfgang Frühwald und Georg Jäger, Tübingen, S. 385-408.

Spinner 2001/ Problemlösungsprozesse: Helmut F. Spinner: Problemlösungsprozesse in der Wissensgesellschaft, Opladen (im Druck).

Topitsch 1958/ Ursprung: Ernst Topitsch: Vom Ursprung und Ende der Metaphysik, Wien.

Topitsch 1960/ Leerformeln: Ernst Topitsch: Über Leerformeln, in: ders. als Hrsg., Probleme der Wissenschaftstheorie – Festschrift für Victor Kraft, Wien, S. 233-264.

Zum Sinn des Eigenhandelns im Werte- und Strukturwandel des Arbeitens. Folgerungen aus empirischen Trends in der supertechnologischen Informations- und Automationsgesellschaft

Hans Lenk

Kosten- und internationaler Wettbewerbsdruck, Managementfehler in Zeiten des Booms, weggebrochene Absatzmärkte im Osten Europas und fehlende Nachfrage haben zu einer Rationalisierungs- und Entlassungswelle ungeheuren Ausmaßes geführt. So fehlen zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland ca. 6 Mio. Arbeitsplätze und auf absehbare Zeit, bis in das erste Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts, zeichnet sich keine Besserung ab. Diese Entwicklungen sind nicht nur für Deutschland typisch, sondern auch für andere hochindustrialisierte Länder. Geht den traditionell arbeitsorientierten Gesellschaften, in denen sich Menschen vielfach über ihre Arbeit definieren und in denen das „Haben“ eines Erwerbsarbeitsplatzes zentral für das Selbstwertgefühl und die soziale Anerkennung ist, die Arbeit, die Erwerbsarbeit aus?

Im folgenden sollen einige Problembereiche der Werteinstellung zur Arbeit und soziale Begleit- und Folgefragen behandelt werden, in der Hoffnung, einen Überblick über relevante sozialphilosophische Perspektiven zu geben und eventuell Ansatzpunkte oder wenigstens Zonen für notwendige Einstellungs- und Metabewertungsänderungen zu finden. Das letztere kann natürlich nur sehr skizzenhaft, unsortiert und noch wenig systematisch geschehen.

Dabei gilt das Hauptaugenmerk den Problemen zwischen Arbeitslosigkeit, Tätigkeitserleichterung und Sinnengewinnung durch eigenes Handeln. Wir werden hierzu neue Einstellungen entwickeln müssen. Diese Einstellungsprobleme ansatzweise zu erörtern – sollte man nicht gerade das vom Sozialphilosophen erwarten?

Wenden wir uns nun den sozialen Auswirkungen, der angekündigten zweiten Seite der Probleme, zu: Als der Philosoph Adam Schaff vor anderthalb Dutzend Jahren den Club-of-Rome-Bericht über Mikroelektronik und Gesellschaft unter dem kennzeichnenden Titel „Auf Gedeih und Verderb“ herausgab (1982), kam er nicht viel weiter als Aristoteles' Genius im Altertum, der in seiner Politik (1253) geschrieben hatte: wenn die Weberschiffe von selber webten und die Zitherschlägel automatisch schlugen, dann bedürfte es für die Meister nicht der Gehilfen und für die Herren nicht der Sklaven.

Aristoteles freilich glaubte zweifellos, daß dieses eine ausschließlich positive Entwicklung wäre. Er konnte die negativen Effekte der Arbeitslosigkeit in einer traditionell arbeitsorientierten Gesellschaft wohl nicht voraussehen: die griechische Gesellschaft, wenigstens die der freien Bürger, war nichts weniger als dies. Das Problem jedoch gewinnt heute besondere dramatische soziale Bedeutsamkeit. Arbeitslosigkeit droht großen Teilen der Bevölkerung als Folge der aufkommenden Roboterrevolution in hochindustrialisierten Gesellschaften.

Wie können wir sozialphilosophisch diese Problembündel angehen? Und was können Philosophen dazu sagen? Über solche allgemeinen gesellschaftlichen Fragen nachzudenken, das ist doch wohl auch eine wesentliche Aufgabe für Philosophen. Einige Philosophen gaben einige eingeschränkte pragmatische Ratschläge. Sie empfahlen eine allmähliche Anpassung, eine schrittweise Lenkung bei der Einführung der Automatisierung, die Einführung von Umschulungsprogrammen (Edmund Byrne). Dies ist wiederum nicht sehr philosophisch – ebensowenig wie es die Vorschläge des Soziologen Schelsky sind, der eine anthropologische Dauerreflexion forderte. Schaff beispielsweise glaubte, daß lebenslange Erziehung als eine Form der universellen Tätigkeit zugleich das Beschäftigungsproblem lösen und das antike Ideal des universalen Menschen verwirklichen könne – nämlich das des universell erzogenen, harmonisch entwickelten Menschen im Sinne der schönen und guten, voll entwickelten Persönlichkeit, wie die griechischen Philosophen sie als Idealbild sahen. Man braucht nicht auf Auschwitz oder die tiefenpsychologischen Theorien zu verweisen, um den utopischen Charakter dieses Ideals hervorzuheben. Doch der Mensch ist nicht der gute Mensch, den Schaff wenigstens potentiell wiederum in ihm zu sehen scheint. Die Kombination des Homo studiosus, des immer eifrig studierenden, und des Homo ludens, des spielenden Menschen, die den Homo laborans, den arbeitenden Menschen, ablösen soll, wird sich nur für recht wenige Menschen verwirklichen lassen. Viele, wenn nicht die meisten, wollen nicht ein Leben lang auf der Schulbank sitzen. Wenn man zu den Freizeitbeschäftigungen übergeht, wird entsprechendes auch hier deutlich, wie es der amerikanische Technikphilosoph Albert Borgmann (1986, 147) eindringlich formulierte:

„Die typische Qualität der Freizeit scheint ebenfalls niedrig zu sein, solange wir bereit sind, überhaupt irgendwelche Maßstäbe anzulegen. Unsere Vermutungen und Befürchtungen, daß der größte Teil der freien Zeit aufs Fernsehen verwandt wird und nur wenig Zeit auf solche Dinge wie aktiven Sport, das Theater, Museen, Musizieren, Briefschreiben oder das Lesen von Büchern werden von den Ergebnissen der Sozialwissenschaften bestätigt, wenigstens in

den Vereinigten Staaten. Einer Studie zufolge ist die gesamte Zeit, die den letzteren Beschäftigungen gewidmet wird, im Durchschnitt nur ein Fünftel der Zeit, die vor dem Fernseher verbracht wird.“ Borgmann (ebd. 147) schließt daraus, daß das Hauptversprechen der Technik nicht erfüllt werde. Dies bezieht er auf den Freizeit – wie auf den Arbeitsbereich. Entsprechendes, meint Borgmann, gelte für Freizeitaktivitäten. Um noch einmal einen Absatz (ebd. 150) zustimmend zu zitieren:

„Es zeigt sich, daß die technische Befreiung von der Härte des täglichen Lebens immer mehr zur Loslösung vom tüchtigen und körperlichen Verkehr mit der Wirklichkeit führt. Unsere freizeitliche Verbindung mit der Welt wird zum reinen Konsum verengt, zur mühelosen Aufnahme von Konsumartikeln, wo keine Vorbereitung erforderlich ist, keine Orientierung gegeben wird und keine Spur von Bedeutsamkeit zurückbleibt. Vielleicht wird die vorliegende Darstellung dem Reichtum an Information, Unterhaltung und Spielen, den uns die neue Elektronik beschert, nicht gerecht. Aber dieser Reichtum wird auch nur konsumiert werden, d.h. er wird keine Bindungen, keine Disziplin und keine Fertigkeiten erfordern. Dank größerer Auswahl und engerer Anpassung an den individuellen Geschmack wird er mehr Ablenkung mit sich bringen. Aber da er unfähig ist, unser Leben zu ordnen und zu erhellen, wird die Ablenkung immer mehr zur Zerstreuung, zum Zerfall unserer Aufmerksamkeit und zur Verkümmern unserer Fähigkeiten führen. In Amerika wird es jetzt schon offenkundig, daß die neue Videotechnik von den Leuten nicht als Hilfsmittel gebraucht wird, das es ihnen endlich ermöglicht, zu den Historikern, Kritikern, Musikern, Bildhauern oder Sportlern zu werden, die sie schon immer hatten sein wollen.“

Aber haben sie dieses wirklich gewünscht? Wollten alle Menschen wirklich Künstler und Athleten werden? Schaffs optimistische Hoffnung hierauf scheint sich nicht zu bestätigen, wenn sie nicht überhaupt von Anfang an als eine falsche Hoffnung hätte aufgefaßt werden müssen.

Borgmann (ebd. 151) plädiert für eine Reform „auf der freizeitlichen Seite der Technik“. Er schlägt vor, die Chancen der Mikroelektronik und anderer fortgeschrittener Techniken zu nutzen, um Raum zu schaffen „für Dinge und Gebräuche, die uns als vollkommen menschliche und körperliche Wesen eigenständig in Anspruch nehmen“, d. h., bei den zuvor erwähnten kreativen und rekreativen Tätigkeiten.

Durch die Automatisierung und die sogenannte mikroelektronische Revolution können wir in der Tat von „gefährlicher, schmutziger und eintöniger' Arbeit“ (ebd. 152) befreit werden –

auch von einem großen Teil der vielbesprochenen „entfremdeten“, oder besser: der entfremdenden Arbeit. All dies, glaubt Borgmann, kann die unerläßliche technische Infrastruktur unseres Lebens wirksamer und verlässlicher machen. Er hält mikroelektronische Einrichtungen hierzu für hilfreich, aber nicht für entscheidend. Ich glaube jedoch, daß sie dafür irgendwie mitentscheidend werden können, obwohl nur als höchstens notwendige, aber sicherlich nicht hinreichende Bedingung einer zeitgemäßen aktiven Lebenserfüllung im informations- und systemtechnologischen Zeitalter. Hinreichend ist die mikroelektronische Revolution nur für die Chance zu einer besseren Lebenssinnerfüllung.

Interessanterweise unterstreicht Borgmann, daß jene Dinge und Praktiken, die orientierende, engagierende und weiterhelfende Kraft haben, alle wesentlich vortechnischen Ursprungs sind, obwohl sie, im technischen Zusammenhang ausgeübt, neuen Glanz gewinnen. Wirkliches Leben ist wesentlich persönliche Handlung und Leistung. Dies meint Borgmann sicherlich mit seinen „engagierten Tätigkeiten“. Schon Aristoteles schrieb in seiner erwähnten Politik (1254 a), daß das Leben ein Handeln und nicht nur Hervorbringen ist. Und der Grundsatz seiner Ethik sah das Gute im strebenden Tätigsein der Seele.

Das Konsumieren und die Konsumentenhaltung sind in der Tat nicht die gewissen Versprechungen eines menschlichen Paradieses. Des Menschen Paradies kann nicht passiv oder passivistisch sein. Es ist vielmehr aktiv und aktivistisch zu „erleisten“ – wenigstens in der westlich nicht-buddhistischen kulturellen Tradition. Hier haben gewiß die Sozialphilosophen, die philosophische Anthropologie wie auch eine anthropologische Philosophie der Kultur, der Kreativität, der Handlung und der Erziehung eine gewichtige Rolle zu übernehmen. Auch Technikphilosophen sollten nicht nur feststellen, daß es gerade die vortechnischen Aktivitäten sind, die wirklich befriedigend und identifizierend sind, ja, die tiefer die Persönlichkeit engagierend darstellen, sondern versuchen, philosophisch zu erklären, warum dies so ist. Ist diese Beobachtung wirklich in so grober Form richtig? Können wir nicht auch in einem wirklich menschlichen Sinne technisch handeln? Dies mag hier als eine interessante offene Frage dahingestellt sein.

Ein anderer Gesichtspunkt, der gewiß mit den erwähnten Problemen zusammenhängt, erschließt sich unter den vermittelnden Wirkungen der modernen technischen Welt. Man braucht nicht in die Einzelheiten über die sogenannte verwaltete Welt mit allen ihren Erscheinungen der Bürokratie, Zerstückelung, Funktionalisierung, Manipulation und Entfremdung zu gehen, um dies einzusehen. Man braucht auch nicht die passivmachenden Auswirkungen der

Scheinwelt von Bildern, Filmen und des vorfabrizierten stellvertretenden Lebens auf dem Fernsehschirm auszumalen, die nur die Illusion einer Tätigkeit, des Aktivseins, eine Pseudo-Aufregung ohne wirkliche eigene persönliche Beteiligung erzeugen. Telekratie und allgemein die Herrschaft der Medien ist wirklich eine Gefahr für den Menschen, besonders für den Jugendlichen und Heranwachsenden. Die sogenannte vierte politische Gewalt hat eine mittelbar machende, ablenkende, wenn nicht gar verdrängende und abstrahierende Auswirkung in unserer Gesellschaft gewonnen, die nicht leichtfertig unterschätzt werden sollte. Das Leben selbst scheint nicht mehr so echt zu spielen wie der Fernsehfilm. Aber Telekratie und Mediokratie sind zur Mediokritik verurteilt, wie wir wissen. Mediokratie ist in gewissem Sinne Mediokritik. In Einzelheiten braucht die verfilmte und verdatete Welt hier nicht weiter ausgemalt zu werden.

Auch eine vollkommen effiziente neue computerokratische Variante der Technokratie scheint in der sich ankündigenden mikroelektrischen Lawine zu entstehen. Die abstrakte Modellierung durch Computer hat zweifellos einen ablenkenden, verdrängenden Effekt an sich. Aber das Herumspielen mit Computer-Modellen ist nicht das wirkliche Leben. Modelle scheinen die Realität zu ersetzen – und die Wirklichkeit in einem bisher unvorhergesehenen Ausmaß zu prägen. Dennoch sind Modelle keine Wirklichkeit. Sie machen eine Scheinwelt aus, und diese Welt kann ihre eigenen Krankheiten erzeugen:

neurotische Computernarren, die sogenannten „Hacker“, die zwanghaften Programmierer, wie sie heute selbst in der größeren Öffentlichkeit – ironischerweise in den Medien selbst, man denke etwa an den Film „War Games“ – zur Kenntnis genommen und kolportiert werden.

Künftige Gesellschaften werden im übrigen zunehmend mit solchen systemtechnokratischen Trends und Herausforderungen der Informationstechnik konfrontiert werden. Es gibt zweifelsohne vielsagende Entwürfe in dieser Richtung, gerade was die Informations- und Computertechnik angeht. Man denke nur an die Probleme der Datenkontrolle und -sammlung und an die gesetzlichen sowie moralischen Fragen des Datenschutzes sowie generell an die sozialphilosophische Problematik der Sicherung der Privatheit. Wenn die Daten selbst auf dem öffentlichen Markt, im Internet oder Btx-System herumschwirren und jedem zugänglich sind, der den Code besitzt oder knacken kann, verliert der Datenschutz selber seinen Sinn, stellte Hessens früherer Datenschutzbeauftragter fest.

Zurück zur Arbeitsproblematik: Wir sollten als Sozialphilosophen prüfen, ob die Aussichten derart dunkel sind, wie viele denken. In der Tat wird Arbeit in hochautomatisierten Industrien

und in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft allgemein immer knapper. Dieser Trend ist allerdings strukturell und hat ein beträchtliches soziales Ausmaß angenommen. Die Arbeitslosenzahlen werden sich wohl tendenziell und strukturell aufgrund und im direkten Verhältnis zu der fortschreitenden Automatisierung der Produktion erhöhen. Welche sozialphilosophischen Folgerungen sollen wir aus dieser Beobachtung bzw. Voraussage ziehen?

Wertewandel, Wandel der Wertprioritäten

Wertewandel und Wandel der Wertprioritäten eröffnen Möglichkeiten und erhöhen Akzeptanzchancen

- die Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen und
- besonders Teilzeitarbeit und Teilzeitbeschäftigung zu ermöglichen und zu fördern
- die Nicht-Erwerbsarbeit höher zu bewerten.

Es gibt kennzeichnende und geänderte inhaltliche Wertorientierungen, die insbesondere verbreitete handlungsrelevante Orientierungen zur Folge haben oder zum Ausdruck bringen – auch in der Industrie. So ist z.B. auf Scheren der Auseinanderentwicklung in der Arbeitseinstellung einzugehen. „Leben als Aufgabe oder Leben genießen?“, diese Leitfrage wurde vom Institut Allensbach einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung gestellt und führte zu sehr differierenden Ergebnissen. In diesem Bevölkerungsquerschnitt zeigt sich (kohortenbezogen), daß das Verständnis des Lebens als einer zu bewältigenden Aufgabe, als einer Pflichtaufgabe, im Laufe der letzten Jahrzehnte abgenommen und die Orientierung am Lebensgenuß zugenommen hat.

Leben als Aufgabe – Leben genießen:

Es unterhalten sich zwei Leute über das Leben. Der erste sagt:

„Ich betrachte mein Leben als eine Aufgabe, für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze. Ich möchte in meinem Leben etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist.

Der zweite sagt:

„ich möchte mein Leben genießen und mich nicht mehr abmühen als notwendig. Man lebt schließlich nur einmal, und die Hauptsache ist doch, daß man etwas von seinem Leben hat.“

Bevölkerung insgesamt

						62 (DDR)	54 (Ex-DDR)	
60	59	48	48	51	43			
Leben als Aufgabe							43 (BRD)	45 (BRD-alt)

Leben genießen							18 (DDR)	28 (Ex-DDR)
29	29	35	38	29	36	39 (BRD)	34 (BRD-alt)	

1960 1964 1973 1977 1980 1982 1990 1996

Abb. 1, Vgl. Noelle-Neumann/Strümpel 1984, Kistler 1992, Allensbach 1996.

Das eigentlich Interessante ist, daß bei den Jüngeren unter dreißig im Verhältnis zu Älteren eine deutliche Schere auftritt, eine Altersschere, insofern ihnen der Lebensgenuß viel höher gilt als die Orientierung an einer Lebensaufgabe. Es zeigte sich ebenfalls in einer internationalen, vergleichenden Allensbachstudie über Arbeitsethik anhand der Frage, „ob man sich in seinem Beruf ganz einsetzt oder bei der Arbeit nur das tut was gerade verlangt wird“, daß ganz entsprechende charakteristische Ergebnisse zustande kamen. „Ich setze mich in meinem Beruf ganz ein“, diese Frage wurde in der Bundesrepublik Deutschland 1967 noch von der Hälfte der Bevölkerung als repräsentativ angesehen, wurde in den achtziger Jahren aber nur noch von 42 Prozent als wichtig und für die eigene Person verbindlich angesehen, während in den USA dieser Wert noch bei 68 Prozent liegt.

Die deutsche Bevölkerung unter dreißig

(West- und Ostdeutschland nach der Vereinigung)

	West	West	Ost	West	Ost
Leben als Aufgabe	52	30	50	31	35
Leben genießen	33	53	22	54	46
	1956	1990	1990	1995	1995

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 20.9.95

Interessant aber ist in der Tat wieder der Altersgruppenvergleich: Man sieht, daß bei den älteren Mitbürgern diese Einstellung noch sehr hoch gilt, während bei den Jüngeren eher eine Einstellung des Genießens bzw. die Meinung, „man tut das, was man machen soll und nicht

mehr“ vorherrscht. Ganz anders etwa in den USA, wo ein doppelt so hoher Wert zu verzeichnen ist. Hier ist also eine internationale Schere festzustellen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist, neben den Niederlanden z. B., in dieser gewandelten Einstellung zur Arbeitswelt besonders prominent, wenn auch nicht gerade in positiver Richtung. Zumindest war das so bis zum Zeitpunkt der hier zitierten Untersuchungen vorgenommen wurden. Hinsichtlich der Berufsgruppen ergibt sich eine ähnliche Unterschiedlichkeit. Es zeigt sich ganz deutlich: Je höher die Qualifikation, desto stärker ist man erwartungsgemäß bereit, sich für die Arbeit einzusetzen, desto stärker ist die Identifikation mit der eigenen Aufgabe und desto weniger wird allein der private oder persönliche Genuß in den Vordergrund gestellt und die Aufgabe nur als etwas angesehen, was man bloß pflichtgemäß erfüllt. Bei leitenden Angestellten und Beamten finden sich fast zwei Drittel, die sich mit ihrer Aufgabe identifizieren, daß sie sich ganz einsetzen, bei selbständigen und freien Berufen ist dieser Prozentsatz mit vier Fünfteln noch viel höher.

Bei den Unternehmern und höchsten Führungskräften in der Industrie gar (das ist eine EMNID-Untersuchung von 1984), ist der Trend noch deutlicher: Hier sind es neun Zehntel, die sich voll mit ihrer Arbeit identifizieren.

Arbeitsethik

IFD Allensbach 1982					IWG 1984 (EMNID)
An- und Un- gelernte	Facharbeiter	Nichtleitende Angestellte u. Beamte	Leitende Angestellte u. hohe Beamte	Selbständige und freie Berufe	Unternehmer und leitende Angestellte
%	%	%	%	%	%
a) 28	35	34	61	80	90
b) 61	49	47	19	8	8

Zu a) „Ich setze mich in meinem Beruf ganz ein und tue oft mehr, als von mir verlangt wird. Der Beruf ist mir so wichtig, daß ich ihm alles opfere.“

Zu b) „Ich tue bei meiner Arbeit das, was von mir verlangt wird, da kann mir niemand etwas vorwerfen. Aber daß ich mich darüber hinaus noch besonders anstrengen soll, sehe ich nicht ein, so wichtig ist mir mein Beruf nun auch wieder nicht.“

Abb.2, Vgl. Frankfurter Rundschau 21.05.1985, Nr.116, 10

Man sieht, daß sich hier eine Art von Berufsgruppen- und Führungsschere auftut: die verschiedenen Berufsgruppen identifizieren sich in unterschiedlichem Maße mit ihren Aufgaben (Berufsgruppenschere); die Führungskräfte, die Eliten identifizieren sich besonders stark mit ihrer Aufgabe (Führungsschere). Das ist bis Mitte der achtziger Jahre und sicher auch heute noch recht repräsentativ.

Wir haben also eine Reihe von solchen Scheren, die aber auch zum Teil etwas widerspiegeln, was wir am Arbeitsplatz finden und was von den Führungskräften in der Industrie beachtet werden sollte: Es gibt so etwas wie eine zunehmende oder auch in der Bundesrepublik besonders vorherrschende Unzufriedenheit (zu große Arbeitsbelastung, Kritik oder Kritisiertwerden in Anwesenheit anderer Personen). Es ist auch ein Gefühl entstanden, daß die eigene Entscheidungsfreiheit eingeschränkt wurde, d. h., daß man nur noch wenig oder zu wenig Entscheidungsfreiheit hat. Zwar finden sich bei Arbeitern und bei Angestellten etwas unterschiedliche Werte; aber es scheint zwischen den siebziger und den achtziger Jahren das Bewußtsein eigener Entscheidungsfreiheit, jedenfalls nach der Auffassung der Mitarbeiter, abgenommen zu haben.

Elisabeth Noelle-Neumann hat von einem Verfall der Arbeitsfreude, von einer negativen Einstellung zur Arbeit insbesondere in der Bundesrepublik gesprochen und gemeint, wir würden „alle Proletarier“ werden, jedenfalls der Einstellung nach. Das „vergiftete Arbeitsleben“ – die „Helden“ seien „müde geworden“ – solche Phänomene führt sie im wesentlichen auf den Einfluß der Medien, der kritischen Schulerziehung und eines autoritären Top-down-Managements zurück. Burkhart Strümpel, ihr Co-Autor in dem Buch „Macht Arbeit krank – macht Arbeit glücklich?“ (1984), meint jedoch, gerade dies sei eine positive Anpassung der Arbeitnehmer an gewandelte Arbeitssituationen, es handle sich um eine ökonomische Reaktion: Es sei weniger Arbeit nötig, und deswegen habe sich der Arbeitnehmer in seiner Einstellung darauf eingestellt.

Die Frage ist also: Gibt es eine weitere Schere zwischen Aktivismus und Passivismus? Gibt es einen Unterschied in der Gesellschaft, die grundsätzlich in Genießer und Leister zerfällt, eine neue Zweiklassenbildung? Es gibt bedeutsame Anzeichen dafür.

Ich habe bisher die Altersschere, die internationale Schere, die Berufsgruppenschere, die Führungsschere und die Aktivismus-Passivismus-Schere erwähnt. Immerhin kann man sagen, daß aus anderen Untersuchungen klar wird, daß die wirkliche Sachlage nicht so negativ ist, wie Noelle-Neumann dies anhand ihrer Daten dargestellt hat. Es ist z. B. bei den Mitarbeitern in der metallverarbeitenden Industrie, im Laufe der achtziger Jahre von Schmidtchen zweimal eine umfassende Untersuchung durchgeführt worden, in der die Arbeitszufriedenheit ermittelt werden sollte (und sicherlich gelten die Aussagen tendenziell auch in anderen Branchen): Die Mitarbeiter, die sich vorwiegend richtig eingesetzt fühlen, halten die Arbeit für interessant und es gefällt ihnen durchaus an ihrem Arbeitsplatz. Wichtig dabei ist, daß Schmidtchen eine sogenannte Ressourcenthese oder Ausgleichsthese entwickelt hat. Diese besagt: Je mehr Ausgleichs- oder Kompensationsmöglichkeiten jemand hat (das können psychische, physische, gestalterische, gehaltliche Ausgleichsmöglichkeiten sein), je mehr Entscheidungsfreiheit er hat, desto größer ist die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz, und zwar unabhängig davon, ob sein eigenes Urteil über den technischen Fortschritt und die technologischen Neuerungen positiv, ambivalent oder negativ ausfällt. Wenn jemand viele Ressourcen hat, dann ist es nicht so wichtig, wie er zum technischen Fortschritt, zu neuen Technologien und deren Einsatz in der metallverarbeitenden Industrie steht. Die „Mitarbeiter“, schreibt Schmidtchen, „werden mit Belastungen um so eher fertig, je größer ihre Ressourcen sind. Die Mitarbeiter, die ihre Belastungen kompensieren können, sind überwiegend zufrieden, die das nicht können, überwiegend unzufrieden.“ In besonderer Weise zeigte sich, daß bei hoher Belastung die persönlichen Ressourcen wie Kompetenz, Wertorientierung, Bildung usw. einen bedeutsameren Einfluß auf die Arbeitszufriedenheit haben als organisatorische Ressourcen (ob man Vorgesetzter oder Untergebener ist) und selbst auch als finanzielle Entlohnung. Dies gilt sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Vier Fünftel (79% > der Mitarbeiter unter hoher Belastung fanden ihre Aufgabe „sehr gut“ oder „gut“, wenn sie über viele persönliche Ressourcen zum Ausgleich verfügten (gegenüber nur 59 bzw. 66% bei vorwiegend finanziellen und organisatorischen Ressourcen). Die persönlichen Ressourcen spielen also eine ganz entscheidende Rolle. Wertorientierung, Engagement, Eigenmotivation, aber auch Bildung sowie besonders der Umfang von Verantwortungs- und Dispositionsspielräumen spielen neben anderen persönlichen Ressourcen wie Gesundheit eine erhebliche Rolle bei der Ausprägung der Arbeitszufriedenheit. Ähnliches gilt auch für die Verarbeitung neuer Herausforderungen angesichts der technologischen Neuerungen.

Auswirkungen verschiedener Arten von Ressourcen auf die Arbeitszufriedenheit

Angaben in % der Mitarbeiter

Belastungen:	Mitarbeiter der Metallindustrie				
	hoch		niedrig		gesamt
	wenig	viel	wenig	viel	
Es finden ihre Arbeitsaufgabe sehr gut oder gut					
Persönliche Ressourcen (Kompetenz)	15	79	52	94	78
Organisatorische Ressourcen (Kompetenz)	26	66	78	91	
Finanzielle Ressourcen (Bezahlung stimmt)	36	59	81	94	

Abb. 3. Nach Schmidtchen 1986

Sind die geschilderten Einstellungswandlungen wirklich so stark ausgeprägt, so fragt sich, sind sie Ausdruck oder Ausfluß des im letzten Jahrzehnt viel beschworenen Wertewandels? Gibt es nun einen grundlegenden, sozusagen säkularen historischen Wandel der grundsätzlichen Einstellungen zur Arbeit, zu den Leistungswerten, zu den sogenannten Akzeptanzwerten, wie die Soziologen sagen, gegenüber der Orientierung an „Lust“-Werten, an Selbsterfüllungs- und Selbstenffaltungswerten? Handelt es sich um Generationsunterschiede, oder ist es ein subjektiver Einstellungswandel, der von strukturellen Bedingungen abhängt? Den interessantesten Ansatz hierzu hat zweifellos der Amerikaner Ronald Inglehart (1977) vorgelegt. Im Jahr 1989 ist unter dem Titel „Kultureller Umbruch“ von ihm nochmals eine Gesamtdarstellung seiner empirischen Studien erschienen, die die Verhältnisse in fünf EG-Ländern und den USA vergleicht. Es handelt sich in der Tat um interessante Ergebnisse. Inglehart unterscheidet zunächst sehr einfach, vielleicht zu grob und zu einfach zwischen einer speziellen Orientierung an materiellen, sogenannten „materialistischen“, physischen Bedürfnissen, die sich insbesondere in Sicherheitsbedürfnissen, Versorgungsbedürfnissen ausprägen, und einer eher „postmaterialistischen“ Einstellung, die sich stärker an ästhetischen, intellektuellen oder auch Solidaritätswerten ausrichtet.

Werttyp nach Beruf und Altersgruppe der Befragten, EG 1980 - 1986

Alter									
	unter 35			35-49			50 und älter		
%	Mat	Post	N	Mat	Post	N	Mat	Post	N
Topmanagement									
Verwaltung	19	27	(1150)	23	25	(1415)	24	15	(902)
Student	20	24	(11677)	20					
Freiberufler	20	21	(869)	20	22	(608)	29	15	(505)
Angestellte	25	20	(11623)	31	14	(7166)	36	11	(3871)
Arbeitslose	28	17	(4958)	33	11	(1218)	37	8	(1565)
Selbständiger	31	12	(2257)	40	9	(2797)	41	7	(2104)
Arbeiter	30	13	(10926)	36	9	(6904)	41	8	(4817)
Hausfrau	36	10	(7787)	43	8	(7192)	46	6	(9824)
Landwirt	38	11	(401)	45	8	(706)	46	6	(1111)
Ruheständler	-	-	-	37	11	(412)	46	6	(19526)

Abb. 4. Quelle: Inglehart 1989

Sogenannte Selbstentfaltungswerte und die Orientierung an ihnen verdrängen – besonders in der Privatsphäre, aber zunehmend auch im Berufsbereiche – die traditionellen sogenannten Akzeptanz- und Pflichterfüllungswerte. Inglehart erklärte die eingetretenen, gleich zu referierenden Wandlungen im wesentlichen durch zwei Hypothesen. Die erste, die Mangel- oder Knappheitshypothese, lautet: Die Prioritäten eines Individuums spiegeln seine sozioökonomische Umwelt; so schätzt man jene Dinge subjektiv am höchsten ein, die verhältnismäßig knapp sind. Die zweite These ist eine sogenannte Sozialisationsthese oder vielleicht besser eine Prägungshypothese: Eine beträchtliche zeitliche Verzögerung der Wertanpassung spielt eine Rolle, da die Grundwerte einer Person zum größten Teil jene Bedingungen widerspiegeln, die während ihrer Jugendzeit vorherrschten. Welche Werte man später im Alter hat, ist

also abhängig davon, welche Verhältnisse man in der Jugend erfahren hat. Als dritte, nicht ausdrücklich von Inglehart genannte Hypothese muß man eine Dringlichkeitsthese hinzunehmen - des Inhalts, daß hungrige Menschen im allgemeinen auf die Befriedigung höherrangiger Bedürfnisse verzichten bzw. sie nachordnen, wenn sie wählen müssen: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“, sagte Bert Brecht. Nach Inglehart ergibt sich ein sozialpsychischer oder bedürfnisorientierter Sättigungs- bzw. ein Grenznutzeneffekt. Physiologische Bedürfnisse, grundlegende Sicherheitsbedürfnisse, also „materialistische“ Bedürfnisse, wie sie Inglehart etwas plakativ nennt, haben in Mangelzeiten Priorität, verlieren in den Zeiten des Wohlstands und des wachsenden Lebensstandards an Dringlichkeit. Umgekehrt nehmen Bedeutung und Gewicht differenzierterer und sozialer Bedürfnisse, besonders der Selbstverwirklichungsbedürfnisse entsprechend mit dem Lebensstandard und der Absicherung physischer Grundbedürfnisse zu. Die physischen Grundbedürfnisse oder materialistischen Bedürfnisse teilen sich in Sicherheits- und Versorgungsbedürfnisse. Die postmaterialistischen Bedürfnisse sind eher ästhetische und intellektuelle, sie beziehen sich auf Schönheit der Städte, Natur, „Ideen zählen mehr als Geld“. Meinungsfreiheit, Achtungs- und Zugehörigkeitsbedürfnisse spielen eine große Rolle. Inglehart hat seine empirischen Erhebungen seit den siebziger Jahren in internationalen Vergleichen durchgeführt, in den USA, in der Bundesrepublik, in Großbritannien, Österreich und den Niederlanden. Er kommt zu dem Ergebnis, daß übereinstimmend in allen diesen Ländern postmaterialistische Werte gegenüber der ökonomischen und physischen Sicherheit, den „materialistischen“ Werten, auf dem Vormarsch sind, also relativ zunehmen; dabei ist deutlich, daß jüngere Menschen eher postmaterialistisch orientiert sind als ältere.

Man kann also aufgrund dieser Wandlungen sagen, daß es sich hier offensichtlich nicht bloß um eine oberflächliche Einstellungswandlung im Sinne des Hin- und Herschwingens je nach kurzfristiger Situation handelt, sondern eher um einen grundlegenden historischen Wandel, der wahrscheinlich eine geschichtliche Nachwirkung der Mangelzeiten und Wiederaufbaujahre darstellt. Besonders sind in den Kreisen der jungen Technologiemanager, des jungen Topmanagements, der „young professionals“, der Medienvertreter, der Politiker und der Studenten die postmaterialistischen Einstellungen vorherrschend – wenigstens dem Umfang nach – und haben die materialistische (in dieser Hinsicht) längst überholt. Der Trend scheint für die ganze EG unübersehbar. Nur die selbständigen Geschäftsleute, Landwirte, Arbeiter repräsentieren unter den Berufstätigen, auch unter den jüngeren Jahrgängen, die traditionell überwiegende materialistische Einstellung.

Haben wir es also – wie angedeutet – mit einer sechsten Schere zu tun, also mit einer Materialismus-Postmaterialismus-Schere? Eine These, die ich hier dazu vorbringen möchte, ist, daß man mit dem Trend zum Postmaterialismus der nun in die Jahre kommenden jüngeren Nachkriegsgenerationen rechnen, leben muß – gerade auch zunehmend in den neuen Bundesländern.

Die neuesten diesbezüglichen Untersuchungen zum Wertewandel sind erst 1999 veröffentlicht und stammen von dem Soziologen Heiner Meulemann, der bereits 1986 über den Vergleich Ost-West empirische Erhebungen veröffentlicht hat und in einem Artikel zur Festschrift für Bernhard Schäfers Folgendes ermittelt hat, was insbesondere für die Situation in den neuen Bundesländern interessant ist: Zum ersten meint er (1999,116) mit Kohli (1994), daß die alte DDR eine „Arbeitsgesellschaft“ gewesen ist – was immer das heißen mag. Die „Verpflichtung“ zu mehr Arbeit wurde offiziell propagiert, obwohl jedoch die Arbeit selber detailliert kaum ernsthaft auf den Prüfstand gestellt wurde. Die DDR war keine Leistungsgesellschaft, sondern eher eine Pflichtarbeitsgesellschaft. In der Bundesrepublik schließt Meulemann im wesentlichen an die erwähnten Allensbach-Fragen „Leben als Aufgabe, Leben als Genuß“ an. Dabei werden Kohortenanalysen betrieben, d.h., die Geburtsjahrgänge werden gekennzeichnet und verfolgt: Zunächst herausgefiltert sind dort die entsprechenden prägenden Jugendphasen eingezeichnet. Hier geht es also im wesentlichen um die Erfassung der Fragestellung „Leben als Pflichtaufgabe“. Da stellt sich die Untersuchung vier Fragen (ebd. 117):

1. „Hat der Wert der Leistung in der alten Bundesrepublik bis 1990 Anhängerschaft verloren?“
2. Zwischen 1990 und 1996 wird der Wert der Leistung in Ostdeutschland stärker unterstützt als in Westdeutschland. Hier geben die Erhebungen eine positive Antwort auf die entsprechende „Tatsachenfragen“. Die Kohortenreihen sprechen dafür, daß das – wenigstens hinsichtlich der abgegebenen Verlautbarungen – bejaht werden muß.
3. Kann der Rückgang der Leistung in der alten Bundesrepublik durch einen Bedeutungswandel von „Selbstaufopferung“ zu „Selbstverwirklichung“ erklärt werden? Nun, das ist eher eine Frage der Interpretation, und da möchte ich im Folgenden analytisch-philosophisch noch etwas kritisch anfügen.
4. Kann Meulemann zufolge „die stärkere Anhängerschaft des Werts Leistung in Ostdeutschland in gleicher Weise als ein Bedeutungswandel erklärt werden“ wie im Westen – „allerdings

in diesem Fall als ein Bedeutungswandel von Selbstverwirklichung zu Selbstaufopferung“, der von der staatlichen Propaganda der DDR für „Leistung als mehr Arbeit“ auferlegt wurde? (ebd. 117) Die dritte und vierte Frage will Meulemann mit den Kohortenanalysen (er)klären, wobei zumal für die dritte Antwort m. E. noch eine analytische Kritik erforderlich ist und die vierte Frage letztlich etwas zu unklar gestellt ist. Doch darauf komme ich noch zurück.

Zunächst zu der dritten Frage: Es kann sich entgegen der Deutung Meulemanns nicht darum handeln, daß sich die Leistung generell in ihrer Bedeutung geändert hat: Es ist in erster Linie kein Bedeutungswandel zu konstatieren, sondern ein Bedeutsamkeitswandel. Der Wert der Leistung, sozusagen im Gesamtbudget der Wertorientierung im Leben hat sich gewandelt, nicht die „Bedeutung“ des Begriffs. Der Wert, die Bedeutsamkeit, Wichtigkeit der Leistung im Erwerbsberuf oder in der Erwerbsarbeit bzw. im Gesamtlebenszusammenhang ist zurückgegangen. Das bedeutet aber nicht, daß die Bedeutung von Leistung und des Leistungsprinzips sich geändert hat, sondern nur, daß die Bewertung, die Gewichtung des Wertes Leistung im Gesamtrahmen des personalen Lebens sich geändert haben, also würde man eher von einem Bedeutsamkeitswandel innerhalb des Gesamtbudgets als von einem Bedeutungswandel reden können. Demnach ist es wohl richtig, daß natürlich eine gewisse Veränderung in der Tat darin besteht – und da hat Meulemann wohl recht, aber das müßte noch näher aufgegliedert werden – daß von der „Selbstaufopferung unter dem Pflichtaspekt“ nach dem letzten Weltkrieg generell eher zu einer Art von „Leistung als Selbstverwirklichung“ übergegangen wird – in dem Sinne, daß eben häufiger Leistungen der Selbstverwirklichung als faszinierende bzw. attraktive Aufgaben empfunden werden statt solche der Pflichterfüllung. Das jedoch ist natürlich durch die Fragestellung „Leben als Aufgabe“ nicht zu erfassen, denn Aufgabe ist/war hier natürlich von vornherein verstanden als eine Art von aufoktrozierter Pflichtaufgabe. Aber „Aufgabe“ kann natürlich auch eine selbstgewählte, selbstgesetzte Aufgabe – gerade auch eine solche der Selbstverwirklichung – sein. Man denke beispielsweise an sportliche Hochleistungen der Nichtprofessionalsportler (die soll es ja auch einmal gegeben haben). Das bedeutet, hier ist ebenfalls eigentlich kein Bedeutungswandel, sondern ein Bedeutsamkeitswandel zu konstatieren. Und wenn es sich um eine Art von Akzentuierung handelt, dann muß eben auch diese Überlegung über eine notwendige Unterscheidung zwischen einer positiv bewerteten, selbstgewählten Eigenhandlung, Eigenleistung einerseits und eben der fremdverordneten, fremdbestimmten, Leistung und der entsprechenden Aufgabe andererseits gesehen und berücksichtigt werden. Das ist in diesen Untersuchungen freilich überhaupt nicht bzw. zumindest nicht genügend geschehen.

Was die Kohorten in den Diagrammen angeht, so sieht man, daß in den westdeutschen Kohorten der Wert der Leistung in der Tat zurückgeht – und zwar am wenigsten bei den ältesten angeführten Kohorten, also bei denjenigen, die noch im ersten Drittel des Jahrhunderts geboren sind und in dieser Zeit sozialisiert wurden. Sie sind noch Vertreter der alten Leistungsarbeitspflicht, Pflichtaufgabeneinstellung. Hingegen sind bei den Jüngeren, zumal ab den 60er Jahren (vgl. die Kohorte K5, „spätes Wirtschaftswunder“) schon starke Abwärtstendenzen festzustellen. Insbesondere die zwischen 1952 und 1974 Geborenen (K4, K5) ziehen die Gesamttendenz hinsichtlich der Bewertung des Lebens als Pflichtaufgabe „herunter“. Das sieht man vielleicht noch etwas deutlicher, nämlich visualisiert in folgenden Schaubildern 1-4:

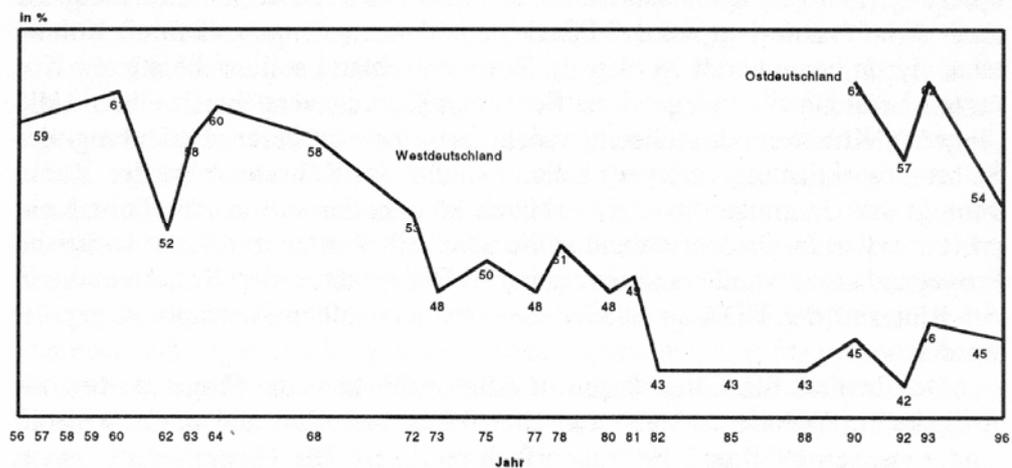


Schaubild 1. Quelle: Meulemann, 1999, S. 118

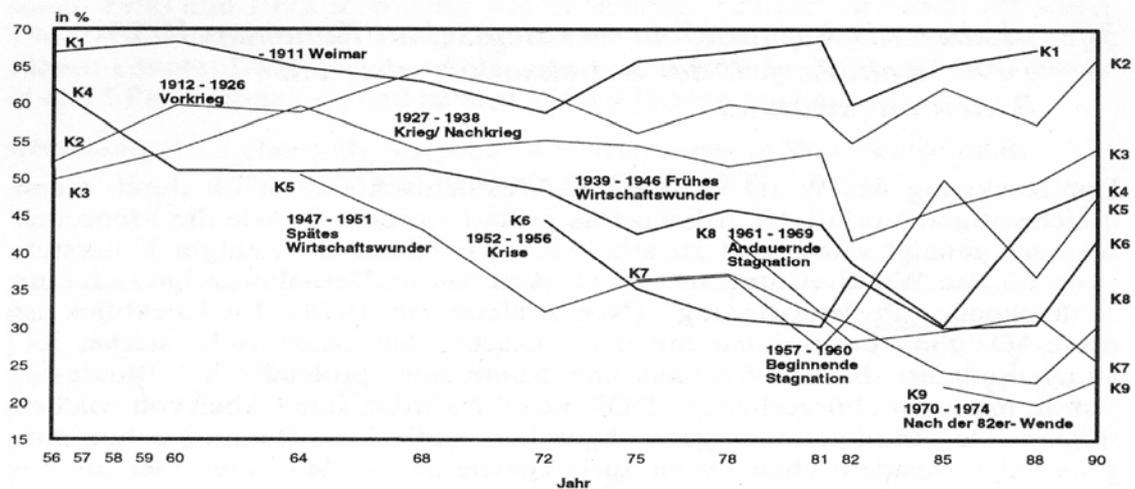


Schaubild 2. Quelle: Meulemann, 1999, S. 120.

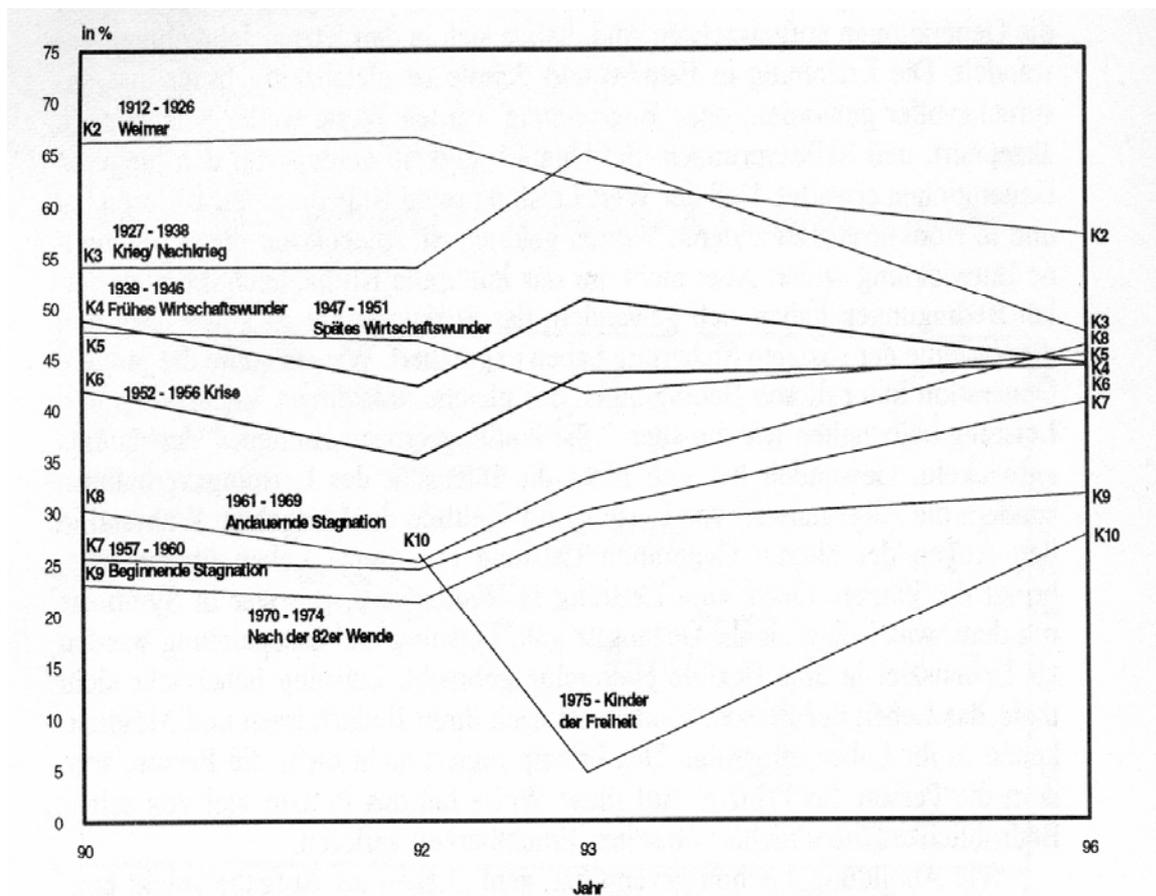


Schaubild 3. Quelle: Meulemann, 1999, S. 122

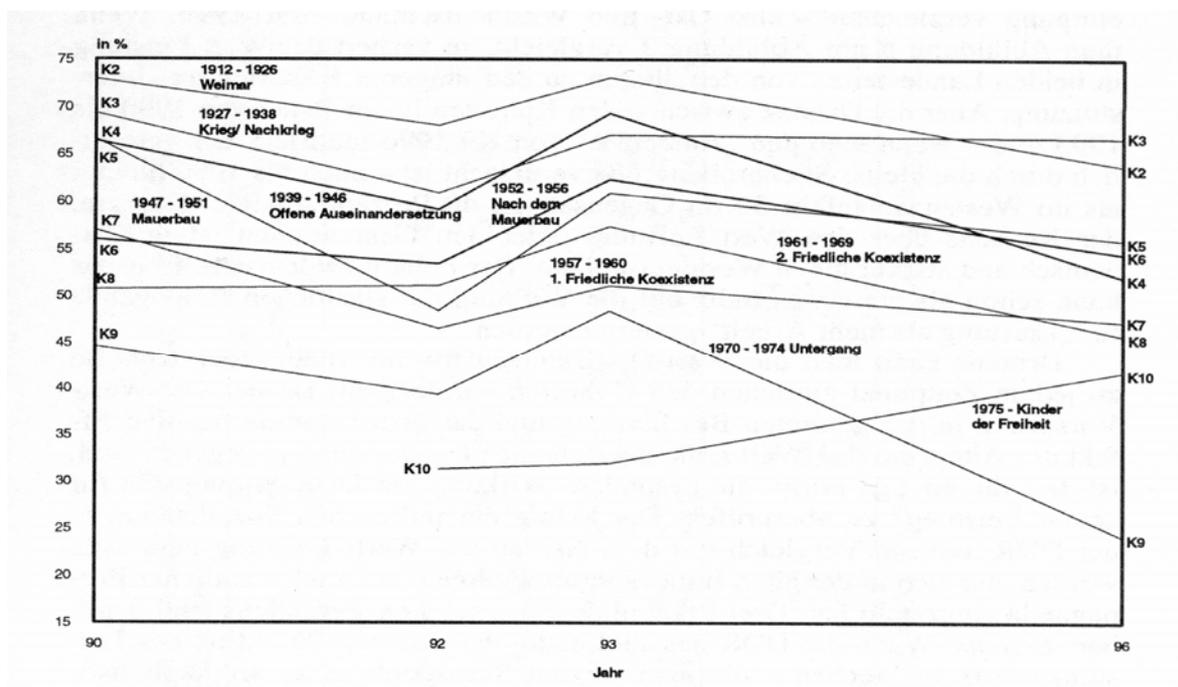


Schaubild 4. Quelle: Meulemann, 1999, S. 125.

Ich kann und muß das hier natürlich nicht detailliert kommentieren. Man hat gewisse Einbrüche um die späten 60er Jahre: z. B. (K6) zu Beginn der 80er Jahre ist in allen westdeutschen Kohorten ein starker Abschwung der Pflichteinstellung festzustellen. Man könnte und sollte das freilich im Einzelnen weiter und genauer kommentieren.

Interessanter für die neuen Bundesländer ist sicherlich der Vergleich mit ostdeutschen Kohorten. Hier war ja der Vergleich der Spanne zwischen 1990 und 1996 möglich. Meulemann schließt hieraus, daß es eine durch die Staatsgewalt geforderte Beibehaltung der Aufgabenorientierung gibt. Ein Einbruch, ein Rückgang des Leistungswerts in seinem Bedeutsamkeitswandel könne hier also nicht so stark vorhanden sein wie in westdeutschen Kohorten. Die ostdeutschen Kohorten verblieben diesbezüglich zwischen 1990 und 1996 auf gleichem Niveau; dieses Niveau ist dem Niveau der westdeutschen Kohorten zwischen 1956 und 1964 vergleichbar. In Westdeutschland gab es einen Wertewandel, der erst „noch auf der ostdeutschen Tagesordnung“ (ebd. 125) stehe; der wird also kommen, meint Meulemann. Wenn man also einen Vergleich anstellt, so hat man auch festzustellen, daß der Unterschied in den Prozentsätzen zwischen den unterschiedlichen Kohorten in Westdeutschland größer ist als in Ostdeutschland. Die kleinsten und größten Anzahlen bei den Vertretern des „Lebens als Aufgabe“ liegen im Osten enger beieinander als im Westen, 30% im Gegensatz zu 40% im Westen. Man hat also insgesamt eine stärkere und noch prägende Leistungsorientierung in ostdeutschen Kohorten. Der ostdeutsche Vorsprung soll in den Kohorten am größten sein, deren „prägende Periode“ in die – wie er sagt – „beste Zeit der DDR zwischen dem Mauerbau und dem Untergang fiel“ (ebd. 226) – also bei den Kohorten K5 bis K9. Und im Vergleich zum Westen liegen diese also noch auf einem höheren Niveau. Meulemann meint, er könne nun die vierte Frage beantworten: Stärkere Unterstützung des Wertes der Leistung in Ostdeutschland sei ein Effekt der DDR-Propaganda für Leistung verstanden als „mehr Arbeit“; die Ostdeutschen sind nicht wirklich stärker leistungsorientiert als die Westdeutschen, sie sind vielmehr in eine unterschiedliche Auffassung, eine unterschiedliche „Bedeutung“ von Leistung hineingezwungen worden. Die staatliche Propaganda verlangte von den Menschen „mehr Arbeit“, und die Menschen konnten dieses Ansinnen um so leichter akzeptieren, als es nur selten im beruflichen Alltag auf den Prüfstand kam.

Ich glaube, daß man auch hier einige kritische Punkte anführen muß und werde diese nur noch kurz nennen:

1. Der wichtige Unterschied von fremdverordneter und selbstmotivierter Leistung wird hier leider nicht beachtet; der Übergang etwa von Selbstverwirklichung – was immer das heißen mochte in der ostdeutschen Gesellschaft zu DDR-Zeiten – zur Selbstaufopferung. Das ist nicht plausibel geworden. Früher gab es viel stärkere Privatisierungstendenzen, etwa im Freizeitbereich (privates „Überleben“, „Organisieren“, Tauschverhalten usw.). „Selbstaufopferung“ ist also nicht die richtige Kategorie.
2. Pflicht und Selbstaufopferung, Selbstverwirklichung in der alten Bundesrepublik ist in der Tat nur zum Teil ein wichtiger Gesichtspunkt gewesen, der aber nicht die gesamte Veränderung dieses sogenannten Wertewandels oder Wertungswandels erklären kann. Die oben erwähnte Mängelhypothese, so glaube ich, ist hier nicht genügend berücksichtigt worden. In der Tat spielt(e) sie natürlich bei der Deutung der ostdeutschen Verhältnisse eine gewisse Rolle.
3. Selbstverwirklichungsleistung kann durchaus auch befriedigend sein: Es gibt Leistungsfreude, ja, geradezu Leistungslust, sogar Leistungssucht – zumindest in manchen Zusammenhängen – und das nicht nur im Sport! Das wird durch diese suggestiven Fragestellungen vom Leben als „Pflichtaufgabe“ in gewissem Sinne verdeckt.
4. Selbstverwirklichung kann auch wichtig sein als eine „Aufgabe“ eben des Lebens – denken Sie an das von mir vor anderthalb „Jahrzehnten“ postulierte „Menschenrecht auf sinnvolle Eigentätigkeit“ (Verf. 1983).
5. Ein Bewußtseinswandel von Erwerbsarbeit und Leistung ist in der Tat nicht so sehr ein Bedeutungswandel, sondern ein Bedeutsamkeitswandel.
6. Nur zum Teil gilt, daß die Ersetzung des Werts von fremdverordneter durch eher selbstverwirklichungsrelevante Leistung, eventuell selbstmotivierte Leistung und deren Teilkomponenten, bloß zeitlich (bzw. kohortenbezogen) verschoben ist und dadurch erklärt werden kann. Zählt dieser Teil sozusagen eher als der „Bedeutungswandel“, d.h. genauer als eine Akzentuierung oder Bewertung von Leistung, so haben sich nur bestimmte Detailkomponenten verschoben. Man kann also in der Tat offensichtlich – um das zusammenzufassen – nicht von einem generellen Bedeutungswandel der Leistung, sondern eher von Akzentverschiebungen innerhalb des Gesamtbudget der Lebenseinstellungen sprechen. Diese sind natürlich interessant genug, um auch sozialphilosophisch diskutiert zu werden. Das könnte und müßte man natürlich auch unter dem oben erörterten Gesichtspunkt der sinnvollen Eigentätigkeit tun. Dazu abschließend einige Bemerkungen.

„Abschied“ von der totalen (Erwerbs-)Leistungsgesellschaft

Mit der weiteren Tendenz einer stark wachsenden Verknappung von Arbeitsplätzen und Arbeit in einer Überfluß-Industriegesellschaft, mit der Notwendigkeit, die traditionelle westliche Ethik der Arbeit zu verändern – etwa das Kernwort „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (2. Thess., 3:10). Mit solch drastischen Änderungen traditioneller Einstellungen werden zum Beispiel die ehrenamtliche soziale Arbeit und schöpferische Handlungen jeder Art einen neuen Stellenwert bekommen. Der Wert eines Menschen in der Gesellschaft sollte zukünftig nicht nur daran gemessen werden, wieviel Geld er verdient. Es gibt andere bemerkenswerte Leistungen, die nicht bezahlt oder monetär bewertet werden. Dies gilt auch für Freizeittätigkeiten und für – selbst lebenslange – Ausbildungstätigkeiten.

Besonders wichtig für die künftige Erwerbsgesellschaft, in der Arbeitsplätze immer knapp bleiben werden – schon aufgrund struktureller technologischer Entwicklungsgründe (Automatisierung, Robotermechanisierung, Systemrationalisierung und -computerisierung etwa gerade auch im personalintensiven Dienstleistungsbereich) – erscheint es, eine Idee der sozial umfassenden, d. h. möglichst alle Arbeitswilligen, berücksichtigenden, gerechten Teilung und Verteilung der Arbeit als verbindliche Leitlinie im Auge zu behalten. Der Abbau von Überstunden, die Arbeitszeitverkürzung als individuelles oder gruppenorientiertes Angebot, vor allem eine intensive Förderung von Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung (job sharing) werden viel stärker als bislang in den Vordergrund treten (müssen). Freiwilligkeit im Sinne von sogenannten Cafeteria-Angeboten (gestaffelt nach Wünschen und Interessen der Betroffenen) sind einer freiheitlichen Gesellschaft angemessen.

In der Tat scheint es nicht genug zu sein, wie Adam Schaff bloß eine lebenslange Erziehung zu empfehlen. In sozialphilosophischer Sicht gilt es, die traditionelle brutale Alternative zwischen den zwei erwähnten Optionen, entweder zu arbeiten oder zu verhungern, abzuschaffen. Dies ist zumal wahr für jene Arbeitslosen, die nicht aufgrund eigenen Verschuldens von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. In einer industriellen Wohlstandsgesellschaft können und sollten wir einen garantierten Minimallebensstandard (Grundrente) jedem gewähren, ganz gleich, ob er arbeitet oder nicht.

Dieses Minimum braucht sich nicht einmal an dem physiologischen Existenzminimum auszurichten, sondern sollte je nach „Gesamtproduktivität und Leistung“ der Wirtschaft einer Gesellschaft beträchtlich darüberliegen. Eine soziale Strategie der Sockelbefriedigung (satisfi-

cing) scheint weise und durchführbar zugleich zu sein, wenigstens in hochproduktiven Gesellschaften.

Dies alles bedeutet nicht, daß das sogenannte gesellschaftliche Leistungsprinzip völlig außer Kraft gesetzt werden sollte. Über den garantierten Sockelbetrag des Unterhalts hinaus könnte Leistung immer noch eine sozial differenzierende und relativ „gerechte“ Maßnahme und Institution zur Verteilung von Zusatzeinkommen und anderen sozialen Gratifikationen sein. Jedoch existentiell – in bezug auf das Grundniveau des Lebensunterhalts – sollte eine Wohlfahrtsgesellschaft tendenziell zunehmend auf die traditionelle individualistische wechselseitige Koppelung von geleisteter Arbeit und Überleben verzichten. In der Tat hat die Idee der sozialen Wohlfahrtsgesellschaft dies zum Ziel. Und angesichts der wachsenden Probleme der Arbeitslosigkeit und der Explosion der automatisierten Produktivität wird eine industrielle Wohlstandsgesellschaft in Zukunft mehr und mehr gezwungen sein, diese wechselseitige Verkoppelung aufzugeben.

Ein solcher Wandel wird auch neue Möglichkeiten dafür bieten, ehrenamtliche und freiwillige Arbeit oder Tätigkeit, zum Beispiel Sozialarbeit ohne Lohn, anders zu bewerten, sozial höher einzuschätzen. Wie gesagt, Menschen brauchen und sollten in Zukunft ihren sozialen Wert und den anderer Personen nicht ausschließlich in Kategorien des Arbeits und Geldeinkommens abschätzen. Es gibt in der Tat andere produktive, sozial wertvolle und kreative Tätigkeiten, die nicht der üblichen Geldbewertung als Maßstab für das Sozialprestige unterliegen. Zukünftige soziale Bewertungen haben dies vermehrt zu beachten. In der postindustriellen Explosion der Produktion in der Überflußgesellschaft werden wir in diese Richtung gehen müssen. Im Zeitalter der Superindustrialisierung und „technotronics“ werden die Bereiche der freien und sozialen Tätigkeiten – nicht nur, aber auch für Ausbildungs-, Erholungs- und kreative Zwecke – mehr an Bedeutung gewinnen. Jede künftige soziale Einschätzung von Leistung, Arbeit und besonders freiwilliger Tätigkeit hat dies verstärkt zu berücksichtigen. Nicht nur Arbeit und Aktivitäten für Geld, sowie Einkommen für Berufsarbeit sind sinnvoll, schaffen und vermitteln Sinn. Es gibt viele andere sozial sinnvolle und sinnstiftende Tätigkeiten. Gerade die Mikroelektronik könnte sich als fruchtbar und hilfreich erweisen, uns von der Diktatur des Arbeitszwanges und dessen zu befreien, was besonders die neomarxistischen Gesellschaftskritiker „Entfremdung“ der Arbeit genannt haben. Falls wir die erwähnte wechselseitige Koppelung von Arbeit und Lebensunterhalt aufgeben können – und die mikroelektronische Revolution könnte uns zusammen mit anderen Trends der heraufkommenden automatisierten

Über- oder Postindustrialisierung mit dahin führen – wird der Bereich für freie persönliche Tätigkeit und für soziales Engagement viel größer werden. Das gilt nicht nur für, aber wesentlich auch für erzieherische und schöpferische sowie erholsame Tätigkeiten. Alle diese Tätigkeiten müssen im Maße ihrer Kreativität dann auch mehr gesellschaftliche Geltung erlangen! Zweifellos ist im derzeitigen Entwicklungsstand der Verlust der Arbeit noch zu oft mit einem Verlust an erlebtem Lebenssinn verbunden. Die Einstellung, nur bezahlte Arbeit schaffe Lebenssinn, muß sich ändern. In der Tat entsteht und vermittelt sich Lebenssinn auch durch andere Formen sozial anerkannter Tätigkeiten, durch freiwillige Arbeiten, besonders durch soziale Aktivitäten. Aber sie müssen anerkannt werden. Wir werden den zwangsmäßigen Zuschreibungscharakter der abendländischen Arbeitsethik ändern, vielleicht sogar aufgeben müssen. Wir werden weiterhin und sollten aktiv Handelnde bleiben. Manche werden sich – auch in Zukunft – so weit mit ihrer Tätigkeit identifizieren, daß sie geradezu zu Arbeitssüchtigen werden mögen. All das mag sein und bleiben, aber das übergreifende Gesamtmuster der sozialen Entlohnung und Prestigeordnung muß entdramatisiert werden. Was die äußere Versorgung angeht, geht der soziale Wohlfahrtsstaat ja auch in diese Richtung, vielleicht sogar schon ein wenig zu weit, zu entschieden in Richtung Sozialstaat als Bevormundungsstaat. Leistungsanreize, Eigenaktivitäten, Eigenverantwortlichkeit mit Freiwilligen und Flexibilität der Angebote und Arbeitsformen sowie der Engagementbreite zu verbinden, wird eine nötige, schwierige künftige Herausforderung für eine freie und sozial gerechte Gesellschaft sein.

Was die Anerkennung nicht bezahlter Eigentätigkeiten angeht, stehen wir noch weit zurück. Freiwillige und frei gewählte Tätigkeiten, die um ihrer selbst und um ihres Eigenwertes willen oder für soziale Zwecke, selbst für Erholungszwecke gewählt werden, sollten an sich einen neuen sozialen Status und Wert gewinnen. Eigene persönliche engagierte Aktivität, Eigenhandlung und Eigenleistung müßten unabhängig von möglicher Bezahlung einen besseren Ruf und besondere Anerkennung erlangen. Der vollständige Gegensatz zwischen den Bereichen bezahlter Arbeit und Freizeit wird und sollte statusmäßig überbrückt, gemildert, in manchen Bereichen vielleicht ganz geschlossen werden. Eine neue positive Kultur der frei gewählten persönlich engagierenden, nicht entfremdenden Tätigkeit, der Eigenleistung, und Selbsttätigkeit muß entwickelt, gesellschaftlich lanciert und mit mehr Nachdruck und Eindringkraft versehen werden.

Selbst ein Menschenrecht auf Eigenleistung und auf eigene persönliche kreative und rekreative Tätigkeit könnte begründet werden – durchaus in Verbindung und in Weiterführung oder

Übereinstimmung mit einigen der UN-Erklärungen der Menschenrechte von 1948 und 1966. Das vieldiskutierte „Recht auf Arbeit“ kann vielleicht auch in diesem weiteren Sinne fortgeführt und weiterentwickelt werden – also als menschliches Recht auf persönliche Entwicklung, Erziehung, kulturelle Aktivität (die in der Tat nicht nur passive Aufnahme von kulturellen Produkten bedeutet) (vgl. Verf. 1983).

Wir werden gezwungen sein, einige obligatorische Elemente der traditionellen westlichen Arbeitsethik und ökonomielastigen Bewertungen zu ändern oder aufzugeben. Wir können und sollten das Recht der wirklich Aktiven – und mitunter gar auch der Workoholics – erhalten, soviel an Spitzenleistung zu erbringen wie sie mögen. Das umfassende Muster sozialer Gratifikation und Bezahlung jedoch sollte sozusagen entdramatisiert werden. Freiwillige und freiwillige Handlungen, die um ihretwillen, aus sozialen oder selbst aus Erholungsgründen ausgeführt werden, müssen einen neuen gesellschaftlichen Status und Wert erhalten. Persönliche Eigenleistung unabhängig vom Kriterium der Bezahlung muß ein besseres Prestige bekommen. Der totale Zusammenstoß zwischen den Arbeits- und Freizeitbereichen wird und sollte in einigen Bereichen gemildert bzw. außer Kraft gesetzt werden. Eine neue positive Kultur des frei gewählten persönlichen Einsatzes für nicht entfremdete Handlungen, für Eigenleistung und -tätigkeit muß entwickelt werden und neue Impulse bekommen. (Man könnte es als Menschenrecht ansehen – ein Menschenrecht auf schöpferische Handlungen, auf Eigenleistung und -tätigkeit.) Diese Tendenzen würden Konkurrenz, d. h. Konkurrenz um persönliche Extra-Gratifikation und um das Vorwärtkommen, tendenziell weniger ernsthaft machen, ohne völlig die Idee einer gemilderten Konkurrenz als Fortschritts- und Entwicklungsvehikel aufzugeben, obwohl diese nur zusätzlich zu den grundlegenden „Befriedigungs-“ („satisficing“-) Garantien käme, wie der Nobelpreisträger Herbert A. Simon die Garantie der Grundbedürfnisse und eine Sockelabsicherung genannt hat. Konkurrenz würde – nicht länger todernst – zum Symbol, sozusagen zu einer Art von Sport und Mittel der Selbstvervollkommnung.

Das hauptsächliche Ziel eines jeden Erziehungsprogramms sollte die Ausbildung dieser Fähigkeit zur aktiven persönlichen Mitwirkung, zur persönlichen Eigenleistung und zum individuellen als auch originellen Denken sein. Man denke etwa an den schönen Slogan eines Stanford-Professors: „Weniger studieren, mehr denken!“ Selbsterzeugte, intern produktive, kreative und rekreative Handlungen (Eigenhandlungen), mit denen sich der Lernende wirklich identifiziert, sollten das Hauptziel der Ausbildung sein. Primäre Eigenmotivation muß höher be-

wertet werden als sekundäre Fremdmotivation. Nur eine Handlung, die auf persönlicher Mitwirkung und Eigenleistung beruht, kann wirklich schöpferisch und produktiv sein. Heutige übliche Erziehungsprogramme, -praxis und -institutionen berücksichtigen den Hauptunterschied zwischen Eigen- und Fremdmotivation, zwischen schöpferischer „Eigen“-Handlung und der Erfüllung von Routinestandards, zwischen echter Erziehung und Drill oder manipulativer Einflußnahme, zwischen aktiver Produktivität und Imitation noch nicht ausreichend. Drill und Dressur können, dürfen aber nicht – sollten zumindest nicht – die Richtlinien einer idealen Erziehung sein. Sie wären nur eine ziemlich perverse Fortführung der technokratischen Tendenzen einer verwalteten, von Daten und Codes bestimmten Welt formeller Institutionen und Organisationen. Die Förderung von Eigentätigkeit und Eigenleistung ist im Gegenteil eine Art Anti-Dressur, ein anti-technokratisches, antiformelles und antidiktatorisches Programm. Demokratie basiert tatsächlich auf teilnehmender Handlung und persönlicher Eigenleistung. Und Eigenhandeln, Eigenleisten ist eine Schule der Demokratie.

Literatur

Borgman, A.: Philosophische Betrachtungen zur mikroelektronischen Revolution, in: *Huning, A./Mitcham, C.* (Hrsg.): Technikphilosophie im Zeitalter der Informationstechnik, Braunschweig/Wiesbaden 1986, 143-154.

Inglehart, R.: Kultureller Umbruch, Frankfurt/M. 1989.

Inglehart, R.: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

Kohli, M.: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: *Kaelble, H./Kocka, J./Zwahr, H.* (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

Lenk, H.: Sozialphilosophie des Leistungshandelns, Stuttgart 1976.

Lenk, H.: Eigenleistung, Zürich/Osnabrück 1983.

Lenk, H.: Die achte Kunst, Zürich/Osnabrück 1985.

Lenk, H.: Zwischen Sozialpsychologie und Sozialphilosophie, Frankfurt/M. 1987.

Lenk, H.: Zwischen Wissenschaft und Ethik, Frankfurt/M. 1992.

Lenk, H.: Interpretationskonstrukte, Frankfurt/M. 1993.

Lenk, H.: Von Deutungen zu Wertungen. Eine Einführung in aktuelles Philosophieren, Frankfurt/M. 1994.

Lenk, H.: Einführung in die angewandte Ethik: Verantwortlichkeit und Gewissen, Stuttgart 1997.

Lenk, H.: Konkrete Humanität. Vorlesung über Verantwortung und Menschlichkeit, Frankfurt/M. 1998.

Meulemann, H.: Der Wert der Leistung in Deutschland 1956-1996, in: *W. Glatzer/I.Ostner* (Hrsg.): Deutschland im Wandel, Opladen 1999.

Noelle-Neumann, E.: Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich/Osnabrück 1979.

Noelle-Neumann, E./Strümpel, B.: Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? München 1984.

Schaff, A./Friedrichs, G.: For better or for Worse. 1982. Dt.: Auf Gedeih und Verderb, Wien 1982

Schmidtchen, G.: Menschen im Wandel der Technik, Köln 1986.

Technikakzeptanz und Kernenergie

Rolf-Jürgen Gleitsmann

Als ich gebeten wurde, im Rahmen dieser Vortragsreihe anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik zu einem Thema der Technikgeschichte zu referieren, fiel es mir nicht schwer, den Gegenstandsbereich der Kernenergie vorzuschlagen.

Dies nicht etwa deshalb, weil sich hieran, jubiläumsgerecht, das so beliebte Genre einer Erfolgsgeschichte von Technik publikumswirksam präsentieren ließe – mit dieser Zielsetzung hätte ich wahrlich eher auf das Beispiel des Automobilbaus zurückgegriffen – sondern, weil sich im Spiegel von annähernd 50 Jahren Kernenergiegeschichte, geradezu fokussiert, einer der im Hinblick auf seine letztendlichen Konsequenzen für unsere gesellschaftliche Zukunft wohl gravierendste Wertewandel überhaupt dokumentieren und diskutieren läßt.

Exemplarisch vermag am Beispiel des Technikfeldes Kernkraftnutzung jene Entwicklung in und für die BRD nachgezeichnet zu werden, die zunächst von einer absoluten positiven Überhöhung in der Bewertung der Zukunftspotentiale dieser Technologie, schließlich in einer ebenso drastischen Negativbewertung mündete, ohne dabei allerdings jemals die Chance zu einem *offenen* gesellschaftlichen Diskurs zu dieser bedeutsamen Technologie zu eröffnen.

Der Begriff Kernenergie bzw. augenfälliger noch *Atom* war und blieb immer ein Begriff, der zu gesellschaftlicher Polarisierung führte, ein Begriff der Superlative, im Positiven wie im Negativen. Ein Begriff zudem, der emotionsgeladen genug besetzt war, um politisch instrumentalisiert zu werden, und dem gerade deshalb der Weg in einen *wirklich offenen* gesellschaftlichen Diskurs verstellt bleiben mußte.

Daß wir in einer durch Technik geprägten Welt leben, ist eine unbestreitbare, ja geradezu triviale Feststellung. Spätestens seit der Industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts ist nicht mehr zu übersehen, daß Technik und Wissenschaft zu den bestimmenden Faktoren der Menschheitsentwicklung geworden sind.

Ohne hochentwickelte Technik sind weder unser Alltagsleben denkbar, noch moderne Gesellschaftssysteme funktionsfähig. Hans Lenk hat es einmal folgendermaßen ausgedrückt: „Die Menschheit ist von ihrer Technokultur abhängig geworden.“

Und dennoch scheint gerade diese Technik, von der wir alle so nachhaltig geprägt werden, heute für zahlreiche Menschen doch zu einer befremdlichen, unverständlichen, ja geradezu als bedrohlich empfundenen Macht geworden zu sein, und wird eben gerade nicht als das gesehen, was sie ist, nämlich die Grundlage unserer allgemein akzeptierten Wohlstandsgesellschaft.

Diese Einschätzung ist nicht etwa als subjektive Bewertung des Referenten zu mißdeuten, sondern läßt sich anhand von einschlägigen Meinungsumfragen zum Themenkomplex „Technikakzeptanz“ eindeutig nachweisen. Auf die Frage: „Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschheit ist?“ antworteten in den 1960er Jahren noch über 70% der befragten Bundesbürger mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Segen der Technik. Und dies, obwohl einem Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung auch negative Auswirkungen von Technik – zumindest von Militärtechnologie – durchaus präsent waren.

Als Beispiel mag folgendes angeführt werden:

Mitte der 1950er Jahre beschäftigte einen Großteil der Bevölkerung die Frage der „Klimaveränderung“. Und zwar waren u. a. Frühjahr und Sommer 1956 derart verregnet, daß sich hartnäckig die Meinung hielt, daß die oberirdischen Atombombentests, von denen es bis dato 36 gegeben hatte, hierfür verantwortlich zu machen wären.

Eine EMNID-Umfrage von 1956 versuchte diesbezüglich, der öffentlichen Meinung auf den Grund zu gehen, und fragte: „Glauben Sie daß die Witterungserscheinungen der letzten Jahre, so z. B. dieses Sommers, auf den Einfluß von Atombombenexplosionen zurückzuführen sind?“

Man erhielt als Antwort, daß 68% der Befragten diesen Sachverhalt bejahten!

Bis zum Beginn der 1980er Jahre sank der Anteil derjenigen, die in der Technik eher einen Segen auszumachen vermochten, auf nurmehr ca. 45% ab, während sich seitdem dieser Anteil allerdings wieder leicht erhöhte, nach wie vor jedoch unter 50% liegt.

Man mag sich diesen Sachverhalt nochmals deutlich vor Augen führen: In einer in jedweder Hinsicht technikdeterminierten Wohlstandsgesellschaft scheint sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht im Klaren darüber zu sein, worauf dieser Wohlstand einzig und allein beruht, nämlich auf fortgeschrittener, moderner Technologie. Einer Erkenntnis im übrigen, derer man

sich in den frühen Jahren der BRD durchaus noch eindringlich bewußt gewesen zu sein scheint. So führte der damals neuernannte Bundesminister für Atomfragen, Franz-Josef Strauß anlässlich eines Vortrages vor dem Hamburger Übersee-Club im April 1956 u. a. aus:

„Bei der Erforschung und Verwertung der Kernenergie für friedliche Zwecke handelt es sich nicht um eine Frage des politischen Prestiges, des politischen Machtanspruchs oder des Nationalstolzes, sondern, ganz primitiv gesehen, um eine Frage des Lebensstandards,“ und er fuhr fort: „Ein Volk, welches in Atomwissenschaft und Atomtechnik,“ also den High-Tech-Bereichen der damaligen Zeit, „nicht konkurrenzfähig ist, verliert seinen Platz in der vordersten Linie der Wirtschaftsnationen dieser Welt und wird in die zweite Linie zurücktreten müssen.“ Und Strauß fuhr folgerichtig fort: „Ein relatives Zurückgehen unseres Exports am Gesamtvolumen des Welthandels ist auch eine Frage, die sich in der Lohntüte des Arbeiters, in der Lebenshaltung der breiten Massen und damit auch in der innenpolitisch ruhigen Zufriedenheit unseres Volkes so oder so, im Guten oder im Schlechten, sehr nachdrücklich auswirken würde.“

Stattdessen macht heute das Gespenst der sog. „Risikogesellschaft“ (Beck) die Runde, welche im technischen Wandel eher eine gesellschaftliche Bedrohung denn eine Chance sieht. Die Bundesrepublik Deutschland stünde demnach nach 50 Jahren mithin in einer technologischen Sinnkrise, die nur durch eine Abkehr vom bisher beschrittenen Pfad zu bewältigen sei.

Soweit – so gut.

Verbanden sich in den 1950er und 1960er Jahren also vor allem mehr oder weniger überzogene Hoffnungen mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, so fanden seit den späten 1970er Jahren im Zusammenhang mit der Technik verstärkt Weltuntergangsprognosen ihr Publikum.

Heute stehen sich Befürworter und Gegner technischen Fortschritts bzw. technischen Wandels scheinbar unversöhnlich gegenüber. Die öffentliche Diskussion bzw. Auseinandersetzung der letzten Jahre, die im Hinblick insbesondere auf technische Großprojekte – also Kraftwerke, Flughäfen, Kanalbauten, Autobahnen oder auch Gentechnologie etc. – zu verzeichnen ist, hat gezeigt, daß die Diskussion um Technik sehr bewußt zum Ansatzpunkt gesellschaftspolitischer Veränderungsstrategien gemacht wird. Bewußt oder unbewußt wird damit allerdings letztlich das Erfolgsmodell der industriegesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland selbst zur Disposition gestellt. Und man darf sich in dieser Hinsicht durchaus die

mahnenden Worte von Carlo Schmitt, einem der Väter unseres Grundgesetzes in Erinnerung rufen, welcher bereits 1956 auf dem Münchner SPD-Parteitag scharfsinnig, wenn auch möglicherweise etwas zu pointiert festhielt: „Wir müssen verhindern, daß es uns so geht, wie es einmal Spanien gegangen ist, im Verhältnis zu dem wir einmal ein unterentwickeltes Land gewesen sind [...]. Tun wir das nicht, dann werden wir in zehn Jahren ein von den Atomländern abhängiger Staat geworden sein.“

Wenden wir unser Erkenntnisinteresse nun etwas eingehender dem Bereich der Kerntechnik zu. Im Hinblick auf die dargestellte allgemeine Technikakzeptanzentwicklung der vergangenen 50 Jahre scheinen dabei doch durchaus gravierende Unterschiedlichkeiten auszumachen zu sein. So ist zunächst einmal augenfällig, daß die Bewertung dieser neuen Technologie signifikante Unterschiede zwischen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Eliten auf der einen Seite und der sog. „öffentlichen Meinung“, also der „mit Hilfe der standardisierten Erhebungsinstrumente der Demoskopie ermittelten repräsentativen Durchschnittsmeinung“ auf der anderen Seite, zeigt.

Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Eliten glaubten mit der Kernenergienutzung jene Technologie namhaft gemacht zu haben, die für die Zukunft eines jeden Landes unverzichtbar zu sein schien.

So sprach, ohne hier eine einzelne politische Partei bevorzugt zitieren zu wollen, der Ausschuß für Fragen der Atomenergie beim Vorstand der SPD in seinem sog. „Atomplan“ von 1956 „Vom Beginn eines neuen Zeitalters der Menschheit“ und formulierte unter Hinweis darauf, daß es „für ein Volk, das die Hälfte seiner Jahresnahrung gegen Export einführen muß und das so von der Güte seiner Industrieerzeugnisse lebe, unerlässlich sei, schnellstmöglich an den Stand der Atomtechnik der fortgeschrittenen Nationen anzuknüpfen.“

„Not durch Geist bannen, ein Ziel des Sozialismus,“ so die Devise der damaligen SPD.

Damit war die politische Zielsetzung im Hinblick auf die erforderliche Technologieperspektive der jungen Bundesrepublik klar definiert und wurde im übrigen vom politischen Gegner der vorgenannten Sozialdemokratie, also der Bundesregierung unter Konrad Adenauer, durchaus auch in gleicher Weise verfolgt:

1. Schaffung der politischen Rahmenbedingungen zum Zugang zu einer nationalen Kernenergieindustrie, d.h.: Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte auf diesem Gebiet;

2. Aufbau einer eigenen Kernenergieindustrie mit der Zielsetzung einer nationalen, konkurrenzfähigen Energieversorgung sowie
3. der Möglichkeit des Exports von Reaktor- als auch Kraftwerkstechnologie sowie genereller Begünstigung deutscher Exportmöglichkeiten auf den Weltmärkten.

Im Unterschied sowohl zu dieser unstrittigen Grundsatzposition der genannten Eliten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und im deutlichen Gegensatz zur allgemeinen Technikakzeptanz der 1950er und 1960er Jahre zeigen sich im Hinblick auf das Untersuchungsobjekt „Kernenergieakzeptanz“ zunächst augenfällige Unterschiedlichkeiten.

So läßt sich anhand einschlägiger Repräsentativerhebungen, z. B. von EMNID, u. a. nachweisen, daß:

1. sich die Bevölkerung im Hinblick auf die Bewertung des Nutzens einer zukünftigen Kernenergieindustrie durchaus zunächst noch abwartend bzw. verhalten äußerte.

So zeigte z. B. eine von EMNID im Jahre 1955 im Auftrag der Stadt Karlsruhe, einem der prominentesten Bewerber um den Standort der „Bundes-Reaktorstation“ durchgeführte Repräsentativumfrage, daß:

- sich nur bzw. immerhin 43% der Befragten uneingeschränkt für die Einrichtung eines Atomreaktors in Karlsruhe aussprachen, während
- 23% dagegen votierten, davon allerdings nur gerade 1% prinzipiell,
- während 34% der Befragten noch indifferenter Auffassung waren.

2. sich 1955 nur gerade 29% der Befragten eine eher segensreiche Auswirkung der Atomtechnik vorzustellen vermochten, während diese die deutliche Mehrheit von 44% der Befragten eher für einen Fluch hielten.

Das heißt, daß die Umfrageergebnisse aus den 1950er Jahren zeigen, daß für die Bevölkerung, im Unterschied zu den damaligen Eliten, die Vorstellung eines sog. „Atomzeitalters“ durchaus nicht eindeutig positiv besetzt war.

In den 1960er und 1970er Jahren ist in dieser Hinsicht ein deutlicher öffentlicher Meinungsumschwung zu verzeichnen, der sowohl im Zusammenhang mit der sog. Ölkrise als auch den geplanten wie errichteten Leistungsreaktoren zu sehen sein dürfte. So erreichte die kernener-

gieoptimistische Position in entsprechenden Meinungsumfragen der Jahre 1973 bis 1975 mit etwa 77 % die größte Zustimmung überhaupt.

Wenig später, und trotz des heftig diskutierten GAUS von Three Miles Island bei Harrisburg vom 28. 3. 1979, votierten in Deutschland nach wie vor noch ca. 60 % der befragten Bevölkerung für den weiteren Ausbau von Kernkraftwerkskapazitäten. Ein Prozentsatz im übrigen, der bis zum Beginn der 1980er Jahre noch weiter ansteigt und etwa 2/3 der Befragten als Befürworter der Kernenergienutzung ausweist.

Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hat sich die öffentliche Meinung zur Kernenergienutzung in der BRD grundlegend gewandelt. War zuvor, d.h. seit Beginn der 1980er Jahre, zwar ein Trend in Richtung auf eine Zunahme der Kernenergiegegner zu verzeichnen, so weisen die Umfragen seit 1986 nun deutliche Mehrheiten aus.

In der EMNID-Umfrage vom Mai 1986 haben sich, im Vergleich zu derjenigen von 1982, die Ergebnisse quasi spiegelbildlich verkehrt: Den Befürwortern einer Kernenergienutzung von nurmehr 23 % stehen Gegner in Höhe von 53 % der Befragten gegenüber.

Ein Umfrageergebnis, welches im wesentlichen bis in die jüngste Vergangenheit hinein Bestand hatte und zur Grundlage der verschiedensten politischen Ausstiegsszenarien geworden ist. Das Ende des Atomzeitalters scheint damit vorprogrammiert zu sein, und zwar getragen sowohl von einer Bevölkerungsmehrheit als auch einem Großteil der politischen Entscheidungsträger.

Fazit

1. In der Geschichte der Bundesrepublik hat sich der Prozentsatz der grundsätzlichen Technikbefürworter von zunächst etwa 70 % auf heute nurmehr ca. 45 % reduziert;

Technischer Wandel wird, anders als in den 1950er bis 1970er Jahren heute zunehmend eher als Gefahr denn als Chance für eine lebenswerte Zukunft wahrgenommen. Diese Position steht im deutlichen Kontrast sowohl zu der unbestrittenen Exportabhängigkeit der Deutschen Wirtschaft als auch zur tatsächlichen Basis unserer Wohlstandsgesellschaft;

2. Im Hinblick auf die Bewertung der Kernenergienutzung besteht von jeher eine augenfällige Diskrepanz zwischen den diese befürwortenden Eliten auf der einen Seite und der sog. „einfachen Bevölkerung“, wie sie sich in Repräsentativumfragen manifestiert, auf der anderen Seite.

Während das allgemeine Zustimmungspotential in den 1950er und 1960er Jahren durchweg unter 50 % lag, stieg es bis in die 1980er Jahre hinein auf über 70 % an.

3. Dessen ungeachtet formierte sich seit Ende der 1970er Jahre zunächst außerparlamentarischer, später dann „parteilichter“ Widerstand gegen die Kernenergie (Whyll, Brockdorf, Kalkar, Gorleben, Wackersdorf), der schließlich 1983 in den Einzug einer Grün-Alternativen Liste in den Bundestag mündete und zu einer grundlegenden Veränderung des bundesdeutschen Politikspektrums führte.

4. Anders als in den frühen Jahren der Bundesrepublik scheint heute auch eine Mehrheit zumindest der politischen Eliten dem technischen Wandel gegenüber skeptisch eingestellt zu sein und insbesondere eine weitere Kernkraftnutzung entweder direkt abzulehnen oder aber zumindest in Frage zu stellen. Die gegenwärtig „verhandelten“ Ausstiegsszenarien bewegen sich dabei in einem Zeitrahmen von wenigen Jahren bis zu drei Dekaden.

5. Dessen ungeachtet und herausgerückt aus möglichen Notwendigkeiten des aktuellen politischen Tagesgeschäfts sollte allerdings eins nicht verkannt werden:

Die Zukunft unseres Gemeinwesens, unserer Gesellschaft insgesamt, unserer ökonomischen Prosperität und durchaus auch unseres ökologischen Wohlergehens bleiben eindeutig „**technikdeterminiert**“.

Ich möchte sogar soweit gehen zu behaupten, daß ohne ein deutliches Abrücken von der technikpessimistischen Grundhaltung weite Teile unserer Gesellschaft das Erfolgsmodell Bundesrepublik, wie es in den 1950er Jahren durch Ludwig Erhard und andere konzipiert und auf den Weg gebracht worden ist, keinen Bestand haben kann.

Oder – in Abwandlung der eingangs zitierten, wenn auch heute möglicherweise etwas pathetisch klingenden Worte von Franz-Josef Strauß:

„Ein Volk, welches in Wissenschaft und Technik nicht konkurrenzfähig ist, verliert seinen Platz in der vordersten Linie der Wirtschaftsnationen dieser Zeit, und dabei handelt es sich nicht um eine Frage des politischen Prestiges, des politischen Machtanspruchs oder des Nationalstolzes, sondern, ganz primitiv gesehen, um eine Frage des Lebensstandards.“

Die Entwicklung der Bauverfahren

Fritz Gehbauer

1. Einführung

Bevor das Thema in der gebotenen Kürze behandelt werden kann, müssen einige Abgrenzungen und Einschränkungen vorgenommen werden. Unter Bauverfahren wird im wesentlichen die Bauausführungsmethode verstanden, wobei eine enge Wechselbeziehung zu den konstruktiven Entwürfen und Durchbildungen besteht. Das Thema „Entwicklung der Bauverfahren“ kann unter den verschiedensten Blickwinkeln behandelt werden. Der folgende kurze Abriss wird sich mit einem Themenmix beschäftigen, der aus folgenden Hauptkomponenten besteht:

Das Wesen der Bauverfahren im Vergleich zu anderen Verfahrenstechniken

Das Wesen des Fortschritts in den Bauverfahren

Der Einfluß der Rahmenbedingungen

2. Das Wesen der Bauverfahren im Vergleich zu anderen Verfahrenstechniken

In Bild 1 sind beispielhafte technologische Entwicklungen angeführt und in zwei Kategorien, die Grundtechnologien und die abgeleiteten Technologien, eingeteilt. Die Grundtechnologien entwickeln sich praktisch von Anfang an seit der Bewußtseinststehung bzw. Selbsthaftwerdung der Menschheit. Ihre Entwicklung erfolgte stetig in evolutionären Prozessen bis zum heutigen Tage. Zu diesen Technologien gehört das Bauen. Die abgeleiteten Technologien treten später, teilweise viel später auf, und sie erfolgen in Entwicklungssprüngen und oft in revolutionären Prozessen (vgl. die Industrielle Revolution).

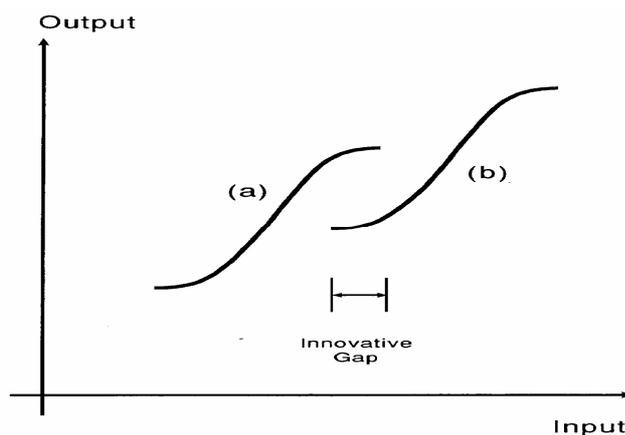
Technologische Entwicklungen

- Grundtechnologien:
- von „Anfang“ an
 - Entwicklung stetig
 - Evolution
- z. B.
- Agrikultur
 - Bauen
 - Musik/Sprache
 - Kultur und Riten
- Abgeleitete Technologien:
- treten später, oder viel später auf
 - Sprünge in der Entwicklung
 - Revolutionen
- z. B.
- Materialwissenschaft
 - Dampftechnik
 - Verbrennungsmotoren
 - Elektrik/Radio
 - Datenverarbeitung
 - Fliegen

Bild 1

Dementsprechend entwickeln sich die Bautechnologien stetig, während der elektronische Computer einen Entwicklungssprung darstellt und selbst auch in Entwicklungssprüngen vorwärts geht. Der voluminöse Computer von 1960 hat eine geringere Leistungsfähigkeit als der kleine PC von heute. Beim Fliegen gibt es den gewaltigen Entwicklungssprung vom Nichtfliegen zum Fliegen, es gibt aber nicht den Entwicklungssprung vom Nichtbauen zum Bauen. Bauen hat es immer schon gegeben, das Fliegen schwerer als Luft nicht. Schon vor tausenden von Jahren wurden im Prinzip dieselben Bauwerke errichtet, wie wir sie heute erstellen. Dämme, Wasserleitungen, Brücken, Kanäle, Wohnungen. Der große Kanal der Kaiser in China wurde über Hunderte von Kilometern erstellt und diente dem Schiffstransport von Naturalien als Steuerabgaben. Diese große künstliche Wasserstraße und ein Kanalbau von heute unterscheiden sich als Bauwerk kaum, wohl aber in der Ausführungsmethode, worauf später noch eingegangen wird. In anderen Technologien gibt es Entwicklungssprünge, im Bauen selten. In anderen Bereichen erfolgen die Entwicklungssprünge etwa nach Bild 2.

Bild 2



Eine neue Technologie entwickelt sich unabhängig von der alten zunächst auf niedrigerem Effizienzniveau und erreicht dann ein wesentlich höheres. Der Übergang des Personenverkehrs über den Atlantik vom Schiff auf das Flugzeug wäre hierfür ein Beispiel. Der Flugverkehr über den Atlantik war zunächst wesentlich weniger effizient und leistungsfähig als der Schiffsverkehr, wurde weiterentwickelt und erreichte dann ein höheres Niveau. Die Entwicklungssprünge im Bauwesen sind klein und folgen eher kontinuierlichen Kurven. Mögliche Entwicklungssprünge im Bauwesen rechnen sich oft nicht oder lange nicht. Die automatische Hochhausmontage, wie sie in Japan versucht wird, oder der Mauerroboter gehören hierzu.

Bauen ist regional sehr verschieden, Computer oder Flugzeuge nicht. Bilder 3 und 4 zeigen zwei sehr unterschiedliche Baugrubensicherungen in zwei verschiedenen Ländern. In beiden Ländern werden aber die gleichen Flugzeuge, die gleichen modernen Computer und die gleichen Autos verwendet. Das qualitative und ausführungstechnische Verbesserungspotential ist weltweit im Bauwesen noch erheblich, auch bei uns.



Bild 3



Bild 4

Trotz aller Großtechnologie hat das Bauen oft auch etwas Altmodisches im Image. Bewehrungskörbe mit Gewichten von bis zu 50 t können mit riesigen Kranen versetzt werden oder aber in Handarbeit. Bild 5, das vom Titelbild einer renommierten Bauzeitschrift stammt, zeigt, wie sich das Bauwesen oft selbst darstellt (vgl. Arbeitshaltung, Sicherheit und Erscheinungsbild).

Bild 5



Im Bauwesen wird nach Phasen der Neuentwicklung manchmal auf Bewährtes (das mittlerweile verbessert wurde) zurückgegriffen. In den 60er Jahren sah es so aus, als könnten neue Fertigbau-Montagetechniken im Stahlbetonbau (Bild 6) die herkömmliche Schalungstechnik ablösen. Letztere wurden jedoch weiterentwickelt und herrschen in den 90er Jahren wieder vor (Bild 7).



Bild 6

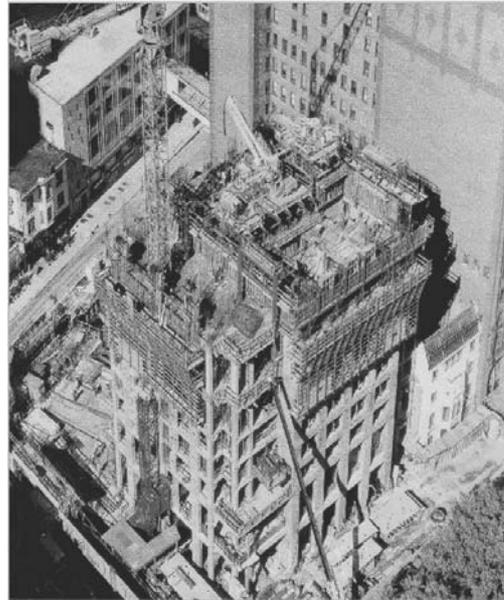


Bild 7

3. Das Wesen des Fortschritts in den Bauverfahren

Im Bauwesen machen neue Technologien vieles einfacher, aber auch die alten Technologien haben das gleiche Ergebnis ermöglicht. Die Vermessung bei der Herstellung der Skulpturen des Mount Rushmore wurde mechanisch mit Stäben, Winkeln und Loten durchgeführt. Heute würde das mit Laserabtastung geschehen, mit dem Ergebnis erhöhter Geschwindigkeit und Präzision.

Aber selbst bei der Geschwindigkeit sind wir heute nicht unbedingt die Weltmeister. Beim Bau der Cheopspyramide wurden tonnenschwere Blöcke präzise behauen, transportiert und 2½ Millionen Blöcke in 20 Jahren, d. h. 400 Blöcke je Tag, versetzt. Damit täten wir uns mit unseren heutigen Logistikmethoden auch noch schwer.

Faszinierend sind heute die großen Massenbewegungen, wie z. B. die 180 Millionen Kubikmeter am Kansai-Flughafen. Aber auch früher wurden riesige Massen bewegt: an der Chinesischen Mauer, am schon erwähnten Chinakanal, in Suez, in Panama; aber es wurden jeweils

hunderttausende von Menschen eingesetzt und zehntausende kamen dabei um. In Panama kamen beim ersten, gescheiterten Versuch unter Lesseps 20.000 Menschen um. Beim zweiten Versuch unter Roosevelt war der Mechanisierungsgrad wesentlich größer, Sicherheits- und Gesundheitsfragen wurde größere Bedeutung beigemessen.

Damit haben wir den Kern des Fortschrittes in den Bauverfahren erreicht: Menschenschonung durch Planung, Management und vor allem durch die Baumaschinen. Das Bauwesen hat aus den abgeleiteten Technologien (Dampf, Verbrennungsmotor, Elektromotor, Hydraulik, Elektronik), die viel jünger sind als das Bauwesen, die Möglichkeiten übernommen und auch weiterentwickelt, um mit den Baumaschinen menschonender bauen zu können. Aber auch als Maschinen schon entwickelt waren (z. B. die Lokomotive), wurde beim Bau der Eisenbahn noch stark auf Tier- und Menschenkraft gesetzt. Erst die maßgeschneiderten Baumaschinen haben den großen Fortschritt gebracht. Auch die Römer haben schon Pfähle in den Boden gerammt, aber heute geht es eben mit Maschinen. Bild 8 zeigt eine Ramme, die nicht nur eine Maschine darstellt, sondern auch mit Regelung und Sensoren ausgestattet ist, die dafür sorgen, daß die Rammeindringung optimal verläuft, indem die Reaktionen des Bodens gemessen und in Parametereinstellungen des Schwinggerätes umgewandelt werden; außerdem ist eine automatische Erschütterungskontrolle an umliegenden Bauwerken möglich (Entwicklung des Instituts für Maschinenwesen im Baubetrieb der Universität Karlsruhe).

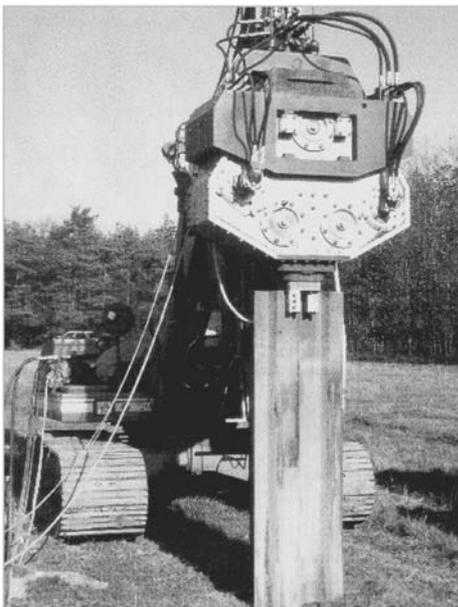


Bild 8



Bild 9

Die Anfänge der Mechanisierung beruhten auf der Muskelkraft. Große Massenbewegungen wurden, wie schon erwähnt, auch früher schon durchgeführt. Auch am Chinakanal wurden Millionen Kubikmeter bewegt, aber von Millionen von Menschen mit zehntausenden von Toten. Der in Bild 9 gezeigte Kanal aus heutiger Zeit wurde von wenigen hundert Menschen mit großen Maschinen und ohne nennenswerte Unfälle erstellt.

Unsere Bauwelt ist menschlicher geworden, und das ist der größte Fortschritt überhaupt. Die wesentlichen Bauwerkstypen, auch in Größenordnungen, wurden immer schon erstellt. Der Tunnelbau bestand früher im wesentlichen aus Zimmer- und Handarbeit. Heute gibt es Teilschnittmaschinen, Vollschnittmaschinen und Bohrjumbos. Beim Spritzbeton gibt es die Möglichkeit, statt der gesundheitsgefährdenden Handspritzung Maschinen oder gar Roboter einzusetzen.

Neben der Entwicklung der Baumaschinen zur Menschenschonung und zur Steigerung der Produktivität gehören aber auch das erhöhte Sicherheitsbewußtsein, die verbesserte Ausbildung auf allen Ebenen und die Systematisierung des Bauwesens in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zum Wesen des Fortschrittes.

4. Der Einfluß der Rahmenbedingungen

Es wurde schon gezeigt, daß die Bauverfahrenstechniken sehr stark von anderen Technologien (z. B. Maschinenentwicklung) abhängen und daß die wesentlichen Weiterentwicklungen des Bauwesens damit verbunden sind. Es bestehen jedoch noch viele weitere Abhängigkeiten und Wechselwirkungen, die Einfluß auf die Bauverfahren nehmen.

Dazu gehören in erster Linie die Gesellschaft und ihre Bauherren. Der mehrfach erwähnte große Kanal in China wurde von den Kaisern deswegen angelegt, um die Steuereintreibung in Realien zu verbessern. Dafür bauen wir heute keine Kanäle mehr, wir haben subtilere Methoden der Steuereintreibung.

Für die Entwicklung von fortgeschrittenen Bautechnologien und neuen Bauverfahren innerhalb eines Landes sind immer mehrere Faktoren verantwortlich. In erster Linie stehen hier der Bedarf an Bauwerken, die eine technologische und quantitative Herausforderung darstellen, sowie die ökonomischen und technologischen Fähigkeiten, diese auch zu realisieren. Voraussetzung für eine Bautechnologie auf hohem Niveau ist oft auch eine Topographie, die die Entwicklung von großen Ingenieurprojekten erfordert. Gesellschaftliche Erfordernisse und

Zustände bilden fördernde oder behindernde Faktoren. Auch die Umweltfragen können in beiden Richtungen wirken.

Nach dem Kriege hat der Bedarf an mittelweitgespannten Flußbrücken zu einer beispielhaften Entwicklung im Stahlbrückenbau und im Betonbrückenbau in Deutschland geführt. Die Schrägseilbrücke ist nur eines der hervorragenden Beispiele, die aus diesem Bereich hervorgegangen sind. Eine weitere Entwicklung zu größeren Spannweiten war jedoch dann aus topographischen Gründen nicht notwendig bzw. wurde später auch aus der Gesellschaft heraus behindert. Neue Dimensionen im Schrägseil- und Hängebrückenbereich werden im Ausland vorangetrieben.

Spektakuläre Bauwerke der Verkehrsinfrastruktur, z. B. die Große Belt-Verbindung, die Normandiebrücke, die Verbindung quer durch die Tokiobucht, der Hongkong Airport mit seinen Zufahrtswegen, werden nicht mehr bei uns, sondern im Ausland erstellt. Hier spielen wie erwähnt die geographischen Gegebenheiten eine Rolle, aber auch die bei uns oft fehlende gesellschaftliche Akzeptanz.

Auch das Bedarfsvolumen, das wiederum gesellschaftlich-politisch geprägt ist, bildet einen erheblichen Einflußfaktor. In einer Nation, wo der große Erdbau selten geworden ist, werden bestimmte Baumaschinen nicht mehr vorgehalten. Der seltene große Erdbau wird dann (z. B. an der A 9 in Bayern) statt optimal mit den nicht mehr vorhandenen Scrapern suboptimal im Tieflöffelbaggerbetrieb ausgeführt; die Entwicklung stagniert.

Ein nicht zu unterschätzender Einfluß bildet auch die Vergabepraxis. Während die Bauherren, insbesondere die öffentlichen, berechtigterweise auf Kostensenkung durch Wettbewerb drängen, so darf die Denkrichtung nicht lauten: billiger – billiger – schlechter. Erst wenn die Bauherren sich nicht nur nach dem billigsten Preis orientieren, sondern auch Raum für bessere Qualität und Innovationen schaffen und bereit sind, diese zu honorieren, werden sich neue Bauverfahren entwickeln können.

Einen wesentlichen Einflußfaktor auf das Bauwesen und die Bauverfahren bildet der politische Wille. Präsident Roosevelt hat den Panamakanal zu seiner eigenen Sache erklärt. Pharaonen in Ägypten haben sich gerne als Bauleiter darstellen lassen. Karl der Große war mehrere Wochen Bauleiter auf seiner Baustelle, die eine Verbindung zwischen den Flußsystemen Donau und Main herstellen sollte (Fossa Carolensis). Unsere heutigen Regierungsmitglieder sind bei solchen Tätigkeiten nur schwer vorstellbar, höchstens als Abbruchbauleiter. Nur große

Aufgaben, die politisch gestellt oder ermöglicht werden, bringen große Fortschritte. Nur daraus entwickeln sich neue Ideen und neue Verfahren. Wo die Aufgaben fehlen oder der politische Wille dazu, da ergibt sich Stagnation, ja Rückschritt.

Alle Technologien hängen zusammen. Wo eine Technologie verhindert wird, da werden sich auch negative Wirkungen in anderen zeigen. Nur wo z. B. eine Reifentestbahn genehmigungsfähig ist, da kann man auch in der Reifentechnologie Spitze bleiben. Die Kerntechnik hat große Fortschritte in der Wissenschaft der Baumaterialien und in der Erdbebensicherung von Bauwerken gebracht. Unsere Experten sitzen in allen diesbezüglichen internationalen Gremien. Abdichtungsverfahren für Endlagerstätten haben erhebliche Fortschritte in der Bentonittechnologie gebracht. Ein Ausstieg bringt nicht nur hier Rückschritte, sondern in anderen Technologiebereichen mit möglichen katastrophalen Folgen für eine technikorientierte Exportation. Für die in Bild 2 gezeigten Technologieentwicklungen und -sprünge bildet der Transrapid ein weiteres Beispiel. Wenn man durch Anwendung und Betrieb einer neuen Technologie ein neues und höheres Niveau erreichen will, muß man bereit sein, in die Zukunft zu investieren und auch einen anfänglich ökonomisch nicht optimalen Betrieb zu riskieren. Ohne diese Bereitschaft, in die gebaute Infrastruktur zu investieren, wird der technische Fortschritt behindert, es können keine neuen Arbeitsplätze entstehen, das Sozialsystem ist gefährdet.

Wie gezeigt, hängen die Bauverfahren von den natürlichen Rahmenbedingungen ab, aber auch von den politisch-gesellschaftlichen. Erstere können wir nicht beeinflussen, letztere wohl.

Raumplanung im Wandel

Bernd Scholl

Unser Land ist Teil einer Welt, die sich zusehends rascher wandelt. Innerhalb eines Jahrzehnts haben wirtschaftliche, politische und ökologische Veränderungen stattgefunden, die kaum jemand derart kurzfristig erwartet hätte. Betrachten wir die Entwicklung der Raumplanung des letzten halben Jahrhunderts, so ist nüchtern festzustellen, daß auch die Raumplanung sich wandeln muß, wenn sie für die kommenden Aufgaben gewappnet sein will.

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen in Deutschland der Wiederaufbau der zerstörten Städte und der Infrastruktur im Vordergrund. Diese Phase dauerte bis etwa Anfang der Sechziger Jahre an. Danach begann eine intensive Phase der Erweiterung der Siedlungsgebiete. Infolge der zu diesem Zeitpunkt wenig entwickelten überörtlichen Raumplanung verlief die Stadterweiterungsphase wenig koordiniert. Die Folgen waren Zersiedelung, monofunktionale Satellitenstädte und beginnender Verfall der Kernstadtbereiche. Erst mit der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre wurde deutlich, daß ein ungehemmtes Wachstum schwerwiegende und irreversible Schäden verursachen kann, und daß dem drohenden Niedergang vieler Innenstädte entgegengewirkt werden muß. Durch Stadterneuerungsprogramme, die in den Siebzigern und bis in die neunziger Jahre aufgelegt wurden, konnten zahlreiche Innenstädte vor dem Kollaps bewahrt werden; Erfolge gegen die Periurbanisierung waren allerdings kaum zu verzeichnen.

Nach dem Fall der Mauer 1989 waren erhebliche Anstrengungen für den Aufbau Ost erforderlich, um den Verfall der Innenstädte aufzuhalten und die Wohn- und Wohnumfeldverhältnisse in den Grossiedlungen zu verbessern. Leider waren eine konsequente Strategie der inneren Erneuerung des Bestandes und eine maßvolle Weiterentwicklung in vielen Fällen offensichtlich nicht möglich. Um viele Städte hat sich in wenigen Jahren ein Kranz von neuen Siedlungsgebieten mit geringer Dichte und amorpher Erscheinung gebildet, während die innere Erneuerung und Ausgestaltung des Bestehenden nicht mithalten konnte.

Im Westen hat besonders die starke Expansion von Gewerbegebieten, die Entwicklung von großflächigen Einkaufszentren auf der grünen Wiese und die Besetzung strategischer Knoten an den Autobahnen durch Logistikunternehmen die Periurbanisierung weiter verstärkt. Dies, obwohl in vielen städtischen Räumen durchaus Reserven für eine Siedlungsentwicklung nach Innen vorhanden wären.

Was ist zu tun?

In der Raumplanung, wie auch in anderen Gebieten stellt sich immer die Frage, worauf man sich bei begrenzten Ressourcen konzentrieren sollte. Ohne Konzentrationsentscheid gibt es keine strategische Ausrichtung! Aus meiner Sicht sind drei Schwerpunkte für die Raumentwicklung von besonderer Bedeutung. Dies betrifft

die Strategie der Siedlungsentwicklung nach Innen

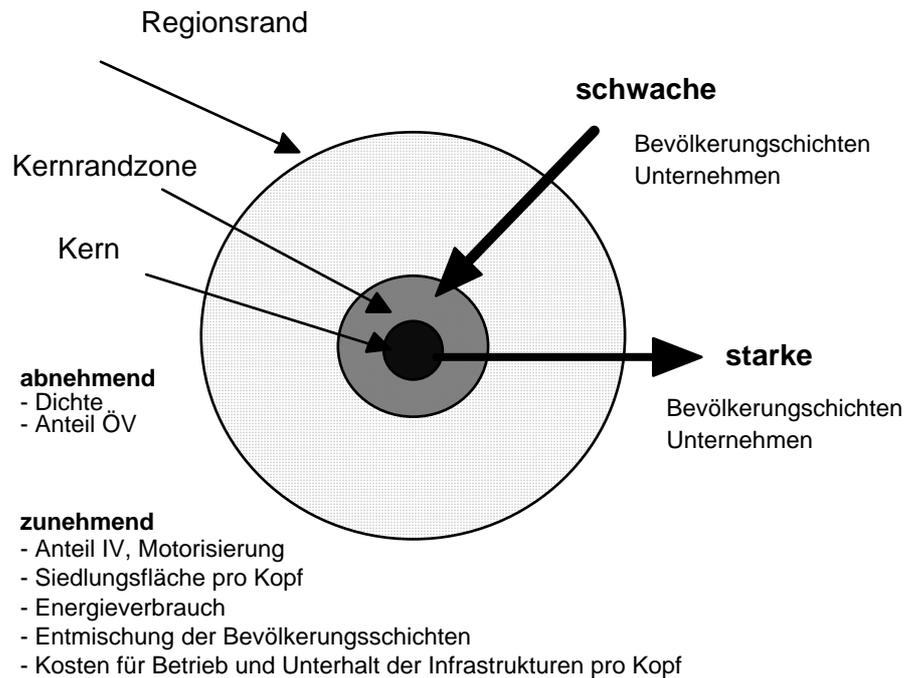
das Nutzen die Weiterentwicklung der Infrastrukturen für die Raumentwicklung und

die Stärkung der operativen Seite der Raumplanung. Die drei aus meiner Sicht bedeutsamen Schwerpunkte sollen im Folgenden näher ausgeführt werden.

Haushälterischer Umgang mit den Ressourcen – Strategie der Siedlungsentwicklung nach Innen

Raum und natürliche Ressourcen sind begrenzt. Trotz dieser Erkenntnis nahm die Siedlungsfläche aus verschiedenen Gründen weiter zu. Dazu gehört der Wunsch nach einem eigenen Heim im Grünen, der steigende Wohnflächenverbrauch pro Kopf, die sinkenden Haushaltsgrößen, aber auch der Wegzug starker Bevölkerungsschichten wegen unattraktiver Verhältnisse in den Städten. Dazu einige Angaben. Während die Wohnfläche 1950 in Deutschland bei 14 m² lag, stieg sie bis 1999 auf knapp 40 m². Unter Einbezug der Erschließungsfläche liegen die entsprechenden Werte für die Bruttogeschoßfläche um 30 % höher. Wie wohlhabende Länder zeigen, ist die Zunahme des Verbrauches damit wahrscheinlich noch nicht beendet. In Zürich beträgt die Bruttogeschoßfläche beispielsweise knapp 55 m². Während die Haushaltsgröße in Deutschland 1950 im Mittel 4,5 Personen pro Haushalt betrug, liegt sie im Mittel 1999 bei 2,2, in den meisten deutschen Städten unter 2 mit sinkender Tendenz.

Der Zuwachs an Siedlungsfläche seit den Fünfziger Jahren bis heute entspricht etwa dem, was alle Generationen zuvor besiedelt haben. Das Gebot zum haushälterischen Umgang mit den Ressourcen muß deshalb für die Raumplanung in Deutschland nicht nur ein zentraler Grundsatz in den Gesetzen, sondern auch ein leitender Gedanke bei der Siedlungs- und Raumentwicklung werden. Er kann durch eine Strategie der Siedlungsentwicklung nach Innen, welche die inneren Reserven der bestehenden Siedlungsgebiete stärker nutzt, verwirklicht werden.



Prinzipialskizze zur Periurbanisierung. Quelle: Eigene Darstellung

Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die Außenentwicklung einem ökonomischen Betrieb des öffentlichen Verkehrs und anderer Infrastrukturen entgegenwirkt, die Siedlungsfläche pro Kopf höher ist und starke und schwache Bevölkerungsschichten sowie Unternehmen räumlich weiter auseinanderdriften. Es liegt auf der Hand, daß damit die Spielräume für die kommenden Generationen maßgebend verkleinert werden, was dem Prinzip der Nachhaltigkeit offensichtlich widerspricht. Ohne Zweifel ist die Innenentwicklung ein weitaus schwierigeres Unterfangen, auf den ersten Blick nicht ökonomischer und selten im Zeitraum einer Legislatur zu verwirklichen. Es braucht dafür einen langen Atem, besondere planerische Verfahren und hervorragend qualifizierte Fachleute und, vor allem, einen unternehmerischen Zugang zum Klären und Lösen damit verbundener Aufgaben. Dies ist natürlich auch eine Denkmusterfrage – denn die der Raumplanung zur Verfügung stehenden Instrumente, Methoden und Konzepte der Raumplanung waren vorwiegend auf die Erweiterung der Siedlungsfläche ausgerichtet. Je länger je mehr, dies wird nur noch in Ausnahmefällen angebracht sein.

Nutzen der Weiterentwicklung der Infrastrukturen für die Raumentwicklung

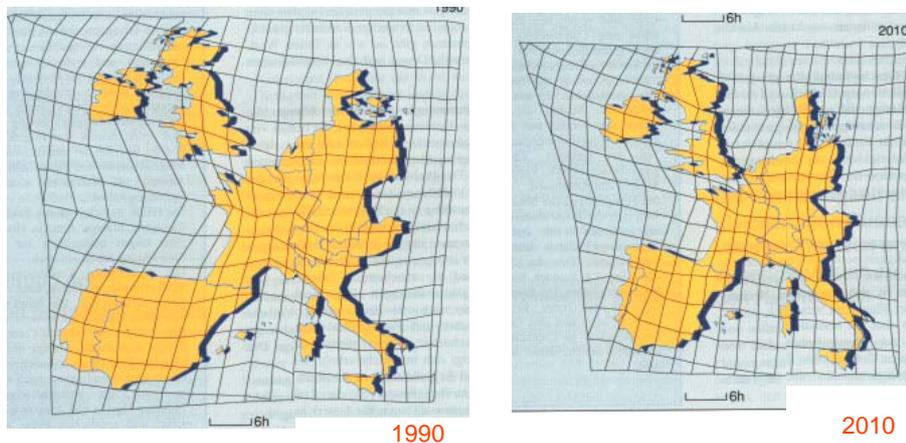
Der zweite Schwerpunkt betrifft die Erneuerung und Ergänzung der technischen Infrastrukturen und ihres Betriebes. Derartige Vorhaben können in ganz erheblichem Maß zur erwünschten räumlichen Entwicklung und zur Lösung von räumlichen Konflikten beitragen. Es kommt darauf an, daß die Akteure der Raumplanung frühzeitig die damit einhergehenden Chancen für die Raumentwicklung erkennen und mit Vorhaben der Erneuerung, der Ergänzung der Infrastrukturen und ihrem effektiven Betrieb zu verbinden wissen. Ohne eine Übersicht der laufenden und in Aussicht genommenen Vorhaben ist dies, und die im Gesetz der Raumplanung übertragene Pflicht zur Koordination der raumbedeutsamen Vorhaben, allerdings nicht möglich. Solche Übersichten fehlen nach meinen Erfahrungen in der Regel, und durch die Privatisierung ehemals öffentlicher Unternehmungen dürfte es immer schwieriger werden, die Absichten raumbedeutsamer Akteure zu erfahren.

Der Wert der vorhandenen technischen Infrastrukturen ist außerordentlich hoch. Er dürfte pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland ungefähr DM 250.000 betragen. Zahlreiche Systeme der Abwasserbeseitigung, der Wasserversorgung, aber auch der Energieerzeugung und -verteilung sind erneuerungs- und ergänzungsbedürftig. Vor allem tragen die Verkehrsinfrastrukturen zur Raumentwicklung bei. Viele der Anlagen und Systeme stehen wegen ihres Alters vor einer grundlegenden Erneuerung und/oder sind an ihre Kapazitätsgrenzen geraten. Dies betrifft in besonderem Masse die Hochleistungsstrassen, die Anlagen des Eisenbahnverkehrs sowie, wegen der regen Nachfrage, auch zahlreiche Flughäfen in Europa.

Die Erneuerung verlangt grundsätzliche Überlegungen zur effektiveren Ausnutzung der Kapazitäten und vor allem zu einer wirkungsvollen Verknüpfung der Verkehrssysteme untereinander. Für die Raumentwicklung spielen derartige Vorgänge eine außerordentlich bedeutsame Rolle, denn durch Festlegungen von Anlagen und Trassen werden die Raumstrukturen über Jahrzehnte, in vielen Fällen über Jahrhunderte geprägt.

Insbesondere die Erneuerung der Bahnanlagen eröffnet für die innere Erneuerung und Ausgestaltung des bestehenden Siedlungsgefüges besondere Möglichkeiten. In einer Verlautbarung des Arbeitskreises (DB AG, Deutscher Städtetag, Bund Deutscher Architekten) zur Zukunft von Bahnhöfen und Stadtentwicklung heißt es: „Die Deutsche Bahn AG nutzt bundesweit zur Zeit rd. 6.100 Personenbahnhöfe. Da diese Bahnhöfe ein Durchschnittsalter von 85 Jahren aufweisen, sind sie vielfach sanierungsbedürftig. Die DB AG geht von einem Instandsetzungsbedarf von DM 30 Mrd. aus.“

Auch am Oberrhein gibt es zahlreiche Beispiele, bei denen die Ausnutzung der Infrastrukturentwicklung für die Raumentwicklung bedeutsam wäre. Dazu gehört beispielsweise der Ausbau der „Rheinschiene“ und ihre Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern zu einem leistungsfähigen Gesamtsystem im wichtigsten europäischen Nord-Süd-Korridor. Ohne diesen Ausbau besteht die Gefahr, daß der für Bahnbetreiber eher wenig attraktive Regionalverkehr von der Schiene verdrängt wird und das Städtenetz am Oberrhein ein Wunschbild bleibt. Ein solcher Verbund ist zur Ausschöpfung der Synergien einer konkurrenzfähigen Region in der Größenordnung von 3-5 Mio. Einwohnern unbedingt notwendig, um sich im Europa der Regionen behaupten zu können.



Verringerung der Zeitdistanzen in Europa auf Grund des weiteren Ausbaus des Hochgeschwindigkeitsnetzes der Eisenbahn. Quelle: Europa 2000+; Spiekermann, Wegener 1993

Gegenwärtig bin ich mit derartigen Fragen als Vorsitzender einer Expertengruppe für den Ausbau der Südbahn von Wien bis Klagenfurt befaßt. Eine der wichtigen Aufgaben wird es dort sein, die peripheren Landesteile im Süden und Osten auf der Schiene wesentlich besser mit dem Zentrum Wien zu verbinden. Es zeichnet sich jedoch auch ab, daß die Verkehrsverbindungen zu den Beitrittsstaaten der EU in Mitteleuropa von enormer Bedeutung für die Integration und die Raumentwicklung dieser Gebiete sein werden. Dabei bestätigt sich, daß die Entwicklung dieses Bahnsystems weit mehr als nur ein anspruchsvolles technisches Projekt ist, sondern zur Stärkung des föderalen Staatsaufbaus benutzt werden kann. Unter anderem aus diesem Grund ist für die Grundzüge der räumlichen Ordnung der Schweiz ein differenziertes Städtenetz mit leistungsfähigen Schienenverbindungen das Rückgrat. Auch in Deutschland werden solche Konzepte zu Recht erwogen. Mit dem Ausbau der transeuropäi-

schen Netze wird sich das Raum-Zeit-Gefüge in Europa, und besonders in seiner Mitte, dramatisch verändern. Dies eröffnet die Chance, die Raumentwicklung in wünschenswerte Bahnen zu lenken.

Stärken der operativen Seite der Raumplanung

Wie eingangs erwähnt wurde, ist das Verwirklichen der Strategie einer Siedlungsentwicklung nach Innen eine besonders herausfordernde Aufgabe und in der Regel weit schwieriger als das Planen und Bauen auf der Grünen Wiese. Die formellen Abläufe und das vorhandene Planungsinstrumentarium sind in vielen Fällen zu starr, um mit ihnen die komplexen Aufgaben der Siedlungsentwicklung nach Innen zu lösen. Dasselbe gilt für das Nutzen der sich mit der Infrastrukturentwicklung ergebenden Chancen für die Raumentwicklung.

Wie eingangs erwähnt war in Deutschland, wie auch in anderen westeuropäischen Ländern, die Raumplanung in der Vergangenheit hauptsächlich von der Aufgabe bestimmt, die prinzipielle Landnutzung auf eine Erweiterung der Siedlungsfläche auszurichten. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, den verschiedenen an der Aufgabe beteiligten Akteuren Flächen für Trassen, Wohngebäude, Grünflächen u. ä. zuzuweisen. Die Koordination beschränkte sich damit gezwungenermaßen auf die Steuerung des Zuwachses an Siedlungsfläche, an Verkehrswegen usw.

Wie soll man aber mit Instrumenten, die für eine über Jahrzehnte zentrale und gleichbleibende Aufgabe entwickelt worden waren, die Koordination der Erneuerung, Ausgestaltung und Ergänzung des Bestehenden bewerkstelligen? Man ging in der Regel einen denkbar unzureichenden Weg, indem man versuchte, die komplexer gewordenen Aufgaben mit einer Überfülle und oft unnötig komplizierten rechtlichen und planerischen Mitteln zu bewältigen. Die Resultate sind bekannt. Das Planen und Bauen ist Tummelfeld juristischer Auseinandersetzungen geworden, mit der Folge, daß Mittel verschwendet und die Verzugszeiten weiter verlängert werden. Man schätzt, daß mittlerweile bei großen Infrastrukturwerken ca. 20-30 % der Gesamtbaukosten an Verfahrenskosten und verlorenen Aufwendungen zu Buche schlagen.

Bei zahlreichen schwierigen und umfassenden Aufgaben der Raumentwicklung haben sich besondere „informelle“ Verfahren bewährt. Erfahrungen belegen, daß informelle Verfahren das Verwirklichen umfangreicher Aufgaben beschleunigen können und zur Ausnutzung von Synergien beitragen.

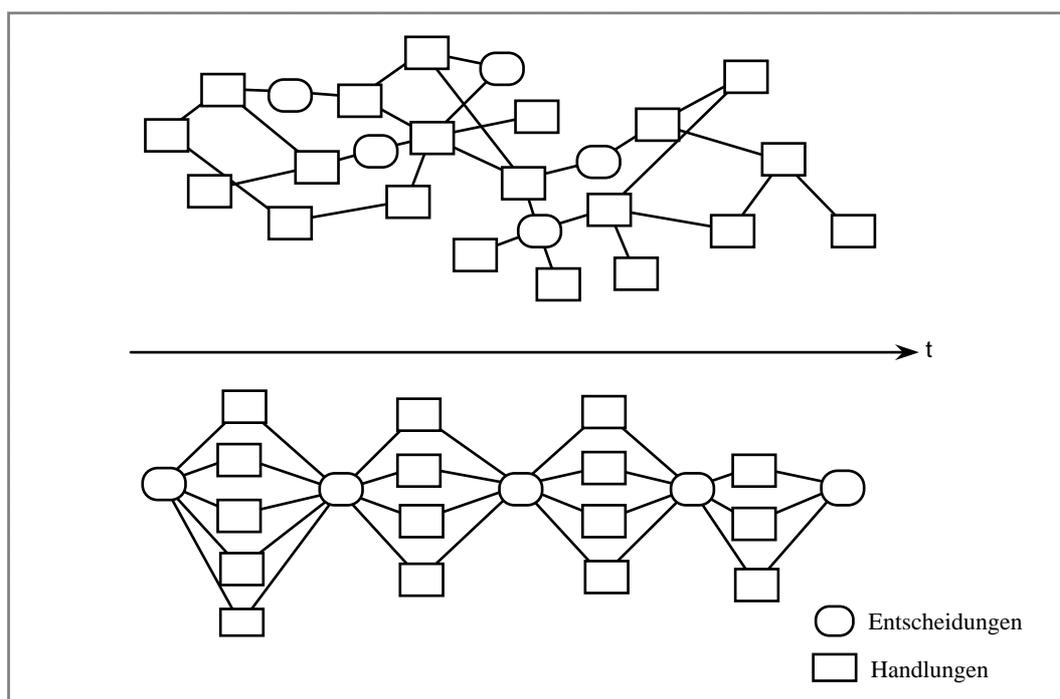
Wesentliche Elemente eines informellen Verfahrens sind:

seine im vorhinein festgelegte zeitliche Begrenzung (1-3 Jahre)

extrem flache Hierarchie innerhalb der zeitlich begrenzten Organisation

starke Rollendifferenzierung der Aufbauorganisation

Einführung eines Planungsrhythmus



Übliches Vorgehen (oben) und Vorgehen nach Einführung eines Planungsrhythmus. Quelle: Eigene Darstellung

Die nach diesen Prinzipien organisierten informellen Verfahren firmieren unter der Bezeichnung „Wiener Modell“. Veröffentlichungen dazu finden sich u. a. in Freisitzer/Maurer: Das Wiener Modell, Wien 1987 und Scholl: Aktionsplanung, Zürich 1994

An zahlreichen schwierigen Aufgaben konnten die Kernelemente solcher informeller Verfahren erprobt und weiterentwickelt werden.

Perspektiven

Meine Ausführungen sollten deutlich machen, daß Raumplanung auch in Zukunft eine faszinierende und herausfordernde Aufgabe ist. Es kommt darauf an, neben aller Bedeutung des rechtlichen Instrumentariums den unternehmerischen, aktionsorientierten Zugang zur Raumplanung zu fördern.

Durch Kooperationsvorhaben mit der Praxis, einem projektorientierten Unterricht in der Vertieferrichtung Raum- und Infrastrukturplanung der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen und spezielle Fortbildungsveranstaltungen für in der Raumplanung tätige Fachleute versuchen wir, Methoden und Instrumente für das Klären und Lösen schwieriger Aufgaben der Raumplanung weiterzuentwickeln und Erfahrungen damit in Studium und Fortbildung weiterzugeben.

Literatur

Spiekermann, Wegener: Europa 2000+, Europäische Gemeinschaft, Brüssel 1993

Freisitzer, Maurer: Das Wiener Modell, Wien 1987

Scholl, Bernd: Aktionsplanung, Zürich 1994

Papier des Gesprächskreis BDA-DB AG-Deutscher Städtetag, Oktober 1998

Auf den WWW-Seiten des Institutes für Städtebau und Landesplanungen finden sich zahlreiche weitere Hinweise, Fallbeispiele und Literatur zur Thematik dieses Artikels. Die Adresse lautet:

<http://www.isl.uni-karlsruhe.de>

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. sc. techn. Bernd Scholl
Institut für Städtebau und Landesplanung
Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen
Universität Karlsruhe
76128 Karlsruhe
Tel. (0049) 0721 608 2294
Fax: (0049) 0721 691669
Email: isl@isl.uni-karlsruhe.de

Häuslebau und Lindenstraße Überlegungen zur Zukunft unserer Städte

Günther Uhlig

Ausgangslage

Erst das Auto, dann die neuen Technologien und seit langem schon der sich weiter verstärkende Trend zum Einfamilienhausbau haben sich gegen die traditionelle Stadt verschworen.

Der *Europäischen Stadt*, so wie wir sie kennen, werden keine günstigen Zukunftsaussichten bescheinigt, man solle sich auf eine zunehmende Suburbanisierung einrichten. So sagen die einen und haben sich auf den empirisch programmatischen Terminus *Zwischenstadt* geeinigt. Die Vertreter der gegensätzlichen Position in der städtebaulichen Diskussion, die Verteidiger der europäischen Stadt also, verweisen auf positive erste Anzeichen in der neueren Entwicklung der Industrie, die eine Rückkehr von Arbeitsplätzen, damit die dichte Stadt der Nutzungsmischung und der kurzen Wege wieder denkbar erscheinen lassen. Noch wenig beachtet wird in diesen Diskursen der lähmende Einfluß der gegenwärtig grassierenden Ratlosigkeit bei den Kulturintellektuellen und der daraus folgenden Affirmation der vorgegebenen Zustände. In diesem reformmüden Kontext spielt sich die Architektur, die sich jetzt gegen eine vermeintlich vorschreibende Stadtplanung emanzipieren kann, eine problematische Rolle.

Die gegenwärtig grassierenden Untergangsvisionen, wie wir sie aus den Feuilletons der Zeitungen kennen, sind vor kurzem auch in unserer Disziplin angekommen. Die Verunsicherung, die der Angriff der elektronischen Technologien auslöste, addiert sich zu den Ängsten vorm Jahrhundertwechsel, vorm Börsenkrach und vor der Genforschung. Nicht genug damit, auch gegen die Transformation der Stadt in Telepolis ist kein Kraut mehr gewachsen. Bevor sie endgültig in die Simulation umswitched und die Cyborgs durch die virtuelle Stadt geistern, hat sie Asyl in einem Zwischenreich. Dort heißt sie solange Zwischenstadt. Die Diagnose wird zur Sollgröße: Das reicht soweit.

Anstatt zu forschen, wie die Zukunft der Arbeit aussehen und die Lebenswelten, damit auch die Städte umprägen wird, anstatt präzise die technologischen und ökonomischen Bedingungen für Zukunftsentwürfe auszuloten, erwarten wir in Duldungsstarre die Zwischenstadt. Das ist die Stadt der betonierten Bodendecker, des *urban sprawl*. Dieser käme aus Amerika, da

kann man eh wenig machen. Gegen die Untergangsvisionen einer umkehrbaren Stadtauflösung in die Agglomeration regen sich die Anhänger der Europäischen Stadt mit nicht viel triftigeren Argumenten, mit Glaubenssätzen. Sie erzählen ein Märchen der *Nachhaltigkeit*, die andere Seite der ideologischen Münze. So soll es sein! Faktor 4 wird es bringen! Weshalb es nicht so läuft, oder wie es gehen könnte, wird ebenfalls nicht ernstlich erforscht.

Nach diesen, zugegeben, grob polarisierten Thesen, will ich im folgenden näher nachschauen und herausfinden, was dran ist an den beiden entgegengesetzten Positionen und welche Ansätze weiterhelfen könnten um der Stadt wieder ein Zuhause zu bieten

Voraussetzung, um weiterzukommen, wäre bis vor kurzem noch gewesen, daß man unterscheide zwischen planerischer Praxis, also dem was landauf landab geschieht und der davon getrennten theoretischen Diskussion. Das scheint heute nicht mehr nötig, ja nicht mehr möglich. Denn das Erstaunliche an der gegenwärtigen Situation ist, daß die Theorie nicht mehr kritisch voraus ist, um von der distanzierten und sei es: utopischen Position aus die Defizite der Wirklichkeit festzumachen und zu beklagen. Das Erstaunliche ist, daß die publizierte Theorie mit dem städtebaulichen Problemalltag in eins fällt. Und damit womöglich selber mit zum Problem wird, weil sie sich den kulturpessimistischen Opinion Leaders stärker verpflichtet fühlt, als den Aufbruchchancen, die in den konkreten Praxisfeldern herauszuarbeiten wären.

„Peripherie ist überall!“ so jubelt eine neues Buch aus dem Bauhaus Dessau. Ergebnis einer bestens besetzten Tagung im Mai 1998. Gegen Peripherisierung scheint kein Argument mehr in Sicht, im Gegenteil, die gegenwärtige Architekturdebatte – zum Teil jedenfalls – zieht kräftig mit und verstärkt den Trend. Der Abschied von Stadt und Städtebau fällt offenbar nicht mehr schwer. Doch die Einschaltquote der TV-Serie Lindenstraße läßt wieder hoffen.

Der Häuslebau

Doch zunächst zur Praxis. Tatsächlich: Häuslebau ist derzeit nicht nur schwäbisch oder österreichisch, sondern *mainstream*. Alle Kommunen suchen Bauland an ihren Rändern, um die Abwanderung junger Familien in die dörflichen Nachbargemeinden zu bremsen. Der Anteil des Familienheimbaus nimmt im Verhältnis zum Geschoßwohnungsbau stetig zu.

Emnid fand 1998 heraus, daß die Hälfte aller Deutschen zwischen 25 und 35 Jahren sich den Wunsch nach einem Häuschen im Grünen in Bälde erfüllen wird, 40 % davon im kostenspa-

renden Hausbau, und die Prognose des Edvard-Prestel-Instituts, ebenfalls von diesem Jahr, sagt uns, daß 2, 8 Millionen zusätzliche Wohnungen, vier fünftel davon Ein- und Zweifamilienhäuser, unter jenen Voraussetzungen benötigt werden. Die Pendlerbewegungen erweitern sich, die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz stieg seit 1987 von 9, 7 auf 10, 7 km, also um ca. 10 %.

Die individuellen Träume vom Eigenheim, ganz zu Recht geträumt – weil es Sehnsüchte erfüllt und reale (im Sinne von *real estate*) Vorteile bietet – werden sich so bald zu kollektiven Alpträumen summieren. Statistiker haben errechnet, daß, geht die Bebauung so weiter, die Bundesrepublik im Jahr 2040 eine zweite Etage benötigt, wenn nicht vorher der Mobilitätswang, der Gegenspieler zum Ansiedlungstrieb, allen Fortschritt im gewaltigen Stau wird aufgehoben haben. Nämlich in der Anstauung von Häusern und Straßen. Ungeachtet solcher Rechnungen und sarkastischen Hoffnungen in den Stau als unfreiwillige „Selbstpolitisierung der Moderne.“ (Ausdruck von Ulrich Beck; vorher sagte das schon Rem Koolhaas in seinem Buch ‚Delirious New York‘) geht der Trend weiter, die Städte zerfransen und laufen ineinander. Denn in der Stadt ist der Heimatraum nicht zu bauen, das Einfamilienhaus muß in die Zwischenräume oder in die entfernten Zonen der günstigeren Baulandpreise. Unumkehrbar ist der Prozeß, heißt es immer trotziger. Die jahrzehntelangen Überzeugungs- und Überredungsversuche namens *Neues Bauen* der Moderne scheinen endgültig gescheitert, das städtische Mietshaus bleibt heute mehr als je: abgelehnt. Das Familienheim ist unter der Hand zu einem der wichtigsten volkswirtschaftlichen Faktoren geworden. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht.

Es werde Zeit, so liest man immer häufiger, diesen Tatbestand zu akzeptieren und sich des Hausbaus wieder anzunehmen. Die jahrzehntelange Mißachtung von Haus und Garten durch die tonangebende Architektengemeinde sollte endlich zugunsten einer sorgfältigen Auseinandersetzung mit dieser Bauaufgabe weichen. Das sagen auch offen und offensiv Kollegen Hochschullehrer. Ganz unrecht haben sie sicher nicht.

Denn es ist wahr: Während die etablierten Meinungsführer der Architekturästhetik in den Medien aufs genaueste beäugt und publiziert werden, kümmerte sich in den vergangenen 20 Jahren keine Kulturkritik um den Einfamilienhausbau. In dieser unteren Bezirksliga wollte kein Architekturkritiker ein Match austragen. Die namhaften Architekten glänzten zwar mit Luxusvillen, den schlichten Hausbau überließ man den Selbsthelfern, Fertighausherstellern und ihren Planfertigern. Und einigen wenigen – gemessen am Gesamtvolumen – jungen ehr-

geizigen Kollegen, die mit selbstorganisierten Gemeinschaftswohnprojekten immerhin für qualitätsreiche Farbtupfer im Einerlei des Siedlungsbreis gesorgt haben. Über das entstandene Suburbia der großflächigen Zersiedelung mokierte sich die Fachöffentlichkeit zwar bis vor einiger Zeit noch, nahm sie aber hin, gleichsam als eine Art Bestrafung für die Kollektivschuld aus den gescheiterten Großprojekten der 60er und 70er Jahre. Überdies bot der schwache Kontext der Peripherie, nämlich das von Denkmalschutz und Bauvorschriften wenig kontrollierte Außenterrain, ideale Bedingungen für ehrgeizige Einzelprojekte und die Selbstdarstellung der Architekten, denen es dann auch, etwa seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr angekreidet wurde, daß sie sich nicht länger um den städtischen Raum kümmerten, sondern nur um das Ins-rechte-Licht-Setzen ihres einzelnen Projektes. Die raumsuchende Postmoderne der 70er und 80er war offenbar nur kurzes Zwischenspiel gewesen.

Immerhin überwogen bis vor kurzem noch Zweifel und das ein wenig schlechte Gewissen der indirekt mit der Zersiedelung beauftragten Kollegen. Mit der daraus erstehenden Schizophrenie plagten wir Architekten uns bis vor kurzem noch, jetzt ist der Zweifel abgeschüttelt, die Scham vorbei. Ich müßte mich nicht aufregen, wenn die coole Jugend die kritischen Skrupel und die Restutopien abstreift. Die neue Schamlosigkeit hat bisweilen ja auch befreiende Züge. Aufmerksam wird man, wenn das frische Dogma – *auf in die Peripherie!* – ausgerechnet von den alten Elchen des Brutalismus der 60er und 70er verkündet wird. Manche verehrten Kollegen, deren Großbauten die zierlichen Innenstadtmuster historischer Städte heute noch belasten, sind mit die ersten der Wendehälse: Hausbau im Garten wird jetzt verlangt. Auch Tom Sieverts – um den Erfolg seines in der dritten Auflage erschienenen Buches *Zwischenstadt* beneide ich ihn und gratuliere – hat es schon länger geahnt, daß man auf die pragmatische Art weiter kommt, als mit programmatischen Lehrsätzen des Urban Design, dessen verdienstvoller Wegbereiter in Deutschland in den frühen 60ern er einmal gewesen war.

Zusammengefaßt also: Seit einiger Zeit werden Peripherie und Zersiedelung in der Fachdebatte nicht mehr beklagt, bedauert und unter Brüdern hingenommen, nein, Peripherie ist als Positivum ins Zentrum der Diskurse gerückt. Ende der Scham. Endlich auch kommen die städtebaulichen Debatten und die planerische Praxis zur Deckung, freuen sich Theoretiker wie Praktiker, sonst eher kritisch polarisiert. Die Affirmation ist chic, sie stiftet problemloser Anhängerschaft als die Ideologeme früherer Zeiten. Neo-Warholismus greift um sich, mokierte sich kürzlich der Schriftsteller Botho Strauß.

Geschäfte mit der Krise

Die spürbare Genugtuung, bei diesem städtebaulichen Paradigmenwechsel mit dabei sein zu dürfen, läßt vermuten, daß eine oder mehrere kulturelle Triebkräfte aus anderen Bereichen mitgeholfen haben, die neue Richtung zu legitimieren und zu verstärken.

Im Folgenden möchte ich einige der Begleitargumente aufgreifen und einzeln ins Licht halten, soweit mir das gelingen kann und in der Kürze machbar ist. Naiv denkt, das weiß ich schon, wer versucht, kulturelle Trends und Moden, die er für falsch oder gefährlich hält, anzuhalten oder umzulenken, indem er ihnen ihre einzelnen Wurzeln und Hintergründe aufschlüsselt. Dennoch reizt es, nachzusehen und sich zu erinnern.

Was hat den Zerfall so beschleunigt? Ich zähle einige der Begleitphilosophismen auf, in der Hoffnung, daß ihre Halbwertszeit dann auffälliger und eine Kehrtwende wenigstens denkbar wird. Einige sind schon im Abklingen, während ich diesen Vortrag niederschreibe. Ein Blick – des Architekten! wohlgermt – auf die Literaturtheorie, die natürlich auch, was sonst, die Neo-Avantgarden des Stadtbaus und der Architektur beeinflußt hat.

Die Stadt müßte doch eigentlich nicht unbedingt den Mißverständnissen aus der Übertragung der literarischen Experimente, zur *Dekonstruktion* und weiteren Zerbröselung überlassen und ausgeliefert werden. Um gleich mit den poststrukturalistischen Übernahmen in die Architekturtheorie anzufangen:

Der befreiende, liberalistische Schwenk im Planungsdiskurs fiel ja auffällig zusammen mit der Karriere des Begriffes *Chaos*. Chaos mutierte vom Schimpfwort zur wissenschaftlichen Kategorie. Wir haben das Faszinosum alle, die Älteren jedenfalls, erlebt. Chaostheorie kam augenblicks in den diversen Praxissparten zur Anwendung. Sofort auch im Städtebau, bzw. in dem, was davon noch übrig war. Selbststeuerung dynamischer wohnungs-wirtschaftlicher Prozesse und fortwährende Selbstähnlichkeit als Aufbaugesetz, ersetzte die mimetische Gestaltsuche des formenden Entwerfens nach sozialen Bedürfnissen. Wir haben diese Errungenschaft: Chaos statt Bauleitplanung nicht gegen Verwendung durch Wüstenrot und Schwäbisch-Hall abgesichert. Ich wette, die Herren trauten ihren Augen nicht, als sie diese Freibriefe lasen. Was zur Seite geschoben wird, ist der Umstand, daß auch Chaos in der Architektur ein Bild ist und daß jede inhaltliche Vertiefung sofort auf die Notwendigkeit eines planerischen Unterbaus führt. Mit anderen Worten: Chaos entsteht allenfalls hinter dem Rücken der Akteure, als Zerbrechen ihrer ganzheitlichen Planung. Chaos als ästhetisches Bild unmittelbar

realisiert, ohne den Umweg über sein Gegenteil, führt zum völligen Zerfall. Einen weiteren intellektuellen Hintergrund lieferte die philosophisch-literarische Postmoderne. Bekanntlich dekonstruierte die alles, was ihr in die Finger kam. Man sang das Hohelied des Fragments, dem auf Kosten des Ganzen zu huldigen war. So klagte kürzlich in einem Zeitungsinterview Richard Sennett.

Unsere „postmoderne Moderne“ (Welsch) denkt ja ganz ohne Naivität positiv und feiert, was bisher als Katastrophe galt: das Zerschneiden von Identität, Auflösung des Ichs, Verlust von Wahrheit und Verschwinden der Wirklichkeit als Befreiung und Erweiterung von Möglichkeitsräumen. Ich erinnere nur daran, daß die Konzepte der Frankfurter Schule, ich beziehe mich hier auf Habermas, immer noch der *Überwindung* der Zersplitterung und der Überwindung der Entfremdung gegolten haben. Ganz anders denken, soweit ich sie begreife – man ist eben als Architekt auch nur Endverbraucher – Lyotard und Derrida, die für die Architekturdiskurse wohl wichtigsten und einflußreichsten Philosophen der Postmoderne, die im Gegensatz zur vorigen Position (Habermas und andere) das Auseinanderbrechen jeglicher Einheit begrüßten, in der Unversöhnlichkeit der Konflikte nichts Negatives zu erblicken vermochten, im Gegenteil, eine Steigerung und Vervielfältigung der Lebensformen im weiteren Zerbröseln im Zuge von „Radikalisierung der Dekadenz“ erwarten.

Ich bekunde hier höchsten Respekt vor diesen Denkern. Positionen des Widerstandes gegen vermachtete Diskurse und totalitäre Vereinheitlichungsregeln setzt die Fähigkeit zur Destruktion voraus – nicht weniger, aber – und das ist meine vielleicht naive Meinung als Ingenieur in diesem Falle – *die Bezogenheit der Weltherstellung auf Rettung*, sagt der Philosoph Walter Benjamin. Um, ich zitiere Benjamin, von der „Zerstörung als Klima echter Humanität“ sprechen zu können.

Ich riskiere meinen Kurz-Ausflug in die postmoderne Philosophie, zu dem ich zur Argumentation gegen den grassierenden theoretischen Pessimismus aufgebrochen bin, mit derselben Unverschämtheit, mit der Architekten vor kurzem die philosophischen Befunde ausgebeutet, ästhetisch umformuliert, und in die Architektur und in die Stadt unumwunden hineingetragen haben. Muß dieses dekonstruktive Denken sich tatsächlich auch im Bauen austoben, im Bauen, das doch immer noch Welt schaffen im Maßstab 1: 1 ist? Könnte architektonischer Dekonstruktivismus überhaupt das Diktum G. Lukacs ablösen, nach dem Architektur und Stadtbau, im Gegensatz zum Drama, niemals kritisch sein darf und kann, sondern immer bejahende Weltherstellung ist?

Und wer widerlegt die ästhetische Gestaltungssatzung, die sagt, daß die zur Darstellung gebrachte Negativität immer positive Konstruktion voraussetzt? Diese philosophisch destruktivistisch gestützte Ablösung der traditionellen, deduktiv autoritären Stadtplanung, die über die Region zur Stadt bis schließlich hinunter zum Bauobjekt alles über eine logische Formel laufen lassen wollte, durch die bloße Aneinanderreihung autonomer (Bruch-)Stücke alias: projektorientierter Teilkonzepte, kam dem neoliberalistischen, regelungsfeindlichen Marktfundamentalismus gerade recht. Wenn es den Strategien der sozialen Moderne gelungen sein mochte, die Rückdämmung des Egoismus zu erreichen, um den Ansprüchen der Gemeinschaft auf ästhetische und soziale Gebrauchswerte zum Ausdruck zu verhelfen, dann ist jetzt das ganz Andere angesagt: Die Selbstlähmung, die die Übertragung des poststrukturalistischen Denkens in unsere Disziplinen, (d.s. Architektur und Stadtbau) produzierte, unterdrückt auch die politische Kritik. Die Utopie eines besseren Lebens, von der aus zurückargumentierend die Architektur als Raumkunst eine Vergleichsinstanz zur Kritik der noch nicht gelungenen Wirklichkeit zur Verfügung hatte, war abgeschafft. Alles ist wie es ist, und das ist gut.

Soziale Integrationsaufgaben kennt ja auch die Soziologie nicht mehr. Es gibt, so hört man, keine kollektiven Lebensmuster mehr, Lebensläufe individualisieren sich, die einheitliche Raumerfahrung geht verloren, und sie ist auf immer verloren. Beschäftigung mit Lifestyles tritt an die Stelle von Klassen- und Schichtenanalysen. Gruppen- und Schichtenbindungen planerischer Interventionen haben keinen Rückhalt mehr. Isolierte Individuen bewohnen die auseinanderdriftenden Partikel des ‚big urban bang.‘ Die Kultur des Unterschieds greift um sich. Bruchstücke liegen nebeneinander, die Teile tendieren nicht länger dazu, sich zu versöhnen. Wenn, dann ist Falsches im Spiel. Es lebe die Differenz und die Unversöhnlichkeit der Konflikte. Gleichgültigkeit beglaubigt die gleiche Gültigkeit der unterschiedlichen Prinzipien. Voilà, das neue Credo des Urbanismus.

In Zürich, an der ETH, ging es, soweit ich mich erinnere, vor etlichen Jahren los, daß der Vororte und Peripherien an prominenter Stätte gedacht wurde. Die Tessiner Schule trug wenigstens qualitätvolle Architekturen in das periphere Fluidum ein, das, anstelle von Stadt--Land, hinfort als *Agglomeration* begrüßt wurde. Teil- Zentren und besiedelte Zwischenräume fließen in ihr zusammen.

Steigen wir jetzt endlich ein paar Stufen tiefer und sehen mal zu, wie sich das alles praktisch ausdrückt. Wenn das Mündel Vormund spielt, wenn Hausbau nicht mehr abgeleitete Größe sondern Marktführer ist. Vor kurzem setzte sich die Nobilitierung des Häuslebaus ohne Städ-

tebau in einer Ausstellung von Fertighäusern des Architekturzentrums Wien, einer Einrichtung der ‚Hochkultur‘, fort. Die Initiative STANDARDHAUS, von der Firma Allkauf in die Welt gesetzt, bietet Fertighäuser sehr prominenter Architekten an. Meine Großmutter hätte gesagt „von jedem Dorf einen Hund.“ Kein Haus gleicht dem anderen.

Jedes fordert Distanz zum anderen. Kollhoff, Diener, Starck und Ingenhoven sind dabei, letzterer hat sein Modellphoto bezeichnenderweise gleich in einer Wüste als Kontext aufgenommen und publiziert. Die Häuser werden buchstäblich die Unterschrift der sogenannten STAR-Architekten tragen. Gesetzt, die Häuser sind wirklich besser als die üblichen, und sie sind es, einzeln besehen, zweifellos, sie scheitern, sobald sie erfolgreich sind, das heißt, in Mengen gekauft werden, weil die ordnende städtebauliche Figur fehlt. Der sublimen, niederschmetternde Witz der Sache ist obendrein: Die Star-Karte sticht nicht einmal, die Leute kaufen lieber den Winkelpavillion, das Rügäner Landhaus und andere Abscheulichkeiten der walmdachgedeckten Marktführer im herkömmlichen Fertighausgeschäft.

Man wird dem Druck der Bausparverträge und der Lobby der Kreditverkäufer kurzfristig wenig entgegensetzen können. Der französische Soziologe Bourdieu hat das in seinem Buch: „Der Einzige und sein Eigenheim“ – einer breit angelegten empirischen Untersuchung zum Schicksal von Einfamilienhauskäufern rund um Paris bestätigt. Doch ist wegen des krisenbedingten Nachgebens aller Anspruch auf Rückkehr zur Stadt aufzugeben? Ist der Prozeß der Entstädterung der Stadt und der Verstädterung des Landes wirklich nicht aufzuhalten? Glaubt man den derzeitigen Bestsellern der Planungsliteratur, dann ist die Rückbewegung zur Stadt, auch nur der Gedanke daran, ganz abwegig. Darf ich Ihnen vorschlagen, diese Begleit- und Beileidsliteratur zur Verabschiedung der Stadt im folgenden etwas genauer anzusehen?

Rem Koolhaas, vom dem die meisten beeinflusst sind, beschreibt seine Ideal- und Zukunftsstadt als „eigenschaftslose Peripherie“, die anstelle der aufgezehrten historischen Zentren, die Welt unterschiedslos, geschichtslos, gesichtslos besetzt. Weniger emphatisch, doch ebenfalls positiver begrüßt Tom Sieverts in seinem Buch die *Zwischenstadt* das Geschehen. Seine Tatbestandsaufnahme der Deglomerations- und Agglomerationsprozesse verdankt sich, den Verdacht werde ich nicht los, der pragmatischen, realitätstüchtigen Sicht des aufgeklärten-resignativen Intellektuellen, dessen Epistemologie den Aquisitionsrücksichten des Büroinhabers nicht groß in die Quere kommen darf.

Zwischenstadt, (vorläufiger?) Suchbegriff für alles was sich tut zwischen (früher:) Stadt und (früher:) Land, ist nach Sieverts das Territorium in dem gewohnt, gearbeitet, verkehrt und

ertragreich gebaut wird. Es ist das Zwischenland, das seine Identität noch sucht, diese vielleicht gar nicht vermisst. Es ist das „Dazwischen“, das nicht geliebt werden will, aber auch nicht gehaßt zu werden braucht. Es ist alles, wie es ist. Daß die Kategorie des „Zwischen“ mittlerweile in der Psychiatrie zur Beschreibung von Melancholie herangezogen wird, gehört vielleicht nicht hierher, sei aber doch erwähnt. Diese Belegung verhindert nicht die Karriere dieses Begriffs im Ingenieursektor und bei den Kulturgurus, im Gegenteil. Wer auf sich hält, der baut und zeichnet wo? Richtig!, im „Dazwischen“. „In-between“ arbeiten und exponieren sich höchst unterschiedlich Ungers wie Eisenmann und Schaal, ja sogar bis in die EXPO 2000 ist das neue Zauberwort heruntergekommen. „In-between“ heißt ihr Kunstprojekt, zum „In-between Press Breakfast“ empfangen die Art Direktoren Dickhoff und Koenigs. Dieses Auftrumpfen eitler Schüchternheit des Dazwischenseins geht modischer schier nicht mehr.

Doch zurück zur Stadtplanung. Zum Entwurf der Zwischenstadt. Planung mischt sich in der Zwischenstadt folglich dort ein, wo sie die Selbstverstärkung aufkeimender urbaner Verdichtung befördern kann. Immerhin. Piecemeal Engeneering betitelt der amerikanische Positivismus dieses Vorgehen, auch Muddling Through wird diese Planungsstrategie genannt. Wenigstens ist damit noch eine Art, wenn auch räumlich richtungsloser Intervention gemeint. Denn nach Rem Koolhaas markiert die eigenschaftslose Stadt eigentlich den Tod *jeder* Planung. Seine *Stadt ohne Eigenschaften* ist das, was übrigbleibt, wenn „beträchtliche Teile des urbanen Lebens in den Cyberspace übergewechselt sind“, ist ein Ort schwacher Empfindungen, sie ruft „Halluzinationen des Normalen“ hervor in einer drastischen Umkehrung der vermeintlich wichtigsten Eigenschaften der Stadt – „Geschäftigkeit“. Denn der „alles beherrschende Eindruck der eigenschaftslosen Stadt ist ihre gespenstische Ruhe“. Stadt ohne Geschichte, spiegelt sie nichts als die gegenwärtigen Bedürfnisse und Fähigkeiten wider. Sie ist unkompliziert. Ist sie zu klein, expandiert sie, wird sie zu alt, dann zerstört sie sich einfach. Der einzige Fehler der Stadt ohne Eigenschaft ist es, daß noch einige alte Zentren existieren, noch lebende Mütter also, die dem Nachwuchs ständig seine Unzulänglichkeiten vorwerfen. Richtig eigenschaftslos ist die Stadt erst dann, wenn sie dem Würgegriff des Zentrums, der Zwangsjacke Identität entkommen ist. Dann endlich sind auch Architekt und Architektur befreit: Jener wirkt nicht länger durch Anwendung von Prinzipien, vielmehr durch systematische Anwendung von Prinzipienlosigkeit.

Doch gibt es auch allererste Sahne von Architektur dazwischen, es entsteht indes nur, nach Koolhaas, „abwechslungsreiche Langeweile“, ein Wirrwarr von Möglichkeiten, in dem die

Vielfalt im Jam (= ästhetischer Stau) erstickt, in der Homogenität von Beliebigkeit sich auflöst. So ist's dann auch recht. Hat der Leser erst mal das subtile Niveau der Koolhaas'schen Science-fiction erklommen —und nichts anderes ist dieses scharfsinnig diagnostische Libretto auf die „Untergangsoperette“ Stadt – begreift aber die literarische Strategie nicht, die zwischen Entsetzen und Überanpassung die Dinge in der Schwebe hält, dann kann es schon vorkommen, daß unser Leser, stellen wir ihn uns als humorlosen Technokraten vor, womöglich als epigonalen glühenden Anhänger von O.M.A. (Office for Metropolitan Architecture), des Rem Koolhaas, stellen wir uns also vor, daß dieser Schüler die Texte als Empirie- und Gebrauchsanweisung zugleich liest. Welches Mißverständnis!

Ein Beispiel: Die Zauberlehrlinge von OMA, MVRDV nennen sie sich, wenden das Gelernte erfolgreich an. Die eingangs zitierte Staumetapher Becks unterlegte sie noch mit sarkastischen Tönen - wird jetzt als Beipflichtung genutzt. „Selbstkonfrontation“ der Bauwünsche (mit sich selbst und mit der Umwelt) wird von MVRDV zur Methode erhoben, so jedenfalls ihr Interpret Bart Lootsma.

„Auf der Suche nach dem Einmaligen“ – so beschreibt Lootsma die Erkenntnisse der jungen niederländischen Architektengruppe – „auf der Suche nach dem Einmaligen in einem veritablen Haufen von Einzigartigem ist der Ausdruck des individuellen Objektes lächerlich geworden: In einem gewaltigem ‚Meer der Einzigartigkeit‘ hört das individuelle Objekt schlicht und einfach auf zu existieren. In dieser Massivität wird Architektur gleichbedeutend mit Urbanismus“. Sie haben richtig gehört! Und werden auch gemerkt haben, daß wir schon bei der nächsten Umdrehung der Avantgarde-Spirale angelangt sind. Die individuellen Objekte ausgelöscht im JAM, das Meer der Einzigartigkeit der Lächerlichkeit preisgegeben! Es sei denn, man dreht den Spieß um und erklärt das Entstandene zum Gewollten. Jetzt kann die neue Entwurfsmethode weiterhelfen: MVRDV nennen sie data scape. Das geht so: Man legt Folien, sogenannte Layers an, auf die die auf ein Bauwerk gerichteten Funktionen, Vorschriften, Kontextparameter, durchaus konfliktuelle, nicht widerspruchsfreie Zielfunktionen gewissenhaft gezeichnet werden. Dann legt man die transparenten Blätter übereinander – natürlich macht das auch der Computer – und schon ergibt sich die Gestalt des Baues wie von selbst. Diese alerte ausgeschlafene Architekturphilosophie macht seit einiger Zeit Furore, sie wurde auch nach Los Angeles transportiert, wo sie der sonst kritische und ernstzunehmende Theoretiker Michael Speaks als *managerial avantgardism* begrüßte. „Gebaute Ideologie“ schalt man zu Recht den sozialtechnokratischen Urbanismus der 60er. Sind wir heute blind für die ge-

bauten Ideologieteile, die da heißen „Brüche, Differenz“, „Fragment“ bis „anything goes“? Was ist, wenn der Rückblick auf die philosophische Postmoderne nicht viel Erhaltenswertes ausmacht, indes die architektonischen Streuobstwiesen zementiert sind und Kapital und Material genauso dauerhaft binden wie die geschmählten, zweckrationalen Großbauten in den 60ern und 70ern?

Im Benjaminschen Begriff der Allegorie verwies das Bruchstück auf ein Ganzes, „damit die Zeichenschrift der Vergängnis dem Antlitz der Natur“ eingeschrieben werde. Die Allegorie kennt ein „sinnvolles Nebeneinander der Gegensätze“. Damit erspart sie uns die problematische Synthese der Aufhebung der Gegensätze auf „höherer Ebene“ (im Sinne Hegels), doch ebensowenig kennt sie ein bloßes Nebeneinander der Bruchstücke, beschönigt als Pluralismus.

Die gegenwärtige Neoavantgarde, so sehe ich es, löst diese Doppelbestimmung von zweckorientierter Handlung und Zufall, von Orientierung und Desorientierung nicht mehr ein, sie löst die Spannung zugunsten der Aneinanderreihung der Einzelstücke. Sie plädiert parallel mit den Deregulierern aus der Politik und der Bauwirtschaft, in eigentümlicher Koalition dafür, die Ansammlung der Projekte und Einzelbauten zum Urbanismus zu erklären. Hellsichtig eines solchen „ohne Eigenschaften“.

Die Stadt baut sich gleichsam von selbst, ganz ohne Planung, wunderte sich vor längerem schon Dietmar Steiner Doch ganz ohne Zukunftserwartung, vulgo: Städtebau geht es nicht. Und auch nicht ohne Visionen, denn wie anders kann man aus Problemen realisierbare und wünschbare Potentiale herauslesen. Jetzt wird es höchste Eisenbahn für manche Zeitgenossen, wieder nach *mehr Staat* zu rufen. Besser jedoch dürfte es sein, die Konzepte des „Dritten Weges“ zu modernisieren und wieder mit dem Städtebau zu verknüpfen. Bernhard Schäfers hat dazu kürzlich in der ‚Frankfurter Rundschau‘ wichtige Anhaltspunkte aus der Frühgeschichte der Bundesrepublik wieder gegeben. Auch Richard Münch, der Bamberger Soziologe, hat wie viele andere (Beck, Giddens) dazu jüngst sehr brauchbare Anregungen geboten. Soweit sind wir aber noch lange nicht. Ich habe ja in der Universität einen guten Beobachterposten. Architekturmagazine, die Projekte von MVRDV enthalten, sind augenblicks ausverkauft. Light, sogar: *lite urbanism* ist in und angesagt, bei den Studenten und den jungen Architekten. Die Entwickler sehen das auch so. Sie haben nur andere Worte dafür. Doch seltsam: Von dort kommt neuerdings wieder Unterstützung fürs Umgekehrte, für Planung. Ihre Objekte brauchen eine Adresse. Vermarktbar ist bei Überangeboten nur, was über eine mar-

kante Adresse verfügt. Das Haus muß am Platz liegen, Aussicht auf Grün, womöglich Park versprechen, Wassernähe ist auch nicht schlecht. Wir kennen das aus den Anzeigen. Es erweist sich wieder mal, daß im Markt selbst oft mehr Innovationspotential entsteht, als in den zu schnell altmodisch werdenden Ideologien. Leider realisiert sich dieser Umschwung nicht ganz von selbst und überall.

Um die Belege zur Kennzeichnung unserer Avantgarde der Wunschlosigkeit um eine weitere Zitatstelle zu erweitern, noch folgender prägnanter Satz: „Noch paradoxer ist jedoch die Tatsache, daß das Szenario eines „light urbanism“ mit der fatalen Übergabe der Architektur an den Markt Hand in Hand geht. „Es entsteht ein Land von kleineren und großen Parzellen, auf denen sich Individualisten und Gruppen frei einen Ort in kleinen Häuschen wählen können, belgische Fermettes, Schweizer Chalets, New Hampshire homes, Bauernhof etc., kurz: ein großes family-camping“ und weiter im Text: „Ganz bewußt wird von MVRDV dieses Campinggefühl angesprochen, da es in den Medien sowieso ständig als Zukunft des Wohnens gepriesen wird.“ (MVRDV in Ole Bouman, Hrsg: *Visies op de toekomst van stad*, Rotterdam 1995). Neuerdings sind laut FAZ vom 15. Jan. 2000 sogar *Wohnkleider* und *Hosenzelte* für die Nomaden des 21. Jhdts. auf dem Vormarsch. Bin gespannt, wie sich diese nomadischen Geräte auf die Architekturästhetik auswirken werden. Doch zurück zum Ernst der Sache. Man mag es sich zu leicht machen, diese Befunde als Übergangsgeplänkel des „pausbackigen Neoliberalismus“ (Habermas) mit den Überresten des Postmodernismus sofort abzutun und zur Seite zu legen.

Die Chancen der Krise: Modernisierung der Moderne?

Die Phänomene entfalten auch kulturelle Aufbrüche und neue Chancen. Wir müssen genauer hinsehen. Die Ablehnung einer dominanten Stadtplanung traditioneller Art war fällig, die Emanzipation der Architektur von vorgeordneten Regularien erstarrter Planung notwendig. Etwas anderes ist es, daß jetzt die Gefahr von der anderen Seite kommt und zunehmend zur Belastung wird. Gemessen am Sendungsbewußtsein der Architektur des Neuen Bauens in der Weimarer Zeit ist die Architektur des Wohnens heute mehr als orientierungslos. Das nur Größer Weiter Komfortabler Energiesparender, und statt einer zwei Garagen, das kann es nicht sein. Und seltsamerweise auch nicht das Umgekehrte, der Hang zum Gesamtparhaus. Vom sozialen Programm befreit, hat sich die Suche auf technische Felder verlegt. Kosten- und flächensparendes Bauen, ökologischer Siedlungsbau und Einsatz von Selbst-, und Technohilfe sind die heutigen Zielfunktionen. Daran ist nicht viel Neues, denn die Siedlung Römerstadt in

Frankfurt oder Georgsgarten in Celle der Moderne der 20er Jahre waren schon preiswert und ökologisch, vom Wiener Gemeindebau zu schweigen. Das waren sie und obendrein noch schön und kündeten von einer Botschaft. Das geschichtsmächtige politische Konzept des Wohlfahrtsstaates, das hinter der Moderne gestanden hat, das auf der Makroebene für die Gleichverteilung der Lebenschancen, für Bereitstellung öffentlicher Dienste in zumutbaren Distanzen sorgte, und sich verband mit der Mikroebene des standardisierten Wohnungsbaus für alle, dieses Kulturelle, politische Konzept ist passé, vom eingebauten Wachstumszwang gebremst und vom Neoliberalismus beiseite geräumt. Verbindliche, besser: konsentrierte Leitbilder des Siedlungsbaus fehlen, die alten „Heimatgeschlossenheiten“ (Alfred Weber) des Genossenschaftsbaus und der Gemeinwirtschaftssiedlungen sind zerbröseln und abgelöst von der Fremde der vielen Häuser in die man beglückt einziehen muß.

Ich fasse zusammen: die Moderne war angetreten, die sozialen und ästhetischen Konflikte aus der Welt zu schaffen oder sie heglisch zu versöhnen. Das führte zur Erstarrung und zum Anpassungszwang und zur verdächtigen Vereinheitlichung. Der Widerstreit der verschiedenen kulturellen und subkulturellen Lebensformen brach den Zwangsversuch der gerechten Regelung befreiend auf. Doch man kann den Widerstreit auch nicht sich selbst überlassen, denn das würde bedeuten, ihn achselzuckend dem jeweils Stärkeren zu übergeben.

Die Rückkehr zur Stadt ist also mit Widersprüchen gepflastert. Neue Wege sind gesucht. Giddens hat in einem Vortrag in Wien und dann in seinen weiteren Arbeiten sehr bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Er konstatiert das Zerschlagen der großen Theorien und verteidigt das Einzelinteresse, an dem anzusetzen ist, doch nicht ohne dessen Projekte so zu qualifizieren, daß sie Vernetzungseigenschaften entwickeln. Mit diesen könnte sich, gewissermaßen von unten, von der Mikroebene her die Makroebene, sprich: Stadt wieder herstellen lassen. Die IBA Emscherpark hat mit einigem Erfolg versucht, die Rolle des ideellen Bauherren zu übernehmen, um Projekte zu fördern, die eine milieusichernde, stadtschaffende Fernwirkung aufweisen. Ich kann das hier nicht weiter ausführen. Ich will hier nur anmerken, daß es nicht um irgendeine Wiederbelebung eines großartigen Städtebaus mit normativem Anspruch geht, sondern nur um die Herstellung von brauchbaren Plafonds für solidarisches, soziales Handeln; um Anreicherung von Chancen zur Orientierung und sozialen Entlastung.

Doch das Zurück- (zur Stadt), marsch —marsch ist nicht so einfach. Die Rückkehr zur Stadt fällt mit ihrer totalen Kommerzialisierung, mit der Privatisierung ihrer Straßen und Plätze und mit der ‚Disneyatisierung‘ ihrer Zeichensysteme in eins. Zerstörung durch Rettung als The-

menpark ist die Realität der Praxis. Die schöne Forderung nach „Nutzungsmischung, „Feinkörnigkeit“ und „kurze Wege“ findet kein rechtes Gehör. Noch laufen die Prozesse stets andersherum. Sie versuchen in fünf Feldern zu klären, wie der Weg zur Stadt wieder frei werden könnte, indem wenigstens die ideologischen Selbstblockaden erkannt und womöglich gelockert werden könnten. Mehr kann man seitens der Architektur und der Stadtplanung sowieso nicht dazutun. Kehren wir also vor den eigenen Türen. Ist wirklich alles determiniert und unumkehrbar, was das Schicksal der Stadt anlangt?

Wie gesagt, ich werfe kurze erinnernde Blicke in fünf Praxisfelder, um zu sehen, wie in kleinen Schritten die historischen Ideologeme und Leitbilder verlassen und neu gefaßt werden müssen.

1. Die soziale Architektur der Moderne

Wir wissen, daß sie die „alte Stadt der Privilegien“ überwinden wollte. Das Experimentierfeld der Moderne war das freie Feld, der Neubeginn ohne Geschichte. Die Siedlung, ein Zwitter, nicht Stadt, nicht Land, Träger der Ideen von ästhetischer Sachlichkeit und staatlicher Sozialpolitik, war die dominierende Figur, nicht das alte innerstädtische Quartier. Das ließ man draußen vor, besser: innen drin. Die Charta von Athen wollte die rationelle Stadt der Entflechtung von Produktion und Reproduktion. Man nannte sie auch schon „fordistische Stadt“. In der heutigen sogenannten „postfordistischen“ Ära ist die Stadt vom Abbildungs- und Bindungszwang an die materielle Basis entbunden. Die Art der Stadt ist wählbar geworden. Also auch die kompakte (europäische) Stadt. Das ist immerhin der Vorzug der postindustriellen Befreiung des anything goes.

2. Der Sprawl und Peripherien

Die Gegenspieler der Stadt fußen keinesfalls auf einem Naturgesetz. Sie sind ja auch nicht überall gleich. Im Gegenteil: Schon Entstehungsbedingungen wie im Ruhrgebiet oder geographisch – kulturelle Besonderheiten erlauben die Differenzierung in zig Typen von Peripherien. Jede hat ihre andere Gesetzmäßigkeit und ist von Geschichte und Zufällen geprägt. Hofmann-Axthelm hat das in seinem letzten Buch herausgestellt. Jedenfalls kann man sie nicht über einen Kamm scheren und schon gar nicht den sogen. Amerikanismus für die angeblich unvermeidliche Überschwemmung mit *Peripherie ist überall* verantwortlich machen. Anders als in USA sind unsere Städte keine 30 km auseinander und noch jede Peripherie fühlt sich

einem bestimmten Zentrum zugehörig. In der zersiedelten Gegend zwischen Karlsruhe und Mannheim läuft die Grenze meterscharf zwischen denen, die nach Norden, d. h. nach Mannheim ins Kino oder Einkaufen fahren und denen, die notorisch Karlsruhe im Süden bevorzugen.

Doch wie das meiste soll auch die Zersiedelung amerikanischer Import sein, mit den GAT-Verträgen ästhetisch zollfrei und jetzt endgültig hereingelassen, und wer das nicht glaubt, bald als Gegner der Zwischenstadt und der Peripherie geoutet wird, dem kann es passieren, daß er vom Kritiker des versteckten Antiamerikanismus geziehen wird. So erlebt bei der Bauhaustagung im Mai 1997, die die Behauptung: „Peripherie ist überall“ zum Thema hatte.

Hausbau ist aber ein feudalistischer Überrest, der in der bürgerlichen Romantik als Bestandteil der deutschen Sehnsuchtslandschaft wieder errichtet wurde. Das Haus im Grünen vor den Toren der Stadt! Denken Sie an Goethes Gartenhaus oder an das englische Landhaus des 18. Jahrhunderts, das dort zur Höchstkultur gereift ist. Das war das Vorbild auch für die USA und kam von dort schon mal als Bungalow ohne Dach wieder zurück. Doch in der Masse haben wir es beim Hausbau im Felde also mit eigenen Gewächsen zu tun, trotz der amerikanischen Namensgebung, die da bei uns auch schon sagt: Suburb, Nonplace Urban, Field, Sprawl, Exurb, Megalopolis, Slurb Urban Village, Spread City und Edge City. Indes lohnt auch der eigene Blick nach USA. Dort nämlich ist *the Booming of Burbs* längst zum Problem geworden. Pursuit of Happiness vollzieht sich im Single House Suburbia. Die seit einigen Jahren zu beobachtende Gegenbewegung des *New Urbanism* propagiert und baut dichte gemischte Nachbarschaften – ‚pedestrian pockets‘ genannt, und versucht, an die städtischen Reihenhäuser der amerikanischen Vergangenheit anzuknüpfen. Deren Typologie enthält Elemente des privaten Hauses in Kombination mit urbanen Eigenschaften. Ich werde auf diese Untersuchungen noch zurückkommen. Auch werden neue Städte riskiert, die freilich nicht ohne problematische Seiten sind. Doch dazu später.

3. Haus- und Siedlungsbau

War, wie man weiß, *auch* Ausfluß einer tiefsitzenden Großstadtfeindschaft. Die von Angst und Autostraßen zersetzte Stadt und allerhand grüner Kult lösten die Fluchtbewegungen des Bürgertums aus – Raus ins Grüne!! – verstärkt von schwärmerischen, agrarromantischen Reformbewegungen der Zwischenkriegszeit. Diese färbten die deutsche Wohnungspolitik der Nachkriegszeit (nach 1945) bis in die Wolle. Zudem war Wohnungspolitik Teil der Sozialpo-

litik und diese auf die Förderung der Familie ausgerichtet. Und wo gedeiht die gesunde Familie?

Heute haben sich die Verhältnisse durchaus geändert, Gruppierungen sind weiter ausdifferenziert, Biographien nahezu wählbar geworden etc. etc. Setzen wir auch mal auf diese nachmoderne Beobachtung und ziehen den umgekehrten Schluß! Die Familie ist zeitweise nicht zu ersetzen für das Kind. Ansonsten haben sich auch aus den Zersplitterungen neue soziale Fügungen ergeben, denen die Stadt das angenehmere Pflaster ist.

4. Der Boulevard im Sender – die Lindenstraße

die beliebte Lindenstraße soll nun endlich erweisen, weshalb sie hier bemüht wird und daß sie – hoffentlich – Ihre Neugierde wachgehalten hat.

Was fangen die Parabolantennen auf dem Dache und die Verkabelungen des Einfamilienhauses ein? Die größte Stadt Deutschlands.

Die Lindenstraße – nennen wir sie eine imaginäre Stadt – läuft in der 700sten. Folge! In einer der zwanzig Doktorarbeiten zu diesem Phänomen findet der geduldige Leser vielleicht den Gedanken, daß diese Tür-auf-Tür-zu-Serie im städtischen Mietshaus den Rückkehrsehnsüchten des isolierten Einfamilien-Bewohners zuarbeitet. Falls nicht, dann behaupte ich dies hier und halte den Gedanken für einen Moment fest. Was meine ich? In dieser schnellen 12-Tür-Oper sind wir Mitbewohner des Mietshauses. Es sind aber nicht nur das städtische Haus, die Dichte und die Straße, die Stadt herstellen. Die Schnelligkeit, Indikator für großstädtisches Wesen - so Simmel - sagt auch noch: hier ist Stadt. So entsteht und halluziniert sich am unwahrscheinlichsten Ort, im Eigenheim, das verlorene Städtische. Dort wird es zumindest wachgehalten und möglicherweise persönlich dann auch gesucht. Vielleicht noch in den neuen Kristallisationspunkten von Urbanität: in den Malls und Cinedomes. Anschließend vielleicht schon in einer „Outdoor-Mall“, so nannte ein kleiner Junge seine neue Heimat: Celebration City.

Ob dieses Stadtvergnügen namens Lindenstrasse nur kalkulables Simulakrum ist und bleibender Ersatz oder wirklich über die Mall wieder zur „Outdoor-Mall“ – amerikanisches Neusprech – d.h. zur städtischen Straße zurück nach vorne führt, das weiß ich nicht. Ausgeschlossen ist das jedenfalls nicht.

5. Die globalen wirtschaftlichen Dynamiken

lösen die örtlichen, ortsgebundenen Lebenswelten auf und sorgen so für die weitere, über dies noch temporäre Streuung von Besiedelung. Sagen die Pessimisten und Paranoiker. Das ist auch so eine These, die näher besehen werden muß. Es ist zweifelsfrei, daß sich das Kapital dort und nur dort niederläßt, wo es günstige Bedingungen vermutet. Lockende Arbeitsplätze ziehen Besiedelung nach und schon ist die Edge City – am Autobahnkreuz gelegen – fertig. Von ihr aus, also von der Peripherie, werden dann die wirtschaftlichen Prozesse weiter gesteuert.

Doch der Zerstörungsprozeß des Lokalen stoppt von selbst an den längerfristigen Eigeninteressen der Global Players. Sie benötigen eine Einbettung in lokale kulturelle und wirtschaftliche Milieus, mit anderen Worten, in die Stadt. Hier bietet auch neuere die Theorie der Glokalisierung (zusammengesetzt aus global und lokal) dem Optimisten Schützenhilfe. Sie sieht und erläutert die Erfordernis und reale Chance eines Solidarvertrages, eines Gesellschaftsvertrages zwischen Global und Lokal, zwischen den ortsgebundenen Lebenswelten und den freiziehenden Wirtschaftsströmen.

Auch die neuen Wirtschaftsformen der virtuellen Fabriken etc. benötigen Sozialisations-Agenturen, wie sie die urbanen Kulturen gewesen sind. Die Frage wird von den weitsichtigeren „Wirtschaftslenkern“, nennen wir sie mal der Kürze halber so, selbst aufgeworfen, die Frage also, wie die Orte der Selbstvergewisserung geschont oder wiederhergestellt und damit zivilisierende Effekte wachgehalten werden können. Daß die Maximierung der shareholder values als alleiniges Ziel der Trusts auf die Dauer nicht läuft, begreifen erstaunlicherweise die Herrschaften mit zunehmender Schnelligkeit. Also keine allzugroße Bange vorm Popanz Globalisierung.

An diesem Punkt kann auch kurz erwähnt werden, daß nach den neueren Theorien (Sassen) die elektronischen Medien nicht nur Formen der Streuung und Dezentralität sondern auch solche der Konzentration hervorbringen. Freilich wird es in diesem Zusammenhang Gewinner- und Verliererstädte geben. Immerhin wird Stadt nicht völlig unentbehrlich, wie manche Netztheoretiker weissagen. Ja es wird später einmal soweit gekommen sein, daß eine Weltfirma ihren Mitarbeitern eine kleine Stadt zum Wohnen, fürs Vergnügen und zur Bildung baute, „mit allem Drum und Dran“ und sie der Belegschaft schenkt. „Unsere Leute waren es leid,“ so erläutert das Management, „immer nur im Netz zu kommunizieren.“ (Meldung in der Sunday Times, Chronicle of the Future Nr. 3 aus dem Jahr 20020- 20029

6. Nutzungsmischungen

und damit kurze Wege sind zukünftig vielleicht doch wieder vorstellbar. Die produzierenden Industrien und das Gewerbe werden emissionsärmer und tolerabler. Die Halbwertszeit des Flächenverbrauchs liegt für einige Produkte derzeit bei fünf Jahren d. h. alle fünf Jahre verkleinert sich die für die Produktion benötigte Fläche um 50 %. Das sagten uns kürzlich Manager des Siemenskonzerns. Somit ist auch produzierendes Gewerbe wieder in die Stadt integrierbar. Überdies erschließen sich auf den Rückseiten der Produktionszyklen alternative Wirtschaftsformen ihre (wohn-) verträglichen Produktions- und Distributionsweisen. Ein gewisser Mix wird denkbar, nicht als Rückkehr in die Stadt des 19. Jahrhunderts, sondern als Griff nach vorne.

Schlußüberlegungen

Nach der Umschau auf den fünf Terrains möchte ich die Suche nach Pfaden ins (neue städtische) Utopia erst einmal abbrechen. Wir haben vom zersiedelten Land aus, vom status quo der Beschlagnahme von Land durch Bauland erzürnt, auf die Stadt zurück nach vorne geblickt. Und den Argumentationsschutt etwas gelüftet, der die Zersiedelung verewigen und die Stadt totsagen will. Nicht die Stadt überhaupt, sondern *Die Europäische Stadt*. Wer die Diskussion verfolgt hat, ich habe sie am Anfang meines Referates angedeutet, kennt seit einiger Zeit diesen Begriff – Europäische Stadt – Antipode zur Peripherieposition- 1991 eingeführt vom World-Watch-Institut. Dieses hat die europäische dichte Stadt als Vorbild für Nachhaltigkeit hingestellt. Eine Reihe von Kollegen, Planern und Politikern sind schon dort. Sie argumentieren gleich von der Stadt aus, sind also schon drin und rekonstruieren oder retten sie. Wenn man nicht im dritten Speckgürtel Stuttgarts lebt und nicht im Bergischen nahe Köln, sondern in Berlin beispielsweise, dann geht das auch ganz easy. Hans Stimmann in Berlin gehört zu den Städtern wie Lüdtke-Daldrop in Leipzig oder Feldtkeller in Tübingen. Sie sind die Antipoden zu den Peripherikern. Alle drei Kollegen haben dazu das Wichtigste, derzeit die Debatten bestimmende publiziert. Dieter Hofmann-Axthelm (DHA) ist allerdings die theoretische Leitfigur dieser Fraktion. In seinem Buch „Die dritte Stadt“ entfaltet er die Argumente für die Unentbehrlichkeit der kompakten Stadt und ergänzt sie durch ökologische Gesichtspunkte. Nicht länger, so DHA können wir uns den „elitären Luxus“ von Ökohäusern und Ökosiedlungen leisten. Damit lenkt er die Aufmerksamkeit von den heiligen Kühen der neuen sozialen Bewegungen ab, hin zur alten Stadt, das ist seine Argumentationslinie. Alle noch so selbstbestimmten und baubiologisch kontrollierten Ökosiedlungen, so DHA, zehren stets

Landschaft auf, gewöhnlich im weiteren, billigeren Umkreis der Stadt; sie vergeuden Energie und blasen Unmengen an CO₂ in die Luft. Sie erzeugen Verkehr und soziale Auswegslosigkeiten. Die Alte Stadt hingegen leistet schon seit 4000 Jahren was erforderlich ist. Schonung knapper Ressourcen – die Abwärme des einen ist die Zuwärme den anderen -und die Fortzeugung feinkörniger Mischung gehören zu ihren Eigenschaften und Fähigkeiten, aber auch kontrollierte Größe von 15 Gehminuten für den Radius. Ihr Wesen ist die Grenze.

So viel mag genügen, um den Grund für den Streit aufzudecken, der sogleich aufbrach. Die gutmeinenden Ökosiedler als Landverbraucher und Zersiedler in die Reihe der anderen Versiegeler einzureihen, das war natürlich schwer zu schlucken. In der Rigorosität der carthesianischen Unerbittlichkeit stimmt der Vorwurf. Freilich heißt Planen aus einem Haufen teils widersprüchlicher Zielfunktionen einige auswählen, die man unter Hintanstellung der anderen weiter verfolgt. So sind auch Ökoprojekte nicht widerspruchsfrei, jedoch unentbehrlich als transitorische Elemente des Lernens und des Übergangs in noch nachhaltigere, d. h. urbane Wohnformen. Doch zweifellos ist es das Verdienst von DHA, an der Option für das übernächste Ziel festzuhalten.

Auf welchen Wegen nun können wir der Stadt, von mir aus der Europäischen Stadt, ein Überleben sichern? Ich kann hier nur einen ganz schmalen Ausschnitt beleuchten: Wohnen in der Stadt. Oder: Urbanes Wohnen. Wohin zurück?

1. Nicht in die geschlossene Stadt!

Die Stadt kann natürlich nicht die ummauerte Stadt des *Einen Glaubens* sein, der die Bewohner eint, so wie das im Mittelalter einmal gewesen sein mag. Diesen Ring haben schon Schießpulver und Industrialisierung gesprengt.

Die wirkliche „europäische Stadt“, besonders in deutscher Ausgabe, wird sich daran gewöhnen müssen, daß sie nicht von sozialer und rassistischer noch kultureller Homogenität geprägt sein kann, wie das in unseren früheren Städten überwiegend der Fall gewesen ist (und heute z.T. noch ist).

Das Aufeinanderprallen von Fremden mit Einheimischen, die Abgrenzung *und* Anpassung von selbstgewählten (positiven) Ghettos ist die Essenz der Urbanität.

2. In die „inszenierte Stadt“ womöglich?

Gott behüte!, da wehren sich unsere Wahrheitsapostel. Die „inszenierte“, gar „fingierte“ Stadt wird immer, bezeichnenderweise von links, mit dem Weihwasser des „Gewachsenen und Echten“ aus der Diskussion getrieben. Nach dem alten protestantischen Kritikschemata: hier das soziale Gute – dort das Ästhetische, das Schlechte. Da finden sich noch heute auch die Reste der linken Kritik gegen die frühe Postmoderne.

Vergessen wird bei diesem sakralen Verdammungsakt die banale empirische Kleinigkeit, daß keine Stadt gewachsen ist, sondern immer gemacht wurde. Der Ku’damm in Berlin, das gesamte Bayrische Viertel waren in 10 Jahren fertig – wer spricht von Inszenierung? Nichts als Inszenierung war der Kurfürstendamm. Hinter der Angst vorm schönen Schein steckt vermutlich ein religiöses Motiv. Ich will nicht mal Marx und den Marxismus der 60er bemühen, der den konkret sinnlichen Menschen in den Fluchtpunkt der Geschichte – und der Theorie – gerückt hat. Echt und wahr ist nur die Form, die einem Wesen zur Darstellung verhilft. Das hat, wörtlich genommen und karikiert, die Folge, daß, weiß man „um“, (dies diffuse Wort ist hier mal angebracht), also weiß man um die kopernikanische Auflösung des geozentrischen Weltbildes, dann ist Zersplitterung der Stadt echt, entspricht sie doch den materiellen Grundlagen. Aber ist die Darstellung dieser „Wahrheit“ auch zwingend, von wünschenswert nicht zu reden? Sind wir auf ewig verpflichtet und verdammt, die „Basis“ abbilden zu müssen? Warum sollte man der Halluzination von Lebensentwürfen nicht Raum schaffen dürfen? Gut eignen sich dafür kleine Städte. Sie sind gute Aufenthaltsorte für die Passagiere Erdenbewohner. Wir können doch durchaus Heimaten fingieren, philosophisch ausgedrückt, die Entfremdung entfremden. Amerikanische Architekturtheoretiker nennen dasselbe durchaus im zustimmenden Sinne einen positiven fake. Frau Huxtable sagt: „to fake the fake“ sei eine brauchbare Möglichkeit. Das will sagen, daß man übersichtliche, untereinander vernetzte Kleinstädte herstellen kann, ohne zu sündigen, Zusammenballungen aus dem Staub der Agglomerationen, um die ptolemäische Abrüstung - mit Sloterdijk argumentiert – mit Augenzwinkern, einem Schuß heiterer Ironie auch, herbeizuführen. Wenn man die Abrüstung nur will. In den USA, das erkennt die StadtBauwelt 145 immerhin an, entsteht ein New Urbanism als Antwort auf Suburb und Sprawl, warnt erwartungsgemäß vor „Übertragung“.

Warum sollte der aufgeklärte Wohnungssuchende, der weiß, daß seine gattungsgeschichtlich früheren und tradierten Haltepunkte zerbröseln sind und er mit den Partikeln in das All saust, warum sollte er nicht seine geschlossene räumliche Wunschwelt inszenieren dürfen, bzw.

deren Errichtung in Auftrag geben? Gerade *weil* der Modernismus überall dominiert, könnte ein souveränes Sich-zeigen und Sich-verbergen der Bedürfnisse in anthropomorphen, morphologischen Figuren, Räumen, d. s. Straßen, Plätze, Höfe eine Vernunft der Naivität begründen. Sloterdijk bringt das Beispiel der untergehenden Sonne. Man weiß, daß sie nicht untergeht, doch wenn ich meine Bank vorm Haus zum Sonnenuntergang ausrichte, dann suche ich bewußt „die Wahrheitsform der Sinne“ (Sloterdijk) und nicht die des analytischen oder professionell verkorksten Verstandes. Im milden Licht des Sonnenunterganges grüble ich über die Rückständigkeit des bloß Fortgeschrittenen.

3. Auffüllen der bestehenden Städte – erste Rückbewegungen

Die zwar „gescheiterte“ aber offensive, integrale Stadtentwicklungsplanung der 70er Jahre und die anschließenden, eher defensiven Forderungen der Bodenschutzkonzeption nach Innenentwicklung von Städten, die Anfang der achtziger Jahre einsetzte, hat im landläufigen Planungsprogramm eine Umkehr eingeleitet. „Unterbringung von neuen Flächenbedarfen in bereits besiedelten Brachen auf benutzten Flächen im Rahmen vorhandener Baurechte“ war die neue Devise ab 1985. Diese Neuorientierung kam, wie schon angedeutet, nicht von selbst. Vorausgegangen waren:

- Verschwinden des wirtschaftlichen Wachstums
- Finanzknappheit bei den Kommunen
- Erfahrungen mit Stadterneuerung seit Mitte der 70er Jahre
- Wiederentdeckung von Stadtgeschichte und des städtischen Milieus
- Wertewandel, Ressourcenknappheit
- Rückkehr einiger Auswanderer vom Umland in die Zentren

Die Vorteile und Hoffnungen, die mit der Neuorientierung verknüpft waren, liegen auf der Hand:

- Verminderung des infrastrukturellen Aufwandes und Verkehrs
- ÖPNV besser organisierbar
- Zersiedelungsgrad sinkt

- Etc.

Leider sollte von Anbeginn bis heute etwas fehlen: Die Begeisterung der Menschen, die angebotenen innerstädtischen Wohnquartiere anzunehmen. Und weiter fehlten architekturkulturelle, akzeptierte Leitbilder eines städtischen Wohnens und Bauens, in denen die Vorteile des EFH im Grünen mit denen im Zentrum gleichzeitig genossen werden können. Solches wieder zu finden, das ist ein nur langfristig zu denkender Prozeß. Auch die hohen Einschaltquoten der Lindenstraße lassen nach.

Doch welche Rolle, so wäre zu fragen, spielt bei diesen Niederlagen der modernen Architektur, daß zumeist nur die abgespeckteste Massenware zur Ausführung gekommen ist? Deren Kosten zum Überfluß auch noch unverschämt in Schwindelhöhe gerechnet worden sind?

Die Kommunen können kurzfristig nicht dem Dilemma entfliehen, das sie jetzt zur Ausweitung von Bauland für den Einfamilienhausbau zwingt. Damit die eigentlichen *Fakes* gebaut werden, die teuren Kisten, die die Abzahler genau um das betrügen, nach dem sie sich sehnen. Das Buch von Bourdieu spricht Bände. Es zeigt, daß das, was die kleinen Bauherren für das Wirklichste halten, unwirklich ist und ein „mit herber Angst durchaus vermischter Traum“, wenn es erlaubt ist, Gryphius hier zu zitieren. Wenigstens mittelfristig, das heißt sofort, müssen die Kommunen und andere Träger daran gehen, andere Wohnweisen zu bedienen und die entsprechenden Bauformen, erst mal experimentell im Vorgriff, in Auftrag zu geben. Es fehlen überzeugende Beispiele immer noch. Bei uns in Deutschland jedenfalls.

Ein Beispiel, das zeigt, wie es auch anders gehen kann: Die Stadt Potsdam hat letztes Jahr einen Workshop veranstaltet. Sie hat acht Architekten die Aufgabe gestellt, ihren Ehrgeiz darein zu legen, Hausformen zu entwickeln, die

- urbane Charakteristik aufweisen, Straßen, Plätze, Ensembles bilden können
- grüne Zimmer, grüne Loggien oder sonstige benutzbare Freiräume auf der Etage anbieten
- für jede Wohnung in den Etagen einen eigenen Eingang am Bürgersteig vorsehen

Die eingeladenen Architekten, ehrgeizige Spitzenleute allerdings, haben sich zusammengesetzt und honorarfrei beachtliche Lösungen entwickelt. Einige konnten gebaut werden. Leider glauben noch zu wenige Investoren an den Erfolg des Projektes Stadthaus oder Stadtvilla. Leider ist die Misere noch schlimmer. Diese sehr ehrgeizige Bauaufgabe Stadtvilla ist von

den Entwicklern und raschen Marketingfritten auch schon wieder mißbraucht und abgewirtschaftet worden. Dennoch und gerade sollte man an dem Projekt einer zweiten Generation von Stadthäusern und Stadtvillen festhalten. Das Gegenbild dazu ist immer noch prägend. Publizistische Unterstützung fehlt, einzig die Kritik an der Platte als Synonym für Moderne und Stadt dreht ihre Gebetsmühlen. Schlechte Presse lähmt derzeit noch Politik, Bauherren und Geldgeber. Es muß ja nicht so bleiben Das Gute ist, es gibt keine generellen Lösungen und Rezepte, sondern eine Vielzahl der Wiederannäherungen an die Stadt. Konzentrierte Aktionen an konkreten Plätzen der Stadt sind nötig.

Ganz zum Schluß noch eine Stufe hinauf in die Abstraktion. Alles was die neue Stadtwohnung, das neue Stadthaus enthalten soll, ist schon erfunden und kulturell erprobt. Das Kloster der Karthäuser in Pavia und der Pavillon d'Esprit Nouveau von Le Corbusier. Aus beiden sollte das Neue noch einmal schöpfen, auf daß uns seßhaften Passagieren die Nachhaltigkeit nicht zur Fessel und Mobilität mit Heimatraum verknüpfbar wird.

Literatur

- ARCH⁺ 105/106, 1991, Der Sprawl. Die Auflösung der Stadt in der Region
- ARCH⁺ 143, 1998. Darin Texte von Bart Lootsma und MVRDV
- Achleitner, Friedrich*: Der Traum von Häuselbau, in: Falter, Stadtzeitung Wien, Nr. 31, 1998, S. 58-59
- Bourdieu, Pierre*: Der Einzelne und sein Eigenheim, Berlin 1998
- Calthorpe, Peter*: The Pedestrian Pocket, in: Doug Kelbaugh (ed.): The Pedestrian Pocket Book
Abgedruckt in: The City Reader, herausgegeben von: *Richard T. Le Gates/Frederic Stout*,
London 1996, S. 468 – 475
- Davis, Mike*: Das Ende der Vorstadt und der Sieg der „Edge Cities“. Schlaglicht Pomona und Los Angeles, in: Neue Rundschau Nr. 2, 1998, S. 40-45
- Duany, Andrews/Plater-Zyberk, Elizabeth*: Towns and Town-Making Principles New York 1991
- Feldtkeller, Andreas*: Die zweckentfremdete Stadt Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes Frankfurt, New York 1995
- Fishman, Robert*: Urban Utopias in the Twentieth Century. Cambridge 1982
- Fishman, Robert*: Beyond Suburbia, in: Richard T. Le Gates and Frederic Stout: The City Reader
London/New York 1996, S. 484-492
- Hofmann-Axthelm, Dieter*: Anleitung zum Stadtumbau, Braunschweig 1996
- Hofmann-Axthelm, Dieter*: Globalisierung und die Zukunft der Architektur In: Deutsches Architektenblatt, Ausgabe Baden-Württemberg, Nr. 11, 1997
- HowardKunstler, James*: Home from Nowhere. Remaking our everyday world für the 21th century, New York 1996
- Huxtable, Ada Louise*: The Unreal America Architecture an Illusion, New York 1997
- Kelbaugh, Doug* (Hrsg.): The Pedestrian Pocket Book. A new suburban Design Stratesy Princeton Architectural Press und Universität Washington, Princeton 1989
- Koolhaas, Rem*: Stadt ohne Eigenschaften, in: Lettre International Nr. 30, 1997, S. 30-36
- Koolhaas, Rem/Kuhnert, Nicolaus*: Berlin, Offene Stadt, in: Lettre International Nr. 18, 1992, S. 39-43
- Münch, Richard*: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten, Frankfurt am Main 1998
- Prigge, Walter* (Hrsg.): Peripherie ist überall, Frankfurt / New York 1998 (Edition Bauhaus)

Robertson, Roland: Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit, in: *U. Beck* (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, München 1998, S. 192-220

Sassen, Saskia: Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt / New York 1996

Scott, Allan/Soja, Edward: The City Los Angeles and the End of the Twentieth Century, Berkeley/Los Angeles/London 1996

Sieverts, Tom: Zwischenstadt, Wiesbaden 1997

Stadtbauwelt 145, März 2000

Steiner, Dietmar: Architekturzentrum Wien (Hrsg.): Standardhäuser Die Häuslbauer 1. Teil (+ 2. Teil New Standard), Wien 1997

Steiner, Dietmar: Vielleicht eine Biographie der Peripherie, in: Daidalos 50, 1993

Stimmann, Hans (Hrsg.): Babylon, Berlin etc. Das Vokabular der europäischen Stadt, Basel 1995

The Sunday Times: Chronicle of the Future Tomorrows News Today, 20020 Week 3

Touraine, Alain: Die Stadt – ein überholter Entwurf? in: Demokratische Gemeinde: Die Stadt März 1998

Van Reijen, Willem: Ruinen des Denkens. Denken in Ruinen, Frankfurt 1996

van der Ryn, Sim/Calthorpe, Peter: Sustainable Communities A new Design Synthesis for Cities Suburbs and Towns, San Francisco 1986

Hochschulpolitisches Forum¹:

George Turner

Mitte der sechziger Jahre hatte das Thema Bildung allgemeines Interesse in Öffentlichkeit und Politik gefunden. Der Druck auf die politischen Entscheidungsträger, Regeln festzulegen, wurde immer stärker. Die elf (alten) Bundesländer setzten um das Jahr 1970 ihre Hochschulgesetze in Kraft. Diese wurden seither im Schnitt jeweils fünf bis sieben Mal novelliert. Zählt man das Rahmengesetz des Bundes mit seinen Änderungen und die seit dem Einigungsvertrag in den neuen Bundesländern geschaffene Gesetzgebung hinzu, so kommt man auf knapp 100 Gesetzesfassungen, die irgendwann einmal länger oder kürzer für die jeweiligen Universitäten gegolten haben. Kaum eine Landesregierung kann der Versuchung widerstehen, zu Beginn einer Legislaturperiode zunächst einmal das Hochschulrecht zu novellieren.

Neben den einzelnen Bundes- und Landesministerien, Fraktionen und Parlamentsausschüssen sind noch Gremien wie Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat und Rektorenkonferenz mit dem tertiären Bereich befaßt, weiterhin Interessenverbände aller Art wie Hochschullehrer- und Lehrerverbände, Organisationen der Wirtschaft, Gewerkschaften usw., die nicht zögern, sich mitunter lautstark zu artikulieren. Dieser – unmittelbare oder mittelbare – Bezug zum Bildungsbereich und die Verfolgung jeweils eigener Ziele läßt erahnen, welche unterschiedlichen Vorstellungen und Forderungen inzwischen auf die Institution Hochschule einwirken und welche zentrifugalen Kräften sie in allen Bereichen, die heute für das Gesamtgefüge Universität entscheidend sind, ausgesetzt ist. Das gilt vor allem für folgende Sektoren:

Zulassung zum Studium (Eingangsprüfungen/Zugang für Berufstätige ohne Reifeprüfung); Zugangsbeschränkungen (numerus clausus); Studiengebühren; BAFÖG (Zuschuß oder Darlehen); Finanzierung (Global- oder Einzelhaushalt); Organisation des Studiums (überkommenes oder gestuftes, sog. anglo-amerikanisches System); Prüfungswesen; Leitung der Hochschule auf zentraler und dezentraler Ebene (Präsidial- oder Rektoratsverfassung, Befugnisse der Dekane); Mitwirkung der Gruppen (sog. Paritäten, Quorum bei Wahlen); Hochschulrat (als Aufsichtsgremium mit externen Mitgliedern); Mittelverteilung (sog. Gießkanne oder nach Leistungskriterien); Berufungswesen (Rechte des Staates gegenüber Vorschlägen der Universitäts-

¹ Weitere Teilnehmer am Forum, das am 9. 2. 2000 in der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe unter der Leitung Olaf Schwenckes stattfand, waren Klaus von Trotha, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (siehe nächsten Beitrag), Sigmar Wittig, Rektor der Universität Karlsruhe (TH), sowie Hans Wolff, Vorsitzender der Konferenz der Landeshochschulrektoren.

ten); Autonomie der Hochschule (Rechts- oder Fachaufsicht des Staates); verfaßte Studentenschaft; Personalvertretung (Zuständigkeit, Inkompatibilität mit Gremienmitgliedschaft).

Diese Elemente können durch Gesetze sehr verschieden ausgestaltet werden; die konkrete Handhabung bestehender Normen ermöglicht weiter divergierende Erscheinungen. Im Gesetzgebungsverfahren kann es aufgrund der politischen Konstellation zu sehr unterschiedlichen Lösungen kommen, je nachdem, wer die Mehrheit stellt oder ob die Entscheidungen von Koalitionen bzw. Duldungsmodellen (wie neuerdings möglich) gefällt werden. Das Ergebnis sind in aller Regel Kompromisse, bei denen sich widersprechende Lösungen in den gesetzlichen Regelungen nebeneinander finden, so z. B. wenn auf der einen Seite eine langjährige Leitung der Hochschule durch einen hauptamtlichen Präsidenten vorgesehen, auf der anderen Seite dieser an die kurze Leine der Fachaufsicht genommen oder die (starke) Stellung des Präsidenten durch eine Allzuständigkeit der Gremien konterkariert wird. Ebenso kann es vorkommen, daß politisch kontroverse Positionen in ein und demselben Gesetz ihren Niederschlag finden.

Das verdeutlicht, daß es kaum Zufriedenheit mit dem jeweils Erreichten geben wird, weil kein Gesetz „aus einem Guß“ ist und – wegen der politischen Kräfteverhältnisse – auch nicht sein kann. Selbst wenn in einem Bundesland eine der großen Parteien über die absolute Mehrheit verfügt, war sie doch wegen des Rahmengesetzes, seinerseits das Ergebnis eines Kompromisses, gehindert, einen politisch „lupenreinen“ Standpunkt umzusetzen. In der Vergangenheit ist das Rahmengesetz mit seinen zwingenden Regelungen als Vorteil verstanden worden, weil auf diese Weise ein gewisses Maß an Übereinstimmung und Vergleichbarkeit gewährleistet schien. Je deutlicher es aber wird, daß es eine Illusion ist, von einem einigermaßen einheitlichen Niveau in der Ausbildung und im Abschluß auszugehen, desto mehr verliert auch die Position an Boden, die – formal – die Einheitlichkeit des Hochschulwesens de iure erhalten möchte.

Mit der letzten Novellierung des HRG im Jahr 1998 ist den Ländern ein größerer Gestaltungsraum gegeben worden. Ob und wie sie ihn umsetzen, ob sie z. B. Befugnisse an die Hochschulen weitergeben, ist die eine Frage; die andere ist, welche Folgen die unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten haben: Wettbewerb und Vielfalt oder Beliebigkeit und Unübersichtlichkeit.

Klaus von Trotha

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland – dieses Thema in wenigen Minuten zusammenzufassen, ist ein riskantes Unternehmen. Ich will es dennoch versuchen, und mich dabei an dem Ratschlag von Martin Luther orientieren: „*Machs Maul auf, tritt fest auf, hör bald auf.*“ Für die Hochschulpolitik spannt sich in diesen 50 Jahren ein weiter Bogen von der Gelehrtenrepublik des 19. Jahrhunderts, die sich nach der politischen Gleichschaltung der Universitäten unter der NS-Herrschaft wieder gebildet hatte, bis hin zum multimedialen Dienstleistungsanbieter des 21. Jahrhunderts.

Meilensteine auf diesem Weg waren

- die Bildungsexpansion der sechziger Jahre, die zu einer Vervielfachung der Studierendenzahlen geführt hat;
- gerne vergessen: die Vervielfachung der personellen und räumlichen Ressourcen der Hochschulen in den sechziger und frühen siebziger Jahren;
- die Diversifizierung des Hochschulbereichs durch Fachhochschulen und Berufsakademien;
- die Studentenrevolte der sechziger Jahre, die den Muff unter den Talaren beseitigen wollte; inzwischen sind viele Wortführer selbst Talarträger geworden;
- die Planungseuphorie der frühen siebziger Jahre, als man von den Möglichkeiten der damals noch jungen Großrechner begeistert war und von der durchorganisierten Hochschule träumte;
- der Öffnungsbeschluss 1977 zur „Untertunnelung des Studentenbergs“. Er mündete in die „Überlast“, die ihrerseits oft als Vorwand willkommen war, von der eigenen Reformunwilligkeit abzulenken;
- schließlich die komplexen Entwicklungen, die unter dem Schlagwort „Globalisierung“ zusammengefaßt werden. Sie haben gegen Ende des 20. Jahrhunderts auch die Bildungslandschaft erfaßt und bestimmen deren Weg in die Zukunft.

Die Entwicklung der vergangenen 50 Jahre ist für die Hochschulen durch Expansion und Diversifizierung gekennzeichnet. 1950 hatten die Universitäten und Kunsthochschulen in Baden-Württemberg zusammen rund 22.500 Studierende. 1962 wurde der Hochschulbereich um

die Pädagogischen Hochschulen erweitert, die – anders als in allen anderen Bundesländern aufgrund einer bewußten politischen Entscheidung – als selbstständige Hochschulart erhalten geblieben sind und heute etwa 14.300 Studierende haben; das entspricht einem Anteil von rund 7 %.

Zu Beginn der siebziger Jahre entstanden aus verschiedenen Vorgängereinrichtungen die Fachhochschulen und 1974 öffneten die Berufsakademien ihre Pforten. Die Hochschulen und Berufsakademien haben heute insgesamt rund 200.000 Studierende, 40.000 weniger als noch 1993, aber immer noch fast zehnmal so viele wie vor 50 Jahren.

Wer vor 50 Jahren an einer Hochschule studieren wollte, hatte als Alternative zur Universität nur die Kunsthochschule. Heute nehmen Fachhochschulen und Berufsakademien mit ihren praxisorientierten Studienangeboten mehr als 40 % der Studienanfänger auf. Da das Studium hier kürzer und reglementierter ist, ist der Anteil der Absolventen noch viel höher.

Die Expansion hat zum Teil demographische Gründe. In erster Linie beruht sie aber auf tiefgreifenden Änderungen im Bildungsverhalten: Im Mai 1952 haben in Baden-Württemberg gerade einmal 3.700 Schüler das Abitur erworben. Die Zahl der Abiturienten ist sukzessive bis auf über 45.000 gestiegen und liegt heute bei rund 40.000. Sie hat sich also ebenfalls um mehr als den Faktor 10 erhöht. Vor 50 Jahren erlangten weniger als 4 % eines Jahrgangs eine Studienberechtigung, jetzt nähern wir uns der 40 %-Marke.

Die Zunahme der Studierendenzahlen war ständig von Unkenrufen begleitet. Im Nachhinein können wir aber feststellen, daß der Arbeitsmarkt die erheblich gestiegene Zahl von Akademikern absorbiert hat. Hochschulabsolventen hatten in den letzten 50 Jahren immer das geringere Risiko der Arbeitslosigkeit. Und das durchschnittliche Einkommen dieser Gruppe lag durchgängig deutlich über dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. Dies widerlegt die noch heute verbreitete These von einer zunehmenden unterwertigen Beschäftigung.

Die Bildungsexpansion hat sich ausgezahlt – in Produktivitätssteigerung, Wirtschaftswachstum, erhöhtem Steueraufkommen und in der Zufriedenheit der akademisch ausgebildeten Erwerbstätigen.

Sie hat aber auch die Hochschullandschaft verändert. Das Studium ist nicht mehr der Königsweg, nämlich der Ausbildungsweg für wenige, denen eine Zukunft als Führungskraft so gut wie garantiert war. Heute ist es mehr als ein Drittel eines Bildungsjahrgangs, das von den Hochschulen eine berufliche Ausbildung erwartet – eine Ausbildung, die auf die Berufswelt

des 21. Jahrhunderts vorbereitet. Das ist eine Welt, in der Fachwissen schneller veraltet denn je, in der es normal ist, mehrmals im Leben den Beruf zu wechseln, und in der dank der Kommunikationsnetze Kooperationen, aber auch Wettbewerb kaum noch durch Ländergrenzen oder geographische Distanzen behindert werden. „Mehr Häuptlinge als Indianer“ wurde bis vor ein paar Jahren an den Stammtischen gespottet. Heute findet man in den Produktionshallen kaum noch „Indianer“, sie wurden zunehmend durch Industrieroboter ersetzt. Und die Akademiker sind keine „Häuptlinge“ mehr, sondern wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskräfte in einer Dienstleistungsgesellschaft, in der sich die Grenzen zwischen den verschiedenen Ausbildungsgängen und Qualifikationsebenen auflösen.

Die klassische Universität hat Bildungsexpansion und Studentenrevolte, Überlast und Planungseuphorie, die Wechselbäder von Mittelzuweisungen und -kürzungen und die Konkurrenz durch Fachhochschulen, Berufsakademien und Privathochschulen abgesehen von Ansehensverlusten ohne größere Blessuren überstanden.

Der jetzt einsetzende Zwang zur Veränderung der tradierten Verfahren und Strukturen an den Universitäten ist eine Konsequenz der „Globalisierung“, die die deutschen Hochschulen in einen internationalen Wettbewerb stellt, auf den sich Hochschulen anderer Industrieländer schon längst mit großem Erfolg eingestellt haben.

Ein wichtiger Punkt ist die Ablösung der traditionellen Langstudiengänge durch gestufte Studiengänge. Die noch vorherrschende Situation beschreibt treffend der Begriff des „Schornstein-Studiums“: Man kommt nur ganz unten oder ganz oben heraus. Die Idee, dies zu ändern, ist nicht neu. Die Dahrendorf-Kommission hat schon 1967 dreijährige Bakkalaureus-Studiengänge vorgeschlagen; auch vom Wissenschaftsrat kamen mehrere Vorstöße in diese Richtung. Der „Bachelor“ muß inhaltlich eine berufliche Qualifikation vermitteln, darf also nicht zu einem Grad für Studienabbrecher verkümmern. Deshalb ist auch eine kritiklose Übernahme ausländischer Vorbilder ungeeignet. Das Stufenmodell ist die Konsequenz aus der banalen Erkenntnis, daß Studienangebote, die 40 % eines Altersjahrgangs ansprechen, anders aussehen müssen als Angebote für 4 %.

Den unterschiedlichen Wünschen der Studienberechtigten und des Arbeitsmarktes kam die Bildungspolitik schon bisher durch differenzierte Hochschularten entgegen: Neben die Universitäten, die Kunst- und die Pädagogischen Hochschulen traten die Fachhochschulen und die Berufsakademien. Standesvertreter sehen hier gerne eine Hierarchie, die sie, je nach Herkunft, bewahren wollen oder bekämpfen. In der Wertschätzung durch die Studienbewerber hat

sich eine eigene Rangordnung ergeben: Studienplätze an den Berufsakademien sind die begehrtesten, auch die Fachhochschulen erfreuen sich guter Nachfrage. An den Universitäten ist die Nachfrage zwar je nach Fach unterschiedlich; hier gibt es aber heute am ehesten Auslastungsprobleme.

Die Gründe liegen auf der Hand. Die Universitäten bilden Absolventen aus, die im Durchschnitt nach sieben Jahren Studium im gesegneten Alter von 28, 29 Jahren ihr *Erststudium* absolvierten. Das läßt sich mit dem Argument einer Spitzenqualifikation für Nachwuchswissenschaftler kaum noch rechtfertigen. Einer Klientel, die „sehr zweckgerichtet, technisch neugierig und gesellschaftlich verantwortlich ihre berufliche Ausbildung angeht und dafür ein entsprechendes Bildungsangebot erwartet“ (so das Ergebnis einer Untersuchung des Hochschul-Informationssystems zur jüngsten Studierendengeneration), kann man damit schwerlich imponieren.

Diese Generation erwartet von den Hochschulen, daß sie ihrer Aufgabe als Dienstleistungsanbieter auf einem großen und wachstumsträchtigen weltweiten Markt gerecht werden.

Unsere novellierten Hochschulgesetze bieten dafür vielfältige Möglichkeiten. Neben der Vergabe der international üblichen Grade Bachelor und Master werden Doppeldiplomierungen sowie fremdsprachige Lehrveranstaltungen und Prüfungen zugelassen. Zur Verbesserung des Praxisbezugs werden praktische Studienzeiten in die Curricula eingebaut. Eine Modularisierung im Studien- und Prüfungsablauf schafft eine bessere Strukturierung, Transparenz und Flexibilität und damit eine Straffung des Studiums. Auf dieser Grundlage ermöglicht ein Leistungspunktesystem die Anrechnung studienbegleitender Leistungsnachweise sowie deren Übertragung bei einem Studien- und Hochschulwechsel. Die Zulassung eines formalisierten und strukturierten Teilzeitstudiums erleichtert die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie.

Der Weg in die Zukunft ist für die Hochschulen mit einem wachsenden Angebot multimedialer Dienstleistungen verbunden. Bundesweit ist Baden-Württemberg führend bei der Einrichtung virtueller Studienangebote.

Die rechtlichen Voraussetzungen für attraktive Studienangebote sind geschaffen. Zur Umsetzung brauchen wir geeignete organisatorische Rahmenbedingungen. Der Hochschulpolitik lag bis in die neunziger Jahre die Fiktion der Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit vergleichbarer Angebote zu Grunde, eine Auffassung, die Prof. Erhardt vom Stifterverband für die Deutsche

Wissenschaft zu Recht als eine „Lebenslüge“ bezeichnet hat. Die klassische Universität hat eine unterentwickelte „corporate identity“. Jahre hat es gedauert, bis erst jetzt die Nützlichkeit einer Alumni-Kultur entdeckt wird.

Die am 1. Januar 2000 in Kraft getretenen novellierten Hochschulgesetze schaffen die Grundlage für eine „Professionalisierung“ des Hochschulmanagements. Ich beziehe das weniger auf Personen – an den Hochschulen gab es immer einige markante Persönlichkeiten – als auf Strukturen. Die Leitungsorgane der Hochschulen und der Fakultäten erhalten jetzt die Handlungsspielräume, die sie benötigen, um in einem Wettbewerb bestehen zu können. Die Hochschulräte bringen externes Know-how in die Entscheidungsprozesse ein. Sie bauen „Berührungspunkte“ zwischen Wissenschaft und beruflicher Praxis ab. Auch in meinem Haus muß ein grundlegender Umdenkungsprozeß stattfinden, weg von einer in operative Geschäfte eingebundenen Behörde hin zu einer strategisch ausgerichteten Zentrale, die wichtige mittel- und langfristige politische Entscheidungen trifft. Die Hochschulen des Landes werden sich in einer Welt behaupten müssen, in der Bildung und Ausbildung im Verständnis der Nachfrager Produkte sind – Produkte, die im Präsenzunterricht oder virtuell, im Vollzeitstudium oder in Modulen, im Erststudium, Postgraduiertenstudium oder in Weiterbildungsphasen nachgefragt werden können, und zwar auf einem internationalen Markt. Sich darauf einzustellen ist keine leichte Aufgabe, aber eine ausgesprochen reizvolle.

Mit dem Gesetz zur Reform der Hochschulmedizin, der Novellierung des Studentenwerkgesetzes und den drei Stufen der Reform der Hochschulgesetze haben wir dafür die grundlegenden Voraussetzungen geschaffen.

Lassen Sie mich abschließend meine Grundüberzeugung in einem Bild zusammenfassen. Es ist dies ein Sprichwort aus dem Fernen Osten und besagt:

„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“

Wir haben uns für die Windmühlen entschieden.

Der EURO als Kulturfaktor **Denk- und Handlungsfelder angewandter Kulturwissenschaft***

Olaf Schwencke

Am 1. Mai 1998 legten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den Beginn der einheitlichen Währung auf den 1. Januar 1999 fest und beschlossen auf der Grundlage des Konvergenzberichtes der Europäischen Kommission und der Empfehlung der Finanzminister über den Kreis der Teilnehmer. Danach nehmen 11 der 15 EU-Länder an der Währungsunion teil: Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Irland, Finnland, Spanien, Portugal und Österreich. Griechenland konnte sich erst 2000 dafür qualifizieren.

Der Euro ist nun da und seit Beginn des Jahres 1999 – im Rauf und Runter seines Kurses gegenüber dem Dollar – europäische Wirklichkeit.

Bei seiner Einführung jubelten die Eurokraten in Brüssel und die Hochfinanz in Frankfurt/Main; ebenfalls die Zunft der Banker unisono und wohl die meisten der 290 Millionen Euroland-Mitbürger; jedenfalls soweit sie über ein Guthaben bei ihrem Geldinstitut verfügten - für die Mehrung ihres Wohlstandes ist gesorgt! Wer nicht mitjubelte, galt als marktwirtschaftlicher Miesmacher oder machte sich als Kapitalismus-Kritiker verdächtig: Ist mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung der gemeinsamen EURO-Währung für elf, mit 2001 zwölf Länder nicht etwa ein gewaltiger Schritt in Richtung Europa getan, schallte es den Skeptikern lautstark entgegen.

So könnte es zweifelsfrei sein - allerdings unter der Maßgabe, daß der EURO *nicht alles* bleibt. Noch immer ist über den politischen, den sozialen und den kulturellen Kontext des sich mit dem EURO stark verändernden gesellschaftlichen Umfeldes nicht hinreichend nachgedacht worden. Wenn Ökonomie, noch verschärft unter dem Diktat zunehmender weltweiter Globalisierung, die auch vor dem sogenannten „Modell Europa“ nicht halt macht, alles Leben dominiert und seine Alltagsfolgewirkungen noch nicht bedacht wurden, so ist es nun spätestens an der Zeit, Maßnahmen der Gegensteuerung zu diskutieren. Die europäische Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft bietet dafür den Rahmen.

* aktualisierte Fassung der Antrittsvorlesung an der Universität Karlsruhe (TH) im Januar 1999. (Sommer 2000)
Zum Gesamtkomplex vgl. Thilo Sarrazin: Der Euro. Chance oder Abenteuer, Bonn 1998 sowie zur europolitischen Einschätzung Christa Randzio-Plath (Hrsg.): Der Euro – mehr als ein Symbol: Beiträge zur europäischen Währungsunion, Baden-Baden 1996.

Dazu möchte ich Ihnen einige europapolitische Überlegungen vortragen. Ich beginne, indem ich zunächst den zurate ziehe, dem im übrigen nicht zuletzt die Kulturwissenschaft ihr dauerhaftes „Material“ verdankt und dessen Denken immer wieder auch um das Problemfeld Kunst und Ökonomie kreiste.

„Ich räume die Incongruenz der Gebiete ein“, läßt Thomas Mann den Kammerrat August von Goethe seiner Gesprächspartnerin Charlotte von Kestner, geb. Buff, im Weimarer „Elephanten“ erwidern, als diese, schöngeistig, darauf beharrt, daß es keine „wirkliche Relation zwischen den Gaben des Genies und dem ökonomischen Entgelt“ geben könne. Das dürfe auch nicht sein, sonst wäre „das schöne Wort von der beschenkten Menschheit nicht mehr am Platze“, sinniert „Lotte in Weimar“. „Ach, der Zeitgeist“, erwidert August geringschätzig: „Vater ist ihm weder entfremdet (was Charlotte ja auch keineswegs vermutet), noch ist er sein Partisan noch Sklave. Er steht hoch über ihm.“

Was dem alten Herrn von Goethe, dem Weimarer Welt-Literaten *und* real-ökonomisch handelnden Staatsminister für Bergwerksbetriebe, wohl recht leicht fiel, nämlich weder zum Sklaven noch zum Partisan des Zeitgeistes zu werden, ist allerdings unser Problem:

*Nach Golde drängt,
Am Golde hängt
Doch alles*
(Margarethe zu Faust)

Unser neues Gold hat nun den Namen EURO.

Meinen folgenden Ausführungen liegt die Überlegung zugrunde, daß mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion Ökonomie und Gesellschaft in ein neues Verhältnis zueinander treten; am Faktor Kultur will ich diese Auswirkungen aufzuzeigen versuchen, nicht ohne auch konstruktive, noch nicht *angewandte*, aber durchaus anwendbare Maßnahmen vorzuschlagen. Ich will meine Überlegungen in fünf Schritten vorstellen:

- I. Die neue Währung und die alte Welt
- II. Kulturdialoge statt Kampf der Kulturen
- III. Distinktion angewandter Kulturwissenschaft
- IV. Kulturfinanzierung und Kulturverträglichkeit
- V. Europa als Idee: EURO-Land - Kulturland Europa?

I. Die neue Währung und die alte Welt

Seitdem die Debatte um die Notwendigkeit einer Bundeskulturpolitik, die einen solchen Begriff rechtfertigt, einsetzte und sie seitens der späteren Wahlsieger bald auch Gesicht und Namen erhielt, kann man sich hierzulande nicht mehr über Interesselosigkeit an der Kulturpolitik in der Öffentlichkeit beklagen.

Diskutiert wurden und werden viele deutsche *richtige* Themen: vom Holocaust-Mahnmal, der Buchpreisbindung, der nationalen Filmförderung, der Reform des Stiftungsrechts und des Sponsorentums bis hin zur Hauptstadt-Kultur. Das alles sind zweifellos wichtige Themen. Sind es auch die dringlichsten?

Ich provoziere im Blick auf die Befindlichkeiten der deutschen Akteure: als sich in den vergangenen Jahren französische Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler über das Schicksal ihres Landes als künftiger Teilregion der Europäischen Union nationale Sorge machten und darüber manches Memorandum verfaßten, haben sich erlauchte deutsche Geister – viele, von Günter Grass, Walter Jens bis hin zu Martin Walser - über die Borniertheit der Rechtschreibreform-Vorlage der Kultusminister lautstark aufgeregt. Doch wen beunruhigten und beunruhigen hierzulande kritische Fragen zur Zukunft etwa des weitgehend substanzlos gewordenen deutsch-französischen Dialogs oder der noch nicht recht begonnenen deutsch-polnischen Kultur-Gespräche? Und vor allem der konkreten Herausforderung einer Kulturpolitik, der wichtigsten meines Erachtens überhaupt für das nächste Jahrzehnt, der europäischen, wird mit Desinteresse begegnet: nach der kulturellen Zukunft des größeren Europa unter dem EURO fragt kein deutscher Intellektueller. Dabei ist die gemeinsame Währung so etwas wie ein Jahrhundertereignis, das Europa tiefgreifend – noch tiefgreifender als der Balkankrieg – verändern wird. Fragen wie diese: „Welche Auswirkungen hat die neue gemeinsame Währung für ein *Europa der Bürger*“, das es bekanntlich nur geben kann, wenn ein europäisches Kulturbewußtsein existiert, drängen sich auf; und – kritisch weitergefragt – „Was geschieht durch den Euro für oder gegen die Wahrung und Stärkung kultureller Vielfalt Europas? Es gilt eine längst existierende gesellschaftliche Multikulturalität in Europa zu gestalten und gegen Angriffe von Rechts zu verteidigen. Ohne eine lebendige europäische Kultur wird es keine prosperierende Europäische Union (EU) geben.“

Professionell über Europa Nachdenkende und Handelnde haben sich längst darauf eingestellt, daß sich mit dem EURO viele bisherige Koordinatensysteme von Politik und Ökonomie ver-

ändern werden. Schließlich wird die EU künftig neben dem Dollar-Raum zum wohl größten Kapital- und Finanzmarkt der Welt werden - das zählt und motiviert längerfristig.

Der Bereich allerdings, der schon so oft bei der Entwicklung anderer europäischer Politikfelder hintenan stehen mußte, zumeist fünftes Rad am Wagen blieb, ist bislang in derartigem Nachdenken ausgespart: die kulturellen Folgen durch die Einführung des EURO. Sie sind im einzelnen zwar schwer abschätzbar, können jedoch - ich denke, werden mit Sicherheit - von erheblicher Bedeutung für die Zukunft einer zivilen Gesellschaft in Europa und damit konkret für den Alltag der Menschen sein.

Nochmals: der EURO ist da, und das ist gut so. Jetzt ist es dringlich, über seine Folgen jenseits der Währungspolitik nachzudenken. Ohne Zweifel wird er auf alle Lebensbereiche seine Auswirkungen haben, besonders stark auf das politische Feld, was man gemeinhin Kultur und Soziokultur nennt; vielleicht liegen darin seine gravierendsten, wenngleich noch nicht abschätzbaren Folgen überhaupt. Denn dem EURO als Kulturfaktor kommt nach meiner Einschätzung für die kulturpolitische Entwicklung europäisch und für uns Deutsche perspektivisch wie kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Thema Bedeutung zu.

Wer denkt über diese neue soziokulturelle Herausforderung für die Demokratie nach?

Ohne allein die spezifischen kulturellen Folgen dieser Entwicklung zu thematisieren, haben wiederum französische Intellektuelle über den Zusammenhang von weltweiter Globalisierung und rabiaten neoliberalen Markt-Usancen mit ihren Folgewirkungen erste Einwände publiziert. Damit wollten sie ein *Störfeuer* gegen die „Sozial- und Kulturfeindlichkeit des Neoliberalismus“ entfachen. Pierre Bourdieus Schrift *Contre feux* (Paris, April 1998, deutsch: Konstanz bereits August 1998) -französisches Engagement par excellence - ist kritisch, mahnend, zugleich auch sozial- und kulturpolitisch konstruktiv. Als „Gegenmacht“ zur herrschenden „Utopie der Ausbeutung ohne Grenzen“, der „Zerstörung der Grundlagen europäischer Zivilisation“ ruft Bourdieu auf typisch französische Weise nach der Einmischung der Intellektuellen. Ohne sie, die Schriftsteller, Künstler, Philosophen und Wissenschaftler (die „berufenen Verteidiger universeller Werte“), könne „keine Demokratie Bestand haben“. Und Europa könne sich nicht zu dem wohnlichen Haus seiner Bürger entwickeln! Bourdieus und einiger anderer Intellektueller „Störfeuer“ versteht sich als „Raisons d’agir“ (Gründe zum Handeln), um jene zu unterstützen, die daran arbeiten, „daß man im Lauf der Zeit den Stein des Sisyphus voranbewegen kann, ohne daß er wieder zurückrollt“.

Alles von der jeweiligen nationalen Währung bislang Bestimmte wird in Europa anders. Ist der alte Kontinent gerüstet für das neue Geld? Sprengt oder fördert der EURO den Prozeß der kulturellen Einheit in der Vielfalt der Kulturen Europas? Integrierend wirkt er schon jetzt – auch für die Kulturen?

Zweifellos muß nun das Verhältnis von Kultur und Wirtschaft für die wirtschafts- und Wahrungunion neu definiert werden, und von dem Resultat solcher Recherche hängt ab, wie die gestellte Frage nach der Folgewirkung des neuen Geldes beantwortet wird.

Mental hat der EURO zunächst nicht an die Erfolgsgeschichte der D-Mark anknüpfen können. Diese stand ja nicht nur für eine stabile Währung, sondern war zugleich gesellschaftspolitischer und soziokultureller Faktor. Ihre verdienstvolle Folge waren Wohlstand, Frieden und Freiheit in und für die bundesdeutsche Nachkriegsdemokratie. Die D-Mark als Statussymbol der Bundesrepublik - das war mehr als Geld und Gut! Meist übersehen wir den *Zeichencharakter von Geld*, den Ute Werner in ihrer interessanten Karlsruher Antrittsvorlesung im Blick auf den EURO herausgearbeitet hat: „das EURO-Symbol (verkörpere) die Idee des geeinten Europa, für das der EURO gleichzeitig Mittel *und* Zweck ist“, stellte sie fest.*

Deutschlands kulturelles Prestige in der Welt hing eben auch entscheidend mit der Wertschätzung seiner D-Mark zusammen. Noch ist der EURO nicht auf dem besten Wege, dieses Prestige weltweit zu erlangen, doch sind die Kulturmotive, die die Scheine künftig zeigen werden, nicht schon zeichenhaft? Gehen Geld und Kultur eine neue Symbiose ein?

Bei aller Wertschätzung des Zeichenhaft-Ökonomischen für den Prozeß der Gemeinschaftsbildung in Europa darf nicht übersehen werden, daß erst mit der Einführung des neuen Geldes auch die kulturelle Grundorientierung Europas im Kern tangiert wird. Damit meine ich nicht primär seine Auswirkungen auf die Kulturwirtschaft, auf den Produktiv- und Arbeitsplatzsektor, auch nicht auf die neuen Förder-Modelle etwa von private public partnership, sondern die Kultur, wie sie Europa prägte und im Inneren zusammenhält; Kultur als Sinnstifterin für den Einzelnen und seinen Begriff von Weltbezogenheit.

Man darf nicht übersehen, daß selbst Kultur heute in unserer Gesellschaft immer mehr zur Marktware wird, zum wirtschaftlichen Produkt, dessen Ansehen und Preise von Angebot und

* Werner, Ute: Der Euro kommt. Anmerkungen zur Einführung neuer Geldzeichen, in: Zeitschrift für Semiotik 21, 1999, S. 59-88.

Nachfrage bestimmt und nach Nutzen und Zwecken bewertet werden. Das gefährdet ihre ethische Substanz; wird der Euro diesen Prozeß noch beschleunigen?

Eine kulturvernichtende Tendenz der Marktwirtschaft ist gegenwärtig am deutlichsten in der kulturellen Situation der mittel- und osteuropäischen Staaten erkennbar: nirgends anders gefährden die ökonomischen Zwänge die Kultur in ihrer Substanz mehr und zerstören ihre Institutionen. Diese Entwicklung kann ein immer mächtigerer EURO noch verstärken. Davon könnten auch wirtschaftlich und demokratisch stabilere Staaten angesteckt werden.

Besinnen wir uns: Kultur in ihrem singulären Sinn - und darum geht es mir - läßt sich weder volks- noch betriebswirtschaftlich *rechnen*. Sie läßt sich überhaupt nicht rechnen, will man ihr nicht ihren Eigencharakter nehmen! Kultur bleibt das Verquere, Differente, Unangepaßte und Utopische; für Kultur zählen mehr das Träumen, die Visionen und die Schönheit als die Zahlen. Und wenn diese Sphäre euro-humaner Existenz verkommt, wird der Gesellschaft nicht nur das Kreative, Innovative und Übersinnliche fehlen, sondern Europa die Seele nehmen.

Kultur, kurzum, fragt nach dem *Wie* - Wirtschaft nach dem *Wieviel!* Beides zusammen - ich betone: beides - wird das Profil unserer, der europäischen Gesellschaft in Zukunft bestimmen müssen. Über diesen Komplex, über Kultur *und* Wirtschaft und ihr neu zu definierendes schöpferisches Verhältnis, letztlich um die Selbsterhaltung der Vernunft geht es mir.

Daher muß Europa auf die Prinzipien des kritischen und kreativen Geistes setzen, der sich nicht in technisch-ökonomischer Rationalität und dem Wert des neuen Geldes erschöpfen darf, nicht in die materiellen Lebenswelten aufgeht, aufgehen darf, sondern alle Felder sozialen und kulturellen Lebens durchdringen sollte und damit letztendlich alternative und utopische Zukunftsoptionen eröffnen. Wenn der EURO hingegen „alles ist“, droht die geistige Öde, die auch ihrerseits ökonomische Prosperität gefährdet.

Daher stellt sich uns in der gegenwärtigen Situation nicht allein die Frage *Was bringt uns der EURO?*, sondern *Wie gehen wir endlich konstruktiv und kreativ mit seinen Folgewirkungen um*; anders formuliert: *Wie können wir ihn zivilisieren, statt ihn nur stabilisieren zu wollen?*

Wer stößt die Tore auf zu neuen Denklanschaften, die mit seiner Einführung entstanden sind und neue gesellschaftliche Orientierungen erfordern? Welche Gremien könnten einschätzen, worauf seine Lebenswelt-Einflüsse sich auswirken, was er „kulturell“ bewirken, befördern oder beeinträchtigen wird? Kurzum: wie könnte er innerhalb einer Wirtschaftsunion zum

Wachstum einer „Union der Kulturen“ in Europa beitragen? Ist jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen, die große europäische Kulturdebatte zu beginnen!

Eine Konsequenz werte ich im Blick auf den EURO schon jetzt positiv! Wenn die nationalen Währungen nicht mehr existieren, hat der Nationalstaat faktisch sein Ende gefunden. Sein materiell wichtigstes Proprium, die Souveränität in der Geldpolitik, ist dann vergangen, und die europäische Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft übernimmt eine Kernfunktion, und ein Raum europäischer Öffentlichkeit entstehen.

Was sich im Schatten, besser wohl im hellen Licht der D-Mark in der Bundesrepublik politisch entwickeln konnte, erbrachte neben ökonomischen auch großartige kulturelle Zeugnisse, beste Ergebnisse eines konstruktiven Föderalismus unseres Landes im Wohlstand, vor allem der 70er und 80er Jahre. Damit ist es nun zu Ende, wie wir alle wissen. Was folgt nun - unter dem EURO? Eine neue europäische Kulturentwicklung oder eine fortschreitende Trivialisierung der Kulturen? Der EURO - nochmals für unsere Denkperspektive pointiert: die gemeinsame Währung von zunächst knapp 300 Millionen Europäern, später weit über 470 Millionen Verbrauchern - der kaufkräftigste Binnenmarkt der Welt, wird zweifellos eine andere Geschichte als unsere D-Mark haben, nicht ohne nachhaltige Wirkungen auf unsere Kultur. Sein Erfolg hängt davon ab, wie er schließlich in der geistig-mental Landschaft Europas plaziert sein wird und in welche Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, wir ihn gesellschaftspolitisch einbringen. Davon hängt ab, ob bzw. zu welchem europäischen „Kulturfaktor“ er werden wird. Wenn Europa nicht Sklave oder Partisan, sondern Herr seiner eigenen Geschichte sein will, muß auch seine gemeinsame neue Währung zum Förderinstrument für die Vielfalt seiner Kulturen, die Bürger-Identität Europas und zur Gestaltung einer zivilen multikulturellen Gesellschaft beitragen. Ohne die Buntheit seiner Kulturen verliert Europa seinen *Sinn* und der Mensch seine Identität: „Kein Mensch, kein Land, kein Volk, kein Staat ist dem anderen gleich, folglich auch das Wahre, Schöne und Gute in ihnen nicht gleich“ (Johann Gottfried Herder).

II. Kulturdialoge statt Kampf der Kulturen

Wohin blicken wir, wenn wir, um uns mit dem EURO neu zu orientieren, nach Vorbildern und Modellen für eine progressive zivile Kultur-Gesellschaft suchen? Den USA mit ihrem Dollarmarkt von noch größerem Ausmaß kann schwerlich unsererseits ein Vorbildcharakter für kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten, die ganz Privatsache sind, zuerkannt werden. Das

beeindruckende nordamerikanische Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat allzu viele dunkle Schattenseiten, vor allem kulturelle und soziokulturelle. Wenn sich Kultur weitgehend als Ware, Werbeträger oder weicher Standortfaktor gegenüber den die Gesellschaft beherrschenden harten erschöpft, kann das für Europa nicht vorbildhaft sein.

Wie schnell eine nahezu ausschließlich auf ökonomischem Wachstum basierende Gesellschaft zusammenbrechen kann, haben uns vor kurzem die sogenannten Tiger-Staaten in Asien vor Augen geführt. Wer erinnert sich nicht noch an Bundespräsident Roman Herzogs berühmte *Ruck*-Rede aus dem neu-alten Berliner Adlon (1997), der, gerade aus Asien zurückgekehrt, den deutschen „Verlust an wirtschaftlicher Dynamik“, die „Versteinerung der Gesellschaft“, und eine mentale Depression als „Stichworte der Krise“ nannte, um dann das Fern-Ost-Modell der Wirtschaft zu preisen! Was uns damals das „asiatische Wirtschaftswunder“ noch so attraktiv erscheinen ließ, war die Entschiedenheit, mit der sich diese Staaten ohne Wenn und Aber auf die Priorität ökonomischen Wachstums konzentrierten, die anderen Rahmenbedingungen fast total ignorierend (das soziale Umfeld und die damit zusammenhängenden sozio-kulturellen Bedingungen, ja, schließlich in manchen Ländern selbst die Menschenrechte).

Daß die Ökonomie, ihr Wachstum, individueller Wohlstand und globaler Wettbewerb so beherrschend im Vordergrund des Interesses dieser Länder standen, mußte seine negativen Rückwirkungen auf Demokratie, Kultur und Menschenrechte haben. Unter der Devise „Europäische Werte (seien) eben bloß die Werte Europas, asiatische Werte hingegen (seien) universell“ (Malaysiens Premierminister Mahathir) haben sich dieses Land und andere in das bekannte Desaster manövriert. Ob uns der ignorierte Kultur-Unterbau (nicht -Überbau) Asiens in Europa eine Lehre sein wird, um mit den EURO-Folgen kulturpolitisch angemessen umzugehen?

Im Prozeß der Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion wächst die Verantwortung der Europäer, sich ihrer humanen Tradition, ihrer Werte griechisch-römisch-jüdischen Erbes, ihrer christlichen Tradition, bewußt zu werden und ihr treu zu bleiben. Denn einer Gesellschaft, die allein das Interesse von Shareholders einzulösen versucht, ist, wie uns das asiatische Modell gezeigt hat, keine humane Zukunft beschieden!

Ökonomisches Wachstum ohne Wenn und Aber kann letztlich auch nicht im Interesse der Wirtschaft selber liegen. Geld allein macht nicht glücklich, lautet bekanntlich ein sehr europäisches Sprichwort. Zu ihrem ureigenen Vorteil darf sie ihr gesellschaftliches und soziales

Umfeld nicht beschädigen. Vielmehr muß sie nicht nur das soziokulturelle Umfeld stabil halten, sondern auch die kulturelle Entwicklung fördern. Deshalb kann sie nicht beiseite stehen, wenn immer mehr vormalige kulturelle Aktivitäten aus Geldmangel der öffentlichen Hände eingestellt werden.

So wie die Globalisierung nicht nur eine materielle Dimension hat, sondern folgewirksame soziostrukturelle Veränderungen in der Gesellschaft bewirkt, so gilt das entschieden auch für den EURO. Er wird das Lebenselixier der europäischen Gesellschaft nachhaltig beeinflussen. Schon jetzt macht er Europa zur „Großmacht“ (DIE ZEIT vom 7.01.1999).

Aber wie? Kann und darf man ordnend politisch eingreifen?

So diffizil kulturelle Parallel- (nicht Gegen)aktionen gegenüber dem Mechanismus neoliberaler Märkte auch sind, so müssen sie doch zum Schutze des Kulturraums Europa versucht werden. Europa als einheitlicher Wirtschaftsraum einerseits muß andererseits auch als nicht-materieller Faktor gesichert werden, eben als Kultur-Union. Die Schwierigkeit sehe ich allerdings darin, daß geistige Prozesse nun einmal ganz anders ablaufen als etwa die Produktion von Konsumgütern. So sind die Rahmenbedingungen und ihre „Kulturen“ sehr verschieden: Während der freie Markt dahin drängt, Monopole zu bilden, lebt Kultur von der Differenz; nur darin bleibt sie gewahrt.

Für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sind die sogenannten weichen Faktoren außerordentlich wichtig: Sie müssen, ganz im Wirtschaftsinteresse, sowohl inner-als auch außerkulturell intakt sein. Dies kann gegenwärtig der Staat - für die Kultur insbesondere die Länder und Kommunen - nicht mehr garantieren. Das birgt Gefahren, inner- wie außereuropäische. Sie hätten letztlich auch ökonomische Folgewirkungen. „Friede ist nicht alles, aber nichts ist ohne Frieden“, hat Willy Brandt uns gelehrt. Die Lage im ehemaligen Jugoslawien hat drastisch genug gezeigt, wie es ohne Frieden keine Dialoge zwischen den Kulturen, Religionen und Ethnien gibt. Die Dialogbereitschaft ist in der Tat notwendige Voraussetzung für jede kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung zu einer lebendigen parlamentarischen Demokratie in Frieden und Freiheit in einer zivilen Bürgergesellschaft.

Nur Kulturen sind dialogfähig. Sie sind wichtigste Voraussetzungen zur Vorbereitung von Demokratie und Sicherung von Frieden in der Welt. Der „Kulturdialog ist wohl die umfassendste vertrauensbildende Maßnahme, die man“ - ich zitiere Altbundespräsident Herzog (Bonn 1997) - „sich denken kann. Kulturelle Außenpolitik ist eine Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung.“ Und kulturelle Außenpolitik ist für Europa längst auch ein

Stück weit Demokratie- und Friedensstrategie – gegen „globalen Kulturkrieg“ (Huntington); Demokratien sind grundsätzlich „friedfertig“ (Kant).

Ohne Sponsormaßnahmen der Wirtschaft würden immer weniger Dialoge dieser Art stattfinden können. Auch hier gilt wieder, daß die Wirtschaft damit ihre eigenen Interessen schützt, bzw. wahrnimmt, wenn sie sie fördert. Das gilt weltweit, insbesondere aber für die Europäer in Drittländern.

Kulturpolitik wird künftig weder innen- noch außenpolitisch ohne Förderung durch die Privatwirtschaft auskommen. Wenn sich der EURO allein zum Machtfaktor der Banker und Europa zum bloßen Geldland entwickeln würde, d.h. Kultur und Wirtschaft nicht in gemeinsamer Zukunftsverantwortung handeln, wären asiatische Verhältnisse auch bei uns nicht auszuschließen!

Ein Schreckensszenarium: Der EURO würde neben Dollar und Yen immer mächtiger und einflußreicher in der Weltwirtschaft, mit entsprechenden Folgen der Beeinträchtigung von Demokratie, Toleranz, Freiheit und Menschenrechten!

Der EURO polarisiert, wenn er die Reichen in Europa immer reicher und die Armen bei uns und in den Drittweltländern immer ärmer werden läßt. Die Folge wäre die Störung und schließliche Mobilisierung von Fundamentalisten unterschiedlicher Couleurs! Der amerikanische Harvard-Professor Huntington bekäme mit seiner These recht: Der *Clash of Civilisations*, der „Kampf der Kulturen“ begänne. Diese Befürchtungen wären dann begründet, wenn der EURO zum reinen Machtfaktor der Ökonomie werden würde und zerstörerische Auswirkungen auf die europäische Grundordnung hätte. Daher gehört er in die Gesellschaftspolitik der Europäer fest und kontrolliert eingebunden. Das sollte gemeinsam von Politik, Wirtschaft und Kultur verabredet werden. Um diesen Prozeß zu reflektieren, bedarf es der Anstrengungen der praxisorientierten Wissenschaft.

III. Distinktion angewandter Kulturwissenschaft

In den ersten beiden Teilen meiner Antrittsvorlesung habe ich unter der Fragestellung *EURO als Kulturfaktor* die Verknüpfung unterschiedlicher Fachgebiete, Disziplinen und Arbeitsfelder vorausgesetzt, die notwendig sind, um kulturell auf die Wirtschafts- und Währungsunion zu reagieren. Eine abschließende Antwort auf die EURO-Herausforderung konnte und sollte nicht gegeben werden; nicht darin liegt der Auftrag eines Kulturwissenschaftlers, sondern im

Aufdecken neuer Zusammenhänge, von Grenzüberschreitungen, und manchmal sollte er auch Entwürfe von Lösungsmöglichkeiten vorlegen. Da träfe sich der Kulturwissenschaftler mit dem Politiker.

Allen anderen voran sollte die Kulturwissenschaft die verschiedenen Faktoren benennen und gegebenenfalls vernetzen, in deren Spannweite sich politische Handlungsfelder ergeben können. Neue Entwicklungen der Kulturen der Alltagswelt sind meistens intellektuelle und oftmals auch praktologische Herausforderungen der Kulturwissenschaft. Daher begreife ich sie als *Verknüpfungswissenschaft* im breiten Spektrum der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Dimensionen. Als eine solche leistet sie Wissenschaftstransfer und wird damit zur öffentlichen Wissenschaft par excellence, zu einem „Laboratorium der Zivilisation“, wie sie Hermann Glaser bei seiner Antrittsvorlesung an diesem selben Ort 1997 gezeichnet hat.

Um den Prozeß der Verknüpfung der verschiedenen Faktoren publik machen zu können, verläßt sie sinnvollerweise den „Elfenbeinturm“ der Universität, ohne doch wissenschaftliche Standards damit aufzugeben. Ob uns darin bereits ein taugliches Modell für einen neuen interdisziplinären Wissenschaftstypus begegnet, muß hier nicht erörtert werden. Vielleicht ist eine in Forschung und Lehre experimentierende - beziehungsweise navigierende, wie manche Fachexperten meinen - Kulturwissenschaft längst an die Spitze universitärer Reformbestrebungen gerückt? Ich will das nicht behaupten; dennoch sie ist schon weiter fortgeschritten in ihrem politikwissenschaftlichen Profil als vergleichsweise die herkömmlichen „Cultural Studies“ in den USA.

Meine Überlegungen zu den gesellschaftlichen Folgewirkungen des EURO stehen gleichsam beispielhaft für Denk- und Handlungsfelder der Kulturwissenschaft, die sinnvollerweise an einer vorwiegend naturwissenschaftlich-technisch ausgerichteten Universität eine *Angewandte* sein sollte, was bekanntlich für das Karlsruher IAK exemplarisch zutrifft und konzis von Caroline Robertson-Wensauer in ihrer Rede *Wozu Angewandte Kulturwissenschaft* (Mai 1998) begründet wurde.

Zu den primären Aufgaben der Kulturwissenschaft gehört die kritische Reflexion der politischen Kultur eines Landes und Europas; will sie überdies eine *angewandte* sein, wird sie zur Handlungswissenschaft. Dennoch muß sie wie jede Wissenschaft darauf bedacht sein, nicht etwa das Öl, sondern eher das Salz im Getriebe der Gesellschaft zu sein! Der Kulturwissenschaftler hat m. E. nicht primär gesellschaftspolitische Fragen zu beantworten, sondern sie zu

stellen. Allemal trägt Kulturwissenschaft - gewissermaßen als universitäre Bringschuld - Mitverantwortung für öffentliche politische Diskussionen, die sie nicht bloß zu moderieren hat.

Als öffentliche Wissenschaft, die weder das gesellschaftlich Unerledigte und das utopisch Denkbare vernachlässigen sollte, noch sich nicht scheuen darf, auch wertorientiert nach Sinnkonzeptionen zu fragen, mischt die Kulturwissenschaft sich ein ins politische Geschäft. Vielleicht wird sie - um einen Begriff von Helmut Spinner aufzugreifen – damit im neuen Jahrhundert zur universitären *Dominanzwissenschaft*?

Im Konzert der Wissenschaften und der Wissenschaftspolitik ist in den letzten Jahren ihr Stellenwert erheblich gestiegen. So hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft kürzlich zwei kulturwissenschaftliche Forschungskollegs konzipiert. Bei derartigen Kollegs als Sonderforschungsbereichen geht es um die Überwindung von Fächergrenzen und die Organisation der Forschung zu sogenannten großen Themen. Dabei stehen nicht Einzelforschungsvorhaben, sondern gemeinsame mit den Natur- und Ingenieurwissenschaften als Projekte an. Eine derartige Zusammenarbeit praktizieren wir bekanntlich am Karlsruher Institut für Angewandte Kulturwissenschaft (IAK) bereits in Gestalt des *Begleitstudiums Kulturwissenschaft* sowie in kleineren Forschungsprojekten; dieses Studium ist wissenschaftlich ausbaufähig. An gut qualifizierten Dozenten und bestens motivierten Studenten und Studentinnen fehlt es nicht. Und für derartige berufliche Qualifikationen wächst der Bedarf: bei zunehmender Komplexität der Lebenswelten werden die gebraucht, die Erkenntnisse aus den Einzeldisziplinen miteinander verknüpfen und sie in Beziehung zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Problemen setzen können. Diese Überlegungen zur aktuellen Situation und der Zukunft der Kulturwissenschaften wollen nicht etwa als Exkurs verstanden sein, sondern unser Thema EURO als Kulturfaktor gleichsam als Probe auf Exempel statuieren. Daher fahre ich in diesem Kontext fort, die Fragestellung *angewandt* weiter zu erörtern, indem ich zur Konkretisierung dränge.

IV. Kulturfinanzierung und Kulturverträglichkeit

Wir stehen an einer Zeiten- bzw. gar Paradigmenwende, unabhängig von anstehenden Kalenderdaten. Kein „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), sondern neue, unerwartete Turbulenzen sind, nachdem der Sozialismus nicht mehr real und die Realität nirgends in Europa mehr sozialistisch ist, eingetreten. Die gegenwärtigen und die künftigen Gefahrenmomente heißen nicht mehr Systemkonfrontation, sondern Globalisierung, Neoliberalismus und eben möglicherweise auch EURO.

Hat die europäische Wirtschafts- und Währungsunion unter den postnationalen Bedingungen des Postindustrialismus und des nachwirkenden Postmodernismus überhaupt die Chance, die Herausforderung eines kruden Globalismus zu bestehen? Kann sich eine Zivilgesellschaft unter solchen Bedingungen in Europa entwickeln? Sie kann es nur, wenn europapolitisch dafür wirksame Rahmenbedingungen geschaffen werden - und die stehen sozial- und kulturpolitisch noch aus. Für ein Europa der Bürger darf der EURO eben *nicht alles* sein. Es müssen hingegen die menschlichen Bedürfnisse im gesellschaftlichen Mittelpunkt stehen und der Faktor Arbeit Priorität haben. Zu entwickeln wäre ein europäisches Modell für den EURO-Markt, mit deutlich gesetzten soziokulturellen Rahmenbedingungen.

„Es besteht längst die Einsicht, daß nicht allein die Ökonomie europäischen Fortschritt bringt“, sondern der Fortschritt nur dann kommt, wenn nicht weiterhin „die sozialen, politischen und kulturellen Dimensionen sträflich vernachlässigt werden“ (Jacques Delors, nach seiner Amtszeit als EU-Kommissionspräsident). Zweifellos wird die EU nur dann auf „sicheren Beinen“ stehen können - um nochmals Delors zu zitieren -, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Das gilt schon jetzt und wird für die inner- und außereuropäischen Machtverschiebungen, die die Wirtschafts- und Währungsunion mit dem EURO bringen wird, zur gewaltigen Aufgabe Europas, an der die Kulturwissenschaften ihren Anteil haben sollten.

Vergleichbare Herausforderungen standen in Europa selbst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges politisch nicht an. Nimmt man die diffizilen Probleme der EU-Osterweiterung und die Realisierung einer neuen Struktur hinzu, so stellt sich namentlich dem Kulturpolitiker die bange Frage, wie unter einem derartigen Druck sogenannter *harter* Probleme die europäischen moralisch-kulturellen Werte bewahrt werden können. „Es gibt nämlich Gesetze“ - lesen wir bei Rousseau -, „die nicht in Marmor, sondern in unsere Herzen geschrieben sind“. Von diesen spreche ich und meine ausdrücklich die Vielfalt in der kulturellen Einheit Europas, die in unseren Köpfen längst existiert.

Entgegen linker Denktradition rufe ich jetzt nicht nach einem ordnend eingreifenden starken Staat. Welcher könnte es denn auch sein: der europäische, also etwa die EU-Kommission, oder die nationalen, deren Entscheidungskompetenzen zurecht immer geringer werden? Auch das Europaparlament würde sich mit einer solchen Aufgabe überheben, wenngleich es in diesem Prozeß eine konzeptionell wegweisende Funktion haben könnte. Politik, Kultur und Wirtschaft müßten diese gewaltige Aufgabe gemeinsam übernehmen. Ihre neue Verantwortung ist wahrlich von historischer Dimension.

Ein Bündnis der Verantwortung also von Staat und Wirtschaft; das klingt nach Ethik und meint es auch. Doch es beinhaltet letztlich schlicht ein beidseitiges Interesse. Wenn dieses Bündnis der gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung von „zivilisierenden“ Rahmenbedingungen des EURO nicht zustandekommt, werden die Werte Europas den Kapitalinteressen geopfert, die im Entstehen begriffene Humangesellschaft zerbrechen und die - um nochmals Bourdieu zu zitieren - „Grundlagen europäischer Zivilisation zerstört“. So sehe ich die Dramatik der Lage.

Der Kultur drohen die größten Gefahren. Die Vielfalt ihrer Ausprägungen in Europa würde durch eine immer mächtigere kommerzielle World Culture - auch „Mac World Culture“ genannt - beseitigt. Ihre massenhafte Verbreitung durch eine expandierende Kulturwirtschaft ist in vollem Gange. Täuschen wir uns nicht: Dieser Prozeß ist heute unumkehrbar! Auch Europa kann und wird ihn nicht stoppen, lediglich Maßnahmen ergreifen können, um dem Geschehen moderat entgegenzuwirken. Doch auch damit wird eine „Weltkultur“, wie sie noch Goethe verstand und selber schuf, nicht mehr zurückkehren. *Tempi passati*. Kultur in ihrer Vielfalt zu sichern und stets neu zu vitalisieren, ist die vornehmste Aufgabe europäischer Kulturpolitik. Sie bedarf begleitend des Bündnisses mit der Wirtschaft; sonst bliebe es beim reinen Pathos!

Für mich geht es um Sicherung der Essentials der Kultur. Kultur, das bedeutet Lebensqualität und Lebensweise, Individualität und Vielfalt, Autonomie und Kritik, Eigensinn und Gemeinsinn. Die Verbindlichkeit dieser Werte - das Wie des subjektiven Seins - muß grundsätzlich respektieren, wer sich auf ein „Bündnis“ mit ihr einläßt: als „Schmiermittel“ taugt Kultur mir nicht!

Um eine solche Kultur - die wichtigste Grundlage unserer Gesellschaft in Europa - zu erhalten, bedarf es des besonderen finanziellen Engagements von einzelnen Personen und der Privatwirtschaft.

Wußten Sie, daß es inzwischen 7,3 Billionen DM sind, die in Haus- und Grundbesitz (mit einem Verkehrswert von 6,9 Billionen DM) in Deutschland vorhanden sind? Und - das ist noch bedenkenswerter - daß sich mehr als fünf Billionen DM allein in privater Hand in diesem Land befinden?

Die verschiedenen öffentlichen Hände - die EU eingeschlossen - werden auch in Zukunft nicht in der Lage sein, die notwendigen Kulturaufgaben zu finanzieren. Daher muß die Wirtschaft, soweit sie im Euroland operiert, in die Pflicht - ich meine wirklich „Pflicht“ (eine

freiwillige allerdings!) - genommen werden. Meine Empfehlung wäre, daß von den Unternehmensgewinnen (vor Steuern) ein Prozent in einen europäischen Kulturfonds eingezahlt wird, der dann von einem unabhängigen Gremium geeignete europäisch, europapolitisch orientierte Projekte fördert. Es gibt schließlich eine Gemeinnützige Europäische Kulturstiftung (Amsterdam). Für die Unternehmen wäre diese Kulturbelastung relativ gering. Von einem Hundert-Millionen-Gewinn würde eine Million in den Kulturfonds fließen. Für die europäische Kulturpolitik wäre das allerdings ein immenser Beitrag: damit ließen sich für Künstler und Kulturschaffende neue Perspektiven eröffnen und das europäische Kulturerbe, vornehmlich in den ärmeren osteuropäischen Ländern sichern. Die Förderkulisse wäre breit und selbstverständlich europaweit!

Um verbal zu provozieren: Was würde es eine europäischen Gesellschaft an Substanz letztlich kosten, wenn die vorgeschlagene Förderung kultureller Aktivitäten durch die Privatwirtschaft *nicht* stattfände und Kunst und Kultur notgedrungen immer weiter schrumpften? Vor ein paar Jahren hat es einen europapolitischen Bericht gegeben, den Cecchini-Bericht, darin wurde ziemlich genau aufgelistet, was es kostet, die europäische Integration *nicht* zu verwirklichen. Die darin errechneten Kosten hätten zu einer so hohen Verschuldung des einzelnen europäischen, vor allem deutschen Bürgers geführt, daß kaum einer sie sich hätte leisten können. Für Kultur, die sich materiell nicht substantieren läßt, kann man einen derartigen Vergleich sicher nicht aufstellen. Positiv ausgedrückt: „In Kultur zu investieren, bringt die beste Rendite“ (Unesco).

Was wir zu ihrer Sicherung brauchen, sind neben dem Anteil an Gewinnprozenten der Wirtschaft für die Kultur verbindliche Verabredungen von *Kulturverträglichkeitsregeln*. Sie sollten zu dem Codex der Wirtschaft gehören, die sie sich freiwillig auferlegt haben. Haben wir nicht längst gute Erfahrungen, durchaus lehrreiche, mit der sogenannten Umweltverträglichkeit gemacht? Die Einführung des EURO könnte dafür den Einstieg bieten: um Kultur als gemeinsames Zukunftsgut zu sichern!

Nochmals pointiert: Ich argumentiere nicht gegen den EURO als Mittel auf dem Markt der Gewinnmaximierung, sondern für seine „Zivilisierung“ durch verbindliche Festlegung von außermarktwirtschaftlichen Maßnahmen, solchen der EU und freiwillig-verbindlichen der Wirtschaft.

Wer unter uns als Bürger im Euroland möchte sein Lebensgefühl allein materiell begreifen? Ist es nicht entscheidend auch ein Immaterielles, das zu sichern lebensnotwendig ist? Sind

nicht Wirtschaft und Kultur - beide - Kraftpole unserer Existenz? Um nochmals auf das amerikanische Exempel zu kommen: Der bewundernswerte hohe ökonomische Standard - Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit - korrespondiert eben auch mit der Verödung der Stadtviertel in den Metropolen. So wollen Europäer nicht leben. Angestrebter Wohlstand ist für uns mehr als bloßes ökonomisches Prinzip. Nicht Politik, Wirtschaft und Technik sind ihr Primäres, sondern das sie befördernde kulturelle und moralische Klima. Um die Bewahrung europäischer Kultur muß mehr denn je gekämpft werden. Unter den herrschenden Bedingungen des Wettbewerbs fällt uns nichts Kulturelles in den Schoß.

Europäer, die in der Tradition ihres Wertkanons - dazu bekenne ich mich für meinen Lebensstil - leben wollen, müssen daher ein Interesse daran haben, das Verhältnis von Politik, Kultur und Wirtschaft neu zu klären. Der EURO mit seinen vielfältigen, noch keineswegs absehbaren Lebenswelt-Konsequenzen wird uns zwingen, mit tiefen gesellschaftspolitischen Einschnitten künftig zu leben.

Die dafür vorgeschlagene Kulturverträglichkeitsregel ist keine neue Erfindung: Die EU hat sich in ihrem Kulturparagrafen - *Maastricht 128* und nun *Amsterdam 151* - eine Selbstverpflichtung aufgeladen, die beachtlich ist und alles andere Kulturpolitische überragt: „Die Gemeinschaft trägt bei ihrer Tätigkeit den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen“ (128/4 // 151/4).

V. Europa als Idee: Euroland - Kulturland Europa?

Unaufhaltsam wird der EURO zur Weltwährung drängen. Wer weder - um noch einmal und abschließend aus dem Gespräch über den Weisen von Weimar zu zitieren (aus: Thomas Manns „Lotte in Weimar“) - „Partisan noch Sklave“ (des Zeitgeistes) sein will, der sollte dem EURO ein Stück weit voraus sein, zumindest gedanklich.

Der EURO braucht den festen Rahmen der kulturellen Gebundenheit in eine Gesellschaft, die aus Aufklärung, Humanismus und dem Wirtschaftsliberalismus entstanden ist und in der die Europäische Menschenrechtskonvention ihr Kern und ihre Mitte ist: Europa als Wertegemeinschaft!

Einen Kulturverträglichkeits-Codex für unternehmerisches Handeln (bis hinein in Tarifverhandlungen) - etwa mit dem Wortlaut: „Die Wirtschaft trägt in ihrer Tätigkeit den kulturellen Aspekten Rechnung ...“ - zu verabreden, würde, korrespondierend mit der Ein-Prozent-

Gewinnbeteiligung für kulturelle Zwecke, die Zukunft eines Europa der kulturellen Vielfalt durchaus hoffnungsvoll erscheinen lassen. Da könnte einem warm ums Herz werden, im Blick auf unsere Chancen durch und mit dem EURO.

Der EURO, der so sehr im Zentrum meines Nachdenkens stand, könnte schließlich mehr als Geld und Konstrukt von Kosten-Nutzen-Überlegungen zur Erwirtschaftung einer bestmöglichen Rendite in einer Shareholder-value-Gesellschaft sein, nämlich Anlaß, über ein neues politisches Konzept Europas nachzudenken. Ihn zum Kulturfaktor zu machen, zum neuen Parameter einer „humaine condition“ (M. de Montaigne), das hieße wahrlich, die Gesellschaft zu verändern! Ich wage nicht zu prognostizieren, doch hoffe sehr: daß *Euroland* harmonisiert mit dem Kulturland Europa.

Die Autorinnen und Autoren

Angela Borgstedt

Jahrgang 1964 studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Mediävistik und promovierte 1999 in Geschichte. Sie war von 1992-1998 Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten und ist seit 1998 wissenschaftliche Assistentin am Institut für Geschichte der Universität Karlsruhe. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Zeitgeschichte, insbesondere Nationalsozialismus und Widerstand, Judenverfolgung (Kooperation mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung TU Berlin, Forschungsprojekt: Die Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1945), deutsche Nachkriegsgeschichte.

Publikationen u. a.:

Entnazifizierung in Karlsruhe 1946 bis 1951. Spruchkammerarbeit im Spannungsfeld von Besatzungspolitik und lokalpolitischem Neuanfang, Konstanz 2000.

Fritz Gehbauer

Jahrgang 1945, absolvierte sein Studium im Bereich Konstruktiver Ingenieurbau und Baubetrieb an der Universität Karlsruhe (TH) und in Stanford, USA. Zwischen 1974 und 1988 führte er Projekte aus allen Bausparten in vier Kontinenten durch und ist seit 1988 Leiter des Instituts für Maschinenwesen im Baubetrieb an der Universität Karlsruhe (TH) und Berater für Baubetrieb und Baumaschinen.

Zu seinen Forschungs- und Lehrgebieten zählen Technisches Management, Betriebswirtschaft für Ingenieure, Projektabwicklung, Bauverfahren, Technologie und Baumaschinen.

Publikationen u. a. :

Neues Bauverfahren und Umgebungsbedingungen, Karlsruhe 1994.

Baubetriebstechnik I + II., Karlsruhe 1993.

Rolf-Jürgen Gleitsmann

Jahrgang 1950, studierte Politologie an der Universität Hamburg und ist seit 1990 Professor für Technikgeschichte an der Universität Karlsruhe (TH). Zu seinen Forschungs- und Lehrgebieten gehören Technikgeschichte vom 15. Jhd. bis zur Gegenwart, Energie-, Ressourcen-, Umweltgeschichte, Technologie des Manufakturwesens, Glashütten-Montanwesen, Kernenergiegeschichte, Geschichte der Alltagstechnik, Industrialisierung.

Publikationen u. a.:

Christoph Columbus und das Zeitalter der Entdeckungen, Stuttgart 1993.

Technik und Geschichtswissenschaft, in: Georg Agricola Gesellschaft. Technik und Wissenschaft, Düsseldorf 1991.

Götz Großklaus

Jahrgang 1933, war von 1973-1999 Professor für Neuere Deutsche Philologie an der Universität Karlsruhe (TH). 1988 war er Gründungsmitglied des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft und bis 1991 in dessen kollegialer Leitung. Von 1990-92 hatte er das Amt des Dekans der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften inne. Zudem erfolgten Gastprofessuren an den Universitäten Kairo, Melbourne, Istanbul. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Literatur und technische Moderne, Literatur und Raum, Medienästhetik, Text und Bild, interkulturelle Literaturwissenschaft.

Publikationen u. a.:

Natur-Raum. Von der Utopie zur Simulation, München 1993.

Medienzeit – Medienraum. Zum Wandel der raumzeitlichen Wahrnehmung in der Moderne, Frankfurt/M. 1995.

Hans Lenk

Jahrgang 1935, ist kollegialer Leiter des Instituts für Philosophie an der Universität Karlsruhe, Mitglied und Boardmember der Weltakademie der Philosophen, ehrenamtlicher Dekan der Europäischen Fakultät für Bodenordnung sowie mehrfach Ehrenprofessor u.a. Budapest,

Moskau, Texas. 1998 wurde er beim Weltkongreß für Philosophie zum Vizepräsidenten der Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie gewählt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Methodologie der Interpretationskonstrukte, Naturphilosophie, Leistung in Arbeit und Freizeit, Kognitionswissenschaft und Neurophilosophie

Publikationen u. a.:

Einführung in die praxisnahe Philosophie, Stuttgart 1999.

Konkrete Humanität. Vorlesungen über Verantwortung und Menschlichkeit, Frankfurt/M. 1998.

Rudolf Lill

Jahrgang 1934, ist seit 1983 Professor und Leiter des Instituts für Geschichte der Universität Karlsruhe (TH) und seit 1992 Leiter der Forschungsstelle Widerstand im deutschen Südwesten. Zwischen 1993 und 1996 war er Generalsekretär des Deutsch-Italienischen Zentrums Villa Vigoni und hatte außerdem Gastprofessuren an den Universitäten Florenz und Pavia inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die politische und kulturelle Geschichte Deutschlands im europäischen Kontext seit dem 18. Jh., insbesondere Geschichte Italiens und der deutsch-italienischen Beziehungen sowie Geschichte der totalitären Systeme.

Publikationen u.a.:

Die Bundesrepublik Deutschland und Italien, Menaggio 1994.

Der Kulturkampf, unter Mitarbeit von Wolfgang Altgeld/Alexia M. Haus, Paderborn 1996.

Bernhard Schäfers

Jahrgang 1939, ist seit 1983 Leiter des Instituts für Soziologie, Universität Karlsruhe (TH) und Zweitmitglied der Fakultät für Architektur. Er war 1991/92 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Geschichte der Soziologie, Familien-, Jugend-, Gruppensoziologie, Gesellschaftsanalyse Deutschlands/Europäischer Staaten, Sozialstrukturanalysen moderner Gesellschaften, Soziologie der Stadt und der Architektur, Techniksoziologie.

Publikationen u. a.

Politischer Atlas Deutschland. Gesellschaft-Wirtschaft-Staat, Bonn 1998 (auch engl., London 1998; frz., Paris 1998).

Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands (Hrsg. mit W. Zapf), 2. Aufl., Opladen 2000.

Norbert Schneider

ist seit 1998 Leiter des Instituts für Kunstgeschichte an der Universität Karlsruhe (TH) und hatte zuvor Professuren an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe sowie an den Universitäten Münster, Bielefeld und Dortmund inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Kunstgeschichte des Mittelalters, der Frühen Neuzeit und des 19. Jahrhunderts, Kunstwissenschaftliche Methodologie, Geschichte der Ästhetik, Erkenntnistheorie.

Publikationen u. a.

Geschichte der Landschaftsmalerei: vom Spätmittelalter bis zur Romantik, Darmstadt 1999.

Geschichte der Ästhetik von der Aufklärung bis zur Postmoderne, Stuttgart 1996.

Bernd Scholl

Jahrgang 1953, ist seit 1997 Ordinarius und Leiter des Institutes für Städtebau und Landesplanung der Universität Karlsruhe (TH) und Mitglied der internationalen Gesellschaft für Stadt- und Regionalplanung (IGSRP), seit 1994 Mitglied der schweizerischen Delegation, seit 1999 korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover und des Lenkungsausschusses der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg in Zusammenhang mit dem Bodenschutzmanagement und Leitstelle für den Internetdiskurs in Zusammenarbeit mit der ARL.

Publikationen u. a.

Die Planung von Großvorhaben als Einsichtsquelle für die Regionalplanung, Karlsruhe 1996.

Zentrale raumbedeutende Aufgaben und Chancen am Oberrhein, Zürich 1998.

Olaf Schwencke

Jahrgang 1936, war von 1972 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Strasbourg, und von 1979 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Begründer der Locumer Kulturpolitischen Kolloquien (1970), Gründungsvorsitzender der Kulturpolitischen Gesellschaft, Hagen/Bonn, bis 1997 deren Präsident. Seit 1997 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturpolitischen Gesellschaft. Von 1992 bis 1996 war er Präsident der Hochschule der Künste, Berlin, seit 1997 ist er Präsident des Deutschen Komitees für kulturelle Zusammenarbeit in Europa. Im WS 1998/99 und SS 1999 war er Inhaber der L-Bank-Gastprofessur am IAK.

Publikationen u.a.:

Der Stadt Bestes suchen. Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik, Bonn 1997.

Das Europa der Kulturen – Kulturpolitik in Europa. Dokumente, Analysen und Perspektiven – von den Anfängen im 20. Jahrhundert bis zur Grundrechtscharta. Essen 2001.

Helmut F. Spinner

Jahrgang 1937, Studium der Ökonomie, Philosophie bzw. Wissenschaftstheorie (mit Habilitation), Soziologie (mit Zweithabilitation) und Psychologie an den Universitäten Mannheim, Köln und Heidelberg. Lehr- und Forschungstätigkeiten an den Universitäten Mannheim, London (als Leverhulme European Research Fellow an der LSE/ The London School of Economics and Political Science, Department of Philosophy), Bamberg, Gießen, Heidelberg, Marburg, seit 1987 Professor für Philosophie in Karlsruhe, Mitglied der kollegialen Institutsleitung, Leiter des Studium Generale und des Deutsch-Russischen Kollegs, Ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg).

Publikationen u.a.:

Die Architektur der Informationsgesellschaft, Berlin 2000.

Problemlösungsprozesse in der Wissensgesellschaft, Opladen (im Druck).

Günther Uhlig

Jahrgang 1937, ist seit 1984 Professor für Wohnungsbau und Entwerfen an der Universität Karlsruhe (TH) und Mitglied der kollegialen Leitung des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung. Zudem ist er als freier Architekt mit Büro für Stadtforschung, Planung und Architektur tätig und derzeit leitender Redakteur von *Domus*, Mailand. Er ist Mitherausgeber der *ARCH+*, Zeitschrift für Architektur und Städtebau. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Wohnungs- und Siedlungsbau sowie Städtebau (Gebrauchstauglichkeit der Wohnumwelt, Nutzungsempirie, sozialräumliche und ökologische Stadtreparatur u. a.).

Publikationen u.a.:

Strukturkonzept Flughafen Karlsruhe, Karlsruhe 1998.

Fenster: Architektur und Technologie im Dialog, (Hrsg.), Braunschweig 1994.

George Turner

Jahrgang 1935, studierte Rechtswissenschaften und war seit 1968 Professor an der TU Clausthal. Von 1970-86 hatte er das Amt des Präsidenten der Universität Hohenheim inne und war zwischen 1979-83 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Von 1986-89 war er Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin. Seit 1989 ist er tätig als Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Hohenheim und seit 1990 zudem als Gastprofessor an der Humboldt-Universität Berlin.

Publikationen u.a.:

Hochschulpolitik – Bilanz der Reformen und Perspektiven, Asendorf 1995.

Fischer Hochschullexikon, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1998.

Klaus von Trotha

Jahrgang 1938, ist seit 1991 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg. Er studierte Rechts- und Politische Wissenschaften und lehrte ab 1967 an der Universität Konstanz. Zudem 1970-80 an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. 1978 übernahm er den Vorsitz im Landtagsausschuß für Wissenschaft und Kunst, den er bis

zu seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion 1988 innehatte. Seit 1996 vertritt er durch den Bundesrat die Länder im Forschungsministerrat der Europäischen Union.

Publikationen u.a.:

Hochschulpolitische Positionen und Zielsetzungen, Stuttgart 1992.

Leitlinien und Struktur der Forschungspolitik in den kommenden Jahren, Stuttgart 1992.